

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

(Nr. 7 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker)

==== Heft 279 =====

Rabaut Saint-Etienne

Ein Kämpfer an der Wende zweier Epochen

Von

Dr. Martin Göhring

=====

Verlag Dr. Emil Ebering

Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Meinem Lehrer
Herrn Prof. Dr. Otto Becker
in Verehrung und Dankbarkeit

Inhalt.

	Seite
Vorwort	7
1. Der Prediger der „Wüste“	9
2. Der Vorkämpfer für Toleranz	26
3. Der Kämpfer in der Wahlbewegung	61
4. Der Redner	117
5. Der Verfassungstheoretiker im Entscheidungsjahre 1789	137
6. Der nationale Erzieher	171
7. Der Historiker der Revolution	189
8. Der Scheiternde	214
9. Ausklang	253

Vorwort.

Die folgende Arbeit ist die Erweiterung einer während eines Aufenthalts in Nîmes, der Vaterstadt Rabaut Saint-Etiennes, begonnenen Studie über die Rolle, die dieser zu den bedeutendsten Führern des revolutionären Bürgertums zählende Politiker bei den Wahlen zu den Generalständen spielte. Schon während jener Untersuchung sah ich zu meiner Überraschung, wie wenig die vorherrschenden Ansichten über die „Führer“ des dritten Standes in den Jahren 1788 und 1789 auf Rabaut Saint-Etienne zutreffen. Es drängte sich mir die Frage auf nach den Bedingungen, unter denen die politische Ideenwelt Rabaut Saint-Etiennes sich formte, eine Ideenwelt, die zur Konstituierung des Staates von 1789 einen beträchtlichen Anteil liefern sollte. Überraschend klar zeigte sich, wie tiefgehende Wandlungen des verfassungstheoretischen Denkens die jeweilige politische Zwangslage zeitigte. Zum Verständnis der Problematik jener Zeit ist das Studium eines für sie typischen Menschen zweifellos besonders geeignet. Rabaut Saint-Etienne ist einer ihrer getreuen Repräsentanten. Es spiegelt sich in ihm nicht nur der Übergang von der alten zur neuen Epoche, sondern auch die schnelle Wandlung der neuen. Wie so viele, konnte auch er mit der Entwicklung nicht Schritt halten; das Rad der Revolution ging über ihn hinweg und zermalmte ihn. Sein Verhältnis zu dieser Entwicklung, die Verbundenheit eines Menschenschicksals mit den Wandlungen jener Zeit darzustellen, hat sich die vorliegende Arbeit mit zur Aufgabe gestellt.

Der Versuch einer Darstellung des politischen Lebens Rabaut Saint-Etiennes schien auch deshalb gerechtfertigt, weil dieser bekannte und vielfach verkannte Politiker noch nie zum Gegenstand einer eingehenden wissenschaftlichen Untersuchung gemacht wurde. Ein Recht, von der Nachwelt nicht vergessen zu werden, hat er sich schon durch seine Bemühungen um eine bessere Gestaltung des Loses seiner Glaubensgenossen

in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erworben, Bemühungen, denen ein greifbarer Erfolg im Toleranzedikt von 1787 zuteil wurde.

Von besonderem Interesse sind heute für uns seine Auffassung der nationalen Idee und seine Gedanken über nationale Erziehung, weil hier die Verschiedenheit des deutschen Volksgedankens und der nationalen Idee der französischen Revolution besonders deutlich wird.

An archivalischen Materialien sind benutzt die Protokolle der im Herbst 1788 und Frühjahr 1789 tagenden Versammlungen der Stadt Nîmes (Archives municipales de Nîmes), die Protokolle der Versammlungen der drei Stände der Sénéchaussée von Nîmes et Beaucaire (Archives dép. du Gard). Eine sehr reiche Ausbeute ergab die Bibliothèque du Protestantisme français in Paris; sie enthält neben zahlreichen Schriften Rabaut Saint-Etienne fast den gesamten handschriftlichen Nachlaß der Familie Rabaut. Einiges boten auch die Archives nationales und die Bibliothèque nationale. Letztere enthält alle in Druck gekommenen politischen Schriften Rabaut Saint-Etienne.

Den Herren Archivaren der genannten Archive spreche ich hier für ihr freundliches Entgegenkommen meinen besten Dank aus. Tief verpflichtet fühle ich mich Herrn Prof. Dr. Becker für wertvolle Anregungen und für das meiner Arbeit stets geschenkte, sie ständig fördernde Interesse.

Ostdorf im August 1934.

M. Göhring.

Erstes Kapitel. Der Prediger der „Wüste“.

Unter den Männern, die das Jahr 1789 auf die politische Bühne führte, schien Rabaut Saint-Etienne in vorwiegendem Maße dazu bestimmt, eine neue Epoche heraufzuführen zu helfen. Das alte Regime, dem die revolutionäre Generation den Kampf ansagte, hatte er in besonders drückender Weise vom ersten Lebensjahre an zu fühlen bekommen; es bestimmte geradezu seine Jugend- und Entwicklungszeit. Über seiner Wiege strahlte nicht nur der blaue Himmel des sonnigen Südens, an ihr hielt auch Wache die aufreibende Sorge seiner Eltern um die Erhaltung und den Schutz des Kindes vor der Hand des lauernnden Häschers und um ihre eigene, jeden Augenblick bedrohte Sicherheit. Denn Paul Rabaut, der Vater, war reformierter Geistlicher und unter den Pastoren der „Wüste“ im 18. Jahrhundert wohl der bedeutendste, ein Mann, der mit beispielloser Selbstaufopferung seinem Amte oblag, mit Eifer, Energie und Geschicklichkeit bei den Repräsentanten der Regierung die Sache der verfolgten Kirche in Wort und Schrift vertrat. Seine lautere Gesinnung und seine hohen Tugenden machten, daß sein Name überall mit Verehrung genannt wurde und daß selbst seine Feinde ihm die Anerkennung nicht versagen konnten. In Bédarieux im Jahre 1718 geboren und früh von der Neigung zum geistlichen Berufe erfaßt, kam er 1738 an die Kirche von Nîmes, wo er nach etwas flüchtigen Studien in Lausanne, die der Berufsvorbereitung dienten, im Jahre 1742 als Pfarrer eingesetzt wurde. Diese Stelle bekleidete er bis zum Jahre 1785 ununterbrochen.¹

1. s. Ch. Dardier, *Lettres de Paul Rabaut à divers*, Paris 1892, introd. Paul Rabaut, *Lettres à A. Court, 1739—1755*, pub. p. A. P. Dardier avec une préface de Ch. Dardier. Paris 1884. Préface. *Encycl. des sciences relig.*, s. P. Rabaut. A. Borrel, *Biographie de Paul Rabaut, pasteur du Désert. Nîmes* 1854.

Die ersten 10 Jahre seiner dortigen Tätigkeit gehören zu den dramatischsten Jahren seines Lebens und waren überhaupt die unglücklichste Zeit der französischen Protestanten im 18. Jahrhundert. Oft war er nahe daran, von den Soldaten ergriffen zu werden. Im Jahre 1741 schreibt er an seinen Verwandten A. Court: „Sie können sich keine Vorstellung von den Gefahren machen, denen wir ausgesetzt sind. Fast überall gibt es Leute, die uns zu überraschen suchen, so daß wir vollkommen auf uns das Wort der alten Gläubigen und ersten Christen anwenden können: „Um Deinetwillen sind wir jeden Tag dem Tode ausgesetzt, man betrachtet uns wie Schafe, die für die Schlachtbank bestimmt sind“.² Die Lage der protestantischen Kirchen war trostlos. Alle Kirchen um Nîmes waren der Gewalt der Dragoner zum Opfer gefallen. Mit allen Mitteln suchte man den Protestantismus zu vernichten und die Gläubigen in den Schoß der katholischen Kirche zurückzuführen.³ Bei der Dragonade des Jahres 1752 wurde ein protestantischer Pfarrer in Montpellier gehängt, 1754 ein anderer; auch Paul Rabaut wäre es nicht anders ergangen, hätte man ihn ergriffen, denn im Jahre 1752 war ein Preis auf seinen Kopf gesetzt worden.⁴ Schon damals war er ein weit über die Grenzen seines Wirkungskreises hinaus berühmter Pfarrer.

Wie der Vater stets von schwersten Gefahren bedroht war und sich nicht offen zeigen konnte, so mußte auch die Mutter sich verbergen, um der Gefangenschaft im Turm von Constance zu entgehen, in welchen nicht allein die Frauen der protestantischen Pfarrer ohne vorausgehenden Richterspruch geworfen wurden, sondern auch die Personen, die ihnen Asyl gewährten. Auch die Kinder galt es, durch die Wachsamkeit der Eltern und die Hilfe edelgesinnter Freunde den Nachstellungen der Häscher, übelwollender Beamten oder fanatischer Priester zu entziehen, damit sie nicht ihren Eltern entrissen und gemäß den bestehenden Gesetzen in ein Kloster gebracht wurden,

2. Lettres à A. Court, Bd. I, S. 47 (29. März 1741).

3. s. Paul Rabaut, Lettres à A. Court, Bd. I, S. 35, 88 und 234.

4. Ebd., introd. S. XXXI ff. und Bulletin de la société de l'histoire du protestantisme français 1925, S. 110; vgl. Ch. Bost, Histoire des protestants de France, Paris 1908. s. a. Borrel, Histoire de l'Eglise chrétienne Réformée de Nîmes. 1856.

um im katholischen Glauben erzogen zu werden. Der gemeinsame Aufenthaltsort der Familie des Pfarrers mußte daher geheimgehalten und oft unter dem Schutz der Nacht gewechselt werden. Häufig wußten die Kinder tagsüber nicht, wo sie die Nacht zubringen würden.⁵

Unter solchen Verhältnissen verbrachte der Sohn Paul Rabauts, Jean Paul, der der Nachwelt unter dem Namen Rabaut Saint-Etienne bekannt werden sollte, seine ersten Lebensjahre. Am 14. November 1743 erblickte er als viertes Kind des Pfarrers das Licht der Welt und wurde am 21. November von diesem getauft.⁶

Bis zum Alter von 6 Jahren verblieb Jean Paul, dessen drei ältere Geschwister in frühester Jugend starben, unter der elterlichen Obhut.⁷ Sein Vater fing bald an, den frühreifen Knaben in den Elementen der Bildung zu unterweisen. Aber Paul Rabaut konnte inmitten seines bewegten, nomadenhaften Lebens dem vielversprechenden Kinde nicht die erzieherische Sorgfalt zuteil werden lassen, die dessen Anlagen entsprachen. Daher plante er, den kleinen Jean Paul zu seinem Lausanner Verwandten Anton Court, gleichfalls einem Pfarrer, zu geben, um ihm eine geistige Erziehung angedeihen zu lassen, die er selbst nicht genossen hatte, und um ihm eine geordnete, ruhige und gefahrlose Jugend- und Entwicklungszeit zu verschaffen.⁸ Bereits am 1. Februar 1748 schrieb Paul Rabaut an A. Court und teilte ihm seinen Plan mit. Von seinem Söhnchen sagte er in dem Schreiben: „Er liest fließend und beginnt Geographie zu

5. Notice sur la vie de Rabaut Saint-Etienne, par Boissy d'Anglas. Ecrits de Rabaut Saint-Etienne pub. p. Boissy d'Anglas, Paris 1826, introd.

6. Die Geburts- und Taufakte lautet: „Le vingt-unième novembre mille sept cens quarante trois j'ai bâtié au nom du Père du Fils et du Saint-Esprit, Jean Paul Rabaut mon fils que j'ai eu de mon épouse Magdelaine Gaidan. Est né le quatorzième du susdit mois et a été présenté par sieur Jean Bechard et Gabrielle Rouvairol femme de Pierre Paulhan de la ville de Nîmes.

„Paul Rabaut Pasteur“. Arch. municip. de Nîmes UU 132, t. I, S. 24.

7. s. Lettres à A. Court, introd.

8. s. Rabaut Saint-Etienne, sa première enfance et son éducation p. Ch. Dardier, Paris 1866 (Extr. de la Revue chretienne) S. 6.

lernen.“ Und am 8. Januar 1749 schrieb ein Mitglied des Konsistoriums von Nîmes ebenfalls an A. Court über den fünfjährigen Knaben: „Wenn Sie ihn kennten, so würden Sie von ihm entzückt sein, und das ohne jegliches Vorurteil; er besitzt ein wunderbares Gedächtnis, eine ergreifende Wirkung des Ausdrucks und eine vortreffliche Beredsamkeit, kurz, er ist etwas Außergewöhnliches“.⁹

Am Ende des Jahres 1749 konnte endlich Jean Paul in Begleitung eines jungen Pfarrergehilfen namens Bosc abreisen und kam am 6. Januar 1750 in Lausanne an. Nach Paul Bosc, der nahezu zwei Jahre lang des Knaben Lehrer war, wurde er dem Sohn des Pfarrers, Anton Court, anvertraut, der später unter dem Namen Court de Gébelin bekannt wurde. Dieser unterrichtete den jungen Rabaut im Geiste der Prinzipien, auf denen er später sein historisches System aufbaute, das in seinem Werk *Monde primitif* zum Ausdruck kommt.

Allem Anschein nach hat der junge Jean Paul die in ihm gesetzten Erwartungen erfüllt. In den Berichten an die Eltern nennt ihn A. Court gelegentlich einen jungen Apfelbaum mit frühreifen Früchten, ein Ausdruck, der offenbar dem Elternstolz schmeichelte, denn wenn sie in den Briefen an A. Court von ihm sprachen, nannten sie ihn häufig „Le jeune Pommier“, „Le cher Pommier“ oder einfach „Pommier“.¹⁰ Vorsichtshalber sprach man von ihm gewöhnlich nur in verschleiernenden Ausdrücken.

Im Frühjahr 1752 folgten Jean Paul seine jüngeren Brüder Jacques-Antoine und Pierre-Antoine nach Lausanne nach. Ihr Vater hatte sich dazu entschließen müssen, auch diese Kinder wegzugeben. Es stand ihm nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten offen: entweder seine Kinder über die Grenze zu bringen, um sie vor den Gefahren zu bewahren, denen seine eigene Existenz ausgesetzt war, oder seinen Posten in Nîmes aufzugeben und seine Herde zu verlassen. Dies wäre ihm mög-

9. Ebd. S. 4.

10. s. P. Rabaut, *Lettres à A. Court*, u. Ch. Dardier, *Rabaut Saint-Etienne, sa première enfance*, S. 7.

lich gewesen, da ihm in Holland ein Wirkungskreis angeboten worden war. Er wählte aber die Entsagung.

Seinen Entschluß kündigte er A. Court in einem Brief vom 12. April 1752 an. Er bediente sich dabei folgender Allegorie: „Um' das Werk mit dem Titel „*Le jeune Pommier à fruits précoces*“ vollständig zu machen und es vor jeglicher Nachstellung zu sichern, schicke ich Ihnen den zweiten und dritten Band.“¹¹ Im Hause A. Courts, ihrer zweiten Heimat, wurden die drei Brüder im Sinne Paul Rabauts erzogen. Jean Paul lernte Lateinisch und Griechisch und betrieb die Lektüre des Neuen Testaments. Am 22. September 1754 schrieb A. Court an Paul Rabaut, daß der junge Homer erkläre und Rollin übersetze, obgleich man ihn angesichts seiner zarten Gesundheit nicht zuviel arbeiten lasse.

A. Court war jedoch alt, und als sein Sohn in das Pfarramt eingetreten war, fand Paul Rabaut, daß die Fortschritte der Kinder in den klassischen Studien zu wünschen übrig ließen und ihre Erziehung straffer sein müsse. Er faßte deshalb den Entschluß, sie in die Obhut seines vertrauten und ergebenen Freundes Etienne Chiron in Genf, zu geben. Im April 1755 siedelten die Kinder dahin über. Die Richtlinien, nach denen der Vater ihre Erziehung geleitet wissen wollte, lernen wir aus zwei Briefen kennen. Der eine ist an Chiron gerichtet, der andere an die Kinder selbst. Im ersten bittet er Chiron, die Kinder selten ausgehen zu lassen, damit sie nicht zerstreut würden und keine Gefahr für ihre Sicherheit entstünde, auch dürften sie nur gottesfürchtige Häuser besuchen.¹² An seine Kinder schrieb er: „Seid Euren Pflegeeltern gehorsam, zieht Nutzen aus ihren Verweisen, indem Ihr Eure Fehler, auf die sie Euch aufmerksam machen, korrigiert. Verliert Eure Zeit nicht mit frivolen Belustigungen. Ich wünsche, daß Ihr gelehrt werdet, aber ich wünsche noch viel mehr, daß Ihr gute Menschen werdet. Prägt deshalb die Lehren, die man Euch aus

11. *Lettres à A. Court* Bd. I S. 295, s. a. Dardier, Rabaut St.-Etienne, sa première enfance.

12. s. Dardier, Rabaut St.-Etienne, sa première enfance S. 18.

der Religion gibt, gut in Euren Geist und noch mehr in Eure Herzen ein“.¹³

Gleich nach ihrer Ankunft in Genf, am 28. April, gab Chiron ihnen neue Namen, die historisch geworden sind. Auskunft darüber gibt uns ein Brief, den der junge Jean-Paul einige Tage nach ihrer Ankunft an A. Court richtete: „Herr Chiron hielt es für gut, unsere Namen zu ändern; ich heiße „Saint-Etienne“, Antoine heißt „Pommier“ und Pierre heißt „Dupuy“, und wir nennen uns Vetter.“¹⁴

Durch diese Maßnahme wollte man vermeiden, daß der Aufenthalt der Kinder eines geächteten und bedeutenden französischen Pfarrers bekannt werde, da eine Entführung der Kinder so nahe an der Grenze sehr wohl möglich war. Die Anwendung von Decknamen war übrigens bei den protestantischen Pfarrern Frankreichs sehr häufig.

Die Erziehung der Kinder erfolgte in der freien Luft Genfs, ohne nennenswerte Zwischenfälle. Im Sommer 1759, also nach einer Abwesenheit von insgesamt 9½ Jahren, besuchte Rabaut Saint-Etienne für einige Monate wieder seine Heimat. Aus dieser Zeit ist uns in einem Brief an Chiron ein interessantes Selbstzeugnis erhalten: „Wenn ich jemals irgendetwas Verletzendes zu jemandem gesagt habe, tat ich es nur im Sinne einer Wiedervergeltung. Ich bin Franzose und anfangs etwas ungeduldig; ich werde mich jedoch in Zukunft bemühen, die notwendige Geduld zu erwerben, um die boshaften Spöttereien zu ertragen, mit denen man mich überschütten wird.“¹⁵

Bis zum Sommer 1762 betrieb Rabaut Saint-Etienne das Studium der Philosophie und der Theologie; dann kehrte er wieder nach Nîmes zurück und predigte dort zum ersten Male am 1. Januar 1763. Anlässlich dieses Ereignisses schrieb er an seinen Lehrer Chiron: „Nun habe ich eine Laufbahn eingeschlagen, die sowohl edel als auch gefahrvoll ist. Bitten Sie mit mir um die Gnade Gottes, deren ich bedürftig bin, um mich

13. Ebd. S. 18/19.

14. Ebd. S. 19, vgl. Papiers A. Court Bd. XXVIII p. 319 (Bibl. de Genève).

15. Papiers Chiron, ms. 358 fol. 208 (Bibl. du prot. franç.).

meines Berufes würdig zu erweisen“.¹⁶ Der Hinweis auf den gefährvollen Beruf war nicht unberechtigt. Es war noch kein Jahr her, daß der Pfarrer Rochette vom Parlament in Toulouse zum Tode verurteilt worden war, weil er bei der Ausübung seines Berufes ergriffen wurde.

Bis in den Monat September arbeitete Rabaut Saint-Etienne unter den Augen seines Vaters und ging dann noch einmal nach Lausanne, um seine theologischen Studien zum Abschluß zu bringen. Ein glänzendes Examen eröffnete ihm die Pforten der geistlichen Laufbahn. Am 11. November 1764 wurde er ordiniert. Bald darauf teilte das Konsistorium der Kirche in Nîmes den noch nicht Zweiundzwanzigjährigen seinem Vater zu. Wie sehr das väterliche Herz Paul Rabauts von Stolz und Freude erfüllt war, als er seinen Sohn der Gemeinde vorstellen durfte, entnehmen wir einem Brief an A. Court. Er bemerkte darin, daß er bei dieser Feier das Textwort zu wählen beabsichtige: „Die Lehrer aber werden leuchten wie des Himmels Glanz, und die, so viele zur Gerechtigkeit weisen, wie die Sterne immer und ewiglich“.¹⁷

Paul Rabaut hatte dazu auch ein gewisses Recht, denn er war der einzige unter seinen zeitgenössischen Amtsbrüdern, die dem gefährlichen Predigeramt ein Kind geweiht hatten. Rabaut Saint-Etienne selbst schildert den Verlauf der Feierlichkeit, die im Juni 1765 stattfand, in einem Brief an Chiron¹⁸ und gesteht dabei, daß jener feierliche Akt der schönste Augenblick seines bisherigen Lebens gewesen sei. Sein Vater hatte eine den Umständen angemessene Predigt gehalten, und als er dann die Nutzanwendung zog, die in eine Ermahnung an seinen vor ihm stehenden Sohn auslief, erhob sich die ganze zahlreiche Versammlung, und der Anblick war so rührend, daß alle Anwesenden in Tränen ausbrachen. „Das Pathetische dieser Szene hinderte die Zuhörer, das Ende der Rede anzuhören, und meinen Vater selbst, sie so zu Ende zu sprechen, wie er sie abgefaßt hatte. Wir mußten uns anstrengen, nicht auch in Tränen auszubrechen bei

16. Ebd. fol. 209. vgl. a. A. Lods, *Essai sur la vie de Rabaut St.-Etienne*, Bulletin de la société de l'histoire du protest. franç. 1893.

17. P. Rabaut, *Lettres à divers* Bd. II S. 22 (13. Mai 1765).

18. Ebd. Bd. II S. 23 Anmerk. 4; mrs. 358 fol. 213.

einem Schauspiel, bei dem selbst die anwesenden Katholiken weinten.“ Das Interesse an der feierlichen Handlung, die in der „Einöde“ stattfand, hatte nämlich eine große Menschenmenge herbeigezogen. Am folgenden Sonntag trat Rabaut Saint-Etienne selbst als ständiger Prediger vor seine Gemeinde und legte seiner Eingangspredigt das Textwort zugrunde: „Dafür halte uns jedermann: für Christi Diener und Haushalter über Gottes Geheimnisse. Man sucht nicht mehr an den Haushaltern, denn daß sie treu erfunden werden“.¹⁹ Dem Sinn dieses Wortes entsprechend tat er den seelsorgerischen Dienst in den folgenden zwanzig Jahren. Die uns erhaltenen Zeugnisse lassen keinen Zweifel darüber, daß er stets von einer hohen Auffassung von seinem Beruf erfüllt war und ihm seine ganze Kraft widmete. Den Protestanten in Nîmes galt sein seelsorgerisches Wirken, bis ihn die Bewegung aufnahm, durch die er seinen eigentlichen Ruhm erlangen sollte.

Wenn wir nun einen Blick auf seine religiöse Gedankenwelt werfen, so geschieht es, um zu erklären, weshalb ihm der Schritt vom Prediger zum Revolutionär so leicht werden mußte.

Viel mehr noch als heute lag damals das Schwergewicht der Tätigkeit des reformierten französischen Geistlichen in der religiösen Unterweisung durch das Mittel der Predigt. Da er aber nach dem Gesetz ein geächteter Mann war, dessen Tätigkeit bis zum Vorabend der Revolution mit dem Henkerstode bestraft werden konnte, wurde der Gottesdienst stets außerhalb der Stadt oder der Dörfer, an irgendeinem abgelegenen Ort unter freiem Himmel gehalten, ganz einfach und ohne eigentlichen Ritus. Man suchte in ihm religiöse Erbauung und Trost für die Leiden des Alltags, keine dogmatischen Erklärungen. Die Fragen des Dogmas traten zurück, der Pfarrer wurde zum Moralprediger, manchmal zu einem sehr weltlichen. Die Ereignisse der letzten hundert Jahre hatten seine Stellung, seine Ausbildung und seine Auffassung geändert. Der alte hugenottische Geist mit seiner Intransigenz war gewichen; man war vielleicht nicht weniger gläubig geworden, aber weniger dogmatisch. Das Studium der theologischen Wissenschaften war während der Ver-

19. s. *Lettres à divers* Bd. II S. 22/23 Note.

folgungszeit mit großen Schwierigkeiten verknüpft, es konnte nur im Ausland betrieben werden. Deshalb war die wissenschaftliche Ausbildung der Pfarrer meist mangelhaft. So wandelten sie sich unmerklich in einer Richtung, die vielleicht durch die Eigenart der kalvinistischen Lehre wesentlich mitbedingt wurde. Fehlte dem Pfarrer der dogmatische Unterbau, so mußte ihn seine Religion in die Bahnen eines freiheitlichen Denkens hinüberführen, wenn er nicht von blindem Glauben besessen war. Denn die kalvinistische Lehre bot allerdings einen unbedingten Glaubensinhalt, doch war anderseits der Kritik und der Kontroverse ein großer Spielraum gelassen. Es bestand ein innerer Widerspruch, der den Pfarrer bei ungenügender Fundierung zu einer über die Formulierung des Reformators hinausgehenden Interpretation verleiten oder ihn bestimmen konnte, sich nur an die sittlichen Wahrheiten des Evangeliums zu halten, anstatt sich in die Diskussion dogmatischer Fragen zu verlieren. Beides hatte jedoch praktisch dieselbe Folge. Die Entfremdung von dem Geiste des Dogmas und der Inspiration der Schrift machte den Pfarrer den weltlichen Einflüssen, den Ideen der Philosophen und Schriftsteller zugänglich, die, wie er, Morallehrer und meist Feinde der herrschenden Ordnung und des Katholizismus waren. So stand Court de Gébelin — neben Paul Rabaut der hervorragendste Vertreter des damaligen französischen Protestantismus —, der ehemalige Lehrer Rabaut Saint-Etienne und vieler anderer Pfarrer, in direkter Verbindung mit den bedeutenden Philosophen, ja er war sogar Freimaurer.²⁰

Die Entwicklung zu einer philosophischen, nicht selten politischen und gegenständlich-aktuellen Auffassung²¹ läßt sich auch bei Rabaut Saint-Etienne feststellen. Anfänglich war er von wirklichem Glauben an die biblischen Lehren durchdrungen. Aber im Laufe der Jahre wandelte er sich in dem Maße, als sich sein Blick weitete. Der Einfluß der Philosophen machte sich schnell bemerkbar, er suchte sogar ihre persönliche Bekanntschaft. Die Beschäftigung mit politischen Fragen, deren

20. s. Coquerel, *Hist. des églises du Désert* t. II S. 328 u. 494 ff. (Paris 1843) — vgl. Lévy-Schneider, *Jeanbon Saint-André*; Paris 1901. Bd. I S. 14 u. 17.

21. außer Coquerel auch Hugues, *Synodes du Désert* t. III.

Inhalt zunächst nur das Verhältniß der Protestanten zum Staat und die Änderung ihrer augenblicklichen Lage bildete, sowie die eigene literarische Tätigkeit ließen den intelligenten, von gewaltiger Aktivität erfüllten Pfarrer die Richtung zum liberalen Denker nehmen. Der Seelsorger wandelte sich zum Erzieher und Morallehrer, was aber seinem Ruf als Prediger keinen Abbruch tat. Dieser war bedeutend. Viele Zeugnisse bestätigen, daß er sich stets einer großen Zuhörerschaft erfreute und daß sogar hohe Persönlichkeiten es sich nicht entgehen ließen, ihn zu hören. So schrieb er 1765 an Chiron, daß er an einem gewöhnlichen Sonntag vor mindestens 13 bis 14000 Personen gepredigt habe.²²

Trotzdem gewinnt man aus seinen Predigten den Eindruck, als habe er sich in ihnen selten ganz gegeben. Vergleicht man sie mit seinen politischen Reden, so findet man diese bedeutender. Hier findet sich meist Lebendigkeit und Gedankenfülle, dort häufig Trockenheit und Leere. Seine Predigten²³ sind im allgemeinen gut disponiert. Er argumentiert viel, und sein Raisonement ist gedrängt und logisch, für eine Predigt fast zu sehr. Er sucht weniger aufzubauen als darzulegen, und oft hat man den Eindruck, als hätte er besser einen Advokaten denn einen Pfarrer abgegeben.²⁴

Der rein religiöse Gehalt seiner Predigten wurde mit der Zeit immer geringer. Die Ideen der Tugend, der Güte, der Gerechtigkeit, des Glücks nehmen einen großen Platz in ihnen ein. Glücklich wird nach ihm der Mensch nur durch ein tugendhaftes Leben. Aber das Prinzip, auf das er seine Tugendlehre baut, ist keineswegs ein streng religiöses. Rabaut predigt die Tugend nicht um ihrer selbst willen, sondern im Hinblick auf die Zwecke des menschlichen Lebens und von der Warte der Erziehung, der Gesellschaft und des Staates aus. Die Tugend war

22. Ms. 358 fol. 212. So wohnte z. B. im Jahre 1785 der Herzog von Gloucester, Bruder Georg III. v. England, einer solchen bei; s. Diény, *Essai sur la prédication de Rabaut St.-Etienne*. (Straßburg 1907. S. 12); vgl. a. Le Haag, *La France protestante*, u. *Bulletin* 1862 S. 404.

23. s. *Bibliothèque de l'histoire du protest. français*. Ms. 717¹ u. 717².

24. s. Diény, *Essai sur la prédication de Rabaut St.-Etienne*.

ihm das Bindeglied unter den Menschen, als sie sich zur Gesellschaft vereinigten. Die Tugenden der einzelnen machen das Glück und die Gesundheit des Staates aus, wie die Laster der einzelnen den Untergang des Staates im Gefolge haben. Aus der Geschichte der Völker lehrte er seine Zuhörer, daß der Zerfall der großen Reiche immer eine Folge des Sittenzerfalls gewesen sei. Der Erziehung der Kinder wandte er große Aufmerksamkeit zu, in dem Sinne, aus ihnen tüchtige Staatsbürger zu machen. Im Kinde soll man frühzeitig die guten Eigenschaften wecken und entwickeln, sein Temperament bilden, ihm ein edles und gutes Herz geben und ihm das Gefühl für Gerechtigkeit und die Achtung vor der menschlichen Person einpflanzen. Mehrere seiner erhaltenen Predigten sind ausschließlich der Erziehungsfrage gewidmet. Eine solche aus dem Jahre 1780 ist sehr charakteristisch. Ihr Thema lautet „Prinzipien einer guten Erziehung“.²⁵ Hier unterscheidet Rabaut zwei wichtige Momente in der Erziehung: die Bildung des Verstandes und die Bildung des Herzens. Für die erste stellt er fünf Regeln auf, nach denen man die Kinder logisch denken und rasonnieren lehren solle, damit sie beizeiten gewöhnt würden, sich ein gesundes Urteil über die Dinge zu bilden. Sie sollten lernen, sich zu allem kritisch einzustellen und Wahres vom Falschen zu unterscheiden, denn nur so würden sie das Leben meistern. Verstandesbildung, fährt er fort, macht aber den Menschen noch nicht wertvoll. „Mit einem gebildeten Verstand wird man wohl nicht allzu viele Fehler begehen, aber man wird sich durch keine großen Tugenden auszeichnen“, und man wird nicht glücklich sein. Das Lebensglück beruhe allein in einem großen, gefühlvollen Herzen. In überschwenglichen Worten preist er dann die *Noblesse du sentiment*, die Güte als einen Wesenszug des *Être suprême*. „Macht eure Kinder tugendhaft, edelmütig, gerecht, gebt ihnen ein gutes Herz, damit sie große und glückliche Menschen werden!...“ Noch eindringlicher wird er in einer anderen Predigt, in der er seine Zuhörer beschwört, sich ihres Namens und ihrer Väter würdig zu erweisen und tugendhaft zu sein um ihrer Kinder, der kommenden Generation willen. „Wenn

25. Ms. 717² sermon 46 (1780).

ihr euren Kindern keine Beispiele und keine Unterweisungen in der Tugend geben könnt, so seid ihr nicht würdig, ihnen das Leben zu schenken“!²⁶ Bei Predigten, die das Gebiet der reinen Morallehre berühren oder gar ganz in dieses Gebiet einschlagen, fühlt man die Persönlichkeit des Redners. Da geht er ganz aus sich heraus und bietet seine ganze Beredsamkeit auf, seine Zuhörer mitzureißen mit überschwenglichen und rührenden, edlen und ernstesten Worten.

In seinen Predigten zeigt sich auch gelegentlich der Politiker und Staatstheoretiker: „Die Menschen haben, als sie sich zur Gesellschaft konstituierten, eine Art von Vertrag geschlossen, stillschweigend ohne Zweifel, aber real, dessen Grundlage die Tugend und die Achtung des Individuums bildete. Aber bald gab es Menschen, die diesen Vertrag zu brechen wagten und die, indem sie die Wege der Tugend verließen, schnell die Freiheit der andern Individuen, ebenfalls Mitglieder der Gesellschaft, angriffen. Man bedurfte daher eines Zügels, der die Menschen zusammenhielt, und zwar eines doppelten. Überall wo Menschen sich zur Gesellschaft zusammentaten, wurden sie von zwei mächtigen Faktoren regiert: von der Religion und den Gesetzen“.²⁷ Die Religion hat also im Dienste der Staatserhaltung zu stehen, sie wird Mittel zum Zweck. Der Einfluß von Rousseau, Mably, Montesquieu und den Encyklopädisten wird noch deutlicher, wo er über die Rolle des Königs spricht, der als Chef bezeichnet wird, den sich die im Staat vereinigten Menschen gegeben haben. Doch anerkennt er diesen Chef — ob aus Zweckmäßigkeit oder aus Überzeugung sei dahingestellt — als eine von Gott gesetzte Autorität. Wer sich dieser widersetzt, lehnt sich gegen die von Gott geschaffene Ordnung auf. — Der Gottesbegriff Rabauts scheint ein weiter zu sein, denn in vielen Predigten finden wir ihn ersetzt durch den Begriff *Être suprême*. Gott ist für ihn das Unerfaßliche, das Undefinierbare, das ewig Seiende, „das sich dem Menschen nur in dem Wort geoffenbart hat: Ich bin, der ich bin“.²⁸ Manche seiner Predigten, die oft gänzlich bar eines tieferen reli-

26. Sermon 30 (1773).

27. s. Diény zit. ch. 5.

28. Sermon 30 (1773).

giösen Gehalts sind und den Namen Gottes nicht ein einziges Mal erwähnen, lassen deutlich erkennen, daß das Glaubensbekenntnis des savoyischen Vikars ihn tief bewegt hatte.

Die Idee eines strafenden und rächenden Gottes im dogmatischen Sinne lehnt Rabaut ab. Nie bedient er sich dieses Gedankens, um seine Zuhörer zu einem tugendhaften Lebenswandel zu bestimmen. Er appelliert vielmehr an ihre höchsten menschlichen Gefühle. Wer z. B. die Sicherheit seines Nächsten, sein Eigentum oder seine Ehre — Güter, die sich die Menschen im Gesellschaftsvertrag gegenseitig garantierten und die die Gesellschaft unter ihren Schutz gestellt hat — in irgendeiner Form angreift, sei es auch nur durch Worte, „ist ein öffentlicher Feind, ein Feind der Gesellschaft“. Man sündigt damit nicht nur gegen die Vernunft, gegen die Sitten, gegen die Gesellschaft, sondern auch — das nennt er zuletzt — gegen die Religion und das Evangelium. Das gute sittliche Verhalten ist dem Menschen nicht nur von der Religion vorgeschrieben, sondern es beruht auf der Verpflichtung des einzelnen der Gesellschaft gegenüber.²⁹ Man hat nicht selten den Eindruck, als sei der Gesellschaftsgedanke das Primäre bei Rabaut, als sei die Religion nur Mittel zum Gesellschaftszweck. „Welche Religion man auch bekennt“, sagt er, „selbst wenn man keine bekennt oder eine philosophische Doktrin sich zu eigen macht, überall findet man die Forderung, gerecht, tugendhaft, barmherzig, menschlich und aufrichtig, mäßig in den Wünschen und Herr seiner Leidenschaften zu sein“. Die Leugnung der geoffenbarten Religion befreit den Menschen nicht von der Pflicht, tugendhaft zu sein; denn „selbst wenn es keine Offenbarung gäbe, hätten wir nicht weniger große Pflichten zu erfüllen, Pflichten, die uns vom Naturgesetz diktiert sind; denn die Heiden, die keine Offenbarung haben, handeln auch nach Gesetzen“. Ein anderer Satz, den er in diesem Zusammenhang ausspricht, ist noch bezeichnender für sein freies religiöses Denken: „Welches auch eure theologischen Überzeugungen sein mögen, ich gehe heute nicht darauf ein, ich schlage euch auch nicht vor, meine Überzeugung als Regel anzunehmen. Ich lege das Evangelium

29. Sermon 47 (1781).

beiseite, das euch zu erklären ich mir vorgenommen hatte, ja ich tue noch mehr: ich lasse einem jeden von euch die Freiheit, sich eine Religion nach eigenem Gutdünken zu bilden. Aber nach Errichtung des religiösen Gebäudes und nach Aufstellung eurer Symbole werde ich euch beweisen, daß ihr nicht weniger verpflichtet seid, tugendhaft zu sein und ein von Vorwürfen freies Gewissen zu haben, so bizarr und absonderlich eure Meinungen auch sein mögen“.³⁰

Keineswegs übernimmt er die biblische Auffassung vom Gewissen. Das Gewissen ist weder eine geheime Stimme Gottes im Menschen, die in der Seele erklingt, noch ein innerer Richter, dem unser Wesen unterworfen ist, „es ist nur das Urteil, das unsere Seele oder unsere Vernunft über unsere Handlungen fällt“. Wenn man von einem Menschen sagt, er befrage sein Gewissen, so heißt das also, er befrage seine Vernunft. „Unser Gewissen ist unsere Vernunft“. Die Raison ist das Höchste im Menschen und allein das, was ihn vom Tier unterscheidet. In der Raison finden die menschlichen Handlungen ihre Wertung, ihr Urteil, und die Leidenschaften ihr Heilmittel.³¹ Und an anderer Stelle sagt er: „Wir wollen zu zeigen versuchen, daß man in der körperlichen Beschaffenheit die Ursache aller Leidenschaften, in der Raison aber ihr Heilmittel suchen muß“. Unsere Leidenschaften sind nach Rabaut Saint-Etienne im Grunde unschuldig, weil sie nichts anderes als unsere Bedürfnisse sind, und weil diese Bedürfnisse uns von unserem Schöpfer mitgegeben wurden und von unserer Natur unzertrennlich sind. Die Leidenschaften werden erst sündig, wenn wir ihnen aus freiem Willen nachgeben.

Religion ist für Rabaut nicht viel mehr als ein Stoff, an dem er seine moralischen Unterweisungen entwickelt, und der Beispiele heroischer und tugendhafter Lebensführungen enthält. Das Evangelium selbst „ist nichts anderes als die Erklärung der Rechte“.³² Dogmatik spielt daher eine sehr geringe Rolle in seinen Predigten. „Nicht durch unsere Dogmen müssen wir

30. Ebd.

31. Sermon 33.

32. *Réflexions politiques*.

die Menschen unserer Religion und unserer Moral zuführen, sondern wir müssen versuchen, sie durch unsere Moral unserem Dogma zuzuführen“.³³ Die Freiheit des Geistes, die Rabaut vertrat, hatte eine grundsätzliche Toleranz und Achtung der Andersgläubigen zur Voraussetzung, obwohl er einmal sagt, daß man wirkliche Toleranz nur bei den Ungläubigen finde.³⁴

Diese Gesinnung kommt vortrefflich zum Ausdruck in der Rede, die er im Jahre 1780 zum Gedächtnis des verstorbenen katholischen Bischofs de Beccelievre von Nîmes hielt. Das Wirken des Bischofs auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens findet in ihr eine unumwundene Anerkennung. Sie ist eine wirkliche Lobrede. Rabaut scheut sich nicht zu bekennen, daß nur die vulgären Seelen glaubten, man könne die Tugenden von Menschen, deren Meinungen verschieden von den eigenen seien, nicht bewundern. Er feiert in dem Bischof den Mann der Toleranz und des Friedens, den Mann, der die Einigkeit in die Diözese gebracht und bewirkt habe, daß die religiösen Streitigkeiten endlich der Vergangenheit angehörten. Wie dem Bischof spendet er dann der gesamten französischen Geistlichkeit ein Lob, indem er sagt, solche Tugenden seien bereits Gemeingut der französischen Geistlichkeit.³⁵

Religion ist für Rabaut auch nicht etwas unbedingt Ausschließliches. Sie nimmt bei den gewöhnlichen Menschen die Stelle ein, die beim gebildeten Menschen die Philosophie einnehmen kann, sie hat aber vor der Philosophie den großen Vorteil, den Menschen vor Irrwegen und Enttäuschungen zu bewahren und eine stete Quelle des Trostes und der Zuflucht zu sein.³⁶ Daher gibt es auch in der Religion keine unabänderlichen, ewigen Wahrheiten im dogmatischen Sinn. Zweifellos gilt für Rabaut in bezug auf die Religion auch das, was er

33. Lettre-rapport de Rabaut St.-Etienne à Mrs. les membres du Comité de Bordeaux, in *Lettres à divers* Bd. II, Anm. III., S. 393 ff.u. Arch. du consistoire de Nîmes B 32.³

34. Lettre-rapport, a. a. O. S. 394.

35. Hommage à la mémoire de M. l'évêque de Nîmes, *Œuvres* Bd. II, p. 115, publ. p. Collin de Plancy. (Paris 1826).

36. *Traité de morale*, Coll. Coquerel t. XXIX. (manus.). Bibl. de l'hist. du prot. franç.

später in seiner Revolutionsgeschichte sagt. „Das menschliche Geschlecht kann lange Zeit degradiert, niedergehalten werden in Ländern, wo es nur einen Herrn, eine Meinung, ein Gesetz und ein Buch gibt. Dort ist es ein Verbrechen, die Meinung zu ändern. Aber bei den Völkern, die lesen und studieren, kommen die Menschen ganz unmerklich von der Unwissenheit und dem Irrtum, der noch schlimmer als jene ist, ab und gelangen unfehlbar zur Wahrheit; denn der Vervollkommnung unserer Vernunft sind keine Grenzen gesetzt. Hier ist es eine Tugend, die Meinung zu ändern, weil man damit die Fesseln des Irrtums sprengt.“³⁷

Die Gedanken, die Rabaut Saint-Etienne vertrat, lassen erkennen, daß sich unter dem Gewande des Predigers ein Kind seiner Zeit, und zwar von ganz charakteristischem Gepräge verbarg. Seine Ausdrucksweise und seine ganze Gedankenwelt weisen die Merkmale auf, die den gebildeten Schichten der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts eigentümlich sind. Einflüsse, die ihrer Natur nach ganz verschieden waren, formten seine Weltanschauung. Rationalismus und Rousseauischer Gefühlskult finden sich bei ihm vereinigt. Der Rationalismus lieferte ihm den Wertmaßstab, den er an die Dinge legte. Die Dinge selbst suchte er durch das Gefühl zu erheben, sie mit der viel gepriesenen *Noblesse du sentiment* zu erfüllen. Der Mensch soll nicht nur „vernünftig“ sein, sondern sein Herz soll von erhabenem Gefühl schwellen, damit die Tugend sein beherrschender Faktor werde. Der Weltanschauung Rabauts lag, soweit wir darüber zu urteilen vermögen, ein vager Deismus in Rousseauschem Sinne zugrunde. Dabei machte er die in der Philosophie seiner Zeit feststellbare Tendenz zur Verweltlichung der Moral mit. Die Tugend war für ihn eine Art Treue in der Erfüllung der Pflichten, die die Vernunft dem Menschen diktiert. Die Religion steht für diese Weltanschauung im Dienste der Moral, die bei allen zivilisierten Völkern dieselbe ist. Sie ist also nicht die Grundlage der Moral, sondern ein Mittel zu ihrer Vervollkommnung. Das war auch der Standpunkt Voltaires.

37. Précis de l'hist. de la Révol. franç. Œuvres Bd. II S. 432.

Wenn Rabaut Saint-Etienne seinen zahlreichen Zuhörern solche Ideen als seelische Speise sonntäglich bieten konnte, so waren dafür gewisse Voraussetzungen notwendig. Eine Emanzipation des Geistes von engherzigen Dogmen mußte vorausgegangen sein. Man mußte denken und rasonnieren gelernt haben, um althergebrachte Sätze nicht mehr kritiklos in blindem Glauben hinzunehmen, wie das früher geschah. Die Predigten Rabauts waren ein Lehrgang für neues und freies Denken. In ihnen steckte bereits der Kern des Ideals, dessen restlose Verwirklichung er später von der Revolution erhoffte: den patriotischen und tugendhaften, aus eigener Verantwortung handelnden Staatsbürger heranzubilden und die Moral im staatlichen Gesetz zu verankern.

Zweites Kapitel. Der Vorkämpfer für Toleranz.

Als Rabaut Saint-Etienne sein Amt in Nîmes antrat, hatte sich die Verfolgungswelle, die in den 40er und 50er Jahren über die französischen Protestanten, insbesondere die des Südens, herein-gebrochen war, wieder gelegt. Aber die von Ludwig XIV. gegen die Protestanten erlassene Gesetzgebung, die im Jahre 1724 durch ein Edikt nicht nur bestätigt, sondern erweitert und verschärft worden war, bestand theoretisch unverändert weiter. Diese Gesetze gestalteten das Los der protestantischen Pfarrer besonders hart, wie bereits gezeigt wurde. Aber auch die Gläubigen, die bei einer religiösen Versammlung überrascht wurden, konnten auf die Galeeren geschickt oder in den Turm geworfen werden, je nachdem es sich um Männer oder Frauen handelte. Die gleiche Strafe wurde denen angedroht, die den Pastoren Asyl gewährten oder die Emigration erleichterten, indem sie Geld für diese vorstreckten.¹

So blieb, obwohl von der Anwendung der Verfolgungs- und Ächtungsgesetze in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer mehr Abstand genommen wurde, die Lage der Protestanten vorerst noch sehr beklagenswert, hatten sie doch keine gesetzlich legitimierte Existenz. Der *état civil* war in den Händen der katholischen Priester. Wer ihre Intervention nicht annahm, konnte authentische und vor dem Gesetz gültige Akte seiner Existenz nicht vorweisen. Die von dem protestantischen Pfarrer eingesegneten Ehen waren ungültig und fanden keine rechtliche Anerkennung; sie wurden als Konkubinat aufgefaßt, und die daraus

1. s. Coquerel, Hist. des églises du Désert; Ch. Dardier, Le centenaire de l'Edit de tolérance de 1787, Bulletin de la soc. de l'hist. du prot franc. 1887, S. 505 ff.; P. Rabaut, Lettres à A. Court, préface p. Ch. Dardier; E. Léonard, La vie des protestants au XVIII^{me} s. dans le marquisat d'Anbrais (sénéch. de Nîmes) Bulletin 1923, S. 12 ff. vgl. insbes. Edit de 1724, Isambert, anc. lois. Peyrat, Histoire des pasteurs du Désert. Paris 1842. Ch. Benoist, Condition juridique des protestants sous le régime de l'Edit de Nantes et après la Révocation. Paris 1900. Abbé Dedieu, Histoire politique des protestants français, 1715—1794. Paris 1925.

entsprossenen Kinder als illegitim angesehen. Eine Möglichkeit der Eheschließung fand allerdings in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts häufig Anwendung: die Ehen wurden vom Pfarrer in der „Wüste“ eingesegnet und hierauf von einem öffentlichen Beamten, gewöhnlich einem Notar, registriert. Das war ein Nothelf, der letzten Endes keine rechtliche Gültigkeit hatte, bis er in ähnlicher Form durch das Edikt von 1787 zum Gesetz erhoben wurde. Schwierigkeiten ergaben sich aus jenen Eheschließungen vor allem, wenn es zu Streitigkeiten in der Erbfolge kam und eine katholische Linie in der Familie vorhanden war. Hielten sich die Gerichte an den Wortlaut der Gesetze, so mußten die Prozesse immer zugunsten der katholischen Linie ausfallen. Ihr wurde gewöhnlich die Erbschaft zugesprochen, da ja die Protestanten zu einem gesetzlichen Akt, auch zu einem Testament, nicht fähig waren. Diese Rechtslage hatte noch andere traurige Auswirkungen. Die Protestanten waren von allen freien Berufen durch das Gesetz ausgeschlossen und konnten sich nur in Handel und Landwirtschaft betätigen.

Das Gesetz gebot den Eltern, ihre Kinder innerhalb von 24 Stunden nach der Geburt durch den katholischen Geistlichen taufen zu lassen. Die Geistlichen, die von den Hebammen benachrichtigt werden mußten, kannten alle Geburten und ließen oft die Kinder der Protestanten mit Gewalt holen, um sie nach ihrem Ritus zu taufen. Selbst nach der gewaltsamen Taufe waren die Kinder nicht sicher, denn ein anderes Gesetz gebot den Eltern, ihre Kinder bis zum Alter von 14 Jahren in den katholischen Religionsunterricht zu schicken. Die widerspenstigen Protestanten wurden mit Extrasteuern belastet, und selbst Dragoner wurden ihnen ins Haus gelegt. Noch im Jahre 1783 soll es vorgekommen sein, daß protestantische Kinder gewaltsam aufgehoben, in katholische Seminare gebracht und dort so lange unterrichtet wurden, bis sie dem Glauben ihrer Väter abschwuren.²

Die Lage der Protestanten änderte sich bis zum Edikt von 1787 in rechtlicher Beziehung nicht, in der Praxis dagegen wurde vieles abgeschwächt und übersehen. Seitdem Voltaire den Prozeß

2. Ch. Dardier, *Le centenaire de l'Edit de tolérance*, Bulletin 1887, S. 508 ff.

Calas aufgegriffen hatte (1762) und die öffentliche Meinung gegen die Fanatiker alarmierte, ging die Regierung den Skandalen, die sich bei rücksichtsloser Anwendung der Verfolgungsgesetze ergaben, möglichst aus dem Wege. Neben Voltaire, der für die Protestanten einen *état civil* forderte, ergriffen Elias de Beaumont und Gilbert de Voisin öffentlich Partei für sie. Ersterer besonders verlangte eine Trennung der zivilen und kirchlichen Trauung.³ Schon vorher hatte sich Turgot für ein Edikt zugunsten der Protestanten ausgesprochen und eine Trennung der weltlichen und geistlichen Angelegenheiten für die Protestanten als notwendig bezeichnet.⁴ Dafür war jedoch die Zeit noch nicht reif. Immerhin wurden die letzten Gewalttätigkeiten, von denen die Geschichte berichtet, nicht mehr von oben herab angeordnet, sondern entsprangen nur noch dem Eifer und Fanatismus einzelner Intendanten oder anderer höherer Beamten in den Provinzen. Daher kam es auch, daß die Behandlung der Protestanten in den einzelnen Provinzen eine verschiedene war. Im Languedoc kehrte die Ruhe verhältnismäßig früh ein, da der Graf von Périgord, der seit 1771 Gouverneur der Provinz war, sehr tolerant war und auf den Intendanten und die Subdelegierten in diesem Sinne einwirkte. Bereits sein Vorgänger, der Graf von Beauveau, hatte sich duldsam gezeigt.⁵

Der Toleranzgedanke machte überhaupt unter der Wirkung der Aufklärung und der Wandlung der Gesamtverhältnisse Fortschritte, und dies bestimmte auch die Haltung der Minister maßgebend. Die die Protestanten von den öffentlichen Ämtern und freien Berufen ausschließenden harten Edikte wurden zwar nicht aufgehoben, aber in der Praxis seit den 70er Jahren mehr und mehr umgangen, und in den 80er Jahren gaben die Minister selbst Anweisungen, in solchen Fällen nicht einzugreifen, sondern es bei der eingerissenen *Désuétude* der Gesetze zu lassen.⁶ Diese

3. Angeras, L'édit de 1787 et son application dans la sénéchaussée de Nîmes. Nîmes 1925, S. 46 ff.

4. Le conciliateur, Lettres d'un ecclésiastique à un magistrat sur les affaires présentes (1754). vgl. Bulletin Bd. 36 (1887) S. 551 u. 619.

5. Dardier, zit. préface.

6. s. Les étappes de la tolérance à la fin du 18. siècle. Trois lettres

zunehmende Duldung setzte sich jedoch nicht ohne Widerspruch gewisser Kreise, insbesondere des Klerus durch.⁷

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging auch eine Duldung der Protestanten auf anderen Gebieten. So wurde anscheinend die Ausübung ihres Kults immer weniger mit Gefahren für den Pfarrer und die Teilnehmer verbunden. Ein Kupferstich aus dem Jahre 1775 zeigt uns eine ungestörte Versammlung auf freiem Feld, unversteckt. Um den auf einer Kanzel stehenden Pfarrer sieht man die Frauen auf der einen, die Männer auf der andern Seite gruppiert; alle haben ein Gebetbuch in der Hand,

inédites; u. a.: i. J. 1770 wurde einem Protestanten in Saint-Quentin die Übernahme des Amts eines Konsuls vom Minister mit der Begründung (das Schreiben war an den Garde-des-sceaux gerichtet) verweigert: „Je suis persuadé qu'il vous paraîtra important de ne pas laisser introduire un abus aussi contraire aux lois rendues sur cette matière et qui ne pourrait d'ailleurs que troubler le bon ordre et la tranquillité.“ — 1777 wurde vom Minister die Beschwerde eines Bürgers von Nîmes über die Wahl eines Protestanten für das Amt eines Konsuls vom Minister folgendermaßen zurückgewiesen: „Le sr. Gauthier n'a aucune qualité pour attaquer l'élection d'un consul, ni sous prétexte de protestantisme ni sous quelque autre prétexte que ce soit et il m'apparaît, de même qu'à vous, dans le cas d'être non-recevable. Je suis d'autant plus volontiers de cet avis, qu'en prononçant contre lui par fin de non-recevoir, le Juge — Mage évitait d'entrer dans la discussion d'une question qui, quoique bien nettement décidée par les lois rendues à ce sujet, n'en est pas moins délicate aujourd'hui attendu l'espèce de désuétude où ces lois paraissent être tombées“. — Und 1784 setzte der Minister einem Intendanten die Theorie der Toleranz gegenüber den Protestanten auseinander mit den Worten: „Les lois données dans cette matière et en particulier la déclaration de 1724, que vous me citez, ont des dispositions si rigoureuses, que leur extrême sévérité que les circonstances rendaient peut-être nécessaires dans ce temps, en rendraient sûrement l'exécution très dangereuse actuellement, depuis que l'on a commencé à regarder ces objets d'un œil plus tranquille et plus sain. Ces lois ne seront, suivant les apparences, jamais révoquées expressément, il pourrait y avoir des inconvénients à le faire, mais elles tomberont insensiblement, ou plutôt elles sont déjà tombées dans une désuétude qui produira le même effet. L'on doit désirer, pour cette raison, que les affaires de cette nature ne soient portées devant les juges ordinaires qui ne connaissant par état que les lois écrites, pourraient donner à celles dont il s'agit, une valeur et une exécution qu'elles ne doivent plus avoir“. (Bulletin 1919, S. 217 ff.).

7. Bezeichnend dafür ist die auf der Generalversammlung des Klerus i. J. 1780 abgefaßte, an den König gerichtete Denkschrift. s. b. Soulavie, Mémoires hist. et polit. du règne de Louis XVI. Bd. VI. S. 154. (Paris 1801).

Kinder spielen, Nachzügler kommen gemächlich zu Pferde an.⁸ Die alten Gemeinschaften erstanden überall wieder, und das Leben der Protestanten mündete in ruhigere Bahnen ein. Jeanbon Saint-André, ein Pfarrer, schreibt von Castres im Jahre 1773: „Die Ruhe, die unsere Kirchen genießen, ist so, wie wir es angesichts der Dinge wünschen können.“⁹ In diesem Sinne schreibt auch Rabaut Saint-Etienne bei verschiedenen Anlässen. Einem Bekannten berichtet er im April 1773 von einer polizeilichen Haus-suchung, die bei einem Protestanten angestellt worden war, um nach einem Pfarrer zu suchen. Da dieser aber ein Mann war, der sich immer öffentlich zeigte, folgert Rabaut, daß man mit jener Maßnahme den Protestanten nur einen Wink habe geben wollen, vorsichtig zu bleiben. In demselben Brief ist die Rede von mehreren in Béarn unternommenen Haussuchungen bei Protestan-ten, die ihren Pfarrern Aufenthalt gewährten oder ihre Häuser für religiöse Versammlungen zur Verfügung stellten. Aber „das be-weist nicht,“ fährt er fort, „daß der Hof die Absicht hat, uns zu verfolgen, sondern will meiner Ansicht nach nur besagen, daß man einzelnen Subalternen nicht verwehren kann, uns zu belästigen, wenn sie dies tun wollen.“¹⁰ Gelegentlich verdächtigt er auch die Curés als Urheber solcher Vorkommnisse. Ein Jahr später schreibt er an Chiron nach Genf: „Möge man uns weiterhin in jener glück-lichen Dunkelheit lassen, in der wir uns ein wenig von den früheren Nöten erholt haben.“¹¹ Bezeichnend ist auch eine Äußerung gegenüber seinem Freund und Kollegen O. Desmont in Bordeaux: „Die Menschen wenden sich nur langsam dem Guten zu, Es wäre zu viel, von unseren Herren zu verlangen, tolerant zu sein. Es genügt, daß sie keine Eiferer und Fanatiker sind, wie es ihre Väter waren.“¹² Auch in der Diözese von Bordeaux war damals die Ruhe fast vollkommen. Es setzte sich im bürgerlichen

8. s. Hugues, zit. Bd. I.

9. Lévy-Schneider, Jeanbon St-André Bd. I. S. 12.

10. Rabaut St-Etienne à M. aMriton, s. L. Fuguier, Cinq lettres inédites de Rabaut Saint-Etienne.

11. Ms. 358/1 S. 223. (Bibl. du prot. franç.).

12. P. Rabaut, Lettres à divers, Bd. I. préface, S. XXXVI. Anm. 1. vgl. dazu E. Léonard, La vie des protestants au 18^{me} s. dans le marquisat d'Anbrais, (Bulletin 1923), u. A. Leroux, La tolérance à Bordeaux depuis 1760, (Bulletin 1919) S. 53 ff.

Leben allmählich eine Toleranz durch, die auf der Achtung vor dem fleißigen, ehrbaren, Handel und Gewerbe treibenden Völklein beruhte. Die Katholiken respektierten meist die Gebräuche der Protestanten, anerkannten stillschweigend ihre Ehen und ihre Kinder, und nur skrupellose Menschen zogen aus der rechtlosen Lage der Protestanten Nutzen, etwa bei Erbschaftsangelegenheiten, die mit Mischehen zusammenhingen. Nicht selten aber kam es vor, daß die Gerichtshöfe dem katholischen Kläger auf Antrag der anderen Partei ein *non-recevoir* entgegensetzten, d. h. die Klage abwiesen. Bereits im Jahre 1773 berichtet Rabaut Saint-Etienne von einem solchen Fall.¹³ Als Saint-Vincent am 9. Febr. 1787 in einer großen Parlamentsrede auf die Notwendigkeit hinwies, den Protestanten eine legale bürgerliche Existenz zu geben, führte er an, daß der erwähnte Gebrauch sich bei den meisten Gerichtshöfen eingebürgert habe.¹⁴ Die offizielle Lage der Protestanten dem Staate gegenüber blieb jedoch, wie gesagt, bis zum Jahre 1787 prekär. Die Sonder- und Strafgesetze kamen wohl immer seltener zur Anwendung, doch konnten vereinzelte, auf die schlechte Laune eines Intendanten oder die Initiative eines fanatischen Curés zurückgehende Gewaltakte immer noch ganze Gegenden in Bedrängnis bringen, konnten die Erinnerung an die Zeit Ludwigs XIV. wachrufen und die Furcht aufkommen lassen, daß sie unter einer anderen Regierung wiederkehren werde. Andererseits wußten die staatlichen Beamten oft nicht, wie sie die Protestanten behandeln sollten. Auch wenn sie die gegen sie bestehenden Gesetze nicht mehr anwenden wollten, konnten sie nicht zu offensichtlich gegen sie verstoßen. So blieb das Schicksal der Protestanten unsicher, hing ab von den Ansichten und Verfügungen der königlichen Beamten, und das Regime, dem sie unterworfen waren, blieb in jeder Beziehung ein solches der Willkür. Obwohl sie von der Gesellschaft toleriert waren, bot doch das Leben noch tausend Anlässe, sie zurückzusetzen, ihr Ehrgefühl und ihre Eigenliebe zu kränken und ihre Existenz zu verbittern. Rulhière definierte noch 1787 ihre Lage als eine langsame, sich ständig erneuernde Bedrückung, die eine unerträgliche Bitterkeit in

13. Lettre à Mariton zit., s. a. Lévy-Schneider, zit. S. 13.

14. Die Rede ist abgedruckt in Bulletin de l'hist. du prot. franç. t. 5. S. 433 ff.

die süßesten Tröstungen und die teuersten Hoffnungen des Lebens trage.¹⁵

Auch diese Verhältnisse sind ein Beispiel für die innere Halt- und Systemlosigkeit im absolutistischen Frankreich. Man ließ überalterte, unmenschliche und dem Staatswohl zuwiderlaufende Gesetze weiter bestehen, nur weil man fürchtete, ihre offene Widerrufung könnte als Schwäche gedeutet werden und dem Prestige schaden.

Unter wesentlich anderen Bedingungen als sein Vater trat demnach Rabaut Saint-Etienne die geistliche Laufbahn an. Dem Gesetz nach noch immer ein geächteter Mann, konnte er doch bald sein Haupt einigermaßen frei erheben. Wenn er seine Predigten auf freiem Felde in der Umgebung von Nîmes hielt, brauchte er nicht mehr zu fürchten, von Dragonern abgefaßt zu werden. Der Pfarrer Rochette, der 1762 gehängt, und Calas, der im gleichen Jahre hingerichtet wurde, waren die letzten Todesopfer der Intoleranz. Freilich verließen erst im Jahre 1775 die letzten, aus Glaubensgründen eingesperrten Protestanten das Gefängnis.¹⁶

Aus den brieflichen Äußerungen Rabauts konnten wir bereits schließen, daß er gegen Ende der Regierung Ludwigs XV. mit seiner Lage im ganzen zufrieden war. Um vieles zuversichtlicher und hoffnungsfreudiger wurde die Stimmung unter den Protestanten, als Ludwig XVI. den Thron bestieg. Der Ruf der Güte und des Wohlwollens für seine Untertanen ging ihm voraus. Man hoffte allgemein, unter seiner Regierung werde es besser werden. Der feste Vorsatz Rabaut Saint-Etiennes und seines Vaters war es nun, alles Menschenmögliche dazu beizutragen, damit diese Hoffnungen bald Wirklichkeit würden. Paul Rabaut war für seine Glaubensgenossen bereits früher in Wort und Schrift öffentlich eingetreten und hatte tatsächlich schon manche Erleichterung und Nachsicht für sie erfochten. Sein Sohn folgte diesem Beispiel mit einer Rede anläßlich der Vermählungsfeier des Dauphin, des

15. Rulhière, *Eclaircissements hist. sur les causes de la révocation de l'Edit de Nantes et sur l'état des protestants en France depuis le commencement du règne de Louis XIV. jusqu'à nos jours*, Paris 1787. Bd. II S. 4.

16. Ch. Bost, *Hist. des prot. de France* S. 227.

späteren Ludwig XVI., mit Maria Antoinette im Jahre 1770.¹⁷ In mancher Predigt hatte er bereits im Ton der Verehrung und der Liebe über das Haus Bourbon gesprochen; nirgends findet sich ein böses Wort, nirgends eine Aufforderung zum Ungehorsam, vielmehr stellte er seinen Zuhörern den Märtyrer als Ideal hin. Aber in dieser Rede, wohl der bedeutendsten, die er als Pfarrer gehalten hat, überbietet er sich geradezu in Lobreden auf das Königshaus. In die schmeichelhaften Phrasen flicht er jedoch Gedanken ein, die trotz ihrer Zaghaftheit wie Ermahnungen klingen. Nur um eins bittet er den Prinzen: um Liebe für alle Untertanen. „Geben Sie uns jene Gefühle der Liebe, die Sie uns nicht verweigern können. Wir sind Ihnen bereits vorausgeeilt. Kaum sahen Sie den Tag, und schon schickten wir für Sie Gebete zum Himmel und versuchten, auf die Wiege, die Sie barg, die Segnungen des Allmächtigen zu erleben. Alle Kinder des Monarchen sind ihm in gleicher Weise lieb. Christen, wenn die Liebe des Prinzen einseitig wäre, so wäre das eine Ungerechtigkeit, und wie Gott, der auch die Könige erschaffen hat, nicht die Person ansieht, sondern alle seine Kreaturen gleich liebt, die unfreiwilligen Irrtümer vergibt und nur die Laster und die Sünden bestraft, so sollen auch die Könige handeln, die die Diener der Autorität Gottes über die Menschen sind. Sie dürfen nur die Feinde der Tugend und der guten Sitten verfolgen.“ Und an anderer Stelle sagt er: „Es besteht eine derartige Verbundenheit zwischen dem Herrscher und dem Volk, daß das Glück des einen das Glück des andern bedingt. Eine gegen den geringsten der Untertanen begangene Ungerechtigkeit ist eine Beleidigung der Majestät des Souveräns, der ihn beschützt.“ Für sich und die Protestanten beteuert er, mit gleicher Liebe am Landesfürsten zu hängen wie die andern Bürger. Was macht, so fragt er, den Menschen zum Bürger, zum Franzosen? „Etwa, daß er im Bereich der Monarchie geboren ist? Wir sind darin geboren. Oder den Fürsten zu lieben, der uns wie ein Vater dient? Wir streiten darin um die Wette mit allen andern Bürgern. Oder etwa den Gesetzen des Staates und

17. Discours au sujet du mariage de Mgr. le Dauphin, prononcé au Désert du Bas-Languedoc, le 12 juin 1770.

18. Ms. 367 (14).

des Vaterlandes unterworfen zu sein? Wir respektieren sie, wir unterwerfen uns ihnen bedingungslos, selbst wenn sie uns brandmarken und uns zu Grunde richten. Oder der Erde anhängen, die wir lieben? — Heilige Liebe des Vaterlandes, wird man uns denn zwingen, dir abzuschwören?“ In solchen Worten appelliert er an den zukünftigen König.

Diese am 12. Juni 1770 vor ungefähr 12 000 Personen gehaltene Rede Rabaut Saint-Etienne war sein erstes Werk, das in der Öffentlichkeit erschien. Auf das Zureden einiger Freunde hatte er sich, allerdings nach längerem Zögern, entschlossen, die Rede drucken zu lassen. Einem Bekannten, den er in dieser Angelegenheit um Rat fragte, schrieb er: „Eine Menge schlechter Verse hat man unserer Dauphine gewidmet; darf man es deshalb nicht wagen, ihr auch holperige Prosa zu bieten und ihr die wohl ungeschickt ausgedrückten, aber heißen Wünsche eines Teils der Nation darbringen?“ Rabaut fügte die Beteuerung bei, daß die Worte, die er dem Dauphin in seiner Rede widmete, seinem Gefühl entsprächen, und daß er auch den König aufrichtig liebe.¹⁸ Die Tatsache allein, daß die Rede in kurzer Zeit vier Auflagen erlebte, legte Zeugnis ab von dem gewaltigen Eindruck, den sie machte.

Bald darauf ging Rabaut Saint-Etienne daran, die Sache der Protestanten auch auf andere Weise zu verteidigen. Im Jahre 1771 richtete er eine Denkschrift an den Grafen von Périgord, den Gouverneur von Languedoc, und bat um den Schutz der dort ansässigen Protestanten. In beredter Weise stellte er die Übel dar, unter denen sie litten, klagte, daß sie ihren Kult nur in der Einöde ausüben könnten, immer in der Furcht schwebend, aufgegriffen und dem Gesetz gemäß behandelt zu werden; er bat den Grafen, seinen Einfluß im Sinne einer Besserung ihrer Lage geltend zu machen.¹⁹

Dann wechselte er die Methode. Zur Erreichung seines Zweckes, der zunächst der Aufklärung diene, wählte er die Form der Erzählung. Er verfaßte einen Roman, dessen Inhalt jedoch in seinen Einzelheiten den bis in die jüngste Vergangen-

19. Mémoire en faveur des protest. du Bas-Languedoc par Rabaut St.-Etienne à Mr. le Comte de Périgord, (Bulletin 1888 S. 438).

heit herrschenden Zuständen entsprach, und der sich mit dem Schicksal eines ganzen Volkes befaßte. Der Zeitpunkt zur Veröffentlichung des Manuskriptes, das schon längere Zeit zum Drucke bereit lag, schien gegen das Jahr 1778 günstig. Nach dem Beginn der neuen Regierung und der Berufung Turgots durch Ludwig XVI. glaubte man an eine Änderung der Lage. Bereits am 29. Mai 1775 hatte Paul Rabaut einen Brief an Turgot geschrieben, in dem er unter Berufung auf die Prinzipien der Gerechtigkeit und Menschlichkeit der Hoffnung Ausdruck gab, es möchte unter der neuen Regierung bald eine Änderung des Loses der Protestanten erfolgen.²⁰ Die Philosophen, Literaten und hervorragende Rechtsgelehrte hatten weiterhin die öffentliche Meinung vorbereitet. Bald drangen auch Gerüchte durch, nach denen die Regierung schon mit der Ausarbeitung eines Ediktes beschäftigt sein sollte, um insbesondere die Frage der Eheschließungen zu regeln.²¹ Mit der Annahme, daß die Abfassung des Romans in das Jahr 1777 fällt, wird man nicht fehlgehen.²² Als Grund für die etwas späte Veröffentlichung mag auch der Umstand mitgespielt haben, daß Rabaut auf ein ähnliches Werk des Abbé Raynal hoffte. Dieser scheint tatsächlich einige Jahre nachher die Absicht gehabt zu haben, eine

20. *Lettres à divers*. Bd. II, S. 188.

21. *Lettre à Chiron*, ms. 358/1 S. 233 (Bibl. du prot. franç.); auch in den *Lettres à divers* ist verschiedene Male davon die Rede.

22. Daß Rabaut Saint-Etienne diesen Plan frühestens im Dezember 1776 gefaßt haben kann, geht aus einem leider nur teilweise erhaltenen Brief hervor, den er im Dezember 1776 an den Abbé Raynal schrieb. In diesem versuchte er, Raynal zu bewegen, ein Buch über die Lage der französischen Protestanten im 18. Jahrhundert zu schreiben, ein Buch, das zeigen solle, daß die Verfolgungen zum Schaden des verfolgenden Staates seien; es solle ferner die Nachkommen über die früheren Zustände unterrichten. Er erbot sich, Raynal Material über den Zustand der Provinz Languedoc vor und nach der Aufhebung des Edikts von Nantes zu verschaffen und ihn über die Veränderungen zu unterrichten, die die Intoleranz verursacht hatte, damit er ein Urteil fällen könne über die politische Bedeutung der Widerrufung des Edikts von Nantes. „Das Zustandekommen des Werkes in dem von mir gedachten Sinne liegt mir so am Herzen, daß ich Sie zu bitten wage, daran zu arbeiten“. Raynal antwortete sehr schnell auf Rabauts Schreiben; die Antwort selbst ist uns jedoch nicht erhalten. Jedenfalls enthielt sie keine bestimmte Zusage. (manus. 367 (16), Bibl. du prot. franç.).

Geschichte der Widerrufung des Edikts von Nantes zu schreiben.²³

Am 21. September 1778 bat Rabaut Saint-Etienne seinen ehemaligen Lehrer Chiron in Genf, ihm einen Verleger ausfindig zu machen, wie auch eine Person, die die Durchsicht des Manuskripts übernehme; „denn ich weiß“, fügte er bei, „daß es in der Broschüre Lässigkeiten im Stil und besonders eine Buntscheckigkeit der Ironie gibt, die sie nicht genügend vom Ernsthaften unterscheidet. Ich liebe die Korrekturen nicht, ich mache die Arbeit in einem Wurf und habe dann nicht mehr den Mut, nochmals daran zu rühren.“²⁴ Die Aufgabe der Korrektur übernahm der Pastor Vernes in Genf, eine kleine literarische Berühmtheit, mit dem Rabaut Saint-Etienne früher schon im Briefwechsel gestanden hatte. Er war sehr glücklich, als er erfuhr, daß Vernes die Aufgabe zusagte. „Meinem Vieux Cévénol konnte nichts Besseres geschehen, als in die Hände von Vernes zu fallen. Korrekturen, Änderungen und alles, was Vernès machen wird, können nur gut sein.“²⁵ Es scheint aber, daß dieser seine Pflicht in einer Weise erfüllt hat, die über den Wunsch Rabauts hinausging. Groß war sein Erstaunen, als er sah, daß Vernes nicht nur den Titel und verschiedene Stellen geändert, sondern auch noch 3 Kapitel hinzugefügt hatte, in denen er in schmachtentem Stil die Liebe des Helden und seine

23. Raynal bemerkte, daß dieses Werk seine berühmte *Histoire philosophique des deux Indes* an Vehemenz überbieten werde. Im Jahre 1780 wurde es mit vieler Wichtigtuerei von seinen Freunden angekündigt. Raynal selbst hatte an die Protestanten entsprechende Fragebogen gerichtet, die ihm als Unterlagen für das Werk dienen sollten. Erschienen ist es aber nicht, ja es ist fraglich, ob er es überhaupt in Angriff genommen hat. Raynal, der wegen seiner *Histoire philosophique des deux Indes* Frankreich hatte verlassen müssen, wünschte sehnlichst, wieder zurückkehren zu dürfen. Vielleicht hat er diese Erlaubnis mit dem Versprechen bezahlen müssen, die geplante Geschichte der Widerrufung des Edikts von Nantes nicht zu schreiben. — S. A. Feugère, *Raynal et la Révolution française*, (*Annales révolutionnaires* 1913, S. 305 ff.).

24. Ms. 358/1 S. 236, s. a. „Le vieux Cévénol“ ou *Anecdotes de la vie d'Ambroise Borély* p. Rabaut St.-Etienne, avec une préface de Ch. Dardier 1886, préface.

25. Ms. 358/1 236 ff.

Heirat erzählte. Auch die Titeländerung paßte ihm nicht; die Anspielung auf Voltaire schien ihm nach Reklamesucht auszusehen. Überdies wollte er, daß bereits aus dem Titel der Romancharakter des Buches hervorgehe. Rabaut nahm jedoch den Roman in der ihm von Vernes gegebenen Form vorläufig an und tat die Sache ab mit den Worten: „Die Änderungen müssen wohl gut sein, da sie von einer besseren Hand als der meinigen stammen.“²⁶ Seinem Helfer mußte er überdies noch danken, um so mehr, als der Roman einen großen Erfolg hatte. In der zweiten Auflage²⁷ wurde der ursprüngliche Titel wieder hergestellt und in der dritten, die Rabaut vor dem Druck gründlich durchsah, wurden die von Vernes angebrachten Änderungen und Zusätze gestrichen, so daß wir in dieser Auflage, die später fast unbeachtet blieb, das eigentliche Werk Rabauts vor uns haben.²⁸

Von den rein literarischen Schriften, die der Feder Rabaut Saint-Etiennes entstammen, ist dieser Roman *Le vieux Cévénol*²⁹ am populärsten und geschmackvollsten; er wird seinen Wert in literarischer Hinsicht stets behalten.

In der fiktiven Biographie seines Helden reiht er die Ereignisse so aneinander, daß alle Proskriptionsgesetze in Erscheinung treten, die seit nahezu einem Jahrhundert auf den französischen Protestanten lasteten. Eine knappe Wiedergabe des Inhalts mag hier gerechtfertigt sein, da dieser Roman geeignet ist, einige charakteristische Züge des Ancien régime zu beleuchten und zu erklären, weshalb die Aufklärung in Frankreich nicht wie in Preußen zum Verbündeten des Absolutismus werden konnte, sondern ihn unterminierte und ihm das Ideal der Menschenrechte entgegenstellte.

Ambroise Borély, die Hauptfigur des Romans, wurde im Jahre

26. Brief vom 25. Januar 1779 an Chiron, ms. 358/1, 238.

27. v. Jahre 1784.

28. v. Jahre 1788 „Le vieux Cévénol“, vgl. Neuauflage v. Dardier 1888. Préface.

29. Er erschien 1779 unter dem Titel „Le Triomphe de l'intolérance ou anecdotes de la vie d'Ambroise Borély, recueillies par W. Jestermann, ouvrage traduit de l'anglais et trouvé parmi les papiers de Mr. de Voltaire. Londres 1779. — Wie in andern Schriften Rabaut St.-Etiennes, so ist auch in diesem Roman ein innerer Zusammenhang mit den *Lettres pastorales* von Jurieu unverkennbar.

1671 in einer kleinen Stadt im Languedoc geboren. Die Familie und ihre Verwandten erduldeten nach einander alle möglichen Leiden. Der Vater Ambroise' wurde, weil er sich nicht zum Katholizismus bekehrte, kraft des Edikts von 1685 zum Tode verurteilt. Die Familie verjagte man aus ihrem Haus; in ihm nahmen 30 „bekehrende“ Dragoner Quartier, die die Bevölkerung des Städtchens nach ihren Methoden und dem Willen des Königs zu bekehren versuchten, und dabei vor keiner Grausamkeit, keiner Entwürdigung und Schamlosigkeit zurückschreckten. Die Lage der Mutter Ambroise', die in hochschwangerem Zustande aus ihrem Hause vertrieben wurde und nur durch Zufall auf der Straße nicht niederkam, war verzweifelt. Sie mußte ständig fürchten, ihrer Kinder beraubt zu werden. Als Ambroise 15 Jahre alt war, hatte er sich für einen Beruf zu entscheiden. Seine Neigung und Veranlagung wiesen ihn auf die Advokatenlaufbahn hin. Aber ein Anwalt, den er um Rat fragte, erklärte ihm, dieser Beruf sei für die Protestanten verschlossen; derselbe Bescheid wurde ihm, als er an den Beruf eines Prokurators oder eines Notars dachte. Nicht einmal Schreiber konnte er werden. Immer gab es eine königliche Erklärung, die sich den Absichten des jungen Mannes entgegenstellte. Schließlich sagte er mit einem kleinen Hoffnungsschimmer im Herzen: „Nun, man darf den Mut nicht sinken lassen, vielleicht bleiben zwei oder drei Berufe übrig. Wer weiß, ob es nicht Mittel und Wege gibt, in Frankreich zu leben, ohne Arzt, Chirurg, Geburtshelfer, Apotheker, Advokat, Prokurator, Notar, Gerichtsdiener, Sergeant, königlicher Pächter, Kontrolleur, Schreiber, Aufseher, Angestellter, Feudist, Expert, Buchhändler, Buchdrucker, Goldschmied usw. zu sein.“ Er dachte daran, in das Heer einzutreten, aber seine Mutter sagte ihm, diese Laufbahn sei den Protestanten zwar nicht verschlossen, aber die Gunstbezeugungen des Königs seien für die Katholiken reserviert. Tatsächlich blieb ihm nur übrig, folgenden Rat eines Freundes zu beherzigen: „Nicht alle Mittel sind Euch versagt, der Handel ist für Euch offen. Monseigneur Louvois hat an diesen Beruf nicht gedacht, und ich sehe voraus, daß die Protestanten, so arm und unglücklich sie heute sind, eines Tages die Städte und Provinzen, die sie bewohnen, zur Blüte bringen werden.“

Zu den Berufssorgen kam Unglück in der Familie. Die Güter der Mutter wurden eingezogen, weil sie ihre Kinder nicht in den katholischen Unterricht geschickt hatte. Von ihren 7 Kindern ließ man ihr nur Ambroise. Die andern wurden ihr weggenommen und in ein Kloster gebracht, um im katholischen Geiste erzogen zu werden. Eines der Kinder bekannte sich im Alter von sieben Jahren zum Katholizismus und wurde infolgedessen zum alleinigen Erben der väterlichen Güter eingesetzt. Wie sehr das Verfügungsrecht der Protestanten über ihre Güter beschränkt war und unter welchen Verlusten sie diese verkaufen mußten, zeigte sich, als Ambroise versuchte, seinen betagten Onkel, der aus Glaubensgründen ins Gefängnis geworfen worden war, loszukaufen. Man sah öffentliche Mißhandlungen von Protestanten, selbst Leichenschändungen, weil sich die Betreffenden auf dem Totenbett geweigert hatten, die Sakramente aus der Hand des katholischen Priesters entgegen zu nehmen. Um seiner todkranken Mutter, die verwundet wurde, als Soldaten eine religiöse Versammlung aushoben und dabei die Hälfte der Teilnehmer töteten, jene Demütigung zu ersparen, trug Ambroise sie in eine außerhalb der Stadt stehende Hütte. Hier starb sie, nachdem sie ihn gesegnet und ihm den Rat gegeben hatte, in ein Land auszuwandern, wo man seinem Gott in Frieden und Freiheit dienen könne. Ein Freund, zu dem er zuerst seine Mutter bringen wollte, hatte ihm den Eintritt ins Haus verweigert unter Berufung auf einen königlichen Erlaß, der den Protestanten bei Strafe von 500 l. verbot, einen Kranken ihrer Religion in ihr Haus aufzunehmen.

Beim Versuch auszuwandern, wurde Ambroise abgefaßt und sollte nun auf die Galeere geschickt werden. Nach unwürdiger Behandlung im Gefängnis brachte man ihn aber, da alles mit Gefangenen überfüllt war, mit andern zusammen auf ein Schiff, um nach Amerika deportiert zu werden. Sie erlitten jedoch Schiffbruch; Ambroise trieb mit zwei andern Genossen zwölf Stunden auf einem Brett im Meer und wurde im letzten Augenblick, im Zustande der Erschöpfung, von einem englischen Schiff gerettet und mit nach England genommen. Dort gründete er sich

schnell eine Existenz, fühlte aber nach Jahren eine unwiderstehliche Sehnsucht nach seinem Vaterlande, besonders als er hörte, daß es seinen Glaubensgenossen dort besser gehe, daß die Aufklärung ihr Werk getan und die Vernunft gesiegt habe. Er ging nach Frankreich, verließ es aber bald wieder nach den dort erlebten Enttäuschungen; denn er mußte sehen, daß die Toleranz nur im Munde geführt wurde, die harten Gesetze unverändert weiter bestanden, daß eine mildere Handhabung höchstens dem Wohlwollen eines Ministers zu danken war und die alte Verfolgungszeit wieder erstehen konnte. Obwohl er einen Fortschritt in der Behandlung der Protestanten feststellen durfte und fand, daß die Philosophie die Sitten und alten Prinzipien gemildert hatte, die Franzosen liebenswürdiger wurden, der Fanatismus erloschen und der Klerus selbst nachgiebiger als früher war, konnte er doch nur einer schmerzlichen Empfindung Ausdruck geben: „Ach, wo ist die Freiheit des Denkens, solange die alten Edikte bestehen? Sind es denn Bücher oder sind es die Gesetze, die die Verfassung einer Nation ausmachen? Und alle die Erklärungen des Königs, bestehen sie denn nicht noch? Fliehen wir, fliehen wir daher zu den Völkern, bei denen man aus Prinzip tolerant ist und den Menschen ihre Meinungen läßt, weil die Toleranz das Wesen des Christentums ist. Gehen wir nach London, wo der Bürger unter dem Schutz der Gesetze lebt und wo sein Los nicht von der Willkür der Minister abhängt. Gehen wir zu einem Volk von Brüdern, wo der Mensch seine ganze Energie bewahrt, und wo es nicht nötig ist, ihn durch blutige Schauspiele aufzureizen.“

Rabaut Saint-Etienne fügte als Anhang die beredte, aus der Feder Condorcets stammende Denkschrift *La Tolérance aux pieds du trône* bei, die bereits ein Jahr vorher anonym und unter einem andern Titel erschienen war.³⁰ Beide Schriften sind trotz ihres inneren Zusammenhangs unabhängig von einander entstanden. Rabaut lernte die Denkschrift Condorcets erst kennen, nachdem sein Roman abgefaßt war; sie wurde ihm von Chiron

30. Observations d'un citoyen catholique sur les lois de France relatives aux protestants, par M. de . . . , avocat au Parlement, Londres 1778.

aus Genf zugeschickt.³¹ Den Roman Rabauts könnte man als eine Art Illustration der Paragraphenaufzählung Condorcets bezeichnen; denn dieser gibt nacheinander den Inhalt der im Laufe der letzten hundert Jahre gegen die Protestanten erlassenen Gesetze wieder, schildert ihre unheilvolle Wirkung und geißelt die jesuitischen Einflüsse, die sie inspiriert haben. Besonders die im Jahre 1724 erlassenen Gesetze werden von ihm angegriffen. Er sagt, indem er auf die Verdienste und die wirtschaftliche Aktivität der Hugenotten anspielt: „Es wäre folglich sehr hart, friedliche Bürger und Edelleute, die ihr Blut fürs Vaterland vergossen haben, zur Galeerenstrafe zu verurteilen, nur weil sie gemeinsam für das Wohl des Staates und des Fürsten zu Gott beteten. — Es ist ein Ding der Unmöglichkeit für jeden vernünftigen Katholiken, einen protestantischen Pfarrer einen Schurken zu heißen, der seinen Brüdern das Dogma der Sekte und die Moral des Evangeliums erklärt. Jeden Katholiken würde man als niederträchtig ansehen, der einem flüchtigen Priester ein Asyl oder Brot verweigerte, der ihn, indem er ihm die Türe seines Hauses verschlösse, in die Hände seiner Verfolger liefern würde Warum soll man die Richter zwingen, den Angeklagten entgegenzuhalten: „Wir erklären euch im Namen des Gesetzes für schuldig, aber ihr verdient unsere Achtung und ihr wäret ehrlos, hättet ihr nicht der Gewalt und der Drohung getrotzt . . . Das Edikt von 1724 behandelt eine Million nützlicher und williger Untertanen, als existierten sie nicht. Die das Eigentum und den Bürger beschützenden Gesetze haben für sie keine Geltung; die Natur, die Ehre, die Rechtschaffenheit sind ihre einzigen Verteidiger, und jenes Gesetz hätte Frankreich mit 500000 Schurken bedeckt, wenn die Unglücklichen, die es unterdrückt, keine tugendhaften Menschen wären“.

Die Schrift Condorcets hat auf Rabaut zweifellos großen Eindruck gemacht. Zwar ersetzte er sie in der zweiten Auflage seines Romans, die im Jahre 1784 erschien, durch eine eigene Denkschrift mit dem Titel „Der König muß die gegen die Protestanten erlassenen Gesetze ändern“,³² aber die Ähnlichkeit

31. Ms. 358/1, 239 ff.

32. *Réflexions sur les lois relatives aux protestants. Le roi doit*

mehrerer Stellen dieser Denkschrift mit Stellen aus der Schrift Condorcets ist auffallend.³³ Indem Rabaut, wie Condorcet, sich mit der rechtlichen Lage der Protestanten auseinandersetzt, bedient er sich fast der gleichen Argumente, stets wie jener unter Berufung auf die Humanität und das wahre Interesse des Staates. Aber er gelangt überdies zu Gesichtspunkten, auf die man nicht ganz gefaßt ist. „Über 100 000 Personen wurden seit 1685 im Languedoc und in den Cevennen getötet oder hingerichtet. In den übrigen Teilen des Königreichs hat man ebensoviele getötet und noch viel mehr sind ausgewandert. Und trotz dieser Verluste sind die Hugenotten genau so zahlreich wie vor der Widerrufung des Edikts von Nantes. Diese der Regierung wohlbekannte Tatsache, die ich nötigenfalls beweisen könnte, zeigt mehr als alle Überlegungen der Welt, daß die Mittel der Strenge, die Verfolgungen und Strafen, die Protestanten nicht hindern, ihren religiösen Überzeugungen treu zu bleiben. Möge endlich die Güte der Strenge folgen, und bald wird man sehen, daß sich die Dinge ändern. Der religiöse Eifer nimmt zu mit den Widerständen, die man besiegen muß. Nimmt man einem Volke die Möglichkeit, Märtyrer zu haben,

modifier les lois portées contre les protestants. Démonstration. Avantages que la France tirerait de cette modification. Londres 1784.

33. Die „Tolérance aux pieds du trône“ beginnt: Depuis plus de quarante ans, les tribunaux français retentissent en vain des réclamations des protestants et les magistrats, attendris en faisant exécuter les ordres cruels dont ils sont les ministres, ont du moins porté aux pieds du trône des cris étouffés jusqu'aujourd'hui. La révolution se prépare, l'on annonce déjà l'époque heureuse où l'auguste monarque qui gouverne la France va reconnaître tous ses sujets pour ses enfants; et ses ministres ont enfin senti que le désir insensé de régner sur les opinions par la force, et de maintenir par les supplices la pureté d'une religion de paix a seul couvert pendant si longtemps la France de sang et de bûchers ...“.

Und in der Schrift Rabauts heißt es: „Que de maux n'a pas causé à la France le désir insensé de régner sur les opinions par la force! Nous n'avons qu'à jeter les yeux sur ce siècle entier de combats, de massacres et de supplices. On est saisi d'effroi quand on y voit tous les efforts canonisés . . . les scènes affreuses ne se renouvelleront plus, grâce aux lumières de ce siècle et à la sagesse du gouvernement. Les protestants ont tout lieu d'espérer sous Louis XVI un changement de sort qu'ils souhaitent depuis longtemps“.

so vermindert man seinen Glaubenseifer und die Zahl seiner Religionsbekenner. Die Gleichgültigkeit bemächtigt sich der Geister, die Vorurteile fallen nach einander und die Wahrheit findet ihren Weg zum Herzen. Die protestantischen Pfarrer werden ihren ganzen Einfluß verlieren, sobald man sie nicht mehr betrachten kann als Menschen, die sich dem Märtyrium aussetzen. Die Prinzipien selbst der protestantischen Religion, die jedem einzelnen Menschen das Recht geben, den Sinn der heiligen Schrift zu erfassen, müssen auf die Dauer in allen Ländern, wo der Protestantismus frei besteht, die Autorität der Pfarrer zerstören.“³⁴

Im Namen der Humanität, des Christentums und einer gesunden Politik werden hier die bestehenden Zustände gezeigelt und die unter dem Vorwand und im Namen der Religion begangenen schreienden Ungerechtigkeiten beleuchtet. Diesem Angriff wird eine Rechtfertigung der protestantischen Sache auf historischer Grundlage an die Seite gestellt.³⁵

Die literarische Tätigkeit, die Rabaut Saint-Etienne bald als Schützer seiner Glaubensgenossen erscheinen ließ, schuf zugleich die Voraussetzung für eine weitere Aufgabe: die Mitwirkung an dem Zustandekommen des Edikts von 1787.

Rabaut hatte schon früh angefangen, Denkschriften auszuarbeiten, die Richtlinien für ein Edikt zur Regelung der protestantischen Frage enthielten. Manche davon sind Fragmente geblieben.³⁶ Eine vollständig ausgearbeitete Denkschrift stammt schon aus der Zeit des Ministeriums Turgot;³⁷ sie war für den

34. ähnlich S. 16.

35. Im folgenden Jahre, als die Widerrufung des Edikts von Nantes sich zum hundertsten Male jährte, erschien der Rest der zweiten Auflage in veränderter Form. Die oben erwähnte Denkschrift bildete nicht mehr den Anhang des Romans, sondern die Einleitung mit dem neuen Titel: *Justice et nécessité d'assurer en France un état légal aux protestants*. Augsburg, l'an du rappel. Diese Titeländerung gab später zu der Vermutung Anlaß, daß es sich um zwei verschiedene Broschüren handle, und zu dem Irrtum, daß Condorcet der Verfasser der letzteren sei. — S. a. Bulletin 1887, Bd. 36, S. 618 ff.

36. s. Bibl. de l'hist. du prot. franç. Coll. Coquerel 329 1, 29,

37. F. Puaux, *Un mémoire inédit de Rabaut St.-Etienne*, (Bulletin 1882 S. 241, 289, 337).

ersten Minister Maurepas bestimmt. Mit unwiderlegbarer Logik bemühte sich Rabaut darin, nachzuweisen, daß die Protestanten ebenso gute Bürger seien wie die Katholiken, und daß folglich auch sie ein gesetzlich geregeltes bürgerliches Dasein verdienten, und man ihnen ihren Kult erlauben müsse. Ob diese Denkschrift tatsächlich in die Hände von Maurepas gelangt ist, läßt sich nicht nachweisen. Das Ministerium schien entschlossen, den Protestanten ein Zugeständnis zu machen. Der berühmte Advokat Lagourée wurde beauftragt, eine Denkschrift auszuarbeiten, die sich aber nur mit der Regelung der Eheschließungen und ihrer Gültigkeit befassen sollte.³⁸ Vor ihrer Abfassung hatte Lagourée neun der bekanntesten Hugenotten zu Rate gezogen. Aber ein Ausschuß der Hugenotten verwarf eine solche Teillösung, weil er befürchtete, es könnte daraus indirekt auf eine Billigung der übrigen bestehenden Gesetzgebung geschlossen werden. Andererseits war die von verschiedenen Seiten, besonders vom Klerus ausgehende Opposition noch zu stark, als daß man an ein wirklich umfassendes Reformwerk heranzugehen wagte.³⁹ Dieser klerikale Widerstand hörte eigentlich nie auf. Von der unversöhnlichen Gesinnung des Klerus legt eine auf seiner Versammlung im Jahre 1780 abgefaßte, an den König gerichtete Denkschrift Zeugnis ab, die als Antwort auf die Reformtendenz zu werten ist. Es wird darin nicht nur darüber geklagt, daß die Protestanten das Haupt wieder freier erheben und sich ihr Kult wieder breit mache, sondern sogar den Bekehrungsmethoden Ludwigs XIV. und XV. Lob gespendet, ohne allerdings deren Wiederaufnahme zu fordern. Immerhin verlangte der Klerus strengere Anwendung des geltenden Rechts gegen die Protestanten, besonders hinsichtlich der Zulassung zu den Ämtern.⁴⁰

Die allgemeinen Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung wurden jedoch umso günstiger, je breitere Schichten

38. Les préliminaires de l'édit de 1787 (1775—87) Bulletin 1864, S. 25 ff.; s. a. G. Bourgeois, Etude sur l'édit de tolérance (Revue de droit et de jurisprudence à l'usage des églises protestantes, t. V).

39. Ebd., vgl. A. Wahl, Vorgeschichte. Tübingen 1905—1907) Bd. II S. 198 f.

40. Soulavie zit. Bd. V S. 152 ff., vgl. oben Nr. 7,

die Aufklärung erfaßte. Die häufige Erörterung des Problems machte mit dem Toleranz- und Reformgedanken vertraut, zumal als mit Necker (1776) ein liberaler Protestant Minister wurde, der schnell die Volksgunst gewann, und als die Verkündigung der Menschenrechte und der Sieg der Freiheit in der Neuen Welt den mächtigsten Eindruck in Frankreich machte. Der gefeierte Freund Washingtons, La Fayette, wurde, aus Amerika zurückgekehrt, für die französischen Protestanten ein einflußreicher Fürsprecher beim Ministerium, in dem Breteuil, der Ressortminister für die kirchlichen Angelegenheiten, und der hochherzige Malesherbes reformfreundlich und dieser Frage zugänglich waren. La Fayette schrieb schon kurz nach seiner Rückkehr, am 11. Mai 1785, an Washington: „Die Protestanten Frankreichs sind einem untragbaren Despotismus unterworfen. Obwohl es gegenwärtig keine offenen Verfolgungen gibt, sind sie doch abhängig von der Laune des Königs, der Königin, des Parlaments oder eines Ministers. Ihre Ehen sind illegal, ihre Testamente haben vor dem Gesetz keine Gültigkeit, ihre Kinder werden als Bastarde, und sie selbst als reif für den Galgen betrachtet. Ich möchte eine Änderung ihrer Lage herbeiführen. Deshalb werde ich mit der Zustimmung de Castries und einer andern Person (wahrscheinlich Malesherbes) unter irgendeinem Vorwand ihre Hauptorte besuchen. Alsdann werde ich versuchen, die Unterstützung Vergennes, die des Parlaments und des Großsiegelbewahrers zu erlangen. Das ist eine Aufgabe, die Zeit verlangt und die nicht ohne Unannehmlichkeiten für mich ist, weil mir kein Mensch etwas Schriftliches geben will und mich niemand irgendwie aktiv unterstützt.“⁴¹

Als La Fayette diese Zeilen schrieb, hatte er die Beziehung zur Familie Rabaut bereits aufgenommen. Im Januar dieses Jahres hatte er dem alten Paul Rabaut geschrieben, und im Sommer ging er tatsächlich in das südliche Frankreich unter dem Vorwand, als reise er in Sachen der Vereinigten Staaten. Bei dieser Gelegenheit nahm er die persönliche Fühlung mit Rabaut Saint-Etienne und seinem Vater auf. Vor

41. Charavay, *Le général La Fayette*. Paris 1893. S. 117, u. La Fayette, *Washington et les protestants de France*, Bulletin 1893, S. 225 ff.

der Ankunft La Fayette's hatte Paul Rabaut an den Minister Breteuil geschrieben, bewogen durch die starre Haltung des Klerus und das Gerücht, dieser bestehe darauf, daß die Kinder der Hugenotten weiter von den katholischen Geistlichen getauft werden müßten.

Einige Wochen später, am 22. September 1785, schickte Rabaut Saint-Etienne eine Denkschrift über die Lage der Protestanten an Breteuil und zwar durch eine „sichere Gelegenheit“, sehr wahrscheinlich durch La Fayette;⁴² denn durch diesen war er über die geneigte Stimmung der Regierung unterrichtet worden. Von ihm erfuhr er auch, daß er im Einverständnis mit dem Manne, der das betreffende Gesetz abfassen sollte, gekommen war, um Paul Rabaut oder seinen Sohn Saint-Etienne zu einer Reise nach Paris zu bewegen. La Fayette überzeugte sich bald, daß Saint-Etienne wegen seiner Jugend und seiner Aktivität für die zu lösende Aufgabe geeigneter war als sein Vater, und setzte mit ihm die Richtlinien der Arbeit fest, über deren Einzelheiten nicht einmal Paul Rabaut unterrichtet wurde. Die Vorarbeiten für diese delikate Aufgabe sollten streng geheim gehalten werden. Die beiden kamen überein, daß Saint-Etienne auf ein gegebenes Zeichen nach Paris reisen sollte.⁴³

Ein Anlaß ergab sich bald: ein Erbschaftsprozess brachte die Frage in Fluß. Einer Hugenottin, Madame d'Anglure, wurde ihre legitime Geburt unter Berufung auf die gegen die Protestanten erlassenen Gesetze von einer katholischen Nebenlinie der Familie bestritten, um ihr die väterliche Erbschaft zu entziehen. Die Ehe ihrer Eltern, von denen die Mutter katholisch gewesen war, war vom katholischen Priester nicht eingegesegnet worden und stand nicht in den Registern der katholi-

42. Die Denkschrift war von einem Brief begleitet, in dem es u. a. heißt: „Monseigneur, je prends la liberté d'adresser à Votre Grandeur, par une occasion sûre un mémoire relatif au désirs et aux besoins d'un peuple nombreux dont le sort intéresse toutes les âmes sensibles“ ... etc. Bibl. municip. de Nîmes, manus. 496 No. 326, vgl. Lettre de Rabaut St.-Etienne à Poitevin, 17 août 1785, (Bulletin 1854/55 (t. III) S. 333), vgl. a. Lettres à divers, Bd. II S. 357.

43. Lettre-rapport, a. a. O. S. 397f. u. Bibl. du Cons. de Nîmes, B³².

schen Kirche. Das Parlament von Bordeaux gab den Klägern recht, indem es die Madame d'Anglure als „natürliches Kind“ bezeichnete. Der Prozeß, in dem Target als Verteidiger der Madame d'Anglure auftrat und der die ungerechte Gesetzgebung in voller Deutlichkeit zeigte, kam, da die Dame gute Verbindung zum Hofe besaß, schließlich vor den Conseil des Dépêches und zwang die Minister, sich mit dieser Materie zu befassen. Er gab dem Großsiegelbewahrer den Anlaß, dem König eine Gesetzreform zugunsten der Protestanten vorzuschlagen.⁴⁴

Im Dezember 1785 brach Rabaut Saint-Etienne von Nîmes auf und reiste über Lyon nach Paris, wo er Mitte Januar 1786 ankam.⁴⁵ Seine Reise konnte jedoch nicht ganz geheim bleiben, da ihre Kosten von den Konsistorien von Nîmes, Montpellier, Marseille und Bordeaux getragen wurden. Zwar konnte als Vorwand dienen, daß der Posten eines offiziellen Repräsentanten in Paris für die protestantischen Kirchen, den Court de Gébelin innegehabt hatte, durch dessen Tod unbesetzt war und Rabaut Saint-Etienne vorläufig dafür ernannt würde. Trotzdem sickerte der eigentliche Zweck seiner Reise durch, und bevor er in Paris ankam, war er beim Minister Breteuil denunziert worden. Sofort ging an ihn die Weisung, in Nîmes zu bleiben, aber als diese dort ankam, war Rabaut bereits in Paris. Der Aufenthalt wurde ihm dann zwar nicht verweigert, aber seine Tätigkeit wurde überwacht und war infolge des Mißtrauens, mit dem man ihm zuerst begegnete, keine leichte. Daß der Zweck seiner Reise die Drucklegung eines Buches und die Fühlungnahme mit einigen Gelehrten sei, wurde ihm nicht recht geglaubt. Tatsächlich erschien jedoch während seines Pariser Aufenthalts, Ende 1786, ein Büchlein von ihm, dessen Abfassung in Nîmes schon weit fortgeschritten war. Es führte den Titel „Briefe an Sylvain Bailly über die Urgeschichte der Griechen“.

Rabauts Vorliebe für das Volk der Griechen hatte seinen literarischen Betätigungsdrang, von dem er sagte, er mache einen der Reize und einen Trost in den unvermeidlichen Müh-

44. L'avocat Target, défenseur des protestants, Bulletin 1894 S. 599/605, vgl. a. „Lettres à divers“ Bd. II. S. 353.

45. Lettres à divers Bd. II. S. 359, lettre de P. Rabaut à La Fayette du 11 janvier 1786, u. lettre de La Fayette à P. Rabaut du 21 janvier.

sälen seines Lebens aus,⁴⁶ auf dieses Gebiet gelenkt. In diesen Briefen an Bailly lehnt er sich an dessen Forschungen über die Astronomie der Griechen an und sucht aus den erhaltenen Kulturdenkmälern und der Sagenwelt der Griechen ihre geistige Entwicklung zu erschließen. Aus den auf den Ursprung zurückweisenden Zeugnissen versucht er den Ursprung selbst klarzulegen, wie man von einer beobachteten Wirkung auf ihre unbekannte Ursache schließt. Betrachtungen über Sinn und Wert der Allegorie und Mythologie als sprachliche Hilfsmittel der Alten stehen im Mittelpunkt der ebenso phantasievollen wie scharfsinnigen Untersuchung. Sie will darlegen, daß die bisherigen Annahmen über die griechische Urgeschichte falsch sind und die in der Literatur gefeierten Helden nie existiert haben. Rabaut zeigt weiter, daß das Sprechen in Allegorien der Entstehung des Alphabets vorausging, und dieser Übergang eine große Revolution in der zivilisatorischen Entwicklung der Griechen bedeutete.

Im ersten Halbjahr seines Aufenthalts in Paris unterrichtete sich Rabaut Saint-Etienne über die Lage der Dinge, stets im Einvernehmen mit La Fayette, der ihn bald mit Malesherbes bekannt machte. Dieser war es, der die Denkschriften für den Conseil du Roi abfaßte. Aber erst im Laufe der Zeit wurde das Verhältnis zwischen den beiden Männern ein vertrauliches und offenherziges. Anfangs hatte Malesherbes mehr Begierde, sich zu unterrichten als Vertrauen gezeigt. Später aber wurde Rabaut über alle Fragen vertraulich zu Rate gezogen; er traf oft mit ihm zusammen, speiste wöchentlich ein- oder zweimal mit ihm, durfte in allem vorstellig werden und faßte verschiedene Denkschriften für Malesherbes ab. Dieser diente auch als eine Art Mittelsmann zwischen Rabaut und dem Minister Breteuil, der aus Gründen der herrschenden Etikette nie mit Rabaut zusammentraf. Dieser wurde stets von La Fayette unterstützt,⁴⁷ denn er stimmte nicht immer mit Malesherbes überein, dessen Absichten ursprünglich nicht so

46. Lettre de Rabaut St.-Etienne à son père (14 déc. 1786) Œuvres Bd. I. S. XIII.

47. Lettre-rapport, zit.

weit gingen, und der auch das schwerfällige Getriebe der Regierungsmaschine aus Erfahrung kannte und ihre Leistungsfähigkeit genau zu beurteilen wußte. Rabaut gedachte aber seiner später mit Worten, die Malesherbes alle Ehre machen. Gutherzigkeit, große Menschenkenntnis, seltene Einfachheit des Charakters und einen ausgeprägten Scharfsinn hebt er als Haupteigenschaften an ihm hervor.⁴⁸ Malesherbes hatte bereits im Jahre 1785 eine Denkschrift über die Eheschließungen der Protestanten abgefaßt und brachte eine zweite über denselben Gegenstand im Jahre 1786,⁴⁹ in der er, von Rabaut beeinflußt, seine Ansichten wesentlich erweitert hatte. In diesen Denkschriften Malesherbes' wurden die Dinge so dargestellt, als habe Ludwig XVI. nur das auszuführen, was sein Vorfahre Ludwig XIV. in der Schwebe gelassen habe. Dem guten, der Sache im Grunde freundlich gesinnten König, der jedoch von Vorurteilen nicht frei war und allzu sehr am Buchstaben klebte, mußte die Meinung beigebracht werden, als habe er nur das Werk Ludwigs XIV. zu vollenden. Niemals hätte er seine Zustimmung zu einer Wiederherstellung des Edikts von Nantes gegeben oder in eine Revision der Gesetzgebung seines großen Vorfahren gewilligt. Dies hätte er als eine Mißbilligung Ludwigs XIV. aufgefaßt, an dem er mit großer Verehrung hing. Hatte doch der von den besten Absichten beherrschte König es nicht einmal über sich gebracht, nach dem Rat Turgots bei der Krönungsfeier die in der Eidesformel enthaltene Verpflichtung, die Ketzer auszurotten, fortzulassen. Er gab vielmehr dem Erzbischof von Reims nach, der den Eid in der alten Form verlangte.⁵⁰ Man mußte dem König begreiflich machen, seine Vorgänger hätten geglaubt, es gäbe überhaupt keine Protestanten mehr in Frankreich. Die königliche Erklärung von 1724 war tatsächlich auch von dieser Annahme ausgegangen. Diesen Ge-

48. Ebd.

49. *Mémoire sur le mariage des protestants. 1785; Second mémoire sur le mariage des protestants. 1786.*

50. *Lettres à divers Bd. II, S. 189* Anmerk. zu lettre de P. Rabaut à Turgot (29 mai 1775). vgl. *Louis XVI et les protestants, Bulletin 1904, S. 194 f.*

danken wußte Rabaut in einer Denkschrift vom Jahre 1786 sehr geschickt in den Vordergrund zu stellen.⁵¹ Sie beginnt mit dem Satz: „Indem man das Los der Protestanten ändert, würde man heute nur das tun, was Ludwig XIV. selbst täte, wenn er noch regieren würde. Solange er glaubte, daß es Protestanten im Königreich gebe, behandelte er sie wie Untertanen; als er glaubte, es gebe keine mehr, setzte er ein Edikt außer Kraft, das ihm überflüssig schien“.

Die ausgearbeiteten Denkschriften hatten vorerst nur den Zweck, im Conseil du roi die Sache zu verfechten und Vorurteile zu beseitigen, von denen nicht nur der König beherrscht war, sondern auch Vergennes und besonders Miromésnil, der anfänglich ganz in der Opposition stand.⁵²

Wie der König, so betrachtete auch dieser die barbarischen Edikte als Staatsgesetze, die vom König erlassen und von den Parlamenten gebilligt waren. Er stimmte ganz der Meinung des Königs bei, man dürfe die alten Grenzen nicht verschieben, die die Weisheit diktiert habe, und nicht blindlings philanthropischen Ansichten nachgeben.⁵³ Selbst wo es das Staatswohl verlangte, konnte man sich nicht entschließen, etwas Altes als falsch zu verwerfen, in der trügerischen Annahme, dadurch der Autorität des Königs Eintrag zu tun.

Dem Zweck der Aufklärung dienten auch die *Eclaircissements historiques sur les causes de la révocation de l'Edit de Nantes*, die von dem Grafen Rulhière im Auftrag des Ministers Breteuil ausgearbeitet wurden. Rulhière war einer der 40 von der Académie française, und bald nach der Ankunft Rabaut Saint-Etiennes in Paris bahnte sich zwischen beiden Männern eine warme Freundschaft an. Rulhière zog Rabaut bei der Abfassung seines Werkes, dessen erster Band im Januar 1788 der Öffentlichkeit übergeben wurde, zu Rate und gab es ihm auch nach Vollendung zur Durchsicht, um gelegentliche Änderungen

51. s. G. Fabre, *Trois manuscrits de Rabaut St.-Etienne avec une introduction et des notes*, Mémoires de l'Académie de Nîmes 1893 Bd. 16. S. 193 ff. manus. No. 2; s. a. Bibl. du prot. franç. Coll. Coquerel 329 Bd, 29 (mehrere Fragmente) u. Lettre-rapport.

52. Lettre-rapport.

53. Louis XVI et les protestants, Bulletin 1904 S. 94 ff.

und Korrekturen anzubringen und die Phraseologie den Protestanten annehmbarer zu gestalten.⁵⁴ Rulhière schickte es sogar an Paul Rabaut und bat ihn um eine sachliche Kritik. In dem Werk bemühte er sich zu zeigen, daß die Widerrufung des Edikts von Nantes ein Werk der Intrigue gewesen sei und mit der Religion nichts zu tun gehabt habe; man habe Ludwig XIV. falsch unterrichtet. Der Madame von Maintenon wird dabei eine Hauptschuld zugeschrieben. Ludwig XVI. hatte auch immer geglaubt, sein großer Vorgänger habe sich bei allem von ganz bestimmten politischen Prinzipien leiten lassen; um seine Skrupel zu überwinden, wollte man ihm nun beweisen, daß die Gesetzgebung seines Vorfahren systemlos war.

Gegen Ende des Jahres 1786 hatte Rabaut endlich die Gewißheit, daß die Sache im Conseil behandelt werde. Der König, wird berichtet, war gewonnen, die Königin interessierte sich für die Angelegenheit und sprach mit Wärme darüber zum König, der, ihre Hände ergreifend, gerührt erwiderte: „Sie machen mir viel Vergnügen, so zu reden, sprechen Sie oft so, damit ich meinen Absichten treu bleibe“.⁵⁵ Aber bald begannen die Calonneschen Pläne, die Notabelnversammlung und die mit ihr zusammenhängenden Fragen das ganze Interesse des Königs zu beanspruchen. So kam es, daß der Anstoß zur Reform scheinbar nicht von der Regierung, sondern vom Parlament ausging, in dem eine ganze Anzahl namhafter Mitglieder einer Änderung der Lage der Protestanten seit langem günstig gesinnt waren. Einige von ihnen hatten sogar längst offen für die Protestanten Stellung genommen, so Duséjour, d'Espréménil und besonders de Bretignières. Am 9. Februar 1787 beantragte nun das Mitglied Saint-Vincent, man möge an den König die Aufforderung richten, eine Gesetzgebung in die Wege zu leiten, die den Protestanten einen *état civil* gewähre. Seinen Antrag begründete er mit einer wohldurchdachten, beweiskräftigen Rede, in der er auf den Widerspruch zwischen dem Gesetz und der Wirklichkeit hinwies, da die gegen die Protestanten erlassenen Edikte in vieler Hinsicht durchbrochen würden. Die jetzigen Tatbestände verlangten geradezu ein neues

54. Rulhière et Rabaut St.-Etienne, Bulletin 1884 S. 213 ff.

55. Louis XVI et les protestants, vgl. Lettre-rapport.

Gesetz. „Es handelt sich hier nicht darum, Irrtümer, die wir alle abschwören, zu beschützen, noch den Protestanten einen öffentlichen Kult zu gewähren, sondern nur darum, ihrer bürgerlichen Existenz eine vom Gesetz anerkannte Form zu geben“. Saint-Vincent pries das Zeitalter des Edikts von Nantes als eine Epoche großer Talente, in der Männer wie Fénelon, Bossuet, Aguesseau, Turenne, Descartes, Pascal u. a. gewirkt hätten.⁵⁶ Das Parlament entsprach seinem Antrag und beauftragte seinen ersten Präsidenten, beim König in dieser Richtung vorstellig zu werden.⁵⁷ Vielleicht hatte sich das Parlament, wie schon so oft, von seiner alten Popularitätshascherei leiten lassen und wollte der Regierung zuvor kommen. Deren Absichten waren nämlich durchgesickert, und der wahre Grund der Anwesenheit Rabauts in Paris war zu jener Zeit ein offenes Geheimnis. Der Antrag Saint-Vincents geht sogar höchstwahrscheinlich auf Rabaut Saint-Etienne zurück. Dieser stand damals in enger persönlicher Beziehung zu Saint-Vincent und brachte ihn mit verschiedenen Protestanten in Verbindung, die ihm Anregungen betreffs Änderung ihrer Lage zugehen ließen. Rabaut Saint-Etienne schrieb sogar einmal in unmittelbarem Auftrag Saint-Vincents.⁵⁸

Ein weiterer Vorstoß erfolgte am 23. Mai 1787 von einer anderen Seite. Rabaut war infolge des langen Verschleppens der Sache mißmutig geworden und drohte schließlich, Paris zu verlassen. Da tat La Fayette einen Schritt, der den Stein ins Rollen brachte. Als Mitglied der Notabelnversammlung beantragte er im zweiten Büro, dem er angehörte, die Versammlung möge eine Entschliebung annehmen, durch die der König gebeten werde, den Protestanten einen *état civil* zu geben und die auf sie bezüglichen strafrechtlichen Bestimmungen zu reformieren. Der Vorsitzende des Büros, Graf von Artois, warf zuerst dagegen ein, daß dieser Antrag keine Beziehung zu den Aufgaben der Notabelnversammlung habe und vielleicht auch ihre

56. s. Bulletin, Bd. 5, S. 433, die Rede ist dort abgedruckt.

57. Angeras, l'Edit de 1787 ..., S. 62, s. a. Bulletin 1925, S. 149 u. A. Wahl, Vorgeschichte, Bd. II S. 198 ff.

58. Ms. 317 (119) Rabaut St.-Etienne aux notables de Tonneins, März 1787.

Befugnisse übersteige. Als er aber einstimmig vom Büro angenommen und sogar vom Bischof von Langres, La Luzerne, befürwortet wurde,⁵⁹ überreichte der Graf von Artois im Namen der Büros dem König eine diesbezügliche EntschlieÙung.⁶⁰ Nach dessen Zustimmung wurde im Laufe des Sommers an der Abfassung des neuen Edikts gearbeitet.

Malesherbes beauftragte am 25. Juli 1787 den ihm wohlbekannten Advokat Target, einen grundlegenden Entwurf für das Edikt herzustellen. Bereits als Anwalt der Madame d'Anglure hatte dieser eine Denkschrift über die Eheschließungen der Protestanten ausgearbeitet, die im Juni 1787 im Druck erschienen war und den Beifall Rabaut Saint-Etiennes fand.⁶¹ Bei seiner neuen Arbeit zog er diesen zu Rate. Er bat ihn um eine kurze Darstellung der Lage der Protestanten, wie auch um den Entwurf einer Erklärung, die dem König vorgelegt werden sollte.⁶²

Am 17. November 1787 unterzeichnete endlich der König das ihm vorgelegte Edikt, und am 19. November wurde es dem Parlament zusammen mit dem die Aufnahme einer Anleihe bezweckenden Finanzgesetz zur Einregistrierung vorgelegt. Nach der Rede des Großsigelbewahrers Lamoignon über die Gründe, die die Regierung bestimmt hatten, den Nichtkatholiken eine zivilrechtliche Gleichstellung zu geben, begann die Diskussion über das Anleihegesetz, die mit einem *Lit de justice* endigte. Wir übergehen hier die Schilderung jener dramatischen Ereignisse, die der Grund dafür sind, daß sich die endgültige Einregistrierung des Edikts bis zum 29. Januar 1788 hinzog. Aus taktischer Berechnung und Oppositionslust gegen den Hof und den Sigelbewahrer Lamoignon erhob das Parlament Einwände. Der

59. Charavay, *Le général La Fayette*, S. 147, u. *Bulletin* 1925, S. 149. „La motion aurait peut-être échouée si elle n'avait pas été secondée par l'évêque de Langres, M. de la Luzerne (lettre de La Fayette à John Jay), *Bulletin* 1854/55 t. III, S. 342.

60. Angeras, zit. S. 63; *Lettre-rapport*.

61. L'avocat Target, défenseur des protestants, u. A. Lods, zit. *Bulletin* 1894, S. 605 ff.

62. Ebd. vgl. Dardier, *le centenaire de l'édit de 1787* u. G. Bourgeois zit.

Ausdruck *non-catholiques* und einige andere Punkte wurden aus formellen Gründen beanstandet. Erheblicher waren dagegen die Vorstellungen, die gegen die Protestanten erlassenen Strafbestimmungen zu annullieren und ihnen ihre konfiszierten Güter, zumindest die im Besitz der Krone befindlichen zurückzugeben. Andererseits verlangte das Parlament zuungunsten der Protestanten, daß ihnen drei Berufe auch in Zukunft ausdrücklich verschlossen bleiben sollten: der richterliche, der Lehrerberuf und der Beruf des städtischen Verwaltungsbeamten, sofern dieser ein von der Regierung errichtetes Amt bekleidete. Auf die Vorstellungen des Parlaments hin zog der König das Edikt zurück und ließ einige Änderungen anbringen. Insbesondere wurde eingefügt, daß der katholische Kult allein die Rechte und die Ehren eines öffentlichen Kults genießen sollte, daß die Nichtkatholiken niemals Chargen des Richteramts oder der von der Regierung errichteten Verwaltungsstellen bekleiden könnten, daß sie keine Lehrer werden dürften, und daß die Bekanntmachung der Aufrufe und Erlasse durch die katholischen Geistlichen an der Kirchentüre geschehen müsse. Die Restitution der protestantischen Güter wurde vorläufig verweigert, dagegen eine Reform der Strafgesetze in Aussicht gestellt.

Das Edikt entsprach in der Form wie es am 29. Januar 1788 vom Parlament einregistriert wurde, keineswegs den Erwartungen der Protestanten. Es gewährte ihnen nicht einmal vollständige Toleranz. Wohl hatten sie nun einen *état civil* und das Recht, im Königreich zu leben, ohne unter dem Vorwand der Religion verfolgt werden zu können. Nichts war aber über ihren Kult festgesetzt, nichts erwähnt über das Recht, Schulen zu haben und ihre eigenen Kinder zu unterrichten, und es waren nicht alle Berufsschranken für sie gefallen. In der Präambel des Edikts⁶³ heißt es: „Die katholische Religion, die zu bekennen wir das Glück haben, genießt allein in unserem Königreich die Rechte und die Ehren eines öffentlichen Kults, während alle unsere nichtkatholischen Untertanen jedes Einflusses auf die öffentliche Ordnung in unserem Staat beraubt sind. Sie werden auf immer für unfähig erklärt, in unserem Königreich ein Corps

63. Isambert, anc. lois, Bd. 27.

zu bilden, sind der ordentlichen Polizei für die Beachtung der Feste unterworfen und erhalten durch das Gesetz nur, was das Naturrecht uns nicht erlaubt, ihnen zu verweigern: ihre Geburten, ihre Eheschließungen und ihre Todesfälle zu konstatieren, um, wie alle andern Untertanen, die daraus resultierenden bürgerlichen Wirkungen zu genießen“.

Wie Rabaut Saint-Etienne sich die neue Gesetzgebung dachte und in welchem Sinne er Target und Malesherbes beeinflusste, geht aus seinen in den Jahren 1786 und 1787 abgefaßten Denkschriften deutlich hervor.⁶⁴ Er wünschte einerseits eine einwandfreie Regelung des *état civil*, die das Edikt auch enthielt, anderseits aber auch eine Regelung des Kults, die nicht darin erfolgte. Ferner dachte er an die Festlegung von Grundsätzen, die nichts enthielten, was dem Staatswohl und der Würde und herrschenden Stellung der Staatsreligion entgegenstand. Diese Grundsätze sollten folgende sein: die Protestanten und alle, die die Religion des Königs nicht bekenneten, dürften keine besondere Klasse im Staat bilden, sie sollten in den anderen Bürgern aufgehen. Diesen Punkt dürfe das Gesetz nie aus dem Auge lassen. Kultfreiheit und Öffentlichkeit des Kults sollten nicht gleichgesetzt werden. Der nationalen Religion solle die ihr gebührende Achtung und Auszeichnung vor den anderen gewahrt bleiben. Dagegen dürfe man die Andersgläubigen auf kein Gesetz verpflichten, das zu übertreten sie durch ihre Überzeugung in Versuchung gebracht werden könnten; denn die Erfahrung habe gezeigt, daß solche Gesetze immer übertreten würden und unnütze Härten im Gefolge hätten. Daher solle man wenige oder keine prohibitiven Gesetze erlassen, die Strafen notwendig machten und die Emigration zur Folge hätten.

Unter Statuierung des religiösen Zustandes verstand er, daß man den Protestanten erlaube, ihren Kult auszuüben, doch nicht in Gebäuden, die einen öffentlichen Charakter trügen. Auch sollten diese Gebäude in den Städten nur in Vororten gelegen sein dürfen.⁶⁵ „Ihnen einen nichtöffentlichen Kult zu

64. Lettre de Rabaut St.-Etienne sur l'édit de tolérance de 1787, (Bulletin 1884 S. 360 ff.) u. Fabre, Trois mémoires, zit., mémoire No. 2.

65. Ms. 329 t. 29. S. 75.

gewähren, das genügt“.⁶⁶ Damit wird klar, wie sehr Rabaut der Lage der Dinge Rechnung trug.

In der Berufsfrage vertrat er den Standpunkt, den Protestanten müßten alle Berufe geöffnet werden, weil es keine Gründe gebe, ihnen irgendwelche zu verschließen. Da sie die meisten Berufe tatsächlich schon ausübten, dürften sie unter dem Schutz des neuen Ediktes nicht schlechter stehen als vorher.

Rabaut Saint-Etienne sah mit den besten Hoffnungen dem Edikt entgegen. Seine Verbindung mit Malesherbes und Target, von denen er ständig zu Rate gezogen wurde, ließ diese Hoffnungen berechtigt erscheinen; er hatte außerdem den Entwurf Targets gelesen.⁶⁷ Wie groß aber war sein Erstaunen, seine Bestürzung, als er das vom König unterzeichnete Edikt zu Gesicht bekam und erkannte, welch einschneidende Änderungen darin vorgenommen waren. In einem heftigen Brief vom 6. Dezember 1787, der an eine an der Abfassung des Edikts beteiligte Person gerichtet war, gab er seiner Bitterkeit unverhohlen Ausdruck.⁶⁸ Manchmal versteigt er sich darin zu der Form des Protestes. Aus diesem Brief ist zugleich ersichtlich, was ursprünglich beabsichtigt war, und wie vieles davon dem Einfluß der gegnerischen Kräfte gelungen war, zu Fall zu bringen. Die wesentlichsten Streichungen waren nach der Zurückweisung des Edikts durch das Parlament erfolgt. So waren die den protestantischen Kult betreffenden Artikel weggelassen, dagegen war am Ende der Präambel eingefügt, daß die katholische Reli-

66. Fabre, *Trois mémoires*, mémoire No. 2.

67. s. Lettre de Rabaut St.-Etienne sur l'édit de tolérance de 1787. Bulletin 1884.

68. Ebd., es heißt dort u. a.: „Monsieur, je me permets de faire aujourd'hui ce que le public fera dans un mois, c'est-à-dire mes observations sur le fameux édit qui va occuper toute l'Europe et qui, par conséquent, sera jugé par elle. — On a retranché des articles, celui concernant le culte public protestant; mais on a inséré à la fin du préambule que la religion catholique jouirait seule des droits et des honneurs du culte public; ... Permettez-moi, Monsieur, de me plaindre aussi de cette expression vague du préambule: les sujets non catholiques privés de toute influence sur l'ordre établi dans l'Etat. etc“. Wahrscheinlich wurde der Brief an den rapporteur des Edikts, vielleicht aber auch an Target selber gerichtet.

gion allein die Rechte und Ehren eines öffentlichen Kults genieße. Ferner war die Bestimmung beseitigt, daß den protestantischen Geistlichen dieselben bürgerlichen Rechte zuständen wie den anderen Nichtkatholiken. Diese wollte Rabaut unter allen Umständen wieder eingefügt wissen. Er beschwerte sich weiter über die Beibehaltung der Strafgesetze und das Verbot des protestantischen Unterrichts, der schon dadurch unmöglich war, weil die Pfarrer, die ihn allein erteilen konnten, immer noch mit dem Strang bedroht waren.⁶⁹

Alle Vorstellungen Rabauts vermochten jedoch nicht, eine Änderung herbeizuführen. Gerade während der zwei Monate, in denen das Edikt in der Schwebe war, boten die Einwände des Parlaments dem Klerus die Handhabe, mit allen Mitteln auf den König und die öffentliche Meinung zu wirken. Die Reaktion war so stark, daß selbst der vorher günstig gesinnte Graf von Artois vollständig umfiel. Die Gesinnung des Klerus kommt deutlich in einer ganz gehässigen Schrift des Abbé Bonnaud zum Ausdruck, in der er zu behaupten wagte, daß die den Protestanten auferlegten Verfolgungen notwendig gewesen und selbst von den Dogmen der Religion, die sie zum Teil zerstört hätten, befohlen seien.⁷⁰ Schließlich aber billigte die Versammlung des Klerus, die im Frühjahr 1787 stattfand, das Edikt in seiner Gesamtheit.

Den Protestanten wußte Rabaut Saint-Etienne mit großem Geschick ihre Enttäuschung zu versüßen und die kleinen Errungenschaften in ein günstiges Licht zu stellen. „Das was wir jetzt haben, ist besser als das, was wir gehabt haben.“⁷¹ Gerade die unklare Abfassung des Edikts glaubte er zugunsten der Protestanten auslegen zu dürfen. Wenn auch über die Pastoren nichts bestimmt sei, so gebe es doch Artikel, aus denen man schließen dürfe, dieses oder jenes Gesetz könne nicht mehr in Kraft treten. So folgerte er aus einem Artikel die indirekte Anerkennung der Pfarrer als Bürger und das Außerkrafttreten der gegen sie bestehenden Ausnahmegesetze, da er ihnen

69. s. Edikt v. 1724 (Isambert).

70. Angeras zit. S. 64, vgl. A. Wahl, Vorgeschichte Bd. II S. 200,

71. Observations de Rabaut St.-Etienne sur l'édit de Louis XVI, (Bulletin 1864, S. 342 ff.) s. a. Lettre-rapport zit.

nur verbiete, den Titel und das Gewand zu tragen. In ähnlicher Weise glaubte er die Duldung des Kults folgern zu dürfen, da man aus religiösen Gründen nicht mehr belästigt werden dürfe. Und was die Berufe angehe, so begünstige das Edikt die Protestanten mehr als man glaube, „denn es verbietet fast nichts und läßt uns die Freiheit, uns allmählich breit zu machen, vorausgesetzt, daß es ohne Aufdringlichkeit und mit Vorsicht geschieht.“⁷² Das, was man erreicht habe, sei das Höchstmaß dessen, was erreicht werden konnte; jede Hartnäckigkeit hätte zu einem vollständigen Scheitern des Werkes geführt und vielleicht bedauerliche Rückwirkungen auf die Protestanten gehabt. Die Geister waren nach Ansicht Rabauts noch nicht genügend vorbereitet. „Die Fortschritte der Vernunft haben weniger für uns getan als man gemeinhin annimmt, da in den letzten 10 Jahren kein Fortschritt, sondern vielmehr ein Rückschritt in den Ansichten zu verzeichnen ist . . . Die Wirkung der Schriften des Jahrhunderts war nicht allgemein genug. Toleranz findet man nur bei den Ungläubigen, jeder Katholik ist ein Verfolger von Natur aus wegen der Maxime: „Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil“ . . . Die Schriften zugunsten der Toleranz haben seit dem Tode Voltaire's aufgehört. Man muß selbst zugeben, daß die Ideen der Philosophen nicht weit genug waren; denn die Toleranz schließt in sich ein die Idee der Gnade oder der Verzeihung, die falsch ist, weil jeder Mensch, der seine Gedanken mit denen der andern vergleicht, zugeben muß, daß er selbst sich täuschen kann. Nur derjenige wäre unfehlbar, der sagen könnte, er müsse den Andersdenkenden ertragen, wie man in der menschlichen Gesellschaft einen Menschen erträgt, der einen körperlichen Fehler hat. Man verzeiht ihm seine schlechte Beschaffenheit, und selbst das ist ungerecht, weil sein Fehler unfreiwillig ist“.⁷³

In großherziger Weise setzte er sich über die Tatsache hinweg, daß die Protestanten vom Schuldienst ausgeschlossen waren und auch keine eigenen Schulen haben durften: „Wir werden uns selbst unterrichten. Wenn die öffentlichen Ereignisse, die man

72. Ebd. (observations).

73. Lettre-rapport.

kommen sieht, sich entwickeln, darf man nicht ruhig zuschauen, sondern muß sich aktiv daran beteiligen . . . Wir müssen uns darauf vorbereiten, die Lehrer der Nation zu werden. Wenn wir auch keine Lizentiaten und Baccalaureen heranbilden dürfen, so ist es uns doch nicht verboten, Bürger und Menschen zu erziehen.“⁷⁴

Als Rabaut Saint-Etienne im März 1788 nach Nîmes zurückkehrte, hatte er aus seinen in Paris erhaltenen Eindrücken viel gelernt. Der Machtkampf zwischen Krone und Parlament, den er aus unmittelbarer Nähe hatte verfolgen können, hatte ihm gezeigt, daß die einst so machtvollen Säulen, auf denen das absolutistische Gebäude ruhte, morsch und dem Einsturz verfallen seien. Er war überzeugt, daß sich Großes vorbereite und eine neue Zeit hereinbreche. Ein weiteres aber nahm er noch mit nach Hause: die Bitterkeit über eine entrechtete Nation und die Verehrung für einen von der Kabale beherrschten, guten König, dessen Kraft und Autorität bereits zum größten Teile von der Revolution der oberen Stände, von ihrem egoistischen Kampf um die Macht im Staate untergraben war.

Als im Laufe des Sommers der Zusammentritt der Generalstände für das nächste Frühjahr von der Regierung zugesagt wurde, erwogen die Protestanten den Plan, in Paris eine Zentralstelle für den französischen Protestantismus einzurichten, der mit allen protestantischen Kirchen Verbindung halten und am Hof und bei den Generalständen die Interessen der Protestanten wahrnehmen sollte. Die Konsistorien Südfrankreichs schlugen Rabaut Saint-Etienne für diese Aufgabe vor. Ein Mitglied des Konsistoriums von Nîmes schrieb darüber im Oktober 1788 an das Konsistorium in Bordeaux: „Er (Rabaut Saint-Etienne) besäße in vorzüglicher Weise alle notwendigen Eigenschaften, die Sache zum Erfolg zu führen: gründliche Kenntnis der protestantischen Angelegenheiten, feste Grundsätze und bestimmte Ansichten, gefällige Umgangsformen, einen geschmeidigen und doch starken Charakter, die Kunst der zwanglosen Erzählung, verbunden mit jenem glücklichen Gemisch von Phlegma und Eifer, dem die Überredung gelingt, literarische

74. Ebd.

Talente, die, dank dem glänzenden Erfolg seines ersten Werkes, ihm bald alle für seinen Zweck dienlichsten und geachteten Salons öffneten“.⁷⁵ Bevor aber die Sache entschieden war, hatten die Dinge eine Wendung genommen, die das Projekt in den Hintergrund treten ließen. Die Wahlvorbereitungen zu den Generalständen und die Wahlen selbst nahmen die ganze Aufmerksamkeit des dritten Standes in Anspruch, und Rabaut selbst wurde als Abgeordneter seiner Sénéchaussée in die Generalstände geschickt.

^{75.} s. Archives du consistoire de Nîmes B—32³, s. a. Bulletin 1891 S. 487.

Drittes Kapitel.

Der Kämpfer in der Wahlbewegung.

Lorsque je commençai ma brillante carrière,
Quand mon cœur éprouvait mille naissants désirs,
Tout riait à mes yeux et la nature entière
Ne m'offrait que plaisirs.

(Rabaut St.-Etienne, *La mélancholie*, 1793).

Wenige von denen, die im Herbst des Jahres 1788 ihre Stimme zugunsten des dritten Standes erhoben und über das Durchschnittsmaß herausragten, schienen von der Natur und dem Schicksal so zum revolutionären Führer vorausbestimmt zu sein wie Rabaut Saint-Etienne. Sein bisheriges Leben war zum großen Teil ein Kampf gewesen gegen einen für anarchische Willkür mißbrauchten Despotismus, der sich auf keine Bevölkerungsschicht so ausgewirkt hatte, wie auf die Protestanten. Die Folgen eines solchen Regimes hatte er selbst zu vielen Malen am eigenen Leibe erfahren müssen. Um den Gefahren zu entgehen, die seiner Sicherheit drohten, mußte er seine Jugendzeit in einem Lande verbringen, dessen Freiheit in krassem Gegensatz zu der in seinem Vaterland herrschenden Verfolgung, Bedrückung und Willkür stand. Die Zeit, in der sich die persönlichen Überzeugungen bilden und der Charakter des Menschen sich formt, verbrachte er in der Stadt, die Rousseau ihren Sohn nennen durfte, und von der Einflüsse ausgingen, die die Grundstützen der alten Ordnung erschütterten. In dieser Stadt der Freiheit und demokratischen Verfassung machte er seine ersten Studien, in dieser Stadt, die eine so große Zahl bedeutender Menschen beherbergt hatte und ein Hort der Wissenschaft und der Literatur war. Geschichte und Verfassung dieser Stadt gaben ihm Anregung, sich zurückzusetzen in die Antike, vornehmlich zu seinem Lieblingsvolk, den Athenern, die er so sehr bewunderte.

Aus Genf und der Schweiz zurückgekehrt hatte er sich einem Berufe ergeben, dessen Aufgaben und Wesen sich auf Schritt und Tritt an die bestehende „Ordnung“ des Ancien régime stießen. Der Hebung dieses Widerspruches galt ein ununterbrochenes, mehr als zwanzigjähriges Mühen und Kämpfen. Wenn auch das Endergebnis dieses Kampfes kein voller Erfolg war, so hatte die Beschäftigung mit diesen Fragen seinen Blick doch erheblich geweitet und seinem makellosen Namen den Glanz verliehen, der einem in das öffentliche Leben tretenden Manne seine Anfänge erleichtert. Die ausschlaggebende Rolle, die Rabaut beim Beginn der Generalstände spielte, beruhte darauf, daß er in reichem Maße das besaß, was Mirabeau abging. Den Ruf der Sittenreinheit und Tugendhaftigkeit verband er mit Wissen und Beredsamkeit. Allen Protestanten Frankreichs war er wohl bekannt, er wurde von ihnen geliebt wegen seiner Verdienste, und weil er der Sohn des großen Predigers der „Wüste“ war. Schon die Art und Weise seiner Wahl legt Zeugnis ab von der Achtung, deren er sich allgemein erfreute.

Eine gute politische Vorschule war für ihn sein mehr als zweijähriger Aufenthalt in Paris. Dort hatte er nicht nur einen Einblick bekommen in die Verderbnis der oberen Gesellschaft, er war auch Zeuge des Niedergleitens, des Bankrotts des Absolutismus und der siegenden Revolution der ersten Stände, die der großen Revolution vorausging. Die Entwicklung der im Zusammenhang damit sich bildenden öffentlichen Meinung konnte er aus nächster Nähe verfolgen; er konnte sich mit dem ganzen derzeitigen Fragenkomplex vertraut machen und die treibenden Kräfte werten.

Die öffentliche Meinung war eitel Jauchzen, als der Absolutismus unter den Streichen der ersten Stände wankte. Diejenigen aber, die tiefer sahen — unter ihnen auch Rabaut — gaben sich diesem Enthusiasmus nicht ungeteilt hin. Was bedeutete das Wort „Generalstände“ für sie und den dritten Stand? Nach der Lage der Dinge vorerst noch nichts Erfreuliches. In den letzten Generalständen hatte der dritte Stand nur wenig zu sagen gehabt. Sie waren für ihn eher eine Demütigung gewesen, und auch jetzt erhofften die Besonnenen vorläufig nicht viel von ihnen. Rabaut Saint-Etienne schreibt in seinem großen Bericht vom Februar

1788,¹ man solle auf die Generalstände keine übertriebenen Hoffnungen setzen. Er schreibt dies allerdings unter dem Hinweis, die Protestanten hätten von ihnen nicht mehr zu erwarten, als ihnen das Edikt bereits gewährte; es werde eine von Vorurteilen beherrschte Versammlung sein, die geneigt wäre, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen. „Selbst wenn die Generalstände im nächsten Jahre zusammentreten, was tatsächlich zu geschehen droht, muß die bisherige Entwicklung der Nation, die dadurch aufgehalten würde, zur Auswirkung gelangen. Die Generalstände werden viele Vorurteile und wenig Erleuchtung bringen, da sie schlecht konstituiert und von Leuten zusammengesetzt sein werden, die nicht aus freier Wahl hervorgehen. Sie werden nicht das Organ der öffentlichen Meinung sein. Durch ihre geringe Leistung wird man jener Art von Versammlungen bald überdrüssig werden. Der dritte Stand wird nichts darin sein und wird nicht einmal die Nation repräsentieren; mit einem Wort: die Generalstände werden gar keinen Wert haben. Schließlich aber wird das nur ein Aufschub sein; denn es liegt im Schicksal Frankreichs, nur allmählich zum Guten zu gelangen. Wir müssen unsere ganze Hoffnung auf die Provinzialversammlungen setzen und auf die Generalstände, die am Ende aus ihnen hervorgehen werden.“

In der Erwartung der Generalstände lebte und fieberte Frankreich während des Sommers 1788 dahin. Die Erregung wurde insbesondere gesteigert durch den Erlaß vom 8. August, nach dem man mit Sicherheit auf den Zusammentritt der Generalstände für das Frühjahr 1789 rechnen konnte. Zur aktiven Beteiligung war das Volk schon durch den Erlaß vom 5. Juli 1788 aufgerufen worden. Broschüren, an denen schon vorher kein Mangel gewesen war, tauchten nun überall in Massen auf. Die meisten von ihnen behandelten diejenigen Probleme der Generalstände, die im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses standen, mehr mit Leidenschaftlichkeit als mit Sachlichkeit. Eine exakte Konzeption und ein klares Programm ging ihnen allen mehr oder weniger ab. Man verfolgte die Ereignisse in Paris, die Ministerkrisen, den drohenden Staatsbankrott mit gespanntem Interesse

1. Lettre-rapport, a. a. O. S. 398 f.

und debattierte und räsionierte darüber ins Endlose, weil man, wie Rabaut-Etienne sagte, das Untere der Karte nicht kannte, und man in der Unsicherheit nicht wußte, woran man war.² Eins aber war für ihn klar: Necker mußte Wege finden, um bis zum Zusammentritt der Generalstände durchhalten zu können. „Dann ist alles noch weit davon entfernt, fertig zu sein, wenn man den dritten Stand nicht verstärkt, wenn man ihn nicht aus Roturiers bildet, wenn man in ihn nicht gebildete Leute beruft, Advokaten, Geschäftsleute, Literaten, geschickte und reiche Grundbesitzer, alle frei gewählt durch die gute und freie Roture,“ schrieb er am 27. September,² und einige Tage später pries er in einem Schreiben an seinen Freund Rulhière³ die Demokratie als die natürlichste Regierungsform; es sei sehr wünschenswert, sagt er da, daß der dritte Stand in überwiegender Zahl in den Generalständen vertreten sei, weil er der Schild der königlichen Autorität, der natürliche Freund der Ordnung und des öffentlichen Wohles sei, keine Sonderinteressen zu vertreten habe und folglich unmöglich etwas anderes verlangen könne, als was dem Allgemeininteresse dienlich sei. „Der dritte Stand ist die Nation selbst.“ Also nicht Sieys hat dieses Wort geprägt, sondern Rabaut Saint-Etienne hat es bereits vor ihm gebraucht. Seine anfängliche Skepsis wich jetzt kühnen Hoffnungen. Er glaubte, die Gelegenheit sei gekommen, eine Verfassung auf demokratischer Grundlage herzustellen. Rulhière gab seinem Freunde im Prinzip recht, wollte aber nur etappenweise zu dem Ziel gelangen, das Rabaut jetzt in einem Sprung zu erreichen gedachte. Rulhière füchtete die *précipitation française* und die *fureur démocratique*. Er hielt hier schon Rabaut vor, die Verstärkung des dritten Standes sei bedeutungslos, wenn man nicht zugleich die alte Form der Beratung ändere. Aber, „welche Neuerungen! welche Gelegenheiten für Mißverständnisse! Durch welche Autorität sollen denn vor dem Zusammentritt der Stände diese Änderungen entschieden werden, die doch nur von den Ständen allein gemacht werden können?“

Rabaut, der die Entwicklung der Dinge gespannt verfolgte, konnte sich nicht auf den Briefwechsel mit seinen Freunden be-

2. Lettre à M. de Bufferent, 17 sept. 1788, s. Ch. Liotard, *Trois lettres inédites de Rabaut St.-Etienne*, 1884.

3. s. Rulhière et Rabaut Saint-Etienne, *Bulletin* 1884, S. 223.

schränken, um seinen Gedanken Luft zu machen. Sein Genius trieb ihn, selbst Einfluß zu gewinnen auf den Gang der Ideenentwicklung;⁴ er griff zur Feder, um öffentlich für das Interesse des dritten Standes einzutreten.

Um die Mitte des Septembers schrieb Rabaut Saint-Etienne seine erste Broschüre, den *Avis important*.⁵ An verfassungstheoretischen Gedanken ist die Schrift noch sehr arm; Rabaut zählt die Reformen auf, die gemacht werden sollen, aber hinsichtlich der Form der Generalstände weiß er nur wenig zu sagen. Er erhebt lediglich die Forderung, der dritte Stand müsse mindestens ebenso viele Abgeordnete haben, wie die beiden anderen Stände zusammen, und seine Abgeordneten müßten dem dritten Stand entnommen sein, weil sonst die erwarteten Reformen ausbleiben würden. Dies macht er sogar zu einer *conditio sine qua non*. Er rät nämlich dem dritten Stande, überhaupt keine Abgeordneten zu schicken und dadurch die Berufung der Generalstände unmöglich zu machen, falls die Regierung diese Forderungen nicht erfüllen sollte. Die Schrift befaßt sich in der Hauptsache mit den Mißständen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung. Die von Rabaut geübte Kritik ist in vielen Punkten sehr zutreffend, und die Schrift ist weit leidenschaftsloser und objektiver als es ihre einleitenden Worte vermuten lassen. „Fürsten dieser Erde“, beginnt Rabaut, „ihr regiert nur, um eure Völker glücklich zu machen. Diese Wahrheit, die ihr in Wirklichkeit allzu oft verkannt habt, müßt ihr förmlich anerkennen. Welch große Sorgfalt wendet ihr in den Präambeln all eurer Dekrete, all eurer Edikte auf, selbst in denen, die uns mit neuen Steuern belasten und unserer Entwicklung neue Hindernisse in den Weg legen, uns zu überreden, daß ihr euch nur mit unserer Wohlfahrt befaßt! Diese eure Vorsichtsmaßregel, die in der Tat nur eine Treulosigkeit ist, ist jedoch eurerseits ein formelles Eingeständnis der Pflichten, die euch auferlegt sind.“

Solche königlichen Pflichten sind nach Rabaut, das Volk weise und gerecht zu regieren, es gegen seine Feinde zu schützen,

4. s. Liotard, *Trois lettres inédites*.

5. *Avis important sur le ministre et sur l'assemblée prochaine des États généraux 1788*, 48 p. Bibl. nat. Lb³⁹ 6709.

die Ordnung aufrecht zu erhalten, das persönliche Eigentum und besonders die Freiheit des einzelnen zu garantieren und die Steuern zum Glück und Segen des Volkes zu verwalten. Die Anklage richtet sich aber nicht gegen den König, sondern gegen die Korruption der Regierungs- und Hofkreise, die den König schlecht beraten, täuschen und sogar verraten und sich an denen rächen, die ihre Stimme gegen die Mißbräuche zu erheben wagen. Unnachsichtig brandmarkt er die *voleurs publics* in der Finanz- und Steuerverwaltung und den ganzen ministeriellen Despotismus. Rabaut verlangt die Abstellung der Mißbräuche, und zwar müsse der König selbst wieder die Zügel in die Hand nehmen und die Staatsmaschine leiten, damit er sein verlorenes Prestige zurück-erlange. Nur so könne er die öffentliche Meinung wieder beherrschen. Wenn ihm das gelinge, sei seine Herrschaft gesichert, „denn die öffentliche Meinung ist die Königin der Welt.“⁶

Vor allem andern fordert Rabaut die Anerkennung zweier Grundrechte: der Freiheit der Person und des Eigentums. Die Reformen, die er verlangt, umfassen fast alle Gebiete des staatlichen Lebens: Reform des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts, sowie der Gerichtsorganisation, kleinere Ressortbezirke, Erleichterung der Steuerlasten, gleiches Steuerprinzip für alle Stände und Aufhebung aller pekuniären Sonderprivilegien der oberen Stände; das Sonderinteresse soll dem allgemeinen untergeordnet und den Generalständen Einblick gewährt werden in alle Verwaltungszweige, selbst in alle Ministerien. Die Befugnisse der Minister werden beschränkt und ihre Tätigkeit der Kontrolle der Nation unterstellt. Diese hat selbst das Recht, bei der Ministerernennung mitzuwirken, damit nur Männer an der Spitze des Staates stehen, die das Vertrauen des Volkes besitzen. Weiter verlangt Rabaut die Ausscheidung der schlechten Beamten, Sparsamkeit in der Verwaltung, Reduzierung des Zinsfußes der drückenden Anleihen, Verminderung und teilweise Aufhebung der Pensionen, und besonders Abkehr von der Meinung, es „sei eine Ehre, die Rolle eines Parasiten am Staate zu spielen“.⁷

6. Ebd. S. 20.

7. Ebd. S. 42.

Während die meisten dieser Forderungen schon oft auch von anderen Publizisten erhoben und auch von vielen Privilegierten gebilligt wurden, wirft Rabaut noch einen Gedanken auf, der allein schon den Kenner seiner andern Schriften auf ihn als den Verfasser der Broschüre schließen ließe. Alle Güter, sagt er, die nicht einzelnen gehören und keinen vollen Eigentumscharakter für den gegenwärtigen Besitzer haben, wie z. B. die Güter des gesamten Klerus — des *clergé régulier et séculier* — sind von Rechts wegen Staatseigentum. Der Monarch ist der einzige rechtmäßige Besitzer dieser Güter und kann über sie verfügen, wie es ihm für das Wohl der Nation erforderlich erscheint. Der Nutznießer — damit ist der Klerus gemeint — hat kein Recht, eine Sache zu verteidigen, die ihm nicht gehört. Man könne zwar die augenblicklichen Nutznießer nicht aus ihrem Besitz verjagen, aber der König könne Neuaufnahmen verbieten, und die Kirche könne in die staatliche Verwaltung eingebaut werden. Diesen kühnen Gedanken stützt Rabaut — er gibt sich, um weniger verdächtig zu sein, für einen liberalen Adligen aus — mit dem Hinweis auf das skandalöse Leben der oberen Geistlichkeit, das durch den Reichtum der Kirche ermöglicht werde, einen Reichtum, der zum großen Ärger der Gläubigen nur zu einem geringen Teil seinem wahren Zweck nutzbar gemacht werde. Man müsse die Kirche in ihren ursprünglichen Zustand zurückführen, und das schließe die Aufhebung aller Klöster, Abteien, Propsteien usw. in sich. Dadurch könnte der Staat umso wirksamer die Armen unterstützen. In England gebe es keine Klöster, keine Mönche und keine Nonnen, und trotzdem finde jeder Bürger sein Auskommen. Auch könnte man mit den Kirchengütern einen großen Teil der Staatsschulden bezahlen.⁸

Rabaut gibt die Kühnheit dieser Gedanken selbst zu und glaubt, daß so tief einschneidende Reformen nur von einem Monarchen gemacht werden könnten, der die öffentliche Meinung ganz für sich hat. Diese sei in Frankreich und in ganz Europa der Monarchie noch günstig gesinnt, obwohl das Prestige der Monarchen im Sinken begriffen sei. „Es ist Zeit“, sagt Rabaut, „daß man die Lasten des Volkes erleichtert, denn der Tag wird

8. S. 19.

kommen, wo die Völker, von ihrem Irrtum geheilt, die alten Völker Griechenlands und Italiens nachahmen werden, die sich gezwungen sahen, die monarchische Regierungsform zu ächten, unter der sie einst glücklich waren, die aber für sie infolge der Tyrannei ihrer Monarchen unerträglich wurde.“ Dieser düsteren Perspektive folgt ein Appell an Ludwig XVI., der nicht nur seine Gefühle, sondern auch die des Volkes dem Herrscher gegenüber wiedergibt. „Edelmütiger Monarch Frankreichs, der du so ruhmreich die Freiheit Amerikas beschützt hast, willst Du Deine Regierung für immer denkwürdig machen? Willst Du für Dich allein mehr Ruhm ernten als alle Deine Vorgänger zusammen? Willst Du berühmter werden als der berühmteste unter ihnen und wieder gutmachen, nein, in einem Augenblick alle Schäden beheben, die eine lange Reihe von Fehlern in der Verwaltung Deiner Staaten verursacht hat? Willst Du Dein geliebtes Volk so glücklich machen, wie Dein Herz es wünscht? Versammle es um Dich und teile ihm inmitten Deiner getreuen Untertanen, fern von den Ministern, deren Ratschläge Dich irregeleitet haben, Deine wohlthätigen Pläne mit und befrage es über die Mittel, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, ... dann wird es in Dir nur noch das Bild eines wohlthätigen Gottes, eines Vaters sehen, der eifersüchtig über das Wohl und die Glückseligkeit seiner Kinder wacht. Dann wirst Du in ihm nur noch untertänige und ehrerbietige Kinder haben, die bereit sind, für den Glanz Deines Namens, die Pracht Deines Thrones und den Ruhm und das Glück Deines Hauses ihren letzten Blutstropfen zu vergießen.“⁹

Rabaut Saint-Etienne fand in seinem *Avis important* den Ton noch nicht, der ihm in seiner späteren Schrift über die Interessen des dritten Standes eigen wurde. Die Sätze sind gelegentlich schwerfällig. Man merkt dem Verfasser auch eine gewisse Ratlosigkeit an. Groß sind die Erwartungen, mit denen er den Dingen entgegensieht, aber noch wenig weiß er über die konstitutionellen, die Generalstände betreffenden Fragen zu sagen. Trotzdem blieb der Erfolg der Broschüre nicht aus. Eine zweite Auflage wurde bald notwendig.

Inzwischen waren jedoch die Dinge weiter in Fluß gekommen. Das Pariser Parlament hatte gegen den dritten Stand Stellung ge-

9. S. 23.

nommen, indem es in seiner Entscheidung vom 25. September 1788 für die Form der Generalstände von 1614 eintrat. Durch den Appell des Königs an die Notabelnversammlung wurde die Verfassungsfrage vor das Forum der öffentlichen Meinung getragen. Der Kampf um die Verfassung der Generalstände trat damit in sein akutes Stadium.

Vor dem Zusammentreten der Notabeln verfaßte Rabaut Saint-Etienne, allem Anschein nach gegen Ende Oktober, eine weitere Schrift, einen *Second avis important*,¹⁰ die dann in der zweiten, Anfang November erschienen Auflage den Titel erhielt „An die französische Nation“. Auch in dieser Schrift beginnt Rabaut mit einer scharfen Kritik an dem bestehenden Regime. Er wendet sich gegen die willkürliche Form der Gesetzgebung, gegen die *Lits de justice*, gegen die durch die jeweilige Stellungnahme der verschiedenen Provinzialparlamente bedingte Ungleichheit der Gesetze und ihrer Anwendung, gegen die „Bizzarrie“ der Gesetzgebung selbst. Er wendet sich gegen die Schwachheit der ausübenden Gewalt, die heillose Finanzverwaltung, die Antizipationen, die verschleierte Bankerotte und gegen die Duldung schreiender Mißbräuche. Dies alles könne nur behoben werden durch die jährliche Berufung der Generalstände, denen die Minister verantwortlich gemacht und alle Gesetze ohne Ausnahme zur Zustimmung vorgelegt werden müßten. Als grundlegendes Prinzip stellt er heraus: „Die Gesetze interessieren auf verschiedene und besondere Art drei große verfassungsmäßige Faktoren: den König, den Adel und den Klerus, deren Interessen sich decken, und den dritten Stand. Deshalb muß die Gesetzgebung in drei Teile geteilt werden, und folglich ist die für Frankreich gemäße Verfassung die der dreifachen legislativen Gewalt.“¹¹

10. *Second avis important à la nation sur les vices de son gouvernement, sur la nécessité d'établir une constitution et sur la composition des Etats-généraux* adressé à l'assemblée des Notables par l'auteur de l'avis important sur le ministre et sur l'assemblée prochaine des Etats généraux. (November 1788). Titel der zweiten und folgenden Ausgaben: *A la nation française, sur les vices de son gouvernement, sur la nécessité d'établir une constitution et sur la composition des états-généraux*. Die Schrift hatte mindestens 4 Auflagen. (Bibl. nat. Lb³⁹ 6649).

11. Ebd. S. 5.

Die Konstituierung der Generalstände nach den Formen von 1614 lehnt er aber rundweg ab. Er denkt sich diese zwar noch als eine Versammlung mit ausgesprochen ständischem Charakter, will aber, daß in ihr vollständiges Gleichgewicht herrsche. In der Teilung der Generalstände in zwei Kammern erblickt er die einzige Garantie für dieses Gleichgewicht. Adel und Klerus sollen gemeinsam als eine obere Kammer tagen, während der dritte Stand für sich allein eine Kammer bilden soll. Beiden Kammern räumt Rabaut die gleichen legislativen Rechte ein, beide sollen sogar Gesetzesinitiative haben. Voraussetzung für die Gültigkeit eines Gesetzes solle seine Annahme durch beide Kammern sein, erst dann dürfe es dem König zur Sanktion zugehen, deren Ausübung aber ganz seinem freien Ermessen anheimgestellt bleibt. So würde das Gleichgewicht zwischen den Kammern bestehen, die Autorität des Königs nähme keinen Schaden, und das Volk zöge aus einer solchen Trennung Nutzen, weil aus ihr nur heilsame und gerechte Gesetze resultieren würden. „Ohne diese Trennung wird die Verfassung niemals vollkommen sein. — Wir können nicht genug auf ihre Notwendigkeit hinweisen.“ Der oberen Kammer möchte Rabaut noch die Eigenschaft eines obersten Gerichtshofes zuweisen, vor dem die „Großen“ und die Minister auf Anklage der Kammer des dritten Standes erscheinen und sich verantworten müßten, und von dem sie nötigenfalls auch abgeurteilt werden sollten.

Rabaut verwirft grundsätzlich die Vereinigung der drei Stände in einer Kammer, weil das Gleichgewicht nie existieren werde und das Fehlen einiger Abgeordneten eines Standes das Interesse dieses Standes gefährden könnte. Die oberen Stände wären in erster Linie bestrebt, ihre Privilegien zu wahren und alle Beratungen nach dem Belieben der einflußreichen Mitglieder zu führen. Reichtum, Stand, Einfluß und Ehre würden die ausschlaggebende Rolle in einer solchen Versammlung spielen. Der dritte Stand käme in ihr nicht zu seinem Recht, seine Vertreter unterlägen den Einflüssen der oberen Stände, und die Generalstände hätten dann ein ähnliches Schicksal wie der polnische Reichstag. Es entgeht Rabaut zwar nicht, daß die beiden Kammern oft in Opposition zu einander stehen würden, besonders

in der Privilegien- und Steuerfrage, aber er hält diese Schwierigkeit nicht für unüberwindlich. Er verweist auf England. In einem solchen Falle solle zur Bildung einer Sonderkommission geschritten werden, die sich aus Mitgliedern beider Kammern zusammensetzen müsse. Aufgabe dieser Kommission solle es sein, die Standpunkte beider Kammern miteinander zu versöhnen und dementsprechende Gesetzesvorschläge auszuarbeiten, die beiden Kammern zur Annahme vorzulegen seien.

Rabaut Saint-Etienne wußte also den Franzosen nichts Besseres als die Nachahmung der englischen Verfassung zu empfehlen. Der Ruhm und das Glück der englischen Nation beruhe auf ihrer Verfassung. „Sie allein kann die königliche Macht wirksam befestigen und der ausübenden Gewalt die Kraft sichern, die sie braucht.“ Da man in Frankreich eine Verfassung herstellen müsse, solle als Vorbild diejenige dienen, die eine lange Erfahrung und die allgemeine Meinung als die beste bezeichnen. „Die Vorstellung reicht nicht aus, das Maß von Größe und Ruhm zu ermessen, das Frankreich eines Tages erlangen kann, wenn es klug genug ist, eine ähnliche Verfassung anzunehmen.“¹²

Für die Provinzen, meint er, könne die Verfassung der Dauphiné als Richtschnur dienen, wenngleich die Vereinigung in einer

12. Ebd. S. 35. Auf die Warnung vor dem Einkammersystem kommt er verschiedene Male zurück; z. B. S. 28 „Du consentement unanime de tous les philosophes, de l'aveu des plus grands écrivains et des hommes d'Etats les plus habiles, la seule forme de gouvernement qui puisse procurer ces avantages aux hommes est cette constitution mixte, qui a élevé la nation anglaise à un si haut degré de gloire et de prospérité... Elle seule peut raffermir efficacement la puissance royale et donner au pouvoir exécutif la force dont il a besoin.“ ... und S. 68 .., „L'histoire ancienne et moderne nous démontrent qu'elles ont toujours dégénéré en aristocratie oppressive (gemeint sind die Einkammersysteme) ... Nous avons l'exemple d'une nation voisine, recommandable par sa sagesse et par la bonté de ses lois; nous savons qu'elle est redevable de ses mêmes lois et de sa prospérité à sa constitution, fondée sur la balance du triple pouvoir législatif. Nous voyons cette même constitution adoptée après dixhuit mois d'examen, par treize Etats composés de peuples des plus instruits de l'univers. — Serait-il possible qu'après avoir comparé les dangers du premier gouvernement (Einkammersystem) et les avantages du second (Zweikammersystem), le souverain et la nation, éclairés sur leurs vrais intérêts, hésitassent sur le choix qu'ils ont à faire“?

Kammer nicht ungefährlich sei. Doch „ist die Vereinigung der verschiedenen Stände in einer Kammer weniger gefährlich, wenn ihre Macht durch die ausübende Gewalt begrenzt ist. Das trifft für eine mit der gesetzgebenden Gewalt ausgerüstete Versammlung nicht zu. Wenn diese nicht in zwei Kammern gegliedert ist, die sich im Gleichgewicht halten, fällt sie notwendigerweise der Aristokratie anheim und zerstört die königliche Autorität und die Freiheit des Volkes.“¹³

Als besondere Aufgabe weist Rabaut den Generalständen zu, eine neue Verfassung zu schaffen, die öffentliche Schuld zu konsolidieren, über alle Rechte, staatlichen Privilegien und Einzelprärogative zu beschließen, die Interessen der einzelnen Provinzen miteinander in Einklang zu bringen, die Verfassung der Provinzen zu bestimmen, die inneren Zollschränken aufzuheben, die Gabelle, die Aides, die Taille und andere Steuern zu unterdrücken und neue, weniger harte und gerechtere Steuern einzuführen, alle Zweige der öffentlichen Verwaltung zu reformieren und endlich eine Gerichts- und Strafrechtsreform durchzuführen.

Jede Commission intermédiaire der Generalstände lehnt er ab, weil eine solche stets der Gefahr der Korruption ausgesetzt wäre und ein Mittel werden könnte, die Berufung der Generalstände zu umgehen. Diese sind nach Rabaut das einzige Mittel, die königliche Autorität zu wahren. Die Gesetze in Übereinstimmung mit den Generalständen zu machen, schwäche dagegen die königliche Macht nicht. Übrigens habe der König mit ihrer Berufung das Prinzip bereits anerkannt, daß sie für die Steuerbewilligung zuständig seien. Das Interesse des Königs verlange geradezu die Generalstände, denn „die Macht des Königs würde immer mit ungleichen Kräften gegen die von Formen umgebenen und von der Volksgunst unterstützten permanenten Corps kämpfen. Sie würde jeden Tag mehr an Kraft und Ansehen verlieren, und der Einfluß jener Corps würde im gleichen Verhältnis steigen. Die Folge wäre das Aufkommen der gefährlichsten und illegalsten Aristokratie, woraus bald die fürchterlichste Unordnung und unheilvollste Anarchie entstehen würde“.¹⁴

13. Ebd. S. 34.

14. Ebd. S. 54.

Bei der Zusammensetzung der Generalstände möchte Rabaut folgende Gesichtspunkte gewahrt wissen. Zwischen dem Einfluß der ersten Stände und dem des dritten Standes soll ein Gleichgewicht bestehen und die Abgeordnetenzahl der einzelnen Provinzen von ihrem Reichtum und ihrer Bevölkerungszahl abhängen. Der Wahlmodus soll so beschaffen sein, daß keine Streitigkeiten entstehen können. Die Wahl der Abgeordneten dürfe nicht durch die gegenwärtigen Provinzialversammlungen geschehen, weil diese nicht vom Volk gewählt seien. Aber auch später dürfe die Wahl nie durch diese Körperschaften vollzogen werden, schon deshalb nicht, weil jeder Stand seine Abgeordneten allein wählen müsse. Rechtmäßigerweise müßte sich die Abgeordnetenzahl der einzelnen Stände nach ihrem Reichtum und Einfluß richten. Der Anteil am Grundbesitz scheine jedoch die gegebene Grundlage für die Bestimmung der Abgeordnetenzahl, denn „ein zu großer Einfluß des dritten Standes auf die andern Stände wäre ebenso gefährlich, wie früher der Einfluß der oberen Stände verhängnisvoll war“. — „Ohne vollständiges Gleichgewicht gibt es keine gute Regierungsform“.

Für die Zusammensetzung der beiden Kammern schlägt er folgendes Verhältnis vor: dem Klerus billigt er hundert Abgeordnete zu, zwanzig Vertreter der oberen und achtzig der niederen Geistlichkeit, dem Adel 200 Abgeordnete. Jeder Adlige, der 10 l. direkte Steuern bezahlt, darf wählen und Elekteur sein, nicht aber Abgeordneter. Dieses Recht soll nur den Mitgliedern des über hundert Jahre alten Adels vorbehalten bleiben, die überdies mindestens 50 l. direkte Steuern bezahlten. Diese 300 Abgeordneten würden die erste Kammer bilden. Die zweite aus 500 Mitgliedern bestehende Kammer umfaßt nach Rabauts weiteren Vorschlägen allein die Abgeordneten des dritten Standes, die ebenfalls durch Elekteurs gewählt werden. Elekteur soll jeder sein dürfen, der 6 bzw. 10 l. direkte Steuer entrichtet, je nach der Anzahl der Feux der Gemeinden. Vom Abgeordneten des dritten Standes verlangt er, daß er nicht adlig sei und auch nicht zu den *anoblis* gehöre, kein Steuerprivileg besitze, im Distrikt bzw. in der Election wohne, einen ehrenhaften Beruf ausübe, 25 Jahre alt sei und

501. direkte Steuer bezahle. An diese Bedingungen, die für die Wahl der Abgeordneten zu den Generalständen richtunggebend sein sollten, knüpft er noch praktische Vorschläge, wie die Wahl in den einzelnen Provinzen stattfinden solle, je nach der Besonderheit der Örtlichkeiten.

Der Standpunkt, den Rabaut Saint-Etienne Ende Oktober 1788 vertrat, ist überaus charakteristisch. Man erkennt aus ihm, wie maßvoll vor dem Beginn des eigentlichen Wahlkampfes die Forderungen eines Mannes waren, der zu den kühnen Politikern des dritten Standes zählt. Die Schrift zeugt überdies dafür, daß die Evolution der politischen Ideen noch nicht weit vorangeschritten war; sie könnte gerade so gut der Feder eines liberalen Adligen entstammen. Auf keinen Fall vermittelt sie einen Eindruck, der auf einen Ständekampf schließen läßt. Denn auch in vielen Broschüren, die von den ersten Ständen ausgehen, ist der Zug der neuen Zeit zu beobachten, sogar in denjenigen, die für die alte Verfassung Stellung nehmen und den Generalständen keine dauernde legislative Gewalt zuerkennen wollen. Fast allgemein wird gefordert: Periodizität der Generalstände, Errichtung von Provinzialständen und Steuerbewilligungsrecht der Generalstände. Die Privilegierten legten wohl die Thesen Montesquieus zu ihrem Vorteil aus, aber auch Rabaut Saint-Etienne, ein Führer des dritten Standes, bekannte sich selbst zur Schule Montesquieus.

Für eine richtige Bewertung dieser auf Sachlichkeit bedachten Schrift müssen natürlich die Zeitumstände in Betracht gezogen werden. Nach der bekannten Entscheidung des Parlaments vom 25. September 1788 begann die Verfassungsfrage in ein entscheidendes Stadium zu treten, die öffentliche Meinung erhitzte sich an ihr, man debattierte à perte de vue, wie Rabaut sagte, und aller Augen richteten sich hoffnungsvoll auf die kommende Notabelnversammlung, die Versammlung, die ein Jahr vorher den Beifall des Volkes gefunden hatte, weil sie den Schleier, der über den finanziellen Mißständen lag, lüftete, und die der König jetzt berief, um ihre Meinung über die Verfassungsfrage zu hören. Auf die Beschlüsse dieser Versammlung einzuwirken versuchte Rabaut mit seiner Schrift; sie richtet sich in ihrem Untertitel ausdrücklich an diese. Mit seiner Emp-

fehlung, die englische Verfassung nachzuahmen, wollte er zweifellos eine Lösung nahelegen, von der er glaubte, daß sie der tatsächlichen Einstellung der Notabeln und weiter Kreise des Adels nicht fern liege. Aber er hätte diese Lösung nicht vorgeschlagen, wenn sie von der öffentlichen Meinung bereits überholt gewesen wäre, denn er war stets ein getreuer Interpret der Schicht, die er vertrat.

Die entschiedene Ablehnung des Einkammersystems durch Rabaut läßt sich auch aus der Art der Zusammensetzung der 1787 errichteten Provinzialversammlungen erklären. Sie waren meist unpopulär und durchweg aristokratische Versammlungen, in denen der Einfluß der Privilegierten ausschlaggebend war. Der dritte Stand hatte fast nirgends die Hälfte der Stimmen. In den Cahiers haben sie zuweilen eine vernichtende Kritik erfahren. Deshalb auch die Sorge Rabauts, daß in einer Versammlung der drei Stände, d. h. bei der Annahme des Einkammersystems sich schnell eine Clique bilden würde, um die Führung an sich zu reißen, und daß nicht Talente, sondern Stand, persönlicher Einfluß, Reichtum usw. ausschlaggebend sein würden. Nur im Zweikammersystem sah er die Autorität des Königs gewahrt, den er nicht schwächer, sondern mächtiger machen wollte. Er stand ganz unter dem Eindruck, daß der König im Kampf mit dem Parlament der unterlegene Teil war und es immer bleiben werde, und daß das Ende dieses Kampfes eine für ihn wie für das Volk gleich unheilvolle Katastrophe sein werde. Die Unpopularität der Stände von Languedoc war zweifellos ein weiterer Grund für die Ablehnung des Einkammersystems durch Rabaut. An diesen in einer Kammer tagenden Ständen wurden alle die Mängel ausgesetzt, die Rabaut dem Einkammersystem zuschreibt.

Für die Frage, ob bei einer Entscheidung der Notabeln von 1788 zugunsten der Fortbildung des Ständetums und bei einer schöpferischen kühnen Verfassungspolitik der Regierung, die etwa im Oktober 1788 die Verfassungsfrage im Sinne einer Fortbildung des Ständetums in Richtung auf die englische Verfassung entschieden haben würde, auch die politische Ideenbildung des dritten Standes sich in Richtung einer solchen Ent-

scheidung hätte entwickeln können, ist die geistige Haltung Rabaut Saint-Etiennes sehr bemerkenswert. Sein Beispiel zeigt, daß auch führende Persönlichkeiten, die später die entschiedensten Gegner des Gedankens einer organischen Fortbildung des Ständetums wurden, noch im Oktober 1788 ganz anders darüber denken konnten, und daß erst die verfehlte Politik Neckers und die Zuspitzung des Ständekampfes es waren, die sie zu Anhängern radikaler Ideen machten. Diese Annahme wird noch bestärkt durch die Tatsache, daß die Broschüre Rabauts eine sehr gute Aufnahme in der Öffentlichkeit fand. Sie erlebte allein im November 1788 mindestens drei Auflagen.

Die Broschüre Rabauts erschien unmittelbar vor dem Beginn des eigentlichen Wahlkampfes in der Sénéchaussée von Nîmes. Mit seiner Eröffnung gewann das bisher so verschwommene Programm des dritten Standes bestimmte Form; eine starke, durch die Wahlversammlungen ausgelöste Begeisterung bemächtigte sich seiner. Mitte November erschien eine Broschüre, die an Erfolg und Aufsehen alle bisher in der Sénéchaussée erschienenen Wahlschriften weit übertraf. Inhalt und Sprache hoben sie über den Durchschnitt der vielen unter das Publikum geworfenen Flugschriften hinaus. Sie wurde in vielen Provinzen verbreitet und trat selbst in Paris aus der großen Masse der Broschüren hervor.¹⁵ Schon während der ersten Woche wurde sie dreimal aufgelegt, und bis Ende des Jahres 1788 erlebte sie mindestens 6 Auflagen.¹⁶ Sie entstammte der Feder Rabaut Saint-Etiennes und führte den Titel: „Wichtige Betrachtungen über die Interessen des dritten Standes.“¹⁷ Es kommt ihr zwar nicht die Bedeutung zu, die man der fast zwei Monate später

15. Ms. 329. t. 29 f. 53 Lettre de Versailles.

16. s. avertissement zur 4. Auflage; vgl. lettre de P. Rabaut à Végobre déc. 1788 „Les éditions se multiplient et ici et ailleurs“, Lettres à divers Bd. II. S. 374. Das Exemplar (von 1788) der Bibl. nat. entstammt mindestens der 6. Auflage. (Lb⁸⁹ 758).

17. „Considérations très importantes sur les intérêts du Tiers état adressées au peuple des provinces par l'auteur de l'avis important sur le ministre et sur l'assemblée prochaine des états-généraux. 1788. In den späteren Auflagen steht nur noch „par un propriétaire foncier.“

erschienenen Broschüre „Was ist der dritte Stand?“ des Abbé Sieys¹⁸ mit Recht beimißt. An Inhalt und programmatischem Gehalt ist diese weit überlegen. Das ist aber nicht allein durch persönliche Momente bedingt, sondern ebensosehr durch den zeitlichen Unterschied ihrer Veröffentlichung. Rabaut schritt in seiner neuen Broschüre zu einer grundsätzlich anderen staatspolitischen Einstellung fort, als er in seiner „Adresse an die französische Nation“ vertreten hatte. Seine Ausführungen sind unmittelbar von den politischen Ereignissen beeinflusst. Das aufstrebende, wildpulsierende Leben des dritten Standes atmet aus der neuen Schrift. Die Gedanken und Forderungen sind eingekleidet in patriotisches Pathos; die Schrift fließt aus dem Herzen, sucht zu zünden und anzufeuern. Man merkt den Ausführungen an, daß der patriotische Geist der Versammlungen des dritten Standes den Schreiber ganz in seinen Bann schlug und in seine Worte einfloß. Er richtet sich mehr an das Gefühl, als an den Verstand. Seine Sprache ist der Ausdruck stürmischer Leidenschaft. Die Forderungen scheinen gerecht und begründet bei der Gegenüberstellung dessen, was war und dessen, was sein soll; aber sie sind nicht so zwingend, wie die von Sieys, der den Leser so zu fesseln weiß, daß seinem Denken Unwahrheiten und Widersprüche entgehen. Für Sieys handelte es sich allein um die Herrschaft des dritten Standes, um, wie Mirabeau es ausdrückte, die Entfesselung des Stiers.^{18a} Rabaut Saint-Etienne dagegen erhoffte von Anfang an neben den staats- und machtpolitischen Umwälzungen eine sittliche Erneuerung des Menschen, die Heranbildung des idealen, für das Wohl des Staates arbeitenden Bürgers.

Seine Schrift gliedert sich in 17 Kapiteln, die sich fast alle auf die Gegenwart beziehen. Auf die historische Methode nach Art von Sieys verzichtet er, und von Geschichtsverfälschungen kann man bei ihm nicht reden, wenn er auf die Vergangenheit Bezug nimmt, um die Berechtigung der Gegenwartsforderungen zu beweisen. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der Begriff des Interesses und zwar des Allgemeininteresses,

18. Ich folge der von Mathiez angenommenen Schreibweise.

18a. Erdmannsdörffer, Mirabeau. 1900, S. 84.

gleichsam als Maßstab für die Rechtsmäßigkeit der ständischen Forderungen. Dem Allgemeininteresse, das er in ähnlicher Weise definiert wie Rousseau den Gemeinwillen, stellt er alles andere gegenüber. Es wird nach ihm durch die Mehrheit der Nation, also durch den dritten Stand, vertreten und verwirklicht. Wenn gleich Rabaut, ähnlich wie Sieys, bei dem immer wiederkehrenden Begriff des Interesses die Dinge vorwiegend verstandesmäßig beurteilt, so denkt er in bezug auf die ersten Stände doch weit historischer als jener. Seinen Ausführungen fehlt ganz der Haß gegen die Privilegierten, der die Schrift von Sieys durchzieht.

Rabaut Saint-Etienne unterscheidet streng zwischen ständischer Körperschaft und Rang. Wohl ruft er dem dritten Stande zu: „Mißtrauet den Corps!“, aber anderseits betont er, daß Rangunterschiede notwendig seien. „Wehe der kleinen Republik“, sagt er, „wo Männer als Patrizier oder mit dem Adelstitel ausgezeichnet die Prärogative auf die Söhne vererben und man das Zeichen der Tugend erbt. Gefährliche Versuchung, nicht auch zugleich die Tugend selbst zu erben! Aber in einem großen Reich braucht man unbedingt Auszeichnungen, Männer, ohne die der Staat von seiner Würde einbüßen und einer radikalen Demokratisierung anheim fallen würde, deren Ergebnis die Anarchie oder der Despotismus wäre, je nachdem das Volk oder der Herrscher der Stärkere sein würde“.¹⁹ Der Adel, selbst der erbliche Adel, hat nach Rabaut etwas, was Achtung verdient; denn er ist der Bewahrer eines Ehrprinzips, das zum Wesen der Monarchie gehört. Dem erblichen, wie dem persönlichen Adel gehören die Auszeichnungen, die Titel und die Ehrenprivilegien, Vorteile, um die ihn das Volk nicht beneiden darf, weil sie den Eifer anregen und die Stufen zwischen dem Monarchen und dem Volke ausfüllen.²⁰ Die Auseinandersetzung mit Montesquieu wird an dieser Stelle deutlich sichtbar. Die Auszeichnungen müssen auf Ehrenprivilegien beschränkt bleiben, sie dürfen sich nicht auf materielle Vergünstigungen er-

19. s. *Considérations sur les Intérêts du tiers-état*, Kap. XIV. *œuvres* Bd. II. 288—301.

20. Ebd. S. 290.

strecken; diese sind ein Übel, ein Vergehen an der Allgemeinheit, der sie zur Last fallen, und sind die Ursache ungezählter Mißbräuche. Wie dem Adel Auszeichnungen verliehen werden, so sollen die andern Untertanen durch gemeinnützige, staatliche Vergünstigungen eine Triebfeder für ihre Arbeit erhalten.

Man sieht, die Tendenz zur Gleichheit schlechthin ist bei Rabaut verhältnismäßig beschränkt. Die Feindschaft gegen die Korporationen entspringt nicht ihr, sondern ist vielmehr bedingt durch den Drang zur nationalen Einheit, einen Drang, den man wohl bei keinem der führenden Männer von 1789 stärker ausgeprägt findet. Die nationale Einheit hat keinen größeren Feind als den Corpsgeist, weil jeder Stand seinen eigenen Kreis von Interessen hat, die denen des andern entgegengesetzt sind. „Wir haben in Frankreich die Sucht“, sagt er, „die Menschen und die Dinge gegen einander abzugrenzen und jedem seine eigene Sphäre anzuweisen, in der er sich bewegen kann, die er aber nicht verlassen darf. Wenn alle diese Sphären ein gemeinsames Zentrum hätten, so wäre es wohl denkbar, daß die Maschine, sobald sie in Bewegung gerät, gut funktionieren würde, weil alles ein Zweck und eine Bewegung wäre.“ Da aber jede Sphäre ihr eigenes Zentrum habe, sei dieses Funktionieren unmöglich. An die Stelle der zentrifugalen Lagerung der Kräfte will er die zentripetale gesetzt wissen, um eine harmonische Bewegung herbeizuführen, die nur einem Zweck dient: dem Gesamtinteresse.²¹

Die alte Ordnung, die für die Berufung der Generalstände bisher gegolten hat, muß jedenfalls verschwinden. Die Vertretung des dritten Standes durch Personen, die seinem Interesse fernstanden und eigene Interessen vertraten, hat zum Verlust der Rechte des dritten Standes geführt. Deshalb müssen die Adligen durch Adlige, der Klerus durch Geistliche und der dritte Stand durch Angehörige des dritten Standes vertreten werden. Dieser muß darnach streben, daß die Abgeordneten aus freier Wahl nach dem Grundsatz der Stimmenmehrheit hervorgehen, daß jeder Steuerzahler wahlberechtigt und wählbar ist. Die Abgeordneten sollen überwacht, und wenn sie dem von ihren Wählern erhaltenen Auftrag untreu werden, abberufen, bestraft und der öffentlichen Verachtung ausgesetzt werden.

21. s. Kap. XIII. (*Des distinctions de rang dans un Etat*).

Mit zündenden Worten weist er den dritten Stand auf die zur Entscheidung kommenden Dinge hin. Die Rechtslage des dritten Standes und die Strafgesetze, unter denen besonders die Protestanten litten, sind nach ihm die Mißstände, die vor allem einer Reform bedürfen. Deutlich hört man den Protestanten heraus, wenn er dem dritten Stande zuruft: „Ihr vom dritten Stand, die ihr allein das Opfer der Justiz seid, weil ihr nicht den nötigen Kredit habt, der Strafe zu entgehen, ihr, unter denen sich die unglücklichen Angeklagten befinden, die weder Kenntnisse noch Geld für ihre Verteidigung haben, ihr, aus denen eine Menge wegen ihres Unglücks berühmter Männer hervorgegangen ist, Langlade, Calas, Sirven, Montbailly, jene Schar von Märtyrern, deren Schatten noch heute um die Tribunale irren und die in den Gefängnissen gefesselt liegenden Unglücklichen erschrecken ...“ Wie könnte der dritte Stand der Diskussion der großen ihn betreffenden Fragen gleichgültig zusehen und warten, bis er ganz aufgeopfert ist? „Das Blut erhitzt sich bei dieser kriecherischen und sträflichen Gleichgültigkeit. Wenn die Empörung, die uns erfüllt, nicht bis zu euch dringt, wenn ihr durch die wiederholten Schreie die Nation nicht zwingt, die Reform der Strafgesetze zu verlangen und durchzuführen, dann hat man euch nichts mehr zu sagen, und ihr verdient, Ketten zu tragen.“²²

Bemerkenswert ist, wie Rabaut seine Forderungen begründet. Zunächst sucht er nach historischen Beweisen: Die Nation war ursprünglich eine Einheit, es gab nur eine von einem König regierte Monarchie, die Stände sind erst allmählich entstanden. An diese These schließt sich nun eine Argumentation, die nach außen hin logisch und verführerisch erscheint; sie ist für sein rationalistisches Denken charakteristisch und der Methode Sieys sehr ähnlich. Wenn heute die oberen Stände sich auf die Grundgesetze, die *Lois fondamentales*, der Monarchie berufen, so haben sie unrecht. Nicht die ursprüngliche Verfassung will der dritte Stand ändern, sondern nur die Verwaltung und die Formen. Dem Standpunkt der Stände, die die Verfassungsgesetze als unveränderlich bezeichnen, hält er entgegen, daß das, was sie Grundgesetze nennen, keine wahren Grundgesetze sind; denn „jeder versteht unter

22. Kap. V. (De la manière de choisir les représentants.)

Grundgesetz das Gesetz, das ihm Prärogative und Autorität gibt ... Es gibt im Staat nur eine Maxime, das ist das Glück des Volkes: *salus populi suprema lex esto*.“ Um die alten Maximen und Formen zu stützen, berufen sich die Vertreter des ständischen Prinzips auf deren Alter, „aber das Alter eines Gesetzes beweist weiter nichts, als daß es alt ist. Man stützt sich auf den Besitz, aber der bisherige Besitz schließt nicht das Recht auf ewigen Besitz in sich, sonst dürfte man niemals etwas ändern, selbst nicht die Schäden, denn diese sind auch ein Besitz. Man stützt sich auf die Geschichte, aber unsere Geschichte ist nicht unser Kodex. Wir müssen uns vor der Sucht hüten, das, was gemacht werden soll, aus dem herzuleiten, was ist, denn gerade über den gegenwärtigen Zustand beklagen wir uns.“ Rabaut Saint-Etienne verfißt hier also eine These, zu der später Freiherr v. Steins genialer Wirklichkeitssinn die Antithese prägen sollte. Wollte man sich auf die Geschichte stützen, meint Rabaut, so würde sie gegen die zeugen, die sie anrufen; „denn durch den Beweis, daß man einst änderte, würde die Geschichte sie zu dem Schluß zwingen, daß man auch heute ändern kann“. Die Stände rufen die Verfassung, das Gesetz an, aber verstehen sie darunter etwa die Verfassung von Chlodwig? Sicherlich nicht, sie würden sehr beleidigt sein, wollte man die Zustände jener Zeit wieder herstellen, sagt er ironisch.²³

In ähnlicher Weise argumentiert Rabaut in der Frage der Verfassung der Generalstände. Er warnt auch hier vor der Berufung auf die Geschichte: „Man wird euch nie sagen, was die Generalstände sein sollen, sondern immer nur, was sie gewesen sind. Man wird euch nicht sagen, wie ihr eure Abgeordneten wählen müßt, sondern immer, wie die eurer Vorfahren gewählt wurden; man wird euch nicht sagen, was man tun muß, sondern, was man einst getan hat“.²⁴

Die Theorie der Volkssouveränität hat sich Rabaut in seinen „Betrachtungen“ noch nicht wirklich zu eigen gemacht. Sie klingt nur verschleiert und zaghaft an und wird noch keinesfalls gegen den König geltend gemacht. Alle intermediären Gewalten sind entweder von der Nation oder von dem König zugebilligt, oder sie sind usurpiert. Im ersten Falle kann die Nation sie wieder zurück-

23. Kap. I. (Réflexions générales sur la constitution.)

24. Kap. II (Des états généraux).

fordern, im zweiten Falle hat der König das Recht, zu prüfen, ob sie nützlich sind. „Die von ihrem König zu Rate gezogene versammelte Nation ... hat das Recht, die Gesetze und die fundamentalen Maximen, die man allem entgegensetzt, zu prüfen“. Diese haben nur solange Daseinsrecht, wie sie nützlich sind. „Fundamentale Maximen sind das, was die Vernunft, die Gerechtigkeit, die Ordnung und das öffentliche Wohl verlangen.“ Das Recht des dritten Standes ist also mit dem öffentlichen Wohle begründet. König und Nation werden als Gewalten aufgefaßt, zwischen denen ein Gegensatz nicht besteht.²⁵

Wenn man dem dritten Stand bisher immer den letzten Rang in der menschlichen Gesellschaft angewiesen hat, so zeigt ihm Rabaut jetzt, was er ist, zeigt ihm seine Würde und bezeichnet ihm seine Stellung innerhalb der Nation, indem er die Frage stellt: „Was ist der dritte Stand“? Die Antwort ist folgende. „Der dritte Stand ist die Nation minus Adel und Geistlichkeit. Der Klerus ist nicht die Nation, er ist eine Versammlung von 200 000 Adeligen oder Roturiers, die im Dienste des Altars oder der Religion stehen.“ „Der Adel ist nicht die Nation, sondern der dekorierte Teil der Nation. Er besteht aus einer bestimmten Anzahl von Franzosen, die im Besitz gewisser Auszeichnungen und Prerogative sind. Angenommen man nähme die 200 000 Geistlichen, die es in Frankreich geben mag, weg, so hätte man immer noch die Nation. Nähme man noch den ganzen Adel weg, so bliebe auch noch die Nation; denn man kann morgen 1000 andere Adlige schaffen, wie das nach den Kreuzzügen geschehen ist. Wenn man dagegen die 24 Millionen Franzosen, die unter dem Namen „dritter Stand“ bekannt sind, wegnimmt, was bleibt dann noch? Adlige und Geistliche, aber keine Nation mehr. Daraus folgt, daß der dritte Stand die Nation minus Adel und Geistlichkeit ist.“²⁶

Diese Definition ist nicht allein durch das rationalistische Denken bedingt, die Zustände des ancien régime lieferten eine starke Handhabe für sie. Das Adligwerden war ja nur eine Geld-

25. Kap. I. Œuvres S. 248.

26. Kap. 6., für das Folgende, s. a. Kap. VII (Ce que c'est que le tiers-état, und Suite.)

frage und keine Sache des persönlichen Verdienstes mehr. Die Würde des Adelstandes litt außerdem bedenklich unter dem Umstand, daß durch und mit dem Adelstitel die verwerflichsten und anstößigsten Mißbräuche getrieben wurden. Darauf weist auch Rabaut hin, indem er sagt, daß heute der Unterschied zwischen einem Adligen und einem Roturier darin bestehe, daß der erstere ein jüngst in den Adelstand übergegangener Roturier sei. Die ganz alten Adelsfamilien seien fast ausgestorben und der jetzige Adel größtenteils dem dritten Stande entschlüpft. Der dritte Stand sei die Pflanzschule des Adels und der Geistlichkeit und deshalb die Nation selbst. Die Unterscheidung der Stände entspreche nicht der Geschichte und noch weniger dem Interesse Frankreichs und dem Wesen der Monarchie, die ursprünglich ein Staat gewesen sei, der aus Volk und König bestanden habe. „Die Nation ist der Körper, der König das Haupt.“ Die Verleihung von Vorrechten und Prärogativen an einzelne Untertanen durch den König dürfe nicht zur Bildung besonderer Stände und Körperschaften führen. „Die drei Stände sind daher nur Rangordnungen. Die Zusammenarbeit der drei Stände ist nichts anderes als die Zustimmung eines jeden von ihnen, für das Wohl aller zu arbeiten ... In jedem Staat gibt es ein Gemeininteresse, und in einem gutkonstituierten Staat muß es ein Ding der Unmöglichkeit sein, daß gewisse Menschen getrennt und auf Kosten der andern ihre Geschäfte machen. Das Sonderinteresse muß dem Gemeininteresse geopfert werden. Die Staatsordnung, die das Interesse der überwiegenden Mehrzahl in die hinterste Reihe, das Interesse einer kleinen Minderheit dagegen in den Vordergrund stellt, ist deshalb schlecht.“²⁷

Die Frage, ob in den Generalständen nach Köpfen oder nach Ständen abgestimmt werden solle, wirft Rabaut hier nicht ausdrücklich auf. Seine Stellung zu ihr ist jedoch nicht schwer zu finden. Er führt aus: das wahre Prinzip sei, daß es in einer Versammlung der Generalstände keine Unterscheidungen geben dürfe, weil dies trotz aller Sanktionen notwendigerweise zu einer Scheidung der Gewalten führen, und die Trennung der drei Stände das Entstehen von drei verschiedenen Interessengruppen zur Folge haben würde. „Von diesem Augenblick

27. Kap. VIII (Des trois ordres de l'état en France.)

an ist die Versammlung nicht mehr eine Einheit, sondern eine Dreiheit. Und in den Debatten der Eifersucht gegen die Macht, des öffentlichen Wohles gegen die Privilegien ist es unmöglich, daß dabei dem Staate gut gedient ist.“²⁸ Damit wendet sich Rabaut in einer sehr wichtigen Frage entschieden von seinem ursprünglich vertretenen Standpunkt ab.

Es gibt, sagt er, nur ein Interesse und das ist das Interesse aller oder zumindest das der überwiegenden Mehrzahl, d. h. das Interesse des dritten Standes. Die Nationalversammlungen seien Versammlungen der Steuerzahler. Wenn man ihnen beitrete, müssen man auch Steuern bezahlen wie die andern, oder auf die Mitgliedschaft verzichten. Wie eine einzige Benennung eine einzige Idee repräsentiere, so könnten auch die Generalstände nur eine einzige Körperschaft ausmachen, eine Körperschaft von Steuerzahlern. „Dies sind die wahren Prinzipien,“ ruft er, „das ist dein Kodex, das sind deine wirklichen Instruktionen, dritter Stand! Ich fordere euch auf, darüber nachzudenken. Öffnet nicht unsere Bücher, ihr fändet dort alle Widersprüche, richtet euch nicht nach dem Verhalten eurer Vorfahren, sie hatten keine Prinzipien und sie waren unterdrückt. Fragt nicht nach dem, was man gemacht hat, und vergeßt nicht, daß man euch geopfert hat. Befragt nur den gesunden Menschenverstand, der allen Ländern und allen Zeitaltern eigen ist, befragt das Naturrecht, die Grundlage allen Rechtes, dessen unvergängliche Prinzipien niemals verjähren. Nehmt euren alten Platz, euren alten Einfluß wieder ein; denn ihr seid die Nation.“²⁹

In einem besonderen Kapitel legt Rabaut Saint-Etienne dar, daß die Anerkennung dieser Prinzipien nicht nur dem dritten Stande nütze, sondern auch dem wahren Interesse des Königs entspreche. Der Vorteil des Königs könne es nur sein, daß der dritte Stand den ihm zustehenden Einfluß im Staat erlange, und die Stände, „die die natürlichen Feinde des Königs sind“, zurückgedrängt würden. Denn es liege in ihrer Natur, ihre Stellung nicht nur zu wahren, sondern auszubauen, was nur auf Kosten der königlichen Autorität und der Volkswohlfahrt geschehen

28. Ebd. Œuvres Bd. II S. 263.

29. Ebd. S. 265.

könne.³⁰ Nie habe man in Frankreich gesehen, daß sich der dritte Stand der königlichen Autorität widersetze, aber ständig habe der Kampf der verschiedenen Corps gewütet, diese Autorität zu untergraben, und zwar nie im Volksinteresse, sondern im eigenen, zur Mehrung der eigenen Autorität und Macht. Damit ist auch das Schicksal der intermediären Gewalten entschieden. Diese sind keine Barriere gegen den Despotismus, sondern „eine zwischen dem Volk und dem Souverän errichtete Autorität.“ Der Kampf einer intermediären Gewalt gegen den Despotismus dient nie dem Gesamtwohl, die Nation gewinnt nichts dabei. „Jener Kampf ist zu vergleichen mit dem zweier Hirsche, die sich um eine Weide streiten“.³¹ Die Existenz einer solchen Gewalt hätte übrigens zur Voraussetzung, daß die Nation gleich Null wäre. Repräsentant der Nation könnte jene aber nur dann sein, wenn sie von der Nation eingesetzt wäre. In diesem Fall wäre sie aber nicht Gewalt, sondern Gegengewicht, bezw. Gleichgewicht. Diese Gedanken werden aber von Rabaut in dieser Schrift noch nicht systematisch ausgeführt. Er flicht sie ein bei der Betrachtung der Interessensphären der einzelnen Corps. Die ausfälligsten Bemerkungen seiner Broschüre finden sich in diesen Kapiteln. Da zeigt er sich als geschworenen Feind der Corps und der starren Ständegruppierungen. „So oft man eine Körperschaft mit pekuniären Privilegien schafft, schafft man einen Feind des öffentlichen Wohls“.³² Der einzelne Adlige, führt er aus, kann gut und ehrenhaft sein, aber in seiner Standessphäre ist er Egoist und sieht nur das Sonderinteresse. Er vertritt es mit allen Mitteln; denn der Stand legt einen schützenden Wall um ihn, der aller Vernunft trotzt. „Jeder Mensch fürchtet das Lächerliche, aber ein Stand fürchtet es nicht, weil kein Mensch zu ihm spricht und weil keiner seiner Angehörigen einen Vorwurf auf sich bezieht . . . Alter ist für ihn synonym mit Wahrheit: was immer war, muß folglich auch immer sein“.³³ Aus diesen

30. Kap. IX. (Des vrais intérêts du roi.)

31. Kap. XI. (Des pouvoirs intermédiaires).

32. s. Kap. XII. (Des intérêts particuliers des corps.)

33. Ebd., Œuvres Bd. II. S. 278—281.

Gründen sollen an die Stelle der Ständetrennung die Rangordnungen treten, in denen die Würde des einzelnen gewahrt und durch die das Gemeininteresse nicht geschädigt wird; „denn die Repräsentanten der drei Stände sind immer die Repräsentanten dreier Interessen: die Abgeordneten des Klerus vertreten die Sonderinteressen der Kirche, die des Adels das Sonderinteresse des Adels, und die des dritten Standes das Interesse aller übrigen“.³⁴ Daraus folgt nach der Darlegung Rabauts, daß das Interesse der großen Mehrzahl das große, vorwiegende Interesse ist. Die Abgeordneten des dritten Standes vertreten daher ausschließlich das Gemeininteresse.

Nach einer Betrachtung der pekuniären Privilegien des Adels und der Geistlichkeit,³⁵ deren radikale Unterdrückung bei Herstellung der Steuergleichheit für alle Stände verlangt wird, geht Rabaut zu den Rechten und Pflichten des dritten Standes über. Das Recht des dritten Standes ist, mit den andern Ständen gleichberechtigt zu beraten. „Die andern Stände werden nicht über euch, sondern mit euch beschließen“. Die bürgerliche Moral, „nach der der einzelne um des Friedens willen nachgibt“, wird in den zukünftigen Generalständen keine Geltung haben. Das Interesse einer Nation verlangt andere Tugenden. „Wenn 20 Millionen Menschen das Gemeininteresse dem Sonderinteresse opfern, sieht man nur noch Kleinmütigkeit, Schwäche und Ungerechtigkeit“. . . . „Nachkommen der unterjochten Gallier, Kinder der Lehen und Sklaverei, fühlt ihr, was das öffentliche Interesse ist? Habt ihr jemals darüber nachgedacht, wie sich aus den Interessen von 26 Millionen Individuen, ihrer Arbeit, ihrer Aktivität und ihren Bedürfnissen ein einziges und großes Interesse zusammensetzt, das sich über ein ganzes Reich erstreckt und dessen Einheit das herrlichste Schauspiel bietet? Wenn an Stelle jener imposanten Einfachheit eine Menge von Einzelinteressen besteht, von denen jedes sich mit sich selbst beschäftigt und dem Gemeininteresse den Rücken bietet, wenn der einzelne Mensch, Flecken, die einzelne Stadt, die Körperschaft

34. Kap. X. (De l'intérêt général).

35. s. bes. Kap. XIV. (Des privilèges de la noblesse), Kap. XV. (Des immunités du clergé) u. Kap. XVI. (Suite).

ten, die Provinz, Magistratur und die Kirche sich einschließen in den beschränkten Bereich ihrer Interessen und sich vom Ganzen trennen, sehen wir nur noch eine große Konfusion, deren hemmende Wirkung sich mit ihrer Ausdehnung und Vielfältigkeit steigert. Ich weiß wohl, daß ich an eure geheime Wunde rühre, aber wenn ich sie berühre, so nur deshalb, weil es in unserer Macht liegt, an ihr zu arbeiten und sie zu heilen. Ich weiß, daß es bei uns kein Gemeininteresse gibt, aber gerade deshalb schlage ich vor, es entstehen zu lassen.“ --

Das öffentliche Interesse ist das Interesse des dritten Standes; „es heißt dem Vaterland dienen, sich mit eurem Interesse zu beschäftigen, und es heißt auch dem König zu dienen, dessen Ruhm von eurem Glück, eurem Wohlstand und eurer Zahl abhängt, dem König, dessen mitfühlende Seele ihn schon zu Opfern veranlaßt hat, in der Hoffnung, daß seine Völker glücklich würden. Französische Nation! Erfülle diese Hoffnung und entsprich so großer Liebe durch die Dankbarkeit, die sie entschädigt, durch Kenntnisse, die sie rechtfertigt und durch einen unermüdlichen Eifer für eine Sache, die deinem König und dir gemeinsam ist“! Der dritte Stand muß das Recht haben, mitzureden und seine Stimme abzugeben über die Dinge, die ihn betreffen, sowohl in den Generalständen wie auch in den Provinzialständen; denn seine Angelegenheiten sind die der Nation, und seine Wünsche können nur das öffentliche Wohl zum Gegenstand haben. „Das öffentliche Wohl ist das eure, ... ihr habt um keine Gunst zu bitten und kein Prärogativ zu verteidigen“.³⁶ Aus dieser Gleichberechtigung des dritten Standes mit den beiden ersten Ständen folgt, daß er auch das Mitregierungsrecht hat, d. h. das Recht, über alle Reformen zu beraten, die der König zu machen gedenkt, über alle Mißstände und Privilegien zu beschließen, die in tausenderlei Formen im Staate bestehen. Noch einmal ruft er dem dritten Stande zu: „Das sind eure Rechte, ihr kennt sie zweifellos, denn sie stammen von der Natur, ihr tragt sie in euren Herzen geschrieben. Bis jetzt haben euch entweder die Gelegenheiten gefehlt oder ihr habt die Gelegenheiten verfehlt. Vergeßt nicht,

36. Kap. XVII. (Des droits et devoirs du tiers-état).

daß ihr die Nation seid, und daß ihr es folglich seid, die euer König befragt. Nehmt Kenntnis von eurer Würde und seht, welches der Platz ist, den ihr in einem Staate einnehmt, der selbst einen so großen Platz in der Welt einnimmt. Ihr seid nicht mehr die Elenden, von der Sklaverei Befreiten, die bei der Erinnerung an ihre frühere Schmach noch beim Anblick ihrer Tyrannen zitterten. Jener Adel existiert nicht mehr oder hat sich schon verändert, . . . und aus eurem Blut sind die Aufklärungen hervorgegangen, die den Ruhm des Jahrhunderts ausmachen werden, wenn sie sich zum Segen für das öffentliche Wohl auswirken . . . Wenn man jemals seit den schönen Tagen der Griechen und Römer so viele gebildete Männer in einem Land beisammen gesehen hat, so ist es dir, dritter Stand, in erster Linie zu danken“. Diesem feurigen Ansporn folgt der Rat: „Heftet euch an den Ruhm eures Königs. Der König ist der Sammelpunkt aller guten Franzosen: der König und die Nation, das sind zwei untrennbare Begriffe, weil ihr Interesse ein und dasselbe ist“.³⁷

Der Auffassung, daß König und Nation eine unzertrennliche Einheit bilden, blieb Rabaut auch dann zunächst noch treu, als seine Anschauungen sich in radikalerer Richtung gewandelt hatten. Dies trat überraschend schnell ein. Im Anfang Januar 1789 erschien eine weitere Broschüre, die „Frage des öffentlichen Rechts“,³⁸ in der er erneut zu dem Problem Stellung nahm, ob in der Versammlung der Generalstände nach Köpfen oder nach Ständen abgestimmt werden müsse. Die Abkehr von seinen ursprünglich vertretenen Ansichten ist nun in den wesentlichen Punkten endgültig. Ausdrücklich tritt er jetzt für die Abstimmung nach Köpfen ein und für gemeinsame Beratung. Das Zweikammersystem verwirft er in dieser neuen Schrift mit ebenso gewichtigen Argumenten, wie er es zuerst gefordert hatte. Sie ist die

37. Ebd., Œuvres S. 222 vgl. a. Commentaire sur l'arrêté du Parlement de Paris du 5 décembre 1788, ebenfalls von Rabaut St.-Etienne, wo ähnliche Gedanken wiederkehren und scharfe Ausfälle gegen die intermediären Gewalten, insbesondere gegen die Parlamente, enthalten sind.

38. Question du droit public. Doit-on recueillir les voix dans les Etats-généraux, par ordres ou par tête de délibérant, par l'auteur des considérations sur les intérêts du tiers état. 1789.

notwendige Ergänzung zu den „Betrachtungen über die Interessen des dritten Standes“. Es besteht wohl kein Zweifel, daß beide Schriften, vornehmlich aber letztere mit ihrer Definition des dritten Standes, Sieys zumindest viele Anregungen gegeben haben. Dessen bekannte Flugschrift „Was ist der dritte Stand?“, die kurz nach der „Frage des öffentlichen Rechts“ erschien, ist freilich radikaler und doktrinäer.

Die Frage, ob nach Köpfen oder nach Ständen abgestimmt werden solle, und wie viele Vertreter den einzelnen Ständen zuzubilligen seien, bringt Rabaut Saint-Etienne jetzt in Beziehung mit dem Begriff des Gemeininteresses. Dieses müsse das Kriterium für die Verfassung der Generalstände abgeben. Das Gemeininteresse aber finde seinen Ausdruck in der *Volonté générale*.

Das allgemeine Wohl, führt er aus, kann nur durch die einmütige Zusammenwirkung der Kräfte verwirklicht werden. Da aber einer Kraft immer eine Willensrichtung entspricht, müssen die staatlichen Kräfte zersplittern, wenn die Willensrichtung nicht einheitlich ist. Daher verlangt die Politik die Sammlung der Kräfte, da dem größtmöglichen Gemeinwillen die größtmögliche Kraftentfaltung entspricht. Dem Gemeinwillen entspricht aber das Gemeininteresse, denn das ist das Interesse aller, abzüglich der Interessen einzelner. „Wenn es ein Gemeininteresse gibt, so gibt es auch eine *Volonté générale*, die sein Ausdruck ist.“ Die Kenntnis dieses Willens ist daher das, was man durch die Feststellung des Stimmenverhältnisses suchen muß. Je größer das Sonderinteresse, desto schwächer die *Volonté générale*.³⁹

Der Zweck und die Aufgabe der Generalstände müsse es sein, die zersplitterten Sonderinteressen dem Gemeininteresse zuzuführen und unterzuordnen. Die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Interessengruppen für die Generalstände solle geregelt werden nach der Bedeutung der von ihnen vertretenen Interessen, was natürlich den oberen Ständen sehr zum Nachteil gereichen würde. Es kann sich für Rabaut nun nicht mehr um die Balancierung der verschiedenen Interessengruppen handeln, weil es offenbar nur ein berechtigtes Interesse gibt, und alles andere Usurpation ist. Dem rechtmäßigen Interesse würde also Unrecht ge-

39. Ebd. s. 1. Kapitel.

schehen, wenn man es ins Gleichgewicht und zur Gleichheit mit anderen Interessen bringen wollte; das hieße „den Mißbräuchen ihre Sanktion zu geben, das Übel zu heiligen, anstatt zu heilen“. Wenn sich das vorwiegende Interesse mit dem Gemeininteresse deckt, so ist es legitim, weicht es von ihm ab, so ist es kein Recht, sondern eine Abkehr vom Recht. Das ist das Kriterium für die Duldung der Privilegien. Das Gemeininteresse, unter dem Rabaut in erster Linie das Interesse der Nation versteht, ist das allein rechtmäßige, alles was privilegiert ist, liegt außerhalb von diesem.⁴⁰ Das Interesse des Staates deckt sich nach dieser Ideologie mit dem Interesse der Nation, d. h. des dritten Standes, der als ausschlagender und überwiegender Faktor im Staat angesehen wird.

Die Balancierung der einzelnen Standesinteressen unter sich zerstöre diese nie, sondern erhalte und stärke sie und schwäche den Staat, der dadurch nie zur Einheit und Stärke gelange. Sie sei eine Angleichung, aber keine Verfassung, „denn in diesem Falle wäre Gleichgewicht Konflikt“, da das Gemeininteresse dadurch zerstört würde. Die Entwicklung müsse folglich dahin gehen, daß das Sonderinteresse im Gemeininteresse aufgehe, und das könne nur durch die Nation geschehen. Voraussetzung dieser Entwicklung sei jedoch, daß der Nation die Freiheit und die *Prépondérance naturelle* zurückgegeben werde. Dies geschehe dadurch, daß man dem vorwiegenden Interesse die Stimmenmehrheit gebe und die Periodizität der Generalstände festsetze. „Dann wird jene Leidenschaft entstehen, deren Charakterzug es ist, rein, tugendhaft und feurig zu sein, nicht wie das Feuer, das verzehrt, sondern ein Lebensfeuer, das nährt: die Leidenschaft für das öffentliche Wohl“.⁴¹

Die Aufgabe, das Sonderinteresse dem Gemeininteresse unterzuordnen, kann nach Rabaut nur durch die vom König präsidierte Nation als Einheit gelöst werden. „Nach Ständen abstimmen heißt, die verschiedenen Interessen für immer zu trennen und unsere Mißbräuche und Übel zu behalten, indem man ihr Prinzip

40. Ebd. S. 16.

41. Ebd. S. 25.

erhält.“ Die Getrenntheit der Kammern, sagt Rabaut, sei für die augenblickliche Lage ein Übel. Sie könne nur dazu dienen, der Verwirklichung des Gemeinwohls Hindernisse in den Weg zu legen, die Dinge zwischen den Kammern hin und her zu schaukeln, so daß dann das dem Gemeinwohl Gemäße durch die Kammer abgelehnt werde, die ein Interesse daran habe, es zu bekämpfen. Daher dürfe es kein Gleichgewicht geben. Die drei Stände seien nicht drei Gewalten, sondern drei Rangordnungen, „sie dürfen deshalb nicht balanciert, sondern müssen ordonniert werden, sie dürfen nicht getrennt, sondern müssen einander untergeordnet und miteinander vereinigt werden; es darf in ihnen nicht einer gegen den anderen sprechen, sondern einer nach dem anderen“.⁴² Das Vetorecht jeder Kammer würde der Minderheit oft die Möglichkeit geben, dem öffentlichen Wohl zu schaden. Man müsse zur Einheit streben, weil eine gemeinsame Sache etwas anderes sei, als drei verschiedene Sachen.

Auch den doppelten Beratungsmodus, d. h. die getrennte Beratung in Standesangelegenheiten und die gemeinsame in den Fragen des allgemeinen Nutzens lehnt er prinzipiell ab.^{42a} Man solle dem dritten Stande nicht zumuten, gewisse Dinge getrennt zu behandeln und gewisse Dinge gemeinsam, wie wenn etwas, das zur Behandlung komme, der öffentlichen Sache fremd sein könnte. Alles in einem Staat Bestehende hänge mit ihr zusammen und verschmelze sich mit ihr. Was sich von ihr trenne, gehöre nicht mehr zu ihr, und was sich in einem Punkt von ihr trenne, müsse in allen Punkten von ihr getrennt werden. Die *Société particulière* habe keinen Anteil an der *Société générale*; denn „es gibt keinen öffentlichen Gedanken, der nicht allen gehörte, und es wäre ein Vergehen, diesen für sich zu behalten. Man ist Mensch, bevor man adlig ist, man ist Bürger, bevor man Priester ist, man ist Rechenschaft schuldig, und man ist sie euch schuldig über alles, was man Menschen und Bürgern vorschlägt.“ Damit die gemeinsame Beratung erreicht wird, müssen sich die Generalstände gleich in der ersten Sitzung *en corps de nation* versammeln, „denn die Konstituierung in drei Kammern von vornherein hieße die Rechtmäßigkeit der erhobenen Forderung in Zweifel setzen; es hieße

42. Ebd. S. 33.

42a. In der kgl. Verfügung vom 27. Dez. 1788 hatte Necker zum Ausdruck gebracht, daß dieser Beratungsmodus seinem Wunsche entspreche.

der Versammlung eine Verfassung geben, die nur sie allein schaffen kann, und man würde sie verhindern, eine Einheit zu bilden, da dadurch entschieden wäre, daß sie eine Dreiheit sei“.⁴³

Das englische System als Vorbild verwirft Rabaut jetzt vollständig. In den Zeiten, wo der Despotismus wirklich herrsche, wäre es ein Ideal, ein Ideal für die intermediären Gewalten und ein Ideal für das Volk. „Heute aber, wo die Nation sich anschickt, ihren wahren Platz einzunehmen, sind die Ideale vergangener Zeiten verblaßt“. Aber es ist auch noch ein anderer Grund, der ihn jetzt die Nachahmung der englischen Verfassung ablehnen läßt: die Erkenntnis, daß die Tradition Frankreichs und seine Verhältnisse sich von denen Englands von Grund aus unterscheiden, ein Umstand, an den er früher nicht gedacht hatte. Vor der blinden Nachahmung hat Rabaut Saint-Etienne in der Revolution oft und bei den verschiedensten Anlässen gewarnt und diejenigen bekämpft, die dieser Versuchung nicht widerstehen konnten. „Es wäre unvorsichtig“, sagt er, „uns jener Versuchung hinzugeben, ohne vorher genau geprüft zu haben, ob ein solches System für uns paßt und ob wir für dasselbe passen, ob die Umstände dieselben sind und ob jenes System tatsächlich das denkbar vollkommenste ist“. Es dürfe in Frankreich nur eingeführt werden, wenn bewiesen wäre, daß es keine anderen Mittel gebe, den Despotismus zu beschränken und die Freiheit des Volkes zu sichern. Wie verschieden seien doch die Verhältnisse Frankreichs von denen Englands: der Klerus, die Magistratur, die Gerichtshöfe, die Gesetze, die Sitten und der Charakter des einzelnen und der Verwaltung seien verschieden in den beiden Ländern. „Als die Engländer sich die Freiheit gaben, waren ihre politischen Verhältnisse andere als die, die wir heute haben. — Die englische Regierungsform könnte bei uns nicht eingeführt werden, ohne das Land in die größte Unordnung zu bringen“.⁴⁴ Aber auf das Vorbild Englands verzichten heiße nicht, auf Reformen überhaupt zu verzichten, sondern „in uns selbst und aus der Art und Weise unseres Seins müssen wir die Prinzipien einer guten Verfassung schöp-

43. Ebd. S. 48, s. a. S. 43. Er beruft sich hier auf die gemeinsame Beratung verschiedener Notabelnversammlungen des 16. und 17. Jahrhunderts und stützt seine Ausführungen auf Mably, *Observations sur l'histoire de France* (s. t. IV. l. VII u. VIII).

44. s. Kap. 4, De la division en deux chambres.

fen“. Die Einführung einer Kammer der Privilegierten und einer solchen der Nichtprivilegierten würde eine schroffe Scheidung der Nation zur Folge haben, man hätte Patrizier und Plebejer. Das Oberhaus in Frankreich würde die allzu oft durch kleinliche Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten getrennten oberen Stände einigen; man würde damit die heute zerstreuten Waffen in eine Hand legen und damit ihre Position dem dritten Stande gegenüber stärken. Untätigkeit und unfruchtbares nie endigendes Hin und Her wären die Folgen einer solchen Verfassung, und „ich gestehe, von zwei Übeln (Zwei- oder Dreikammersystem) würde ich die Teilung in drei Kammern vorziehen“. Überhaupt sei das, was man vorschlage, keine englische Sache, sondern ein englisches Wort. Mit einem Oberhaus nach englischem Muster würden sich die ersten Stände in Frankreich nie abfinden, und ein Unterhaus nach englischem Vorbild wäre für die Vertreter des Volks in Frankreich in der augenblicklichen Lage ebenfalls unannehmbar. Sie würden zur politischen Ohnmacht verurteilt bleiben, und tiefergehende Reformen würden ausgeschlossen sein. „Man hätte zwei sich streitende Mächte, von denen die eine eine Verfassung will, d. h. Änderungen, die andere die Verfassung ohne Änderungen. Das jeder Kammer zustehende Vetorecht wäre keine Aktion, sondern Widerstand“. — „In jeder Einteilung in Kammern“, sagt er, sehen wir nichts als Hinderung, und in zwei Worten sei gesagt, weshalb: zur Herstellung einer Verfassung schlägt man uns Dinge vor, die wir bereits haben. Man sagt uns: hier sind die Stücke, über die ihr verfügen könnt, andere dürft ihr nicht verwenden. Man erlaubt uns, die Stücke zu verstellen, aber nicht zu ändern. Das ist der Vorschlag der ersten Stände, und das würde auch der Gegenstand ihres Vetos sein. Ich habe das bereits angedeutet, und ich wiederhole es, weil es wesentlich ist“.⁴⁵

In ähnlicher Weise hat bald darauf auch Sieys die Nachahmung der englischen Verfassung abgelehnt und sich gegen ihre Anbeter mit den Worten gewandt: „Vor allem wollen wir nicht den Mut verlieren, in der Geschichte nichts zu sehen, was für uns passen könnte“.⁴⁶

45. Ebd. S. 101 f. s. a. S. 80.

46. Sieys, Was ist der dritte Stand? Übers. u. eingeleitet von O. Brandt. Klassiker der Politik Bd. 9. 1924. Kap. IV, Abschn. 7.

Daß aus der Intransigenz des dritten Standes ungünstige Folgen für ihn entstehen könnten, fürchtete Rabaut nicht, weil die allgemeine Entwicklung zu seinen Gunsten neige, und weil es nur folgende vier Möglichkeiten gebe: der König trifft für den Fall, daß sich die Stände nicht einigen, selbst die Entscheidung; der dritte Stand siegt infolge seiner physischen Macht; die oberen Stände siegen infolge ihrer moralischen Macht; oder aber man geht wieder auseinander, ohne etwas erreicht zu haben. In allen vier Fällen würde sich die Lage zu Ungunsten der oberen Stände wenden. Ihren etwaigen Sieg könnten sie nicht ausbeuten, er würde die geschlossene Opposition und Feindschaft der Nation zur Folge haben, da man die Aristokratie genau so verabscheue wie den Despotismus, und der König sie in gleichem Maße zu fürchten habe wie die Nation. Das Bündnis des Königs mit dem dritten Stande würde dann ein ganz natürliches. Immer wieder taucht der Gedanke auf: die Revolution muß mit dem König und zu seinem Heil gemacht werden gegen den gemeinsamen Feind, die Corps und die Privilegierten. Der Idealbegriff ist die vom König präsiidierte und zu ihrer Wiedergeburt schreitende Nation. „Welch eine Zeit, welch ein Fürst, unter dem man die Wahrheit sagen darf . . . Dieser König braucht nicht zu befürchten, daß sein Volk vergesse, was es ihm schuldet, der eine erlauchte Nation zu einer vernünftigen Freiheit aufruft, eine Nation, die stolz und eifersüchtig über den Ruhm des Herrn wacht, den sie liebt“.⁴⁷ Wieder richtet er eine eindringliche Mahnung an seinen Stand und ruft ihm zu: „Hütet euch vor einer destruktiven Verfassung, die Gewalten schaffen würde, die vorher nicht bestanden, da wir nur eine Gewalt kennen. Seht in die Zukunft, aber nicht in die eurer Nachkommen, sondern in eure eigene. Bedenkt, was aus einer Nation werden würde, in der drei einander entgegengesetzte Interessen einen andauernden Kampf untereinander führen würden und die schlimme Unmöglichkeit bestünde, das Gute zu schaffen. . . . Wenn ihr die Intrigen der andern fürchtet, dann setzt ihnen jenen edlen Widerstand entgegen, der sie verwirrt. Versammelt

⁴⁷. Question du droit public S. 104. vgl. Commentaire sur l'arreté du Parlement de Paris.

euch um euren König, der euch zu Rate zieht, damit die Großmutter eurer Ratschläge ihn für seine Sorgen entschädige“.⁴⁸

Es müssen tiefgreifende Ereignisse gewesen sein, die eine so entscheidende Wandlung der staats-theoretischen Ansichten Rabaut Saint-Etiennes bestimmten. Die Betrachtung des Wahlkampfes in der Sénéchaussée von Nîmes wird uns den Schlüssel der Erklärung geben.

Bei der Beurteilung des Gemütszustandes der französischen Nation in den Jahren 1788 und 1789 stützten sich die Historiker vielfach auf die gewaltige Broschürenliteratur, die in jener Zeit erblühte. In den massenhaften Flugschriften sahen sie den Hauptgrund für die politische Überhitzung des Volkes und verfehlten dabei nicht, zum Beweis mehr oder minder geeignete, aus ihrem Zusammenhang herausgerissene Sätze zu zitieren. Dieser Ansicht und Methode vermögen wir nicht restlos zuzustimmen. Die politische Atmosphäre war zuerst bedingt durch die Revolution der Notabeln von 1787 und des Pariser Parlaments gegen die Krone, die vom dritten Stand mit lebhaftem Interesse verfolgt wurde und anfangs auch seinen Beifall fand, in deren Verlauf er sich aber überzeugen mußte, daß das bestimmende Motiv ein mehr oder weniger verhüllter Standes- und Machtegoismus war. Als dann endlich die Generalstände in greifbare Nähe rückten, fühlte der dritte Stand mit einem Schlage, was für ihn auf dem Spiele stand. Er ging nun aus seiner Passivität zum Angriff über, und zwar setzte die Erkenntnis der neuen Lage schlagartig ein. Der Selbsterhaltungstrieb des dritten Standes reagierte instinktmäßig. Diese Überzeugung gewinnt man, wenn man die Protokolle der Wahlversammlungen des dritten Standes liest. Man erhält dabei den Eindruck, daß die Broschürenliteratur die Spannung nicht hervorrief, sondern daß die allgemeine Erregung federgewandte Leute geradezu anspornte, offen zu den überall diskutierten Fragen Stellung zu nehmen. Für Rabaut Saint-Etienne trifft dies jedenfalls zu. Seine Schrift über die Interessen des dritten Standes ließe sich ohne große Ereignisse und ohne die allgemeine Entwicklung der politischen Ideen innerhalb des dritten Standes niemals erklären. Werfen wir deshalb einen Blick auf die Vorgänge, die den Ver-

48. Question du droit public, S. 36.

fasser der Schrift „An die französische Nation“ zu der Abfassung der „Betrachtungen über die Interessen des dritten Standes“ und der „Frage des öffentlichen Rechts“ und damit zu einer vollständigen Meinungsänderung bestimmten.

Man hat sich Rabaut Saint-Etienne oft vorgestellt als einen heftigen Agitator, einen Mann, der in den Wahlversammlungen eine hervorragende Rolle spielte, der von einer Gemeinde zur andern ging und den Leuten sagte, was sie beanstanden und wie sie ihre Cahiers abfassen mußten.⁴⁹ Nichts von alledem läßt sich nachweisen. Eine hervorragende Rolle hat er erst bei der Abfassung des Cahiers des dritten Standes der Sénéchaussée gespielt. Er hat in keiner zur Abfassung des Cahiers einberufenen Gemeindeversammlung den Vorsitz geführt, in keiner dieser Versammlungen hat er auch nur das Protokoll mit unterzeichnet. Nur in dem Städtchen Anduze der Diözese Alès scheint er eine Zeitlang der Versammlung beigewohnt zu haben. Er wurde auch als Abgeordneter dieses Städtchens zu der Versammlung des dritten Standes der Sénéchaussée gewählt, zugleich aber wurde ein Ersatzmann für ihn aufgestellt, der ihn im Falle seiner Verhinderung vertreten sollte. Dieser Ersatzmann zeichnete auch im Protokoll für Rabaut Saint-Etienne und vertrat ihn sogar auf der Generalversammlung des dritten Standes.⁵⁰ Das Cahier dieser Gemeinde weist jedoch an verschiedenen Stellen Ähnlichkeiten mit dem Cahier der Stadt Nîmes auf, an dessen Abfassung Rabaut selbst mitgearbeitet hat. Daraus ließe sich allenfalls ein Einfluß Rabauts auf das Cahier von Anduze herleiten.

In den zahlreichen politischen Versammlungen des dritten Standes, die im Laufe des Winters in Nîmes, Alès, Uzès und in anderen Orten der Sénéchaussée stattfanden, hat Rabaut kein einziges Mal das Wort ergriffen, noch hat einer der vielen Redner seinen Namen oder eine seiner Schriften erwähnt. Höchstens entdeckt man unter den hunderten und manchmal tausenden von Namensunterschriften der Versammlungsteilnehmer, die am Schluß der Versammlung das Protokoll mit unterzeichneten, irgendwo

49. so z. B. Bligny-Bondurand, *Cahiers de doléances de la sénéchaussée de Nîmes pour les Etats-généraux de 1789*. Paris 1909. Introd. S. XXXI. Die dortige Behauptung ist nicht bewiesen.

50. Ebd. Bd. I. S. 39, *cahier de la ville d'Anduze*.

seinen wohlbekannten, feinen Namenszug. So auch in dem Protokoll der großen Bürgerversammlung, die am 3. November 1788 in Nîmes stattfand. Mehr als tausend Personen setzten mit Rabaut ihren Namen unter das Protokoll. Die Versammlung wurde angeregt durch den bevorstehenden Zusammentritt der zweiten Notabelnversammlung. Man wollte auf ihre Entschlüsse einwirken, sie mit den Forderungen des dritten Standes bekannt machen und schickte ihr, sowie Necker und dem Siegelbewahrer zu diesem Zweck eine Abschrift des Protokolls zu.

Als nämlich die Regierung darauf verzichtete, von sich aus die Verfassungsfrage der zukünftigen Generalstände zu lösen — die folgenschwerste Unterlassung jenes halben Jahres — und somit diese wichtige Frage der Öffentlichkeit zur Diskussion stellte, indem sie sich zuerst an das Parlament, dann an die Notabelnversammlung wandte, entfesselte sie die Kräfte, die sie verschlingen sollten. Hier handelte es sich um ein entscheidendes individuelles Moment im Gange der Ereignisse. Die Berufung der Notabelnversammlung bildete in den Provinzen den Anlaß zu zahlreichen Versammlungen, in denen die Fragen, die die Regierung zu lösen nicht den Mut hatte, zu positiven Forderungen gewandelt wurden. Das war auch in Nîmes der Fall.

Gleich zu Beginn der Versammlung vom 3. November hielt ihr Vorsitzender, der liberale und beliebte Baron von Marguerittes, Maire der Stadt, eine kaum zu überbietende Lobrede auf den dritten Stand. Seine Forderungen begründete er mit dem Hinweis auf den großen Aufschwung, den der dritte Stand seit den letzten Generalständen genommen habe; er allein habe den Reichtum der Städte und der Nation geschaffen. Marguerittes verlangte, daß jener „kostbare Teil der Gesellschaft, dessen Arbeit die Reichen und Großen ernährt und dessen Industrie und Aktivität für die täglichen Bedürfnisse sorgen“, in die Generalstände berufen werde und dort über eine Stimmenzahl verfüge, die seiner Nützlichkeit und seiner Bedeutung entspreche. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, der dritte Stand müsse mindestens ebensoviele Abgeordnete haben, wie der Adel und die Geistlichkeit zusammen; die Abgeordneten des dritten Standes sollten vom dritten Stand selber gewählt werden dürfen; die Richter der Seigneurs, ihre procureurs-fiscaux, die Zehntpächter und im allgemeinen alle Personen, die

direkt oder indirekt vom Klerus oder vom Adel abhingen, dürften nicht zu Abgeordneten des dritten Standes gewählt werden. Für die Stadt Nîmes wurde außerdem eine Zahl von Abgeordneten verlangt, die ihrer Einwohnerzahl und ihrem Reichtum entspreche. Ausdrücklich wurde im Protokoll betont, daß der dritte Stand den Klerus und den Adel durch seinen Fleiß und seine Arbeit unterhalte, sich durch seine Bildung auszeichne, daß er allein 29 Dreißigstel der Bevölkerung des Königreichs umfasse, $\frac{7}{8}$ der Subsidien zahle, und dennoch von Begünstigungen und Chargen, über die der Staat verfüge, ausgeschlossen sei. Der dritte Stand, der die physische und moralische Kraft der Monarchie ausmache, müsse eine wirksame Stimme in der Versammlung haben, deren wesentlicher Gegenstand es sei, einen Teil seines Vermögens für die Erhaltung des Staates einzusetzen. Die Formen, die für die früheren Generalstände galten, besonders für die Generalstände von 1614, wurden mit Entschiedenheit abgelehnt, da sie mit einem aufgeklärten Zeitalter unvereinbar seien.⁵¹

Zu den allgemeinen Fragen kam für die Provinz noch eine besondere, die in den Brennpunkt des Interesses trat. Die Wieder-

51. Diese Punkte wurden angenommen auf Grund der Vorschläge eines Advokaten namens Griolet: 1. „Que tout contribuable du tiers état sera éligible et par conséquent électeur; 2. que les députés du tiers état de la Ville de Nîmes seront nommés librement et à la pluralité des suffrages dans une assemblée générale des seuls contribuables du tiers état; 3. vu bien qu'en Languedoc la noblesse soit imposée et ait intérêt à ce que tout le monde contribue également, le tiers état ne pourra être représenté que par des roturiers, comme les gens des deux premiers ordres ne sont représentés que par des personnes de leurs ordres; 4. que les députés du tiers état seront en nombre égal aux députés réunis du clergé et de la noblesse; 5. vu dans la supposition ou suivant l'ancien usage, les premiers consuls des villes seraient appelés pour représenter les villes, ils ne pourront être considérés comme les représentants du seul tiers état puisque les villes sont composées des trois ordres et que par conséquent comme dans le cas, les deux autres ordres ne laissent pas que de nommer les députés, le tiers état sera aussi autorisé à nommer ses représentants; 6. vu que la ville de Nîmes est la septième dans l'ordre des villes, que dans la province elle est la première par son commerce, la seconde par sa population et surtout la plus important par l'ancienneté et l'étendue de sa sénéchaussée, il plaise à Sa Majesté accorder à la ville de Nîmes dans l'assemblée des états généraux un nombre des députés du tiers état proportionné à sa consistance actuelle . . .“ Arch. munic. de Nîmes L L 47 (3 novembre 1788).

herstellung der Provinzialstände in der Dauphiné durch den Erlaß vom 22. Oktober 1788 hatte in der Provinz Languedoc, wo seit langem Erbitterung gegen die Provinzialstände herrschte, den Wunsch nach einer den Ständen der Dauphiné ähnlichen Verfassung wachgerufen. Diese gewährte dem dritten Stand genau so viel Sitze wie den beiden ersten Ständen zusammen, von denen der Adel die doppelte Anzahl der Abgeordneten des Klerus besaß, und bestimmte die Abstimmung nach Köpfen, also die gemeinsame Beratung. In den bisherigen Provinzialständen des Languedoc dagegen bestand keine richtige Vertretung der Stände. Die Geistlichkeit war nur durch Bischöfe vertreten, die kraft ihrer Würden Sitz hatten, die Adligen nur durch Edelleute, die im Besitz einer Baronie oder eines entsprechenden Titels waren, der sich gewöhnlich durch Lehen übertrug. Der dritte Stand war durch Adlige vertreten, die im Besitz von Municipalchargen waren. Der niedere Klerus und der kleine Adel hatten keinen Sitz in ihnen.⁵² Die Opposition gegen diese Verfassung war seit langem groß. Sie kommt besonders in den Kritiken zum Ausdruck, die an ihnen geübt wurden durch die *Cour des Comptes* von Montpellier, am 26. Februar, 4. November und 22. Dezember 1788, die der Versammlung der drei Stände von Puy am 22. Dezember 1788, die der Handelsleute der Börse von Toulouse vom 31. Dezember 1788, die des Adels von Toulouse vom 13. Januar 1789 und nicht zuletzt durch die Kritik des Adels und des dritten Standes der Sénéchaussée von Nîmes vom 10. März 1789.⁵³

Die Opposition der drei Stände, vornehmlich des niederen Adels und des dritten Standes, gegen diese „unkonstitutionellen“ Provinzialstände, trug wesentlich zur Einigkeit der Stände im Languedoc bei. Über die grundsätzlichen Fragen, wie Verdoppelung der Abgeordneten des dritten Standes, gemeinsame Beratung und Abstimmung nach Köpfen in den Generalständen, Steuerleichheit und Verzicht auf die pekuniären Privilegien, herrschte in der Sénéchaussée Einstimmigkeit zwischen dem dritten Stande

52. s. Hist. générale de Languedoc p. Dom. Devic et Vaisette Bd. XIII, S. 1361.

53. Ebd. S. 128 u. 1360—65, vgl. auch Journal de Nîmes v. 8. Jan. 1789 ff. Wie in andern pays d'Etats herrschte auch im Languedoc ein tiefer Gegensatz zwischen dem Hochadel und dem niederen Adel; ersterer bildete die politisch bevorrechtete Minderheit, letzterer die politisch entrechtete Mehrheit.

und der Mehrheit des Adels, während die Haltung des Klerus reserviert war. Wie sehr sich dieser aber von der allgemeinen Begeisterung anstecken ließ, zeigt eine Stelle der Rede eines Abgeordneten dieses Standes auf der Versammlung der drei Stände der Diözese von Uzès am 23. Dezember 1788. Es heißt dort: „Vergessen wir in diesem Augenblick unsere Lage, unsere Prärogativen, unsere Privilegien und erinnern wir uns, daß wir alle einer gemeinsamen Mutter angehören und Kinder eines Vaterlandes sind. Schwören wir, wenn es notwendig sein sollte, jenen Privilegien ab, um die Last, die schon allzulange auf dem zahlreichsten und nützlichsten Teil der Gesellschaft liegt, zu erleichtern.“⁵⁴ Ein beredtes Zeugnis für die Einigkeit der Stände in der Sénéchaussée ist auch ein Brief des Adels der Diözese von Nîmes, vom 14. Februar 1789, in dem er eine Einladung des Adels von Toulouse zu einer Generalversammlung des Adels, auf der man über die Provinzialständefrage beraten wollte, mit folgender Begründung ablehnte: „Fürchtet Ihr nicht, die Stände zu schwächen, wenn Ihr Euch vom Klerus und vom dritten Stande absondert? Fürchtet Ihr nicht die Harmonie, die zwischen allen Ständen herrscht, zu zerstören, indem Ihr an der Grenze der Provinz eine Versammlung des Adels einberuft? Solltet Ihr nicht vielmehr mit Begeisterung den kostbaren Augenblick erfassen, alle Eure Blicke auf den Thron richten und mit ebensoviel Ausdauer wie Eifer die Wirkung der Beratung vom 27. Januar in Montpellier verfolgen, die allen Wünschen der drei Stände gerecht wird.“⁵⁵

In einer großen, von patriotischen Reden erfüllten Versammlung, die am 5. Dezember 1788 in Nîmes stattfand, wurden die am 3. November angenommenen Punkte von neuem bestätigt und noch folgende angenommen: kein seigneurialer Richter dürfe einer Wahlversammlung präsidieren und ein Abgeordnetenmandat für die Generalstände bekommen; die Provinz müsse nach dem Muster der Dauphiné reformiert werden; in den Generalständen dürfe weder nach Stand noch nach Gouverne-

54. Délibération prise en Hotel de ville d'Uzès par l'assemblée des députés des trois ordres du diocèse, le 23 déc. 1788. Arch. dép. (Gard) C 1208 (10).

55. s. Journal de Nîmes, 26 février 1789 (der Brief ist v. 14. Febr.).

ment noch nach Bailliage oder Distrikt, sondern es müsse nach Köpfen der Beratenden abgestimmt werden, da dies das einzige Mittel sei, der Stimmenmehrheit auch wirklich den Ausschlag zu geben. Eine Abschrift des Protokolls, an dessen Schluß ungefähr 2000 Personen, meist Angehörige der freien Berufe und Bourgeois, wieder ihre Unterschriften setzten, wurde auch Necker und dem Großsiegelbewahrer zugeleitet.⁵⁶

Daß die drei Stände der Sénéchaussée diese Forderungen tatsächlich anzunehmen gewillt waren, zeigte die ganze dortige Wahlbewegung. Die drei Stände der verschiedenen Diözesen der Sénéchaussée hielten im Laufe des Winters nach einander Versammlungen ab. Eine solche fand am 23. Dezember in Uzès statt, eine andere am 29. Dezember in Nîmes, eine weitere am 7. Januar 1789 in Alès.⁵⁷ In allen diesen Versammlungen wurde gemeinsam beraten; der dritte Stand hatte doppelt so viel Vertreter wie die beiden andern Stände zusammen, von denen der Adel doppelt so viel hatte wie der Klerus. Allen diesen Versammlungen wohnten Abordnungen der drei Stände der anderen Diözesen bei, die sich ebenfalls in dem eben erwähnten Verhältnis zusammensetzten. Vor und gleichzeitig mit den Versammlungen der drei Stände in den Hauptorten der Diözesen fanden zahlreiche Versammlungen des dritten Standes in den Städten und Dörfern statt, viele Reden wurden dabei gehalten, große Diskussionen entspannen sich im Anschluß daran. Die Protokolle vieler Versammlungen, besonders die der Städte, wurden gedruckt und an die Gemeinden versandt.

Bei der Untersuchung der Originalität der Cahiers hat man die Versammlungen der Städte und Dörfer immer zu wenig berücksichtigt. Jene sind auf viel natürlicherem Wege entstanden, als man gemeinhin annimmt. Die Modelle spielten in dieser Gegend bei der Abfassung der Cahiers nicht die Rolle, die man ihnen vielfach sonst beimißt. Hier hatte sich das Programm des dritten Standes schon Mitte Dezember 1788 in seinen

56. Arch. municip. de Nîmes L L 47.

57. s. Arch. dép. (Gard) C 1208 u. B. 38; Mémoires et comptes rendues de la soc. scientifique et litt. d'Alais, 1887 Bd. 19. (doc. hist. sur Alais pendant la Révolution).

Grundzügen herauskristallisiert. Dafür nur ein Beispiel. Bereits am 11. November 1788 nahm die Bürgerversammlung des Städtchens Saint-Jean de Gardonnenque eine Entschliebung an, die sich dem Sinn nach mit den von der Stadt Nîmes angenommenen Punkten deckte, in der sich aber schon als weiterer Punkt die Forderung findet, daß in den Generalständen nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen abgestimmt werden müsse. Achtzehn Gemeinden gaben durch über 900 Unterschriften ihre Zustimmung zu den Punkten.⁵⁸ Im Dezember schon hatten die Forderungen eine Form angenommen, von der es so leicht nicht mehr ein Abweichen gab. Man glaubte damit in gutem Recht und im Einklang mit dem Willen des Königs zu sein. Dieser wurde überall mit den überschwenglichsten Worten gepriesen, des Dankes der Nation versichert und als der Wiederhersteller der alten Freiheiten gefeiert. Die Begeisterung Rabaut Saint-Etiennes für den König wurde allgemein im Volke geteilt; wie sehr, zeigt ein Ereignis, das sich am 29. November 1788 in Nîmes zutrug. Zu Ehren der Magistrate und Juristen, die das Programm der großen Versammlung vom 3. November abgefaßt hatten, wurde ein Freudenfest veranstaltet. Mehr als 20 000 Personen nahmen daran teil. Das Porträt des Königs wurde, von einer Lorbeergirlande umrahmt und in einen Triumphbogen eingebaut, durch die Straßen getragen, und als der Triumphbogen unter nicht endenwollenden Rufen „Es lebe der König“ vor dem Justizgebäude niedergesetzt wurde, intonierte die Musik: „Où peut on être mieux qu'au sein de sa famille“. Ähnliche Szenen wiederholten sich ganz spontan am folgenden Tag.⁵⁹

Den König wollte der dritte Stand mächtiger machen durch seine Reformpolitik und sein Zusammenwirken mit der Regierung. Diese Anschauung änderte sich erst gegen Ende des Jahres 1788. Das Ergebnis der vom 6. November bis 12. Dezember tagenden Notabelnversammlung rief im dritten Stande eine lebhaftete Enttäuschung und eine scharfe Kritik wach. Das

58. Arch. dép. (Gard) B 38.

59. Journal de Nîmes du 4 déc. 1788, Description d'une fête patriotique donnée à Nîmes le 29 novembre 1788 par le tiers état de cette ville; vgl. F. Rouvière, La Révolution dans le département du Gard. Nîmes 1887. Bd. 1. Kap. I.

Ganze faßte man als Verhöhnung auf. Das Aktenstück vom 27. Dezember, in dem der König und Necker zum ersten Male zu der Verfassungsfrage Stellung nahmen, war ein Kompromiß, der die große Machtfrage nicht wirklich entschied und überdies zu spät kam. Im Laufe des Herbstes und Winters hatten sich überall im Lande die Fronten scharf abgezeichnet. Der Verlauf des Ständekampfes zeigte dem dritten Stande, daß er sich in den Generalständen nicht werde durchsetzen können, wenn man die Abstimmung nach Ständen beibehielt. Deshalb forderte er sehr bald kategorisch die Abstimmung nach Köpfen. Mit dieser Forderung, wie überhaupt mit der Aufstellung des revolutionären Programmes ging der dritte Stand in den *pays d'Etats* voran. Hier war die Verfassungsfrage besonders brennend. Auf Grund ihrer alten Verfassungen und Privilegien machten diese Provinzen eigene Verfassungsansprüche geltend.

Rabaut Saint-Etienne, den getreuen Interpreten seines Standes, sehen wir die Ansicht wechseln, sobald die Forderung der Abstimmung nach Köpfen in der *Sénéchaussée* von Nîmes erhoben wurde. Sein anfangs aufgestelltes Prinzip des Zweikammersystems gab er auf, weil es schnell unpopulär wurde. Und als das Programm des dritten Standes sich ganz herauskristallisiert hatte, ging er daran, es in seiner Schrift „*Question des droits publics*“ zu begründen und staats-theoretisch auszubauen.⁶⁰ In einem der ersten Sätze dieser Schrift kennzeichnet er treffend den wahren Sachverhalt: „Drei Monate haben die Nation umgewandelt“.

Das Studium der Wahlbewegung in der *Sénéchaussée* von Nîmes führt also zu folgender unwiderlegbaren Feststellung. Rabaut Saint-Etienne leitete mit seinen „*Betrachtungen über*

60. Die Abkehr von der früher vertretenen Meinung kommt auch im Titel der „*Betrachtungen*“ zum Ausdruck. Er nennt sich nicht „*Verfasser der Schrift A la nation française*“, sondern es heißt: „*Par l'auteur de l'avis important*“. Ein Zufall ist das sicherlich nicht. Der Erfolg ersterer Schrift war größer als der letzterer, und jene ist in jeder Hinsicht bedeutender. Aber der *Avis important* stand in keiner Weise in Widerspruch mit den *Betrachtungen über die Interessen des dritten Standes*, denn dort nahm Rabaut weder für die eine noch für die andere Form Stellung. In der zweiten Auflage der „*Betrachtungen*“ verwischte er seine Spur noch sorgfältiger. Der Verfasser war jetzt nur noch ein *propriétaire foncier* (de Nîmes).

die Interessen des dritten Standes“ den Wahlkampf in Nîmes nicht ein und gab dem dritten Stand den entscheidenden Impuls nicht. Er war nicht der Erzeuger von revolutionären Ideen in seinem Wahlbezirk, sondern Verherrlicher und Verteidiger jener Ideen. Die positiven Forderungen, die er in seinen Broschüren vertritt, waren zur Zeit ihres Erscheinens bereits präziser und kategorischer von den Versammlungen des dritten Standes formuliert. Der programmatische Gehalt der Flugschriften Rabauts stand in engstem Zusammenhang mit den politischen Vorgängen in seiner Umgebung. Für alle von ihm aufgestellten Punkte lassen sich die Beziehungen zu jenen aufweisen. Er sagte nur, wie viele andere Autoren, was bereits gesagt und beschlossen war, tat das aber in einer beredsamen Form. Seine gewandte Feder gab den Forderungen des dritten Standes das literarische Gewand und den ideellen Unterbau. Der Erfolg seiner Schriften beruhte auf der Tatsache, daß sie getreue Interpreten der Gefühle der Bourgeoisie waren und dem Geist der Bewegung treffenden Ausdruck verliehen. Den wirklichen Wert der Broschüren hat man immer so weit überschätzt, als man die politische Reife der Bourgeoisie unterschätzt hat. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies auch auf die Schrift von Sieys zu. Entscheidend also war für die Entwicklung der Ideen in erster Linie der durch den Sturz des Absolutismus herbeigeführte Kampf um die Macht im Staate. Der Kampf der Ideen folgte dem Kampf der Interessen. Die Wandlung der Dynamik zeitigte die Wandlung der Ideen, auch bei Rabaut Saint-Etienne. Nicht die Verfasser der Broschüren schufen den Strom der Ereignisse, sondern sie konnten nur versuchen, auf dem entfesselten Strom zu steuern. Selbst mitgerissen von der Wucht der Bewegung, suchte Rabaut ihren Sinn zu deuten.

Wie alle führenden Politiker erkannte er, daß der Erfolg des dritten Standes wesentlich von der Geschlossenheit des Standes und der Einheitlichkeit des Programms abhängen werde. Man mußte die Gesamtheit der Roturiers mobil machen und jede Absplitterung verhindern. Die Gefahr der Absplitterung lag besonders nahe bei den Landbewohnern, auf die der Adel und die Seigneurs einen direkten Einfluß ausüben konnten. Tatsächlich gab ihnen auch das Reglement vom 24. Januar

eine mächtige Handhabe hierzu. Es bestimmte, daß die juges du lieu, d. h. die seigneurialen Richter bei den zur Abfassung des Cahiers einberufenen Versammlungen der Gemeinden den Vorsitz führen sollten. Um diesem Einfluß vorzubeugen, verfaßte Rabaut noch zwei kleinere Schriften, den „Katechismus des dritten Standes“, der im Dezember 1788 erschien, und einen Appell an alle Wahlversammlungen, *Prenez-y garde*, der im Frühjahr 1789 herauskam.⁶¹ Der Katechismus behandelt das politische Problem in einer für den politisch ungebildeten Bürger leicht faßlichen Form, nämlich der eines Zwiesgesprächs zwischen einem Roturier und einem Vertreter der ersten Stände. — In seinem Appell an die Wahlversammlungen stellt Rabaut Saint-Etienne die Richtlinien auf, nach denen die Wahl der Abgeordneten stattfinden soll. Er warnt aber nicht nur vor dem Einfluß, den die Privilegierten oder ihre Agenten in den Versammlungen ausüben könnten, und davor, Abgeordnete zu wählen, die nicht einwandfrei dem dritten Stande zugehörten, sondern er mahnt auch zur Besonnenheit und empfiehlt eine sorgfältige Auslese der Abgeordneten. „Es ist wünschenswert, daß der Abgeordnete die Eigenschaft besitzt, die man gewöhnlich Charakter nennt, d. h. die Energie des Geistes, die der Rechtschaffenheit ähnlich ist, aber weiter geht als sie; denn die Rechtschaffenheit weicht nicht von den Prinzipien ab, die sie einmal anerkannt hat, der Mensch von Charakter dagegen verteidigt und stützt diese Prinzipien mit einem festen Willen, um ihnen die Anerkennung derer zu verschaffen, zu denen er spricht.“ Weiter warnt Rabaut vor einer falschen Auslegung des Freiheitsbegriffes. Die Freiheit bestehe nicht in der Unabhängigkeit, die nicht wisse, was sie wolle, sondern „im freien

61. Catéchisme du tiers état à l'usage de toutes les provinces de France, et spécialement de la Provence. déc. 1788. B. N. Lb³⁹ 817. (Die Broschüre ist zwar anonym, geht aber zweifellos auf einen von Rabaut 1788 abgefaßten „Dialogue entre un bourgeois et un soldat“ zurück, der nicht veröffentlicht wurde; s. Manus. 329. t. 29 f. 174 ff., Bibl. du prot. franç.) Die andere Schrift heißt: *Prenez-y garde ou avis à toutes les assemblées d'élection qui seront convoquées pour nommer les représentants des trois ordres aux Etats-généraux de 1789*. Dagegen sind die gelegentlich Rabaut Saint-Etienne zugeschriebenen „Exhortations aux trois ordres de Langue-doc“ nicht von ihm. s. Bligny-Bondurand, zit. Bd. I. introd.

Ausdruck der Einzelwillen, die den Gemeinwillen zusammensetzen“. Auch die Gleichheitsforderung dürfe man nicht falsch verstehen. Die Gleichheit bestehe nicht in der Anarchie, die kein gemeinsames und allgemeines Ziel kenne, sondern „sie ist die freie Ausübung des Rechts der einzelnen im Sinne des allgemeinen, von allen aufgestellten Zwecks.“ — „Die Gleichheit der Rechte in bezug auf die öffentliche Sache ist weder die Gleichheit des Rangs noch die Gleichheit der Vermögen, weil keiner in gleicher Weise zur gemeinsamen Sache beiträgt“. Daraus folge, daß jeder Stand seinen Rang bewahren könne, wenngleich jeder Mensch gleiche Rechte habe. Nicht die Ehrenprivilegien hätten den dritten Stand gegen die oberen Stände aufgebracht, sondern die pekuniären Privilegien, die den dritten Stand überlastet hätten; dieser bleibe sich der Unmöglichkeit eingedenk, bewirken zu können, „daß ein Adliger nicht adlig und ein Bischof kein Bischof ist“, Rangunterschiede seien sogar notwendig; da jetzt der größte Teil des Adels und des Klerus auf die pekuniären Privilegien verzichtet habe und die Steuern gemeinsam mit dem dritten Stande tragen wolle, bleibe vorerst kein Grund des Zwiespalts mehr, und man könne endlich daran gehen, für die gemeinsame Sache zu arbeiten. Um dieses Zweckes willen ruft Rabaut Saint-Etienne zur Einigkeit auf.⁶²

Durch seine literarische Tätigkeit erwarb sich Rabaut Saint-Etienne das Vertrauen seiner Heimatstadt. Vom 12. bis 14. März fand eine große offizielle Wahlversammlung der Stadt Nîmes statt, auf der das Cahier der Stadt abgefaßt wurde. An der Abfassung dieses Cahiers hatte er sicher schon einen beträchtlichen, wenn auch nicht genau feststellbaren Anteil. Dies läßt sich schon aus der Tatsache schließen, daß er der Abordnung der Stadt Nîmes zu der entscheidenden Wahlversammlung des dritten Standes der Sénéchaussée angehörte. Rabaut war eines der angesehensten Mitglieder dieser aus 30 Köpfen bestehenden Abordnung, denn er war an zweiter Stelle aus der Wahl hervorgegangen.⁶³ Die Versammlung des dritten Standes der gesamten Sénéchaussée fand einige Tage später, am 17. März, statt und

62. Prenez-y garde etc. p. III. De l'union. (B. N. Lb³⁹ 1040).

63. s. Bligny-Bondurand zit. cah. de la ville de Nîmes.

dauerte bis zum 31. März 1789.⁶⁴ Am 18. März wählte die ungefähr 670 Abgeordnete zählende Versammlung aus ihren Mitgliedern eine Kommission von 60 Männern und beauftragte diese mit der Abfassung des allgemeinen Cahiers des dritten Standes der Sénéchaussée. Diese Kommission begann nach ihrer Konstituierung sofort ihre Arbeit, und am 26. März war der Text des Cahiers endgültig festgelegt. Rabaut gehörte dieser Redaktionskommission an, er war sogar an zweiter Stelle in sie gewählt und von ihr zum Berichterstatter bestimmt worden. Am 24. März gab er der Versammlung einen Bericht über den von der Kommission angenommenen Plan zur Abfassung des Cahiers und begann die Lesung. Eine zweite Lesung fand am 26. März statt, wo die Versammlung das Cahier nach ganz unwesentlichen Änderungen in der Form annahm, wie es von Rabaut vorgelegt wurde. Nach der Annahme des Cahiers durch die Versammlung wurde die Wahl der Abgeordneten für die Generalstände vollzogen. Als erster Abgeordneter ging am 27. März Rabaut Saint-Etienne aus der Wahl hervor. Von 666 abgegebenen Stimmen hatte er schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten. Die Wahl der acht Abgeordneten der Sénéchaussée war am 31. März beendet. Im Anschluß daran wurden sie von der Versammlung bevollmächtigt.

Das Cahier der Sénéchaussée von Nîmes ist sowohl seiner Form, als auch seinem Inhalt nach ein bedeutendes Dokument für die Wünsche des dritten Standes. Zu der Frage, inwieweit die in dem Cahier der Sénéchaussée von Nîmes vertretenen Forderungen und Gedanken von Rabaut Saint-Etienne stammen, ist zu sagen, daß es jetzt über diese Probleme kaum noch wirklich eigene Ideen einzelner Persönlichkeiten gab. Die politischen Forderungen waren Gemeingut einer breiten Schicht geworden. Die Wortführer des dritten Standes hatten vorläufig nur die eine Aufgabe: den Forderungen ihren ideellen Unterbau zu geben und aus den vielen Einzelwünschen und Einzelforderungen ein einheitliches Ganzes herzustellen. Das war auch

64. Arch. dép. (Gard) C. 1208. procès-verbal de l'assemblée du tiers état de la sénéchaussée de Nîmes et de Beaucaire; s. a. Journal de Nîmes u. Mémoires et comptes rendus de la soc. scient. et litt. d'Alais, 1887.

die Funktion Rabauts, und insoweit ist das Cahier der Sénéchaussée von Nîmes sein Werk. Die dort vertretenen Forderungen decken sich natürlich auch mit seinen eigenen Ansichten. Ein von seiner Hand stammendes Manuskript⁶⁵ ermöglicht es, ganz bestimmte Schlüsse zu ziehen. Höchstwahrscheinlich hat Rabaut Saint-Etienne dieses Manuskript in die Hauptversammlung des dritten Standes vom 17. bis 31. März 1789 mitgebracht, und aus den Anmerkungen, Korrekturen und Zusätzen dazu läßt sich die Entstehungsgeschichte des offiziellen Cahiers ziemlich genau rekonstruieren. Aus dem Vergleich beider ergibt sich, daß von den 91 Artikeln des offiziellen Cahiers gegen 80 Artikel in der von Rabaut vorgeschlagenen Form angenommen wurden. Dagegen wurde nur ein einziger Artikel im Kapitel „Landwirtschaft“ ganz gestrichen. Zwei weitere Artikel, 2 und 14, im Kapitel „Gerichtsorganisation“ erlitten erhebliche Streichungen. Sechs oder sieben Artikel wurden auf Grund der Diskussion hinzugefügt, die übrigen Artikel erhielten kleine Änderungen stilistischer Art oder Erweiterungen sachlicher Art, nie aber wurde der Sinn geändert. In den beiden ersten Kapiteln über die Verfassung und die General- und Provinzialstände erhielt nur der letzte Artikel des zweiten Kapitels eine Erweiterung in der Form eines kleinen Nebensatzes.

Aber alle diese Hauptforderungen und Hauptpunkte des Cahiers der Sénéchaussée findet man auch in dem Cahier der Stadt Nîmes. Es ist offensichtlich, daß Rabaut bei der Abfassung seines Manuskriptes sich an dieses 44 Artikel umfassende Cahier anlehnte. Was in diesem Cahier von ihm direkt stammt, läßt sich nicht nachweisen. Aus ihm hat er aber wörtlich entnommen den Artikel 4 des ersten Kapitels,⁶⁶ die Artikel 5 und 7 des zweiten Kapitels.⁶⁷ Wesentliche Bestandteile der Artikel 3, 4, 5, 14, 21, 33 und 34 des Cahiers von Nîmes, die sich auf die wirtschaftliche Freiheit und die Gerichtsreform beziehen, finden sich in ähnlicher Form im Cahier des dritten

65. Bibl. du prot. franç., Coll. Coquerel 329. t. 29. fol. 133 ff.

66. s. cah. de la ville de Nîmes, Art. 19.

67. Ebd. Art. 42 u. 18.

Standes der *Sénéchaussée* und im Manuskript Rabaut Saint-Etiennes.

Das *Cahier* fordert eine durchgreifende Reformierung des alten Staats: Überleitung des Absolutismus in den Konstitutionalismus, des Willkürregiments in die Herrschaft der in Übereinstimmung von Volk und König erlassenen Gesetze. Die Abgeordneten sollen gemeinsam mit dem Monarchen nach Mitteln suchen, Frankreich gute Gesetze und eine gute Verfassung zu geben, Einrichtungen, durch die das Glück der Nation gesichert werden soll. Aufgabe der Gesetze ist es, allen unter dem Schutz und der Wachsamkeit des Monarchen stehenden Bürgern ihre Güter zu erhalten. „Die Abgeordneten dürfen nie aus den Augen verlieren, daß die Gesetze den Menschen die Freiheit des Handelns, der Rede, des Denkens, ihr Eigentum, ihr Leben, ihre Ehre, die Ruhe und die Sicherheit verbürgen müssen, und daß der Gipfel der Vollkommenheit der Gesetze ist, den Menschen, die ihnen unterworfen sind, die größte Summe des möglichen Glücks zu verschaffen.“ Gute Gesetze können aber nur entstehen, wenn sie aus der Erfahrung aller fließen. Daher sollen in Zukunft die Gesetze von der in den Generalständen vertretenen Nation bewilligt werden, woraus der periodische Zusammentritt der Generalstände in kurzen und bestimmten Zeitabschnitten folgt und tatsächlich auch verlangt wird. Die in den Zwischenzeiten erlassenen Gesetze haben nur provisorischen und lokalen Charakter, sie müssen den Provinzialständen und den Gerichtshöfen zugeleitet werden, die das Recht der Vorstellung über den Inhalt der Gesetze beim König haben, ohne daß jedoch diese Vorstellung die Veröffentlichung dieser Gesetze hindern könnte. Sie bedürfen aber nachher der ausdrücklichen Bestätigung durch die Generalstände.

Ganz im Gegensatz zu der Regierung sieht also das *Cahier* den Zweck der Generalstände nicht in einigen Reformen oder in der Regelung der Finanzfrage. „Es wäre eine Illusion, sich mit der Heilung der Mißbräuche zu beschäftigen, ohne an ihre Quelle zu gehen und dafür zu sorgen, daß die Nation nicht von neuem der alten Gefahr ausgesetzt wird. Die Verfassung und die Gesetze müssen folglich der erste Gegenstand sein, mit

dem sich die Nationalversammlung beschäftigt.“⁶⁸ Da produktive Arbeit der Versammlung in der alten Form unmöglich sei, müsse von Anfang an gemeinsam beraten und nach Köpfen abgestimmt werden.

Die alten Formen sind nach Rabaut unter den vorherrschenden Umständen von Grund aus zu verwerfen. „Es ist unumgänglich notwendig, das Prinzip der Formation, die Zusammensetzung und Organisation der Generalstände aus den Rechten der Menschen, den Interessen der einzelnen und dem Glück aller abzuleiten, derart, daß die Art und Weise der Vertretung der Untertanen frei ist und aus der Wahl hervorgeht, die für alle Bürger, für alle Gegenden des Königreichs und alle der Herrschaft des Königs unterworfenen Länder einheitlich ist.“ Das neue Stimmverhältnis scheint ungenügend. Wenn man in Betracht zieht, daß die ersten Stände kaum den hundertsten Teil der Nation ausmachen, „entspricht es der öffentlichen Billigkeit, der Natur der Dinge selbst, dem dritten Stand, d. h. der Nation, eine Zahl von Vertretern zu gewähren, die der Zahl der Individuen dieses Standes, der Summe seiner Kontributionen, der Bedeutung der Dienste, die er der Nation, d. h. sich selbst erweist und dem Einfluß, den die ersten Stände natürlicherweise auf den dritten Stand ausüben, mehr gemäß ist.“⁶⁹

Die Form der Berufung der Generalstände nach Bailliages und Sénéchaussées wird für die Zukunft abgelehnt und eine Berufung auf Grund einer Einteilung in Distrikte gefordert, die zugleich einen einheitlichen und konstitutionellen Teil des Verwaltungssystems, d. h. der Provinzialstände, bilden solle. Dies würde eine bessere Auslese der Abgeordneten gewährleisten. Von der Vertretung des dritten Standes sollen alle Personen ausgeschlossen sein, deren Interesse sich nicht mit dem Gemeininteresse des Standes deckt und die folglich parteiisch wären. Es sollen daher nicht wählen dürfen noch wählbar sein: die Agenten des Fiskus, die Vertreter der königlichen Autorität, die Beamten und Agenten der weltlichen und geistlichen Seigneurs, sowie alle Personen, deren Lage oder Beruf sie der Parteilich-

68. Art. 6, Kap. I, s. bes. Kap. I—III des Cahier, in Bligny-Bondurand, a. a. O. Bd. II.

69. Art. 2 Kap. II.

keit und einer den Prinzipien der Freiheit schädlichen Stellungnahme verdächtigt.⁷⁰ Interessant ist Artikel 5 des zweiten Kapitels: „Die Provinzialstände, die Diözesen- oder Distriktversammlungen und die Munizipalitäten sind häusliche Verwaltungen. Die Familie hat das Recht, ihre Verwaltungsbeamten zu wählen, und diese schulden nur der Familie Rechenschaft über die Verwaltung. Daraus folgt, daß weder ein Gerichtshof noch irgend ein Seigneur Einfluß auf die Wahl der Mitglieder jener Versammlungen ausüben darf, noch in Streitigkeiten, die bei der Wahl oder über die Rechenschaftsablegung entstehen könnten, irgendwie kompetent ist. Die Rechnungen der Gemeinden müssen den Distriktversammlungen zugehen; diese sind den Provinzialständen dafür verantwortlich, und die Verwaltungsbeamten der Provinz müssen einer aus Mitgliedern der drei Stände zu diesem Zweck gewählten Kommission Rechenschaft ablegen.“ — Die Provinzialstände und Munizipalversammlungen sollen nach dem Muster der zukünftigen Generalstände organisiert werden, damit ein gleichförmiges und politisch einheitliches System Frankreich überziehe. Die Provinzialstände nehmen in gewisser Beziehung auch die Stellung ein, die bisher die Parlamente inne hatten. Die vom König beantragten und von den Generalständen frei gebilligten Gesetze sollen in die Register der Provinzialstände bzw. der neuen Provinzialversammlungen eingetragen werden, um als Richtlinien im öffentlichen Leben und in der Verwaltung zu dienen. Gegen Gesetze, die von den Generalständen gebilligt sind, gibt es kein Vorstellungsrecht der Parlamente. Die Provinzialstände haben deshalb kein Recht, die Veröffentlichung oder Ausführung eines solchen Gesetzes durch irgend eine Maßnahme zu verzögern oder gar zu hintertreiben. Die bestehenden Provinzialstände von Languedoc werden als unkonstitutionell abgelehnt, den Abgeordneten wird zur Pflicht gemacht, den „allgemeinen und wiederholten Reklamationen entsprechend“ mit allen Mitteln ihre Unterdrückung durchzusetzen, und es wird ihnen verboten, Steuern zu bewilligen, bevor die alten Stände nicht unterdrückt sein werden.⁷¹

70. Art. 3 Kap. II.

71. Ebd.

Von den Forderungen der andern Kapitel seien nur die wichtigsten in Kürze erwähnt. Auf dem Gebiet der Rechtspflege wird verlangt: ein bürgerliches Gesetzbuch und ein neues Strafgesetz, Abschaffung der Ämterkäufllichkeit, Verminderung der gerichtlichen Instanzen auf zwei, erleichterter Zugang zu den Gerichten, Friedensgerichte, Unterdrückung der seigneurialen Gerichtsbarkeit und aller Ausnahmegerichte, gleiche Strafen für alle Stände, kein Vorrecht irgend eines Standes auf einen Beruf. — Das Kapitel „Freiheit“ bildet eine Ergänzung zu dem Kapitel „Über die Verfassung“. Neben der Freiheit der Person, der Denk-, Presse- und Religionsfreiheit, der Vervollständigung des Edikts von 1787, Abschaffung aller exklusiven Privilegien und der lettres de cachet wird die volle Freiheit auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens gefordert. Den Mitteln zur Hebung der Landwirtschaft, der Linderung der drückenden Lage der Landbevölkerung und der Abschaffung der Feudalrechte ist ein besonderes Kapitel von 24 Artikeln gewidmet. Forderungen des folgenden Kapitels über nützliche Einrichtungen und Reformen spielen ebenfalls noch auf dieses Gebiet herüber. Es werden da ferner gefordert: Erhöhung der *portion congrue* der Curés, Maßnahmen zur Beschränkung der Bettelei, Abschaffung oder Verminderung der Annaten, Errichtung von Kirchen in Gemeinden, die weit vom Kirchensitz entfernt liegen, und zwar auf Kosten der Zehntherrn, weiter die Verminderung der staatlichen Pensionen und Veröffentlichung der Liste der Pensionäre des Königs und des Staates, Zulassung aller Personen zu allen militärischen Graden und Orden, und Auszeichnungen für die einzelnen Berufe, für den Fall, daß die Prärogative der Stände erhalten bleiben. Die Forderungen des letzten Kapitels „Über die Steuern“ bewegen sich ganz in der bekannten Linie. Steuern dürfen nur noch erhoben werden, wenn sie von der Nation bewilligt sind, Anleihen nur noch mit Zustimmung der Generalstände gemacht werden und nur für die Dauer von einer Nationalversammlung bis zur anderen. Die Staatsschuld soll von den Generalständen verifiziert und als Nationalschuld erklärt werden. Alle Staatsbürger sollen ohne Ansehen des Standes in gleicher Weise und im Verhältnis des Einkommens oder des Besitzes besteuert werden. Den General-

ständen wird das Recht zugeschrieben, die Steuerquote für die einzelnen Provinzen festzusetzen; die Verteilung der Steuern in den Provinzen selbst soll aber in den Händen der Provinzialorgane liegen. Jedes Jahr und besonders beim Auseinandergehen der Generalstände soll ein Rechenschaftsbericht vorgelegt und veröffentlicht werden. Für die Provinzialstände wird dieselbe Vorschrift verlangt, damit das Beispiel des „unsterblichen Ministers“ in Zukunft zum nationalen Gesetz werde.

Dem Cahier folgt die den Abgeordneten erteilte Vollmacht. Sie wurde in der von Rabaut ausgearbeiteten Fassung übernommen. Ihr Inhalt ist charakteristisch für seine damalige Ansicht über die Stellung des Abgeordneten gegenüber seinen Mandanten. „Der dritte Stand der Sénéchaussée von Nîmes“, heißt es dort, „überläßt seinen Abgeordneten die Aufgabe, seine Wünsche zu modifizieren, wenn sie vor ihrem Gewissen und ihrer Seele glauben, daß das öffentliche Wohl es verlangt. Er anempfiehlt ihrer Ehre und ihrer Redlichkeit die Interessen eines Volkes, das bei seinem Auseinandergehen ihnen seine Rechte anvertraut. Er (der dritte Stand) gibt ihnen volle Macht, über all das Vorschläge zu machen, Anträge einzubringen, allem zuzustimmen, was die Bedürfnisse des Staates, die Reform der Mißbräuche, die Schaffung einer festen und dauerhaften Ordnung in allen Teilen der Verwaltung und die allgemeine Wohlfahrt des Königreichs betrifft“. Man könnte vielleicht hier einwenden, die Stellungnahme Rabauts zum Mandatscharakter sei bedingt durch das Reglement vom 24. Januar 1789, das den Wahlversammlungen verbot, ihren Abgeordneten imperative Mandate zu erteilen. Die gleiche Stellungnahme erhellt jedoch eindeutig aus seiner wohl im Februar 1789 erschienenen Schrift *Prenez-y garde*,⁷² die Richtlinien für alle Wahlversammlungen des dritten Standes enthält. Dort widmet er der Mandatsfrage ein besonderes Kapitel. „Der Repräsentant“, sagt er, „bringt in die Nationalversammlung eine Freiheit und einen Zwang. Die Freiheit besteht darin, daß er für seine Mandanten in allen Einzelheiten, die nicht vorausgesehen werden konnten, im Sinne

72. *Prenez-y garde*, Des pouvoirs à donner aux députés, art. 3—5.

des allgemeinen Prinzips beschließen kann. Der Zwang besteht darin, daß er sich an das allgemeine Prinzip halten muß, das festzulegen das Recht derjenigen ist, die ihn beauftragen“. „Die Wähler, die Gemeinden und die Bailliages mögen sich also peinlich hüten, ihren Abgeordneten beschränkte Vollmachten zu geben, die sie hindern würden, in irgendeiner Frage zuzustimmen; das würde die Versammlung der Generalstände zwecklos machen. Die Wähler tun gut, ihren Vollmachten Instruktionen beizufügen, mit der Erlaubnis, der Abgeordnete dürfe von bestimmten Punkten der Vollmacht abweichen, wenn das öffentliche Wohl es verlangen sollte ... Die Abgeordneten müssen so frei sein, wie es die sind, die sie schicken; denn sie nehmen ihren Platz ein“. Aus diesem Grunde fügt er aber den dringenden Rat hinzu, bei der Wahl der Abgeordneten mit größter Strenge zu verfahren und nur solche Leute zu wählen, die das unbedingte Vertrauen der Wählerschaft besitzen.

Dem Repräsentativprinzip ist Rabaut auch in der Folgezeit treu geblieben, als die Ereignisse des Sommers 1789 eine ganz veränderte Sachlage schufen, und als die Volkssouveränität den Sieg davongetragen hatte. Dann aber suchte er nach einer Aussöhnung mit der Lehre Rousseaus, indem er dem Volk eine Art Referendum eingeräumt wissen wollte, das ihm die oberste schiedsrichterliche Gewalt über die Entschließungen seiner Vertreter gewähre, um die *Volonté générale* stets zum ausschlaggebenden Faktor zu machen.

Es werden sich wenige Cahiers finden, deren Forderungen weitergehend sind als die des Cahiers des dritten Standes der *Sénéchaussée* von Nîmes. Wenn diese Forderungen auch angesichts der herrschenden Staatsform ziemlich radikal waren, so folgte aus ihnen doch noch nicht die Notwendigkeit eines Vernichtungskampfes zwischen dem dritten Stande und der Regierung; denn auch sie war ernstlichen Reformen nicht abgeneigt, auch sie litt unter der Herrschaft der oberen Stände und mußte nach Erweiterung ihrer Machtbasis streben. Die Möglichkeit hierzu bot das Bündnisangebot des dritten Standes, seine Begeisterung für den König und sein Wille, sich für ihn gegen die oberen Stände einzusetzen. Ein schöpferischer Staatsmann hätte versucht, eine Synthese herzustellen zwischen den retar-

dierenden und den mit stolzem Selbstbewußtsein vorwärts drängenden Kräften, hätte versucht, das Bündnis zwischen Volk und König zu verwirklichen, die Machtmittel der Monarchie einzusetzen für die Gewinnung der revolutionären, aber überwiegend von reinem nationalen Willen beseelten Kräfte des dritten Standes, der sich bereits als die Nation bezeichnete. Das Verhängnis der Regierung war, daß sie einen solchen Staatsmann nicht hatte. Auch der vom Hof beherrschte König verkannte die Lage vollständig. Der königliche Erlaß vom 27. Dezember 1788 gewährte zwar dem dritten Stande eine doppelte Anzahl von Vertretern, um ein Gegengewicht gegen die Anmaßungen der oberen Stände zu haben. Er gab jedoch dieses Zugeständnis erst zu einer Zeit, als es durch die Forderung der öffentlichen Meinung längst überholt war, denn diese war sich schnell darüber klar, daß eine Verdoppelung der Vertreter des dritten Standes nur einen Sinn habe, wenn auch die allgemeine Form der Beratung geändert, d. h. nach Köpfen abgestimmt werde. Auch die Frage der Kompetenzen der Generalstände wurde nicht entschieden. Necker deutete zwar seine eigenen Verfassungswünsche an, wagte sie jedoch nicht zu dekretieren, weil er in Rücksicht auf seine Finanztechnik einen Konflikt mit den ersten Ständen vermeiden wollte.⁷³ Der Hof selbst wollte den zukünftigen Generalständen keine andere Stellung einräumen als den Generalständen von 1614. Sie sollten eine beratende Körperschaft bleiben, an deren Beschlüsse die Regierung sich nicht weiter zu binden brauche, als sie es für gut fände. Deren ganzes Verhalten war nicht nur schwankend und ziellos, sondern widerspruchsvoll. Sie dachte in den alten Formen und stellte doch ihre Rechtsgültigkeit in Frage, indem sie diese der Öffentlichkeit zur Debatte stellte. Wie diese den ganzen Fragenkomplex beantworten würde, war nach der Einrichtung der Provinzialversammlungen von 1787 und vollends nach der Wiederherstellung der Stände in der Dauphiné durch den Erlaß vom 22. Oktober nicht zweifelhaft. Der unfähige Necker be-

73. Für die Motive der Politik Neckers und ihre Wertung s. O. Becker, Die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn der großen Revolution, Berlin 1909 Hist. Studien 86, Kap. 5.

schränkte sich im Interesse seiner Finanzpolitik auf die Rolle des unparteiischen Vermittlers und überließ es dem dritten Stande, eine Änderung des Abstimmungsmodus zu erzwingen. Da die Regierung kein festes Programm hatte, fiel den Ständen die Aufgabe zu, ein solches selbständig aufzustellen. Dabei formte sich die Bewegung und zeichneten sich die Gegensätze ab. So wälzte sich die Revolution heran wie ein unaufhaltsamer Sturzbach. Die Wahlbewegung und die Cahierabfassung waren das Vorspiel zu dem gewaltigen Drama, das nun begann. Tragisch ist, daß die Revolution des dritten Standes, als deren Seele anfangs der König betrachtet wurde, und die sich für ihn und die Rechte der Nation erhob, durch das Ungeschick der Regierung in Bahnen einmündete, die zum Sturz des Königtums führen sollten.

Viertes Kapitel.

Der Redner.

Seine Mission in dem Geiste zu erfüllen, für den er während der Wahlbewegung gekämpft hatte, brach Rabaut Saint-Etienne am 10. April 1789 mit seiner Frau von Nîmes auf, um sich nach Versailles, dem Ort des Zusammentritts der Generalstände, zu begeben. Sicherheitshalber schien es geboten, nicht den direkten Weg zu nehmen. Sie reisten daher über Bordeaux, Tours, Poitiers, Orléans und kamen am 23. April in Versailles an.¹

Seine ersten Eindrücke dort und den Verlauf der Eröffnungssitzung schildert Rabaut in einem ausführlichen Brief, in dem eine gewisse Bewunderung für den König zum Ausdruck kommt. Aber auch Verletztheit über die Zurücksetzung der Abgeordneten des dritten Standes beim Zeremoniell klingt darin an. Von den Reden machte nur die des Königs Eindruck auf ihn. Er schreibt darüber: „Der König hielt eine feine, zu Herzen gehende Rede, die von wiederholten Rufen „Es lebe der König“ unterbrochen wurde. Der Großsiegelbewahrer verlas eine „unerhörte“ Rede; sie wurde, wie man sagt, von niemanden angehört, und Necker las oder ließ eine Rede verlesen, die drei Stunden dauerte.“²

Gleich die erste Frage, die zu lösen war, führte den Konflikt herauf. Der Adel und die Geistlichkeit wollten getrennte Beratung und daher auch, um keinen Präzedenzfall zu schaffen,

1. Une lettre inédite de Rabaut Saint-Etienne sur son voyage à Paris et l'ouverture des Etats-généraux, Bulletin 1920, S. 28; s. a. Lettres à divers, Bd. II. S. 367, lettre de Paul Rabaut à Ch. Végobre, 14 avril 1789. vgl. manus. 368.

2. Ebd. (Une lettre inédite).

getrennte Anerkennungen der Vollmachten. „Da man jedoch“, so berichtet Rabaut, „die Sitzungen nicht eröffnen kann, ohne die Vollmachten verifiziert zu haben, und die Vollmachten gemeinsam von den drei Ständen verifiziert werden müssen, luden am 7. Mai einige Mitglieder des dritten Standes den Klerus und den Adel ein, sich mit dem dritten Stande im Nationalsaal zu vereinigen, um die Vollmachten zu beglaubigen. Diese Aufforderung erwiderte der Klerus mit dem Vorschlag, Kommissare für die Vereinigung der Stände zu ernennen. Vom Adel war nur ein Ausschuß versammelt, der den Bescheid gab, er werde seinem Stande ... Bericht erstatten ... Diese Stagnation kann lange dauern; ihre Dauer hängt von der Geneigtheit irgendeines Standes ab, nachzugeben. Man glaubt, daß der Klerus den Anfang machen wird, weil die Curés sehr wohl anderer Meinung sein könnten als die Bischöfe; der Adel, der viel Überheblichkeit zur Schau trägt, wird der Vereinigung feindlich sein. Der dritte Stand wird aber nicht weniger hartnäckig sein, und da schließlich doch jemand nachgeben muß, warten wir ab, wie das alles endigen wird. Aber vertrauen Sie auf den Mut Ihrer Verteidiger“.³ Unter diesen Verteidigern ragte Rabaut in der Folgezeit besonders hervor. Seine Stellung zu der Form der Beglaubigung der Vollmachten stand bereits vor der Revolution fest: die Stände dürfen keinen einzigen Akt getrennt vornehmen, bevor sie sich nicht mit gegenseitiger Übereinstimmung konstituiert haben. Rabaut weist in seiner Geschichte der Revolution darauf hin, daß der König den ganzen Streit wohl hätte vermeiden können, wenn er von den Ständen die Verifikation der Vollmachten in seiner Gegenwart verlangt hätte, dann aber hätte der Streit eben etwas später begonnen und nicht weniger heftig. Die Trennung der Kammern wäre dann zur Streitfrage geworden, und auch sie wäre durch den Sieg des dritten Standes entschieden worden. Dieser hätte sich zu jener Zeit faktisch auf keinen Fall mehr mit nur einem Drittel der Stimmen zufrieden gegeben, da er so in den ihn interessierenden Fragen niemals die Majorität erlangt haben würde.⁴

3. Ebd.

4. Précis de l'histoire de la Révol. franç., Œuvres I, S. 295.

In dem Streit um die Beglaubigung der Vollmachten war es Rabaut Saint-Etienne, dessen Ansicht den Ausschlag für das Verhalten des dritten Standes gab. Am 13. Mai stellte er den Antrag, Kommissare zu ernennen, die sich mit denen des Klerus und des Adels über den Zusammentritt der Abgeordneten der drei Stände im Eröffnungssaal verständigen sollten, damit die Grundsätze der Abstimmung nach Köpfen und die Unteilbarkeit der Generalstände festgelegt würden. Der Gedanke, Kommissare zu ernennen, um eine Einigung herbeizuführen, war in der Versammlung des Klerus vom 7. Mai bereits angeregt worden, und Rabaut brachte seinen Vorschlag erst ein, nachdem Gobel, der Bischof von Lydda, im Auftrag des Klerus den dritten Stand eingeladen hatte, ebenfalls Kommissare zu ernennen.⁵ Der Antrag Rabaut Saint-Etannes wurde aber zunächst von dem impulsiven Abgeordneten Chapelier heftig bekämpft, der den Gegenantrag stellte, man solle die Abgeordneten der beiden ersten Stände ultimativ auffordern, sich zur gemeinsamen Sitzung einzufinden, und den Beschluß fassen, nur die Abgeordneten als gesetzlich anzuerkennen, deren Vollmachten von einer in der gemeinsamen Versammlung der drei Stände ernannten Kommission geprüft worden seien.⁶ Gegen diesen Standpunkt wandte sich Rabaut Saint-Etienne mit seiner „ganzen Beredsamkeit, seiner ganzen Vernunft und seinem ganzen Gefühl“,⁷ um eine übereilte Entschließung zu verhindern. Er, „der sich durch seine Reden und durch seine friedliche Gesinnung bereits ausgezeichnet hatte“,⁸ wollte alle Mittel erschöpfen, um die Einigung der Stände in der Verifikationsfrage auf gütlichem Wege zustande zu bringen. Im Prinzip wurde er auch von Malouet, Target und selbst von Mirabeau unterstützt. Er vertrat den Standpunkt, daß es taktisch richtiger sei, den Adel vor aller Augen ins Unrecht zu setzen und die Entscheidung über eine Frage, in der die überwiegende Mehrheit der Nation auf Seiten

5. Arch. parl. Bd. 8, S. 36.

6. Ebd.

7. Journal d'Andrien Duquesnoy, pub. p. R. de Crèvecœur, Paris 1894, Bd. I. S. 19.

8. Doc. inédits, relation des événements depuis le 6 mai jusqu'au 15 juillet 1789, Rév. franç. 1892, Bd. 23 u. 24, S. 365.

des dritten Standes stand, nicht zu überstürzen. Der Widerstand des Adels rechtfertige den dritten Stand gegen den Vorwurf der Untätigkeit, die sich zum Schaden des Staates auswirke, und der Adel bringe sich damit selbst in eine immer gefährlicher werdende Stellung. Daher bezeichnete er seinen Antrag als den zur Zeit allein angebrachten. Die Vereinigung der Stände müsse unter allen Umständen herbeigeführt werden. „Sie ist von so großer Bedeutung für uns, für die Nation, daß wir in unseren Schritten alles vermeiden müssen, was uns der Unvorsichtigkeit, der Unüberlegtheit und der Überstürzung beschuldigen könnte. Zweifellos müssen wir allein marschieren, wenn die andern die Vorschläge ablehnen, die wir ihnen machen werden, und wenn die Privilegierten, unsern patriotischen Einladungen unzugänglich, die bereits entschiedene Frage zur Debatte stellen. Aber welche Nachteile kann es haben, zu konferieren, schlecht begründete Zweifel zu zerstreuen, Einwänden zuvorzukommen, um sie zunichte zu machen und die Phantome der Einbildung zu verscheuchen“.⁹ Die Abgeordneten des dritten Standes mußten vor allem bemüht sein, sich ihre Stütze in der öffentlichen Meinung zu erhalten. „In 8 Tagen werden wir noch genau so wie heute in der Lage sein, dem Antrag Chapeliers in gebührender Weise stattzugeben. Unsere Prinzipien, unsere Festigkeit und unser Patriotismus werden sich inzwischen nicht ändern. Verstärkt durch die Deputationen der Hauptstadt werden wir uns in 8 Tagen nicht mehr dem Vorwurf aussetzen, einen unendlich wichtigen Beschluß gefaßt zu haben, ohne die Zustimmung eines ebenso beträchtlichen wie kostbaren Teils unserer Mitbürger zu besitzen.“¹⁰

Die Mehrzahl der Abgeordneten war für die Ansicht Rabaut Saint-Etiennes, obwohl bereits aus der ganzen Sachlage klar hervorging, daß die Versöhnung von Tag zu Tag schwerer werden würde, wenn sie überhaupt nicht jetzt schon unmöglich war.¹¹ Die Eindringlichkeit und Beredsamkeit, mit der Rabaut seinen

9. Arch. parl. Bd. 8, S. 39; vgl. Procès-verbal, 15. Mai u. Journal des Etats-généraux, Bd. I, 16. u. 17. Mai.

10. Ebd.

11. Journal d'Andrien Duquesnoy, 18. Mai.

Antrag den Andersgesinnten wiederholt entgegenstellte, bewirkte, daß er mit einigen kleinen Änderungen in der Sitzung vom 18. Mai angenommen wurde.¹² Am 19. Mai wurden 16 Versöhnungskommissare ernannt, die mit den Kommissaren der andern Stände in Fühlung treten sollten. Als erster Kommissar ging Rabaut Saint-Etienne aus der Wahl hervor; er hatte 458 Stimmen auf sich vereinigt. Ihm folgte Target mit 434 und dann Mounier mit 406 Stimmen. Dupont, Chapelier, Bergasse, Barnave, die ebenfalls der Kommission angehörten, vereinigten alle weniger Stimmen auf sich.¹³

Rabaut Saint-Etienne war es, der den Bericht über die Verhandlungen mit den andern Ständen in der Sitzung vom 26. Mai erstattete und zwar, wie ein Abgeordneter berichtet, „mit einer wunderbaren Einfachheit, die eine große Beredsamkeit ausdrückte“.¹⁴ Nach ihm sprachen zu demselben Gegenstand noch Target und Mounier.¹⁵ Die Verhandlungen wurden fortgesetzt; Rabaut Saint-Etienne, Target und Sieys redeten selbst noch der Versöhnung das Wort, als der Adel am 27. Mai den Bescheid gab, daß er sich weigere, die Vollmachten gemeinsam zu beglaubigen, eine Mitteilung, die Zornesausrüche in der Versammlung des dritten Standes auslöste. Mirabeau, der schon früher eine Zwischenstellung zwischen Rabaut Saint-Etienne und Chapelier eingenommen hatte, wollte, man solle dem Adel nicht weiter entgegenkommen, den Klerus aber durch eine besondere Deputation zur Vereinigung mit dem dritten Stande auffordern. Ein greifbares Ergebnis wurde auch durch die Fühlungnahme mit dem Klerus am 27. Mai nicht erreicht, ein Schritt des Königs kam dazwischen. Vom aristokratischen Teil des Klerus bewogen brachte er in einem an die Stände gerichteten Schreiben den Wunsch zum Ausdruck, die Kommissare der drei Stände möchten ihre Besprechungen in Gegenwart des Großsiegelbewahrers und anderer von ihm Beauftragten wieder aufnehmen.

12. s. Gaultier de Biauzat, *Correspondance*, pub. p. F. Mège. Paris 1890, Bd. II, S. 67.

13. Ebd. S. 71, Procès-verbal, u. Doc. inédits, zit. No. 14.

14. Gaultier de Biauzat, *Correspondence*, Bd. II, S. 84.

15. Ebd., u. doc. inédits, No. 20, u. a. „Ces Mrs. ont parlé successive-ment; celui qui a été le plus goûté est Mr. Rabaut Saint-Etienne“.

Die Anregung des Königs führte jedoch auch zu nichts. Die Sitzung der Kommissare fand am 30. Mai statt, und Rabaut Saint-Etienne berichtete am folgenden Tage der Versammlung des dritten Standes über ihren negativen Ausgang. Der Adel hatte sich endgültig geweigert von den alten Formen abzuweichen.¹⁶ Nun fand die von Rabaut vertretene Politik ihre Rechtfertigung. Der Adel konnte infolge seiner Unnachgiebigkeit für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht werden. Die oberen Stände hatten gezeigt, daß sie stets eine vom Volk gesonderte Klasse zu bleiben gewillt waren und daß ihre Obstruktion die Versammlung völlig lahmlegte. Damit gaben sie dem dritten Stand die Möglichkeit, den Knoten gewaltsam zu lösen und seinen revolutionären Schritt durch das Verhalten jener zu rechtfertigen. Sieys gab den Anstoß, Mirabeau und Rabaut Saint-Etienne unterstützten ihn. Am 15. Juni beantragte Sieys unter Bezugnahme auf die augenblickliche Lage der Dinge, die Versammlung solle sich konstituieren und sich durch den Widerstand der oberen Stände nicht länger aufhalten lassen. Kein Veto, keine negative Gewalt könne sich zwischen den König und das Volk stellen. Für die Versammlung schlug er den Namen vor: *Assemblée des représentants connus et vérifiés de la nation française*. Im Anschluß an eine Rede Mirabeaus und auf ihr fußend machte Rabaut Saint-Etienne in derselben Sitzung folgende Vorschläge. Die Versammlung solle sich konstituieren und zwar unter dem langatmigen Namen: *Assemblée des représentants du peuple de France, vérifiés par les co-députés, autorisés par leurs commettants à s'occuper de leurs intérêts et aptes à exécuter les mandats dont ils sont chargés*. Ferner sollte die Nichtigkeit der getrennt verifizierten Vollmachten ausgesprochen und erklärt werden, daß die Abwesenheit der Abgeordneten, deren Vollmachten getrennt verifiziert worden seien, das Handeln der anderen nicht aufhalten könne, weil außer dem König niemand ein Veto habe. Weiter verlangte Rabaut, die Versammlung solle die Aufhebung der bestehenden Steuern beschließen,

16. s. Journal d'Andrien Duquesnoy u. Arch. parl. Zum Vorhergehenden vgl. a. O. Becker, Verfassungspolitik d. franz. Reg. zit. S. 111 ff. u. A. Stern, das Leben Mirabeaus, Berlin 1889, Bd. II. S. 10.

weil sie ohne Zustimmung der Nation eingeführt seien, zugleich aber sie für die Dauer der gegenwärtigen Generalstände von neuem bewilligen; für den Fall, daß die Generalstände aufgelöst würden, ohne sie vorher aus freien Stücken bewilligt zu haben, sollten sie als ungesetzlich erklärt und als ungültig angesehen werden. Endlich sollten die Generalstände beschließen, sich nach Fertigstellung der Verfassung mit der Anerkennung und Festsetzung der Staatsschuld zu befassen.¹⁷

Nur 2 Tage dauerte es, bis die Versammlung diese Gedanken sich zu eigen machte. In erweiterter Form kehren sie in der berühmten, von Target und Chapelier abgefaßten Erklärung vom 17. Juni wieder, nachdem die Versammlung sich als *Assemblée nationale* konstituiert hatte.¹⁸ Diesen entscheidenden Schritt, der eine neue Phase der Revolution einleitete, schildert Rabaut Saint-Etienne mit den einfachen Sätzen: „Aber eine lange Diskussion hatte sich entsponnen; aus ihr entsprang eine so große Erleuchtung und eine so große Energie, daß fast alle Abgeordneten sich in einer Meinung zusammenfanden. Es war am 17. Juni 1789, als die Abgeordneten der Kommunen, inmitten eines gewaltigen Zustroms von Zuschauern aus Paris und vom Hofe sich als *Assemblée nationale* konstituierten. Der Saal ertönte von Rufen „Es lebe der König und die Nationalversammlung“. Über das denkwürdige Ereignis vom 20. Juni berichtet er: „Als die Abgeordneten sich unter großer Stille erhoben, den Schwur zu leisten, in Treue und mit Eifer die ihnen übertragene Aufgabe auszuführen, bemächtigte sich Rührung und Begeisterung aller Anwesenden. Jeder fühlte, daß die Nation wieder zu ihrer wirklichen Höhe emporgestiegen sei“.¹⁹

Der Maler David stellte die ergreifende Szene dieses Schwurs im Ballhause dar. Um die Einheit des dritten Standes und die Aussöhnung der ehemals feindlichen Religionen zum Ausdruck zu bringen, stellte er die Abgeordneten Rabaut Saint-Etienne, den Abbé Grégoire und den Kartäusermönch Gerle in den Vordergrund des Bildes.

Mit dem 17. Juni 1789, d. h. mit dem Sieg der Volkssouveränität, der am 27. Juni durch die Kapitulation des Hofes be-

17. Arch. parl. Bd. 8, S. 113.

18. Ebd. S. 128 f.; s. a. O. Becker, zit. S. 116/17.

19. *Précis de l'histoire de la Révol. franç.* Œuvres I. S. 297.

stätigt wurde, war der vorrevolutionäre Traum Rabaut Saint-Etiennes in mehr als einer Beziehung erfüllt. Solange es die Verwirklichung der Ziele galt, die er herausgestellt hatte, kämpfte er in vorderster Linie, war er sogar führend. Das Problem hatte sich so gestellt, wie er es in seiner letzten großen Schrift gesehen und umrissen hatte. Nun trat er zwar nicht von der politischen Bühne ab, aber die Rolle des tonangebenden politischen Redners gab er bald auf und wurde immer mehr zum Theoretiker der Revolution. Im Grunde zu wenig Politiker, zu wenig robust und bedenkenlos, Gewalttätigkeiten verabscheuend, vermochte er dem Laufe der Revolution wohl zu folgen, nicht aber ihre großen Ereignisse fernerhin entscheidend zu beeinflussen. Dies gilt besonders für das zweite und dritte Revolutionsjahr. Im ersten Jahr dagegen konnte er noch maßgebend in Erscheinung treten, besonders in den stürmischen Verfassungsdiskussionen, die im August und September die Nationalversammlung beschäftigten. Sein Schicksal hat in dieser Beziehung viel Ähnlichkeit mit dem eines Sieys. Über Rabaut sagt eine journalistische Charakteristik aus dem Jahre 1792: „Im Anfang der Revolution wollte sich Rabaut hervortun und das gelang ihm auch; einige wohl vorbereitete, gut gefeilte Reden brachten ihm Erfolg. Aber sobald sich die Männer von großen Talenten zeigten, schwieg Rabaut Saint-Etienne“.²⁰ Seine Rednergabe war wohl groß, und die Gabe der Improvisation stand ihm zur Verfügung, aber er konnte doch nie die rednerische Höhe eines Mirabeau oder eines Barnave erklimmen. Zu Anfang der Revolution freilich war sein Einfluß weit größer als der Mirabeaus. Es wird erzählt, die Bewunderer Rabaut Saint-Etiennes hätten Mirabeau spottweise einen Mi-Rabaut genannt. Als nämlich Mirabeau eines Tages mit viel Wucht, Anmaßung und Begeisterung redete, riefen ihm einige Abgeordnete zu: „Machen Sie doch nicht so viel Geschrei, hören Sie lieber zu, Sie glauben ein einzigartiger Mann zu sein, und sind nur ein demi-Rabaut“.²¹ Dieses Urteil traf nicht zu. Rabaut war wohl ein klarer und logischer Kopf, aber im Grunde nicht sehr

20. Le véritable portrait de nos législateurs S. 150.

21. Lods, Essai zit. S. 10 (Lettre de Sabatier à M. Privat, 14 juillet 1789).

originell, jedenfalls lange nicht in dem Grade wie Mirabeau. Er besaß hingegen in starkem Maße die Fähigkeit, aus fremdem Gedankengut das Wesentliche zu erfassen und es zu einer klaren, kurzen Formel zu vereinigen. Selten sieht man ihn zu einem Problem Stellung nehmen, das unvermutet auftauchte; für die Bildung seiner Ideen verlangte er Zeit, hatte er sie aber entwickelt, so stellten sie sich dar als ein einheitliches, durchdachtes und logisches Gebilde. Daher mußte er die Führerrolle an rascher denkende Köpfe abtreten, als die Revolution Wege einschlug und Probleme sich stellten, die er nicht vorausgesehen hatte. Er blieb jedoch ein guter Rapporteur²² und verbrachte als gewissenhafter Mitarbeiter sein Leben in den Jahren 1790 und 1791 größtenteils in den Ausschüssen der Versammlung, immer mit der Ausgestaltung und Organisation des neuen Frankreich beschäftigt. „Um 9 Uhr morgens gehe ich in die Versammlung und komme um 11 Uhr (abends) nach Hause; das ist der normale Gang meines mit Diskussionen und endlosen Schreibereien ausgefüllten Lebens“, schreibt er an einen Freund.²³

Als die Nationalversammlung am 6. Juli 1789 die Einsetzung eines Verfassungsausschusses beschloß, zu dem jedes der 30 Büros, in die sich die Versammlung damals teilte, einen Vertreter stellte, wurde Rabaut vom 7. Büro hineingewählt. In diesem Ausschuß saß er in der ersten Zeit neben Mounier, Pétion, Fréteau, Clermont-Tonnerre, Bergasse, Lally-Tolendal, A. Lameth und half mit, die Grundlage der neuen Verfassung zu legen, deren Ausarbeitung dem Ausschuß übertragen war. Fast während der ganzen Zeit der Konstituante gehörte er dem Verfassungsausschuß an und war zeitweise auch Mitglied anderer Ausschüsse. Dies allein zeigt schon, daß er ein hervorragendes und einflußreiches Mitglied der Versammlung, einer ihrer Haupttheoretiker blieb. Oft trat er in den Jahren 1789 bis 1791 im

22. Aulard, *Les orateurs de la Révolution* (l'assemblée constituante. Paris 1905, S. 431—38).

23. Lettre au pasteur Bruguière, 27 août 1791, S. Rouvière, *quatre lettres inédites de Rabaut St.-Etienne* (Bulletin 1885 S. 214 ff.) vgl. Rabaut St.-Etienne, sa correspondance pendant la Révolution p. A. Lods (Révol. franç. 1898 t. 35).

Auftrag des Ausschusses vor die Versammlung, um das Wort zum Vortrag über die verschiedensten Fragen der Verfassung und der inneren Organisation Frankreichs zu ergreifen.

Von den Reden, die Rabaut Saint-Etienne als Abgeordneter außerhalb der Ausschüsse hielt, ist vor allem die vom 23. August bemerkenswert. Für ihre volle Würdigung ist ein kurzer Hinweis auf die damals zur Debatte stehenden Fragen erforderlich.

Am 12. August war ein Fünferausschuß ernannt worden mit dem Auftrage, eine Erklärung der Menschenrechte zu entwerfen. Der Entwurf enthielt über die Meinungsfreiheit folgende Bestimmung: „Niemand ist für seine Gedanken und seine Gefühle verantwortlich, und niemand ist einem anderen Rechenschaft darüber schuldig. Die Gewissen sind vollständig frei, niemand hat das Recht, einen Zwang auf sie auszuüben, und jeder darf die Religion bekennen, die er für die beste hält.“²⁴ Dieser Artikel wurde abgelehnt und durch die Artikel 16 bis 18 der Rechteerklärung ersetzt. So wenig logisch verfuhr diese Versammlung, die doch die Freiheit als heiliges Prinzip verkündete. Religionsfreiheit und bürgerliche oder politische Freiheit schienen ihr zwei ganz verschiedene Dinge zu sein. Es war zudem eine Verletzung des als unverletzlich anerkannten Grundsatzes der Gleichheit, einer Minderheit von andersdenkenden, aber gleichwertigen Bürgern das zu verweigern, was man der Majorität ohne weiteres als Recht einräumte.

In der Beratung der Versammlung über die Menschenrechte wurden am 22. August die Artikel 16, 17 und 18 behandelt, deren Inhalt die Meinungs- und Religionsfreiheit betraf.²⁵ Bereits am 21. August hatte A. Lameth unter Hinweis auf die an-

24. s. N. Weiß, les seances du 22 et 23 août 1789.

25. Die Artikel lauteten in der ursprünglichen Fassung: Art. 16. „La loi ne pouvant atteindre les délits secrets, c'est à la religion et à la morale à les suppléer. Il est donc essentiel pour le bon ordre de la société que l'un et l'autre soient libres.“ — Art. 17. „Le maintien de la religion exige un culte public. Le respect pour le culte public est donc indispensable.“ Art. 18. „Tout citoyen qui ne trouble pas le culte public ne doit point être inquiété“. — vgl. N. Weiß, les séances du 22 et 23 août 1789 (Bulletin 1889), u. B. Schickhardt, Die Erklärung der Menschen- u. Bürgerrechte von 1789—91 in den Debatten der Nationalversammlung (1931 Hist. Studien 205) S. 93 ff.

genommenen Artikel der Menschenrechte beantragt, die Versammlung möge den Nichtkatholiken Religionsfreiheit gewähren. Am folgenden Tag zog Graf von Castellane die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich, als er folgenden Zusatzantrag zu jenen Artikeln stellte: „Kein Mensch darf wegen seiner religiösen Überzeugungen belästigt und in der Ausübung seines Kults behindert werden.“ Wenige Debatten in der Konstituante zeigen so wie diese, wie sehr die Versammlung noch von alten Vorurteilen beherrscht und dogmatisch befangen war. Schon das ist bezeichnend, daß die brennende Frage der Gewissensfreiheit und des Kults nie speziell auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Es lag ursprünglich nicht in der Absicht Rabaut Saint-Etiennes, das Wort zu dieser Frage zu ergreifen. Er selber war es wohl gewesen, der A. Lameth veranlaßte, die Frage der Kultfreiheit ausdrücklich zu stellen;²⁶ denn er glaubte, ein von protestantischer Seite gestellter Antrag werde einigem Mißtrauen und stärkerem Widerstand der Klerikalen begegnen. An der Art und Weise, wie der Antrag A. Lameths aufgenommen wurde, konnte Rabaut aber bereits sehen, daß die Frage nicht ohne Kampf entschieden werden würde. Während die vorhergehenden Anträge lebhaft begrüßt worden waren, trat jetzt zuerst ein Augenblick Stillschweigen ein, dann erst applaudierten einige Abgeordnete. Die Vorurteile zeigten sich in voller Deutlichkeit, als Castellane seinen Antrag stellte. Selbst der Umstand, daß Mirabeau seine ganze Beredsamkeit in die Wagschale warf, vermochte nicht, die Vorurteile zu überwinden. Als der Bischof de Laborde für die Toleranz eintrat, hielt Mirabeau ihm entgegen, die Religionsfreiheit sei genau so ein unveräußerliches Recht wie die Meinungsfreiheit im allgemeinen Sinne. „Ich predige hier keine Toleranz. Die uneingeschränkte Religionsfreiheit ist in meinen Augen ein so heiliges Recht, daß mir selbst das Wort Toleranz, das es auszudrücken versucht, in gewisser Hinsicht tyrannisch erscheint. Die bloße Existenz einer

26. s. Lettre de Rabaut St.-Etienne au pasteur Marron (22 août 1789), corresp. de Rabaut St.-Etienne, zit. S. 159; vgl. Bulletin 1897 S. 549.

Autorität, in deren Macht es steht, Toleranz zu üben, ist schon durch den Umstand, daß sie toleriert, folglich auch nicht tolerieren könnte, ein Eingriff in die Gedankenfreiheit.“

Als bei der Fortsetzung der Debatte über diese Frage am 23. August Castellane auf seinen Antrag zurückkam, wurde er wiederum von Mirabeau unterstützt. Er wandte sich gegen einen „herrschenden Kult“; wenn man den habe, so habe man auch bald eine herrschende Philosophie und herrschende Systeme. Nichts soll herrschen außer der Gerechtigkeit.

Die unmittelbare Wirkung der Äußerungen Mirabeaus und anderer war, daß die Klerikalen zum Äußersten gereizt wurden. Die Diskussion wurde erbittert und der Lärm so groß, daß der Präsident, Clermont-Tonnere, sein Amt niederlegen wollte. Le Hodey berichtet darüber in seinem Journal: „Es war unmöglich, den Vorgängen einer Sitzung zu folgen, in der die größte Unordnung herrschte, die Parteilichkeit den Ausschlag gab, der Ruf der Natur, die Stimme der Vernunft und die Menschenrechte mißachtet wurden, in der der Präsident der Stimme seines Gewissens nicht länger widerstehen konnte und zweimal seine Demission anbot. Der Antrag Castellanes wurde hundertmal verbessert, wieder verbessert, geteilt, verwickelt und unwickelt; man hörte von allen Seiten: ich schlage vor, ich bitte ums Wort.“²⁷ — In der allgemeinen Verwirrung schlug ein Curé die Änderung vor: „Niemand darf wegen seiner religiösen Überzeugung belästigt werden, vorausgesetzt, daß dadurch die öffentliche Ordnung nicht gestört wird.“²⁸

Das Erscheinen Rabaut Saint-Etiennes auf der Rednertribüne im entscheidenden Augenblick beruhigte den Tumult. Seine von wiederholtem Beifall eines Teils der Versammlung unterbrochene, überzeugende und glänzende Rede, ließ die Leidenschaften verebben.²⁹ Lassen wir ihn, da es sich um eine seiner schönsten und vollkommensten Reden handelt, selbst sprechen.³⁰ An den eingebrachten Zusatzantrag anknüpfend sagte er: „Das

27. s. Le Hodey Bd. III. S. 58 ff.

28. s. Buchez et Roux, Hist. parl. Bd. 2. S. 325 ff. u. Arch. parl. Bd. 8. S. 497 ff.

29. Courrier de Provence, XXXI, S. 26 f.

30. s. Arch. parl. Bd. 8, S. 498 ff., u. Œuvres II, S. 137 ff.

ist eine Sprache, die die Intoleranten immer im Munde geführt haben, und die Inquisition hat keine andere Maxime gehabt. In ihrer lieblichen und einschmeichelnden Sprache sagte sie stets, daß man zweifellos die Gedanken nicht angreifen dürfe, daß jedermann in seinen Überzeugungen frei sei, vorausgesetzt, daß man sie nicht offen bekenne, ... weil diese Manifestation die öffentliche Ruhe stören könnte und deshalb das Gesetz peinlich genau wachen müsse. — Ich erfülle hier eine heilige Mission, ich gehorche meinem Cahier, ich gehorche meinem Auftraggeber. Dies ist eine Sénéchaussée von 360 000 Einwohnern, von denen mehr als 120 000 Protestanten sind. Sie hat ihre Abgeordneten beauftragt, von euch die Vervollständigung des Edikts von 1787 zu verlangen. Eine andere Sénéchaussée von Languedoc und einige andere Bailliages Frankreichs haben denselben Wunsch ausgedrückt und bitten euch, den Nichtkatholiken die Freiheit ihres Kultes zu gewähren. Auf eure Prinzipien selbst berufe ich mich, wenn ich euch bitte, in einem Artikel zu erklären, daß jeder Bürger das Recht der freien Meinung besitzt, daß er seinen Kult frei ausüben, und daß er um seiner Religion willen nicht belästigt werden darf. Eure Prinzipien besagen, daß die Freiheit ein Gemeingut ist und daß alle Bürger ein gleiches Recht auf sie haben. Die Freiheit muß daher allen Franzosen in gleicher Weise gehören. Alle haben ein Recht auf sie oder niemand hat es. Derjenige, der sie ungleich austeilt, kennt sie nicht; derjenige, der in irgendwelcher Weise die Freiheit des andern angreift, greift seine eigene an und verdient, sie für sich zu verlieren, da er eines Geschenkes unwürdig ist, dessen Wert er nicht kennt. Eure Prinzipien besagen, daß die Denk- und Meinungsfreiheit ein unveräußerliches und unverjährbares Recht ist. Diese Freiheit ist das heiligste aller Rechte, sie entgeht der Herrschaft des Menschen, sie flüchtet sich auf den Grund des Gewissens, in ein unverletzliches Heiligtum, in das einzudringen kein Sterblicher ein Recht hat. Sie ist die einzige, die die Menschen den Gesetzen der Gesellschaft nicht unterworfen haben; einen Zwang auf sie auszuüben ist eine Ungerechtigkeit, sie anzugreifen ist eine Schändung.“ Rabaut ging hierauf zu einer Kritik an dem Edikt von 1787 über, das den Protestanten nur gewährt habe, was man ihnen nicht verweigern

konnte: eine beschränkte zivilrechtliche Gleichstellung. Er zählte alle Lücken des Edikts auf und brandmarkte die barbarische Maxime, deren man sich im 18. Jahrhundert den Protestanten gegenüber bediente. „Aber es existiert endlich eine französische Nation, und diese rufe ich an zugunsten von 2 Millionen nützlicher Bürger, die heute ihre Rechte als Franzosen in Anspruch nehmen. Ich tue ihr nicht die Ungerechtigkeit an zu denken, daß sie das Wort „Intoleranz“ aussprechen könnte; es ist aus unserer Sprache verbannt und wird nur noch existieren als ein veraltetes Wort, dessen man sich nicht mehr bedient, weil die Idee, die es ausdrückt, vernichtet ist. Ich verlange nicht Toleranz, ich fordere Freiheit. Toleranz, Verzeihung, Gnade sind höchst ungerechte Ideen gegen Dissidenten, solange es wahr ist, daß die Verschiedenheit der Religion und der Meinungen kein Verbrechen ist. Die Toleranz! Ich verlange, daß sie geächtet werde, dieses ungerechte Wort, das uns darstellt als des Mitleids werthe Bürger, als Schuldige, denen man verzeiht... Der Irrtum ist keineswegs ein Verbrechen; derjenige, der ihn bekennt, hält ihn für Wahrheit, für ihn ist er die Wahrheit, die zu bekennen er verpflichtet ist, und kein Mensch, keine Gesellschaft hat das Recht, ihm dies zu verbieten. Und wo ist in jener Mischung von Irrtum und Wahrheit, die die Menschen unter sich verbreiten oder sich überliefern und um die sie sich streiten, derjenige, der zu versichern wagte, er habe sich niemals getäuscht, die Wahrheit sei stets auf seiner Seite und der Irrtum stets auf der andern? — Ich verlange daher für die französischen Protestanten, für alle Nichtkatholiken des Königreichs, was ihr für euch verlangt: die Freiheit, die Gleichheit der Rechte; ich verlange alles das, was ihr für euch verlangt, verlange, daß alle Nichtkatholiken ohne jeglichen Vorbehalt den andern Bürgern im Ganzen gleichgestellt werden, weil auch sie Bürger sind, und weil das Gesetz und die Freiheit, jederzeit unparteiisch, die strengen Akte ihrer peinlichsten Gerechtigkeit nicht ungleich verteilen. Ich verlange für alle Nichtkatholiken, was ihr für euch verlangt: die Gleichheit der Rechte, die Freiheit, die Freiheit ihrer Religion, ihres Kults, das Recht, ihn in den ihm geweihten Häusern zu feiern, die Gewißheit, nicht mehr in der Ausübung ihrer Reli-

gion gehindert zu werden, wie ihr nicht daran gehindert seid, und die vollkommene Gewißheit, vom gemeinsamen Gesetz in derselben Weise und genau so sehr geschützt zu werden ... Ihr habt erklärt, daß die Menschen mit gleichen Rechten geboren werden und frei und gleich bleiben. Die Rechte aller Franzosen sind deshalb dieselben, alle Franzosen haben die gleichen Rechte. Ich sehe keinen Grund, warum ein Teil der Bürger zum andern sagen sollte: ich bin frei, aber ihr sollt es nicht sein; wir sind frei in unseren Gewissen, aber ihr nicht in den euren, weil wir es nicht so wollen. Ich kenne und anerkenne überhaupt kein exklusives Privilegium, aber das exklusive Privilegium in bezug auf die Meinung und den Kult scheint mir der Gipfel der Ungerechtigkeit. Ihr könnt kein Recht in Anspruch nehmen, das ich nicht besitze; wenn ihr es ausübt, muß auch ich es ausüben dürfen. Wenn ihr frei seid, muß auch ich frei sein; wenn ihr euren Kult ausüben dürft, muß auch ich den meinen ausüben dürfen; wenn ihr nicht belästigt werden dürft, darf man auch mich nicht belästigen, und wenn ihr trotz der Evidenz dieser Prinzipien uns verbieten würdet, unsern gemeinsamen Kult auszuüben, unter dem Vorwand, daß ihr viel und wir wenige sind, so wäre das nur das Gesetz des Stärkeren, so wäre das der Gipfel der Ungerechtigkeit, und ihr würdet gegen eure eigenen Prinzipien sündigen.“

Trotz dieser überzeugenden, oft von Beifall unterbrochenen Rede konnte Rabaut Saint-Etienne die Annahme der entsprechenden Anträge nicht durchsetzen. Die Rechte leistete heftigen Widerstand. Der Bischof Gobel von Lydda vertrat die Auffassung, daß diese Dinge nur in der Verfassung festgelegt werden könnten. Aber den „Brüdern im Irrtum“ wollte er sich doch nachsichtig und mitleidig erweisen und gestand ihnen die religiöse Meinungsfreiheit zu. Sie sollten ihre Religion unter der Voraussetzung ausüben dürfen, daß sie die öffentliche Ordnung nicht störten; denn es war nach ihm eine Demarkationslinie nötig, um der „religion dominante“ ihre Stellung zu wahren. Mirabeau beantragte die Vertagung der Frage, konnte aber nicht durchdringen. Schließlich schritt man zur Abstimmung über den Antrag Castellane-Rabaut und jenen einschränkenden Antrag eines Curés. Der klerikale Widerstand blieb jedoch hart.

Ihm gelang es, die Änderung durchzusetzen, daß es in der Schlußfassung statt „öffentliche Ordnung“ hieß: „... die durch die Gesetze festgelegte Ordnung“.

Mirabeau schrieb darüber: „Wir können unseren Schmerz über die Tatsache nicht verbergen, daß die Nationalversammlung, anstatt den Keim der Intoleranz zu ersticken, ihn gleichsam als Reserve in die Erklärung der Menschenrechte versetzt hat. Ein restriktives Gesetz in bezug auf die Religion ist nichts anderes als das Gesetz des Stärkeren und gehört in den Kodex der Tyrannei.“³¹

Aus denselben Prinzipien, aus denen Rabaut die Religionsfreiheit ableitete, folgerte er auch die Pressefreiheit und befand sich dabei in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit. Als am 24. August darüber diskutiert wurde, unterstützte er die von La Rochefoucauld vorgeschlagene Fassung mit großem Eifer. Die Pressefreiheit sollte lediglich beschränkt sein durch den Satz „sauf à ne pas nuire à autrui.“ Er wollte sogar, daß man das Postgeheimnis in sie einbegreife, indem man es durch das Gesetz garantiere; denn „wenn aus einem im Tumult abgefaßten Artikel die Sklaverei eines einzelnen resultieren könnte, würde das bald die Sklaverei aller zur Folge haben.“³²

Als durch die Erklärung der Menschenrechte die Emanzipation des Menschen und der menschlichen Gesellschaft aus den Fesseln des Despotismus vollzogen war, als das gebildete Bürgertum Besitz von der Macht im Staate genommen hatte und diese in der Verfassung gesetzlich zu verankern im Begriffe war, glaubte und wünschte Rabaut Saint-Etienne die Revolution ihrem Abschluß nahe. Eine organisatorische Evolution sollte nun ihre Früchte zur Reife bringen. In welchem Maße er an der Verankerung und Organisierung der Macht des Bürgertums als ständiges Mitglied des Verfassungsausschusses beteiligt blieb, wird in anderem Zusammenhang zu zeigen sein. Der Anteil an diesem Werk war bedeutend und sicherte ihm einen Platz unter den hervorragenden Mitgliedern der Versammlung. Diese bekundete es damit, daß sie ihn am 14. März 1790 zu

31. Courrier de Provence XXXI, S. 44.

32. Œuvres II, S. 150 f.; s. a. Arch. parl. Bd. 8.

ihrem Präsidenten wählte. Wie das in der Öffentlichkeit aufgefaßt wurde, lesen wir im Journal der Generalstände: „Die Wahl Rabaut Saint-Etiennes ist ein schlagendes Beispiel dafür, daß die Würde der Menschenrechte tief in die Seele der Repräsentanten der Nation gegraben ist. Vorbei ist der Aberglaube. Er ist für immer aus einer Nation verschwunden, die unterschiedslos einen römischen und einen lutherischen Priester auf den Präsidentenstuhl erhebt, sobald sie den Wert ihrer Verdienste erkennt. Der Kontrast ist frappierend, aber er ist schön. Hier hat man durch die Tat gesprochen. Die Wahl Rabaut Saint-Etiennes sanktioniert für immer das Dekret über die religiösen Meinungen.“³³ Eine Art Sanktion war diese Tat allerdings. Denn erst am 24. Dezember 1789 hatte die Nationalversammlung ausdrücklich dekretiert, daß die Nichtkatholiken in allen Graden der Verwaltung Wähler und wählbar seien und zu allen bürgerlichen und militärischen Berufen in gleicher Weise wie die andener Bürger zugelassen werden sollten.³⁴

Ganz ohne Widerspruch in der Öffentlichkeit wurde die Wahl Rabaut Saint-Etiennes zum Präsidenten doch nicht hingenommen. Von katholisch-reaktionärer Seite wurde ein Plakat veröffentlicht, auf dem zu lesen war: „Die ehrlose Nationalversammlung hat eben ihren Missetaten die Krone aufgesetzt: sie hat einen Protestanten zu ihrem Präsidenten gewählt“.³⁵ Dieses Plakat wurde auch in die ehemalige Provinz Languedoc geschickt und selbst in Nîmes angeschlagen, wo als Reaktion auf die Wahl Rabauts folgendes Gedicht verbreitet wurde:

L'exécrable Assemblée a fait un président
Dont le choix à jamais déshonore la France
Au Fauteuil est assis Rabaut le Prédicant
Agent stipendié de l'huguenote engeance.
Après avoir détruit et le trône et l'autel,
Poussé l'irreligion jusqu'au fanatisme,
Qui mieux que le héros de l'impur calvinisme
Aurait pu présider ces infâmes mortels.

33. Ebd. Bd. 9, S. 306.

34. s. La Rév. franç. 1903, Bd. 44, S. 505 ff.

35. A. Lods, Deux chansons sur Rabaut Saint-Etienne, La Rév. franç. 1903, S. 505.

Der Rat der Stadt Nîmes beeilte sich jedoch, Rabaut Genuktion zu geben. Er mißbilligte offen und ausdrücklich die gegen ihn gerichteten Sätze und erklärte, daß es keinen Bürger gebe, der nicht von Achtung für die Nationalversammlung durchdrungen sei, und der Rabaut Saint-Etienne nicht die Gerechtigkeit erweise, die er verdiene.

Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß die Wahl Rabaut Saint-Etiennes zum Präsidenten der Nationalversammlung den seit einiger Zeit bestehenden Konflikt der beiden durch politische und religiöse Gegensätze getrennten Parteien in Nîmes bedeutend verschärfte. Er kam bald darauf, im Mai und Juni, offen zum Ausbruch und wurde unter dem Namen *Bagarres de Nîmes* bekannt.

Zunächst blieb Rabaut Saint-Etienne ein echter Vertreter der Schicht, die diese Revolution eröffnet hatte und die sie mit der Festlegung der Verfassung und ihrer Annahme durch den König beendet glaubte. Davon legt auch seine Stellung zu den Parteien Zeugnis ab. Sehr früh, schon im Sommer 1789, war er Mitglied des Jakobinerklubs. Im folgenden Jahr sympathisierte er stark mit der Société de 1789, auch Club de 1789 genannt, der im April 1790 von der gemäßigten Richtung des Jakobinerklubs gegründet wurde.³⁶ Seine Häupter waren La Fayette, Bailly, Mirabeau, Roederer, Dupont de Nemours, Chapelier und Sieys. Die Spaltung erregte großes Aufsehen. Nicht nur politische, sondern auch persönliche Gründe, besonders die Rivalität zwischen La Fayette und den Brüdern Lameth, spielten dabei eine Rolle. Die Angehörigen des Klubs arbeiteten darauf hin, daß der König mit seiner Umgebung breche, sich offen zu der Revolution bekenne und die Verfassung mit aufrichtiger Gesinnung annehme. Sie traten für den König ein auf der Grundlage der Prinzipien von 1789 und der Verfassung und wollten, daß er mit dieser regiere. Die Blütezeit dieses Klubs fällt in die Zeit von 1790; er verlor aber bald an Bedeutung und Popularität. Im Jahre 1791 gehörten seine Mitglieder zum Kern des Klubs der Feuillants. Obwohl Rabaut Saint-Etienne höchstwahrschein-

36. s. Challamel, Les clubs contrerévolutionnaires, S. 390 f., vgl. Perroud, Quelques notes sur le club de 1789, La Rév. franç. 1900, Bd. 39, S. 255.

lich bis Mitte Juli 1791 dem Jakobinerklub ständig angehörte, war er, eine Zeitlang wenigstens, wie noch mehrere andere, zugleich auch Mitglied des Klubs von 1789.³⁷ Aus dem Jakobinerklub trat er mit vielen andern Mitgliedern im Juli 1791 aus, als anläßlich der Affäre auf dem Marsfeld die bekannte Spaltung stattfand, die beinahe zu seiner Auflösung führte. Mit den meisten der ausgetretenen Mitgliedern trat er in den Klub der Feuillants über, jedoch nur formell; denn er betätigte sich in diesem fast gar nicht und ging selten zu den Sitzungen.³⁸ Nach der Neuordnung des Jakobinerklubs und der Abstoßung von Elementen, die sich dort in pöbelhafter und aufdringlicher Weise breit gemacht hatten, kehrte er Ende September 1791 wieder in diesen zurück.³⁹ Er blieb so lange seine politische Heimat, bis die Entwicklung eine Richtung nahm, die mit seinem reinen Idealismus nicht mehr vereinbar war. Dies trat unter dem Nationalkonvent ein. Die Abneigung gegen Robespierre, der im Klub mehr und mehr die Führung an sich riß, mag dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Seine ganze Geisteshaltung kennzeichnet Rabaut als einen Angehörigen der gemäßigten Linken. Aulard hat ihn mit Recht in die Reihe der sogenannten Konstitutionellen gestellt, neben einem Chapelier, Thouret u. a.⁴⁰ Sie spiegelten getreu den Geist der Konstituante wieder, und die Geschichte ihrer Partei ist zu einem großen Teil die Geschichte dieser Versammlung.⁴¹ Auch

37. Challamel, S. 416. Das aufschlußreiche Buch von F. Hasselbacher, *Entlarvte Freimaurerei*. Berlin 1934, weist darauf hin, daß fast alle Führer der Revolution Freimaurerorden angehört hätten. Rabaut Saint-Etienne sei Mitglied der Loge Les neuf Sœurs gewesen (S. 138). Ich habe bei der Durchsicht der hinterlassenen Papiere Rabauts keinerlei Spuren gefunden, die auf seine freimaurerische Betätigung schließen lassen. Diese Frage könnte wohl nur gelöst werden im Rahmen einer auf tiefgreifenden Forschungen beruhenden, mit weiten Perspektiven arbeitenden Spezialuntersuchung über die Bedeutung der Freimaurerei für die französische Revolution.

38. Lettre au pasteur Bruguier, 27 aout 1791, u. Lettre à la société des amis de la constitution à Nîmes, 17 juillet 1791, s. corresp. zit. (Rév. franç. 1898).

39. Challamel, S. 291; a. Aulard, *La société des Jacobins*, Bd. 3, S. 33 f.

40. Aulard, *Les orateurs de la Révolution*. La Constituante, S. 378 ff.

41. Ebd.; s. a. G. Michon, *Essai sur l'histoire du parti Feuillant*, Andrien Duport. Paris 1924.

waren sie lange Zeit die Interpreten der öffentlichen Meinung. Von der radikalen Linken schieden sie sich ebenso durch ihre Mäßigung, wie sie sich von den sogenannten Monarchisten durch ihren Liberalismus abhoben. Dabei waren aber auch sie überzeugte Monarchisten und hielten am König sogar dann noch fest, als dieser eidbrüchig geworden war. Dieses Festhalten am König nach seiner Flucht hatte zur Folge, daß sie ihre Popularität einbüßten, denn das Vergebliche ihres Bemühens, den König unter allen Umständen zum ehrlichen Bekenntnis für die Revolution zu bewegen, wurde von Monat zu Monat offenkundiger. Sie wollten Ludwig XVI. zwingen, das zu sein, was er nicht war.⁴² Während die meisten unter ihnen selbst dann nicht die Folgerungen zogen, als dieses Streben völlig gescheitert war, machte Rabaut Saint-Etienne eine Ausnahme: nach dem 10. August entschied er sich für die Republik. Die angedeuteten Tatsachen machen diese Wandlung verständlich. Ihre allmähliche Anbahnung tritt jedoch bei Betrachtung seiner verfassungstheoretischen Anschauungen noch weit mehr in Erscheinung. In ihnen lag bereits zu der Zeit, als er sich noch offen zum Königtum bekannte, der Ansatz zu einer Richtung, deren Endpunkt das Bekenntnis zur Republik war.

42. Ebd.

Fünftes Kapitel.

Der Verfassungstheoretiker im Entscheidungsjahre 1789.

In der Entwicklung Rabaut Saint-Etiennes zum Verfassungstheoretiker spiegelt sich die ganze Evolution der politischen Ideen innerhalb des dritten Standes in den Jahren 1788 und 1789. Die Bildung des revolutionären Verfassungsideals vollzog sich bei Rabaut in engstem Zusammenhang mit den politischen Ereignissen und mit dem Stande der öffentlichen Meinung. Ohne Berücksichtigung dieser Momente könnte er nicht verstanden werden. In Widersprüche müßte sich verwickeln, wer ihn zum Opportunisten und prinzipienlosen Politiker stempeln wollte. Bei der Betrachtung der Rolle, die er in seiner *Sénéchaussée* während des Wahlkampfes spielte, wurde eine weitgehende Wandlung in seinen Ansichten sichtbar. Aber seine Entwicklung ist typisch für den Stand, dem er angehörte. Obwohl mit der Ankündigung der Generalstände das Verfassungsproblem in seinem ganzen Umfange wirklich aktuell wurde, bedurfte es zur Herausbildung des revolutionären Verfassungsideals noch mehrerer Monate. Erst im Spätherbst 1788 war die Formulierung gefunden, aus der die definitive Abkehr von den alten Begriffen und von der absolutistischen Staatsauffassung eindeutig hervorgeht.

Aus den in verschiedenen Schriften und Reden zerstreuten Äußerungen Rabaut Saint-Etiennes wird ersichtlich, daß er längst vor der Revolution die Theorie des Gesellschaftsvertrags von Rousseau, daß er die Gesellschaftslehre Mablys kannte, und daß er überhaupt von der philosophischen Literatur stark beeinflußt war. Rousseau scheint sein Lieblingsphilosoph gewesen zu sein; er schätzte ihn höher als Voltaire und bezeichnete ihn bereits 1779 als

einen Mann, der die Bewunderung aller „tugendhaften Seelen“ verdiene.¹ Trotzdem lag ihm, wie wir sahen, anfangs der Gedanke gänzlich fern, Rousseausche Theorien in die Wirklichkeit umsetzen zu wollen. Durch das von ihm ersehnte und befürwortete Bündnis des dritten Standes mit dem König sollte dessen Macht gesteigert werden. Nicht gegen diesen, sondern gegen die ersten Stände war sein praktisches Wollen gerichtet. Ja, er anerkannte sogar einen — keineswegs im Sinne Rousseaus gedachten — Vertrag zwischen König und Volk, der letzteres so lange zur absoluten Unterwerfung verpflichtet, als der König die Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit des Eigentums garantiert. Von diesem Punkt schritt Rabaut in seinen staats-theoretischen Anschauungen fort zum englischen Verfassungsideal und bekannte sich damit zur Schule Montesquieus. Diesen schätzte er übrigens seit vielen Jahren sehr hoch. In seinen Predigten wies er sogar auf ihn hin, zitierte selbst Stellen aus dem *Esprit des lois*, und pries ihn als ein „von allen denkenden Menschen hochgeschätztes Werk.“² Ein deutliches Abrücken von Montesquieu läßt sich aber bereits nach kurzer Zeit, in seinen „Betrachtungen über die Interessen des dritten Standes“, beobachten. Wie andere seiner Standesgenossen, so sah er in ihm bald nur noch den Parteipolitiker der feudalen Corps, der Parlamente, und wies nachdrücklich auf seine reaktionären, dem dritten Stande in seiner augenblicklichen Lage ungünstigen Theorien hin. Die Abkehr von Montesquieu war im Dezember 1788 endgültig, wie sein „Kommentar des Erlasses des Pariser Parlaments vom 5. Dezember 1788“ erkennen läßt.³

Die Entwicklung, die der Ständekampf in Frankreich nahm, zeigte Rabaut Saint-Etienne, daß der Ständestaat stets mit dem Mangel an Staatsgesinnung behaftet sein würde und der dritte Stand in ihm nie zu seinem Rechte kommen werde. Diese Erkenntnis bestimmte sein neues Verfassungsideal, das sich zu Beginn des Jahres 1789 folgendermaßen charakterisieren läßt. Er wünscht die konstitutionelle Monarchie unter dem Zeichen

1. *Papiers Chiron*, ms., 358/1 (243) März 1779.

2. Sermon 30, *Sur l'honnêteté dans le discours*; die betreffende Stelle ist entnommen aus livre VII chap. 8.

3. zit. o., s. S. 89 vgl. *Question au droit public*. chap. 3.

des Einkammersystems, in der der König einen bedeutenden Platz einnimmt. Dieser ist der Chef, der die von ihm oder von der Nation beantragten, aber stets von ihm gutgeheißenen Gesetze erläßt. Auf Grund der gegenseitigen Übereinstimmung von König und Nationalversammlung werden sie königliche Gesetze und sind der Ausdruck des Willens aller. Daraus resultiert die Einheitlichkeit der Gewalt. Ihrer Substanz nach verbleibt diese bei der Totalität und wird nur der Ausübung nach übertragen. Sie ist „ein Ausfluß der gemeinsamen Autorität, eine der Ausprägungen der *Volonté générale*, die Wirkung einer Willensäußerung“. Die Gewalten im Staat sind nicht verschiedene Körper, sondern Teile eines Körpers, haben für sich selbst kein Recht, können also niemals Sondereigentum sein. Daraus folgt die Evidenz der Tatsache, daß kein Corps seiner Natur nach Gesetzgeber, Verwaltungs- oder ausübendes Organ sein kann. Aber die ganze Theorie dient nur dazu, den politischen Machtanspruch einzelner Stände und Corps zurückzuweisen. In der Gesamtheit als Inhaberin der Substanz aller Gewalten ist der König noch inbegriffen. Er wird noch nicht als Beamter des Staatsoberhauptes, d. h. der Gesamtheit der Vertragsschließenden bezeichnet. Es besteht zwischen ihnen kein Dualismus, sie sind vielmehr eine unzertrennliche Einheit. „Die Einheit der Gewalt ruht immer im König und in der Nation, im Volk und in seinem Chef, im Haupt und im Körper, unzertrennbare Organe, aus denen sich die Einheit zusammensetzt“.⁴ Von hier bis zur vollen Anerkennung der Lehre Rousseaus von der Volkssouveränität ist es noch ein erheblicher Schritt. Er liegt aber in der Richtung, die die Wandlung seiner Ideen genommen hat, bereits vorbereitet. Was er den Privilegierten entgegenhielt, konnte er auch dem König entgegenhalten, falls dieser sich dem Gesamtinteresse, wie Rabaut es auffaßt, entgegenstellen sollte. Rabaut hat in diesem Punkt noch nicht die Entwicklung Sieys erreicht,⁵ stimmt aber mit ihm bereits überein in der Abkehr von Montesquieu. Für beide bedeutet jetzt dessen Monarchie Despotismus. In gleicher Weise sind beide

4. Question du droit public. S. 53.

5. s. Sieys, Was ist der dritte Stand? Übers. u. eingeleitet v. O. Brandt, insbes. Einleitung.

gegen eine Nachahmung der englischen Verfassung und lehnen sie aus ähnlichen Gründen als gefährlich und ungeeignet ab. Zwar forderte auch Montesquieu die Trennung der Gewalten, jedoch lediglich zum Zwecke ihrer gegenseitigen Hemmung, er faßte überdies diese Trennung nicht absolut, sondern nur relativ auf.⁶ Letzteres trifft allerdings, wie wir sahen, auch noch bei Rabaut zu durch die Stellung, die er dem König einräumt, doch lehnt er den Gedanken der gegenseitigen Hemmung bereits scharf ab. In diesem Punkte ist ihm Sieys voraus. Dagegen ist beiden der Gedanke gemeinsam — Sieys bringt ihn freilich prägnanter zum Ausdruck —, daß der gemeinschaftliche Wille in der Majorität zum Ausdruck kommt, neben der der Sonderwille kein Recht hat. Der Gemeinwille darf sich nur durch das Gemeininteresse, nie durch das Sonderinteresse bestimmen lassen. Da das Gemeininteresse und der Gemeinwille nur aus dem Willen der Majorität erschlossen werden können, diese aber vom dritten Stande gebildet wird, so folgt für beide: der dritte Stand ist die Nation.

Rabaut Saint-Etienne hat in seinem „Historischen Abriß der französischen Revolution“ zwei Männer als Autoritäten hervorgehoben, die anregend und führend auf die Generation von 1789 gewirkt haben: Rousseau und Mably. Besonders letzterer sei es gewesen, aus dessen Werken alle diejenigen geschöpft hätten, die berufen wurden, Frankreich eine neue Verfassung zu geben.⁷ — Aus unserer Darlegung wurde aber ersichtlich, daß Rabaut Saint-Etienne vor der Revolution weder als Schüler des einen noch des andern angesprochen werden kann. Die Art, wie er in der „Frage des öffentlichen Rechts“ manche Ansichten begründet, erinnert wohl stark an Rousseau. Die Beeinflussung durch diesen ging aber keineswegs so weit, daß man ihn als dessen Schüler bezeichnen könnte. Mit demselben Recht könnte man ihn einen Schüler Mablys nennen, denn auch mit diesem teilt er viele Ansichten, zumal über das Wesen der General- und Provinzialstände. Dagegen folgt er in der Auffassung von der

6. s. W. Struck, Montesquieu als Politiker. Berlin 1933 (Hist. Studien 228) S. 151 ff.

7. Précis de l'histoire de la Révol. Œuvres I, S. 381.

Volkssouveränität weder Mably noch Rousseau, die beide dem Volk den Alleinbesitz der legislativen Gewalt zusprechen. Mably sucht ausdrücklich die Machtbefugnisse des Königs so sehr wie möglich einzuschränken, die Exekutive ganz der Legislative unterzuordnen und ihr jeglichen Anteil an dieser, selbst in der Form des Vetos, zu nehmen.⁸ Die Vetofrage wirft Rabaut noch gar nicht auf. Die später von ihm vertretene Unterscheidung zwischen Veto und Sanktion scheint er vor der Revolution nicht zu kennen. Dem König, d. h. der Exekutive, spricht er sogar Gesetzesinitiative zu, gewährt ihm also bedeutenden Anteil an der Legislative. Auch in der Auffassung des Mandats weicht er sowohl von Rousseau als auch von Mably ab. Es läßt sich demnach nicht sagen, daß Rabaut Saint-Etienne nach seiner Abkehr von Montesquieu über Mably zu Rousseau vorgestoßen sei. Er entnahm vielmehr den staats-theoretischen Systemen dieser beiden Philosophen solche Elemente als Bausteine für sein eigenes System, die nach der augenblicklichen politischen Lage jeweils die gegebenen schienen. Damit er ein konsequenter Schüler eines dieser beiden Staatsphilosophen werden konnte, mußten erst die Ereignisse der Revolution den Boden ebnen und mußte erst ein ganz neuer Ansatzpunkt geschaffen werden. Vorerst waren sie nur mächtige Anreger, und der ganze Denkprozeß Rabauts war ein Ringen um die Form, ein Bemühen, die reale Lage der Dinge mit der Theorie in Einklang zu bringen. Die endgültige Form sollte bedingt sein von den späteren politischen Ereignissen. Rabaut befand sich bei dieser Entwicklung ganz in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der damaligen fortschrittlichen Politiker. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß Rousseau erst verhältnismäßig spät eine anerkannte Autorität wurde, und daß das wirkliche Verständnis seiner Ideen nur allmählich, gegen Ende des Jahres 1788 und Anfang 1789, durchbrach, und auch damals keineswegs bei allen führenden Köpfen.⁹

8. s. Mably, *Du gouvern. et des lois de la Pologne*, chap. IV; *Doutes sur l'ordre nat. des soc. polit.*, lettre VI, *Droits et devoirs du citoyen lettr.* VII; vgl. a. Georg Müller, *Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbé Mably und ihr Einfluß auf das Werk der Konstituante*. Berlin 1933 (*Hist. Studien* 214) bes. S. 51 ff.

9. s. Eppensteiner, *Der Einfluß Rousseaus auf die vorrevolutionäre Flugschriftenliteratur*. Tübingen 1914. S. 27 ff.

Der Sieg der Volkssouveränität auf revolutionärem Wege, der durch die unschöpferische Politik der Regierung und die hartnäckige Haltung der oberen Stände, vornehmlich des Adels, ermöglicht worden war, bestimmte den Geist der zukünftigen Verfassung. Es galt, das Errungene, die Freiheiten des Volkes, in der Verfassung zu garantieren. Dem diente auch die Erklärung der Menschenrechte. Der Gedanke einer gesonderten Aufstellung der Rechte des Menschen in der Form einer Erklärung, die an der Spitze der Verfassung stehen und somit ihren Charakter bestimmen sollte, gewann nur allmählich bestimmte Form. Er schien anfangs kühn, wenn nicht gefährlich.¹⁰ Erst am 19. Juli 1789 faßte die Nationalversammlung den Beschluß, eine Erklärung der Rechte abzufassen, obwohl seit bereits vier Wochen Anregungen in dieser Richtung gegeben waren. Den Anstoß zu diesem Beschluß gab La Fayette, der die Versammlung am 11. Juli mit einer im Geiste des amerikanischen Vorbildes gehaltenen Erklärung überraschte.¹¹

Der am 6. Juli geschaffene Verfassungsbeschluß, dem auch Rabaut Saint-Etienne angehörte, erhielt zunächst jene Aufgabe übertragen, und verschiedene seiner Mitglieder wie Malouet, Sieys, Mounier, Rabaut Saint-Etienne u. a. arbeiteten diesbezügliche Erklärungen aus.

Der Entwurf Rabaut Saint-Etiennes, der am 12. August der Nationalversammlung vorgelegt wurde, geht aber über eine Erklärung der Rechte weit hinaus. Er ist mehr ein Verfassungsentwurf, in dem fast seine gesamten Gedanken über den Staat und die Verfassung niedergeschrieben sind, und in dem das Bild der Verfassung, dessen Grundlinien seine vorrevolutionären Schriften enthalten, ausgeführt wird. Rabaut Saint-Etienne hatte sich nun in vielen Punkten zu einem extremen Anhänger Rousseaus gewandelt. Der Gedanke der Volkssouveränität ist jetzt die Wurzel, aus der alles folgt, in erster Linie das Recht der Nation, sich ihre Gesetze und ihre Verfassung selbst zu geben. Die Zustimmung aller Staatsbürger zu den Gesetzen ist eine grundsätzliche Voraus-

10. s. Aulard, Polit. Geschichte der franz. Revol. Leipzig 1924. S. 32.

11. Vgl. Loewenstein, Volk und Parlament nach der Staatstheorie der franz. Nationalversammlung von 1789. 1922. S. 127 ff. s. a. Schickhard, zit. S. 18.

setzung für ihre Gültigkeit und Verbindlichkeit. Wenn die Zustimmung aller nicht erlangt werden kann, so ist die Minderheit gebunden durch den Beschluß der Mehrheit, ganz nach der Theorie Rousseaus. Der bereits früher ausgesprochene Gedanke einer Scheidung zwischen der Substanz der Macht und übertragbarer Gewalt, kehrt hier wieder und wird sogar zu einem echten Referendum im Sinne Rousseaus erweitert. Damit wird die Brücke zwischen der politischen Tatsächlichkeit und dem abstrakten Begriff der Volkssouveränität geschaffen; denn wo die territorialen Verhältnisse die Einsetzung von Repräsentativorganen bedingen, wird der Gesamtheit ihre Souveränität dadurch gewahrt, daß sie nicht nur den Wahlmodus, die Art der Repräsentation und den Umfang der Kompetenz der von ihr frei gewählten Vertreter bestimmt, sondern auch die Ratifikation aller von ihnen geschaffenen Gesetze sich vorbehält.¹² Rabaut sichert damit der Gesamtheit ein umfangreiches Kontrollrecht. Wie Mirabeau, so führt auch er das Veto des Volkes gegen die Beschlüsse des Parlaments ein, um im System der atomistischen Vertretung, deren Anhänger er ist, jeden Mißbrauch zu verhindern, vor allem das Aufkommen eines Parlamentswillens, der nicht identisch wäre mit dem Willen des Volkes. Das ist eine Aussöhnung des Repräsentativprinzips mit der Lehre Rousseaus.¹³ Neben Rabaut Saint-Etienne fand die atomistische Vertretung noch eine Reihe wichtiger Vorkämpfer in der Nationalversammlung, wie das aus verschiedenen Projekten über die Menschenrechte ersichtlich ist. So stellt z. B. Crenière in seinem Entwurf einer Erklärung den Satz auf, daß jeder Bürger das Recht habe, durch Bekundung seines besonderen Willens bei der Entstehung der Gesetze mitzuwirken, sei es unmittelbar oder durch einen Vertreter. Derselbe fordert ferner, daß jeder Bürger das Recht haben solle, die Erhaltung oder Änderung der bestehenden Gesetze und Einrichtungen zu beantragen. Auch Pétion de Villeneuve nimmt den Gedanken der atomistischen Vertretung auf. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß

12. Arch. parl. Bd. 8 S. 403 und 406 ff., *Principes de toute constitution, u. Idées sur les bases de toute constitution, soumises à l'assemblée nat.* Par Rabaut Saint-Etienne.

13. s. Redslob, *Die Staatstheorien der franz. Nationalversammlung von 1789.* 1912. S. 125 ff.

die Verfassung von 1791 diese Gedanken ablehnte, damit die Theorie des *Contrat social* verleugnete und das reine Repräsentativsystem annahm. Es heißt in ihr: „Die Nation, von der alle Gewalten ausgehen, kann die Gewalten nur durch Vertreter ausüben“.¹⁴ Sie übernahm einerseits die Theorie des Gemeinwillens und erkannte anderseits die Vertretung im Willen, d. h. die Vertretung des Volkes schlechthin an.¹⁵

Das System der atomistischen Vertretung entwickelt Rabaut Saint-Etienne aus dem Prinzip der Volkssouveränität. Alle Gewalten im Staate haben ihren Ursprung in der Nation, die die einzige und ursprüngliche Gewalt ist. Sie ist der wahre Souverän und überträgt die Gewalten auf gewisse Organe im Interesse des Staates. Die Substanz aller Gewalten bleibt stets sie allein, und was sie überträgt, hat nur den Sinn von „*autorité*“. Die Übertragung auf einen einzelnen oder auf mehrere geschieht nur deshalb, weil eine Nation von Millionen Individuen eine bestimmte *autorité*, etwa die der Exekutive, nicht selbst ausüben kann. Die Nation überträgt alles, was sie nicht selbst ausüben kann, behält aber stets die legislative Gewalt, das erste und oberste Merkmal der Souveränität, die daher auch unveräußerlich und, was bezeichnend ist, unteilbar ist. Würde sie diese Gewalt veräußern, so würde sie sich der Substanz der Gewalt entäußern und aufhören, souverän zu sein. Der König darf keinen Anteil an ihr haben; denn er ist seiner ganzen Stellung nach nicht Repräsentant der Nation und insofern nicht verantwortlich. Als Gesetzgeber wäre er zugleich auch Mandatar der Nation und als solcher aberufbar und verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit würde seine Unverletzlichkeit, sein „heiliges und kostbares Prärogativ“ zerstören, weil er als Gesetzgeber nicht infallibel sein kann. Das ist er aber nur, wenn er ausschließlich exekutives Organ ist und seine Funktion im Rahmen der Gesetze ausübt. Als Organ der Gesetze muß er so heilig und unverletzlich sein wie die Gesetze selbst. Überträgt er Teile der ausübenden Gewalt auf andere, so sind diese der Nation verantwortlich. Aber auch der König ist in-

14. Constitution française, titre III, Art. 2.

15. Redslob, S. 112.

direkt verantwortlich; denn eine von der Nation übertragene Gewalt kann von ihr jederzeit geändert und sogar zurückgenommen werden.

Die Verankerung dieser damals weit verbreiteten Auffassung in der Verfassung mußte das Königtum im voraus zu der Rolle eines Spielballs in der Hand der führenden Schicht verurteilen.

Die Übertragung der Gewalten hat nach Rabaut den Zweck, die Erhaltung der Ordnung und die Sicherheit des Staates nach innen und außen zu garantieren. Um diese zu gewährleisten, ist es notwendig, daß die verschiedenen Gewalten in verschiedene Hände gelegt werden; denn das Staatsgebilde muß so aufgebaut sein, daß jede Willkür im Staate ausgeschlossen ist und die Grundrechte des Menschen jederzeit gewahrt bleiben. Die Organisation der menschlichen Gesellschaft im Staat muß nach Rabaut so beschaffen sein, daß sie das Glück der einzelnen auf das größtmögliche Maß erhöht. Das Glück der einzelnen als Endzweck der Gesellschaft in Verbindung mit der Idee der Gleichheit ist ein Gedanke, bei dem der Einfluß Mablys deutlich wird.¹⁶

Seinen Verfassungsprinzipien schickt Rabaut Saint-Etienne als Einleitung „Ideen über die Grundlagen jeder Verfassung“ voraus, die die Erklärung der Rechte und ihre Definition enthalten. Die Rechte selbst fließen seiner Ansicht über den Zweck der menschlichen Gesellschaft gemäß aus dem Existenzrecht nicht nur schlechthin, sondern dem Recht „zu sein, sich wohlbefinden und möglichst lange zu sein“. Das ist das ursprüngliche, unveräußerliche Recht des Menschen und alle andern Rechte leiten sich daraus ab. Nach Rabaut gibt es 3 Grundrechte: die Freiheit, die Gleichheit und das Recht auf Eigentum.¹⁷ Durch die gesetzliche Anerkennung dieser scheint ihm auch die Sicherheit gewährleistet. Aus dem Begriff der Freiheit folgt, daß kein Mensch den andern hindern kann, sich die Mittel zu verschaffen, die für die Erhaltung seiner Existenz notwendig sind, und daß er sich allen Versuchen

16. „Si les hommes ne se sont réunis en société que pour conserver et maintenir leur existence pour être plus fort et plus heureux, la société doit remplir ce but“, Art. 2.

17. „Les droits de l'homme se rapportent à ces. trois: liberté, égalité, propriété; d'où il suit que le but des lois conservatrices doit être de leur en garantir la sûreté“.

widersetzen darf, die sich in dieser Beziehung gegen ihn richten. Aus diesem Freiheitsrecht oder besser, Selbsterhaltungsrecht folgt insofern die Gleichheit, als jenes Recht für alle Menschen besteht. Zur Gewährleistung der Selbsterhaltung sind bestimmte Güter notwendig, die den menschlichen Bedürfnissen Genüge leisten. Daraus ergibt sich das Recht auf Eigentum. Die menschliche Gesellschaft soll nur verbieten, den Rechten anderer zu schaden. Aufgabe des Gesetzes als einer allgemeinen und für alle gleich verbindlichen Übereinkunft ist es, die genannten Rechte in den verschiedenen Gebieten des staatlichen und bürgerlichen Lebens zu realisieren. Aus der Freiheit, d. h. dem Rechte, alles tun zu dürfen, was das Gesetz nicht verbietet, sollen folgen: die Gedankenfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Freiheit in Handel und Gewerbe und im Genuß des Eigentums. Der Ausdehnung dieser Rechte auf alle und dem gemeinsamen Schutz entspricht die Gleichheit. Über diese Fragen und über die Unveräußerlichkeit und Unverjährbarkeit der Rechte ergeht er sich in metaphysischen Erörterungen. Zusammenfassend sagt er: „Der Mensch hat das Recht, seine Existenz durch die freie Anwendung aller Mittel, die die Natur ihm zu diesem Zwecke gegeben hat, sei es physische Kraft oder seien es Talente, zu erhalten und zu verbessern. Er bringt seine Kraft und seine Talente in die Gesellschaft mit, sowie den Willen, sie anzuwenden.“ Er tritt frei in die Gesellschaft, deren wesentliches Ziel es ist, das Leben, die Freiheit, die Ehre, die Person und das Eigentum jedes einzelnen zu schützen. Er bleibt nicht nur frei in ihr, sondern vermehrt und befestigt sogar seine Freiheit. Es hat daher niemand ein Recht auf die Freiheit und das Eigentum der andern, keiner darf sich daran vergehen, „das ist die erste Bedingung und folglich das erste Gesetz. ... ‚Was du nicht willst, das man dir tu‘, das füg auch keinem andern zu“, dieses Axiom ist das große Gesetz der Freiheit“. An diesem Satz und an seiner Begründung erkennt man wieder klar die Quelle: Mably. Die starke Betonung der Freiheit und Gleichberechtigung, besonders auf den Gebieten des geistigen Lebens, darf sicherlich zu einem Teile als eine Reaktion gegen die geistige Knebelung der Protestanten unter dem Absolutismus gewertet werden. Auch die Defi-

nition des Eigentumsrechtes als Grundrecht muß in ideeller Richtung gedeutet werden.

Die Erklärung der Rechte schien Rabaut Saint-Etienne eine bereits durch die Cahiers auferlegte Verpflichtung. Außerdem war die Erklärung der Rechte in Amerika ein gewaltiger Ansporn dazu. Die blinde Übernahme der amerikanischen Erklärung lehnte er jedoch auf das bestimmteste ab. „Man sage uns nicht“ — eine Anspielung auf La Fayette — „daß unsere Erklärung ähnlich sein müsse. Die Umstände sind nicht die gleichen... Man muß sich hüten, dem Beispiel Amerikas blind zu folgen. Wir haben mit den Amerikanern nur den Umstand gemein, daß auch wir uns regenerieren wollen“, sagte er am 18. August 1789 in der Nationalversammlung.¹⁸

Rabauts Ablehnung einer blinden Nachahmung der amerikanischen Rechteerklärung verdient umso mehr hervorgehoben zu werden, als er verschiedenen Mitgliedern der „amerikanischen Partei“ nahe stand. Er war, wie wir bereits wissen, mit La Fayette befreundet, ferner gehörte er dem Bekanntenkreis des die Revolution mit großem Beifall verfolgenden amerikanischen Gesandten am Hof Jefferson an. In Begleitung von La Fayette war er mit diesem zusammengetroffen, und der Mittelpunkt der Unterhaltung bildete die Erklärung der Rechte. Rabaut erhielt von Jefferson sogar den Entwurf einer „Charter of Rights“ zugesandt, die vom König und den Mitgliedern der drei Stände unterzeichnet werden sollte.¹⁹

Die Erklärung der Rechte wollte Rabaut nicht nur vom Gesichtspunkt des Staatsmannes und Gesetzgebers verstanden wissen, sondern mehr noch von dem des Erziehers. In seinem Entwurf verlangte er strenge Wahrheit und klare Grundsätze, damit jedermann sie erfassen und lernen könne, „daß sie das Alphabet der Kinder werde und in den Schulen unterrichtet werden kann“. Aus diesem Grunde verweist er auf die Fassung der Erklärung des Abbé Sieys als Musterbeispiel, die er mit einigen kleinen Abänderungen annehme, und die in dem Entwurf des Fünferausschusses berücksichtigt werden solle; „denn sie enthält repräsentative Maximen, die ich anbete, sie lehrt mich meine Rechte, beschützt

18. Arch. parl. Bd. 8, S. 452.

19. O. Voßler, Die amerikanischen Revolutionsideale in ihrem Verhältnis zu den europäischen. Beih. 17 der Hist. Zeitschrift, 1929, S. 110 ff.

mich im entferntesten Wohnsitz, fern vom Thron und dem Zentrum der Gerechtigkeit, gegen die dunklen Tyrannen, die mich ihre usurpierte Macht fühlen lassen wollen“.²⁰

Tatsächlich ist der Entwurf von Sieys auf logischer Grundlage in streng repräsentativem Sinne konzipiert. Was daran zuerst auffällt, ist der Titel.²¹ Sieys wollte keine Erklärung im eigentlichen Sinne aufstellen, sondern eine „Exposition raisonnée“ geben. Es gibt nämlich nach ihm zwei Arten, den Menschen große Wahrheiten darzulegen: die *forme raisonnée* und die *forme législative*. Er zog die erstere vor, weil sie der Wahrheit ihren wesentlichen Charakter, die Vernunft und die Evidenz, bewahrt, während die letztere die Wahrheiten wie Glaubensartikel aufzwingt und mehr das Gedächtnis denn die Vernunft in Anspruch nimmt. Auch nach Sieys sollte die Erklärung der Rechte den Charakter einer offiziellen Unterweisung haben, die der Nation von der legislativen Körperschaft erteilt wird.

Den Verfassungsbegriff Rabaut Saint-Etiennes können wir noch schärfer umreißen, wenn wir weiterhin seine Stellung zu zwei Fragen betrachten, die mit Leidenschaft in der Nationalversammlung umstritten wurden: 1. soll das Werk der Gesetzgebung einer oder zwei Kammern anvertraut werden? Und 2. welchen Anteil soll der König, der Träger der Exekutive, an der legislativen Gewalt haben? Die Debatten über diese für die Gestaltung der Monarchie grundwichtigen Fragen spielten sich in der Hauptsache von Ende August bis Anfang Oktober 1789 ab. Rabaut hat dazu im Zusammenhang mit der Frage des königlichen Vetos, das Gegenstand erbittertster Diskussionen wurde, Stellung genommen. War doch die Vetofrage staats-theoretisch eng verbunden mit dem Problem der Einheit oder Mehrheit der Kammern. Bei der Annahme mehrerer Kammern wäre nämlich das Veto des Königs überflüssig gewesen, weil man dadurch das retardierende Moment in die Kammern verlegt hätte. Die Frage, ob Ein- oder Mehrkammersystem schien eigentlich im Prinzip entschieden durch den Sieg der Volkssouveränität. Dem Wesen der bisherigen Entwicklung hätte die Bildung mehrerer Kammern widersprochen.

20. Arch. parl. Bd. 8, S. 452 f.

21. Reconnaissance et exposition raisonnée des droits de l'homme et du citoyen, Arch. parl. Bd. 8, S. 256 ff.

Die Errichtung einer aristokratischen Kammer war jetzt vollends unmöglich, da diese nicht eine Schöpfung des Volkes, sondern eine solche des Königs gewesen wäre. Montesquieu leitete wohl die Gewalt des Adels vom Volke her, aber diese ohnehin unhistorische Behauptung hatte unter den damaligen Verhältnissen kaum noch Gewicht. Eine andere Möglichkeit war die Bildung zweier Kammern ohne Rücksicht auf die ständische Einteilung, und um das Für und Wider dieser Frage entspann sich ein heftiger Streit. Sie wurde schließlich im Sinne des Einkammersystems gelöst, wobei unter anderen jene Argumente geltend gemacht wurden, die Rabaut bereits in seiner letzten vorrevolutionären Schrift gegen eine getrennte Beratung in den Generalständen angeführt hatte. Dort hat er sich als Gegner des Mehrkammersystems bekannt und die gegenseitige Balancierung der Gewalten im Sinne Montesquieus scharf abgelehnt. Auch jetzt ist er noch für das Einkammersystem, aber sein Standpunkt scheint doch weniger bestimmt zu sein als früher. Wahrscheinlich konnte er sich dem Einfluß der Männer des konstitutionellen Liberalismus aus der Schule Montesquieus wie Lally-Tollendal, Mounier, Malouet u. a., die mit ihm im Verfassungsausschuß saßen, und die in der englischen Verfassung ihr Ideal sahen, nicht ganz entziehen. Im Ausschuß herrschte nämlich damals die Absicht vor, die gesetzgebende Versammlung nach englischem Vorbild in ein Ober- und ein Unterhaus zu teilen und mit einem Oberhaus oder Senat das retardierende und kontrollierende Element in die Kammern einzufügen.

Die Frage des königlichen Vetos wurde in der Sitzung vom 29. August vom Herzog de Noailles aufgeworfen, der eine genaue Definition des königlichen Sanktionsrechtes beantragte.²² Über diesen Gegenstand und im Zusammenhang damit über das Veto wurde dann in den ersten Septembertagen ins Endlose debattiert, bevor nur eine der andern großen Fragen, durch deren Lösung logischerweise auch die Natur des Vetos bedingt gewesen wäre, entschieden war. Man wollte sozusagen einen Brief unterschreiben, bevor sein Inhalt aufgesetzt war. Die Debatte über das Veto wurde von weiten Kreisen außerhalb der Versammlung mit größter Anteilnahme verfolgt, wodurch die Wogen der Leiden-

22. Ebd. S. 509.

schaften in der Versammlung umso höher schlugen; barg doch der wichtige Stoff an sich bereits eine Menge von Streitpunkten. Das Interesse der Stadt Paris an dieser Frage zeigte sich in Drohungen, die vom Palais Royal ausgingen, eine zweite Campagne gegen die Schlösser zu organisieren, wenn die Versammlung das absolute Veto annehmen würde. Gegenrevolution und Gewaltherrschaft schienen sich hinter dieser Frage zu verbergen; die Angelegenheit des Vetos wurde daher zum Gegenstand leidenschaftlicher, populärer Agitation. Seit der Zerstörung der Bastille war die Masse nicht mehr so bearbeitet worden, und noch nie hatte sich so deutlich gezeigt, daß neben den Abgeordneten die Straße eine Macht zu werden versuchte, die ihre Meinung in Verfassungsfragen zur Geltung bringen wollte.²³

Rabaut machte zur Vetoangelegenheit am 1., 4. und 21. September grundlegende Ausführungen, die wesentlich auf die Beschlüsse der Versammlung einwirkten. Allerdings ist es auch ihm, wie der Versammlung, nicht gelungen, eine genaue Unterscheidung zwischen Sanktion und Veto herauszuarbeiten. Wohl sagte er: „Ich habe beobachtet, daß man oft die königliche Sanktion mit dem königlichen Veto verwechselt. Das sind zwei sehr verschiedene Dinge. Die Sanktion ist ein rein materieller Akt, durch welchen der König das Gesetz siegelt, sie ist nur die königliche Unterschrift. Das Veto dagegen ist ein Willensakt, der hindert, daß ein Gesetz nicht zustande kommt. Die Sanktion ist das Siegel auf das Gesetz, die der Promulgation vorangeht, ein Akt, der vom Gesetz sagt: *sancta sit*, und dem Volk: hier ist das Gesetz, gehorcht! Das Vetorecht ist eine wirkliche legislative Gewalt, obgleich es nur negativ ist; denn die Verhinderung eines Gesetzes heißt, das Gegenteil oder etwas anderes zu befehlen als dieses Gesetz. Das Vetorecht kann die Sanktion im Gefolge haben, niemals aber die Sanktion das Vetorecht.“²⁴ In der Auffassung der königlichen Sanktion sieht man sehr deutlich die Beeinflussung durch Mably.²⁵ Der letzte Satz seiner Definition ist aber anfechtbar. Das Veto

23. vgl. Erdmannsdörffer, Mirabeau, S. 86.

24. Arch. parl. Bd. 8, S. 569, Œuvres II, S. 152 ff.

25. s. G. Müller, Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbé Mably und ihr Einfluß auf das Werk der Konstituyente, S. 99.

ist wohl, wie Rabaut richtig sagt, Gesetzesverhinderung; daher kann es nicht zur Sanktion führen. Die Verweigerung der Sanktion bedeutet aber implicite ein Veto, folglich zieht das Sanktionsrecht durch seine Nichtausübung das Veto nach sich, nicht aber umgekehrt.²⁶ Die allermeisten der von der Versammlung gelieferten Definitionen haben ebenfalls nicht das Richtige getroffen, weil in die beiden Begriffe ein Gegensatz hineingelegt wurde, der nicht existierte. Veto und Sanktion beruhen nicht auf Verschiedenheit der funktionellen Zuständigkeit, so daß etwa das Veto der Legislative, die Sanktion der Exekutive zugehört. Vielmehr ist die Sanktion das affirmative Verhalten des Sanktionsberechtigten gegenüber den Akten der Legislative, das Veto aber das prohibitive.²⁷

Doch war der Ansatzpunkt der Kritik Rabaut Saint-Etiennes zweifellos richtig. Er wandte sich gegen das unlogische Verhalten der Versammlung, an erster Stelle die Vetofrage zu diskutieren, d. h. das Dach auf ein Gebäude zu setzen, bevor dessen Grundmauern ausgebaut seien. Die Versammlung ließ sich jedoch von ihm nicht überzeugen, obwohl er von Mirabeau unterstützt wurde. Sie folgte dem Vorschlag Targets und Clermont-Tonnerres, die beantragten, alle drei Fragen, Veto, Kammern und Permanenz gleichzeitig zu verhandeln. Die Versammlung wollte die Veto- und Sanktionsfrage deshalb zuerst regeln, weil sie befürchtete, der König könnte der Verfassung seine Sanktion verweigern und so ihr Werk zum Scheitern bringen. Dieser Befürchtung versuchte Rabaut mit dem Hinweis zu begegnen, daß der König das Veto erst durch die Verfassung bekomme, es der Nation also nicht entgegenstellen könne, weil er sich ihrem souveränen Willen fügen müsse.²⁸ Die Frage aber, in welchem Falle die Sanktion notwendig und in welchem Sinne sie anzuwenden sei, ließe sich nur durch das Ganze der Verfassung und erst dann lösen, wenn die Versammlung eine Entscheidung in der Frage der Permanenz und des Kammersystems getroffen habe.

26. s. Loewenstein, S. 230.

27. Ebd. S. 231.

28. Arch. parl. Bd. 8, S. 534.

Diese am 1. September mehr gefühlsmäßig hingeworfenen Gedanken führte Rabaut Saint-Etienne dann in einer viel beachteten Rede am 4. September systematisch aus. Dabei suchte er die staatspolitische Einsicht mit der abstrakten Theorie in Einklang zu bringen. Die Grundlage seiner Ausführungen bildet die Lehre von der Gewaltenteilung. Der Grundsatz, daß die gesetzgebende Gewalt unteilbar ist, schließt für ihn die Beteiligung des Königs an der Gesetzgebung in der Gestalt des Vetos aus, er läßt es aber für den König in seiner Eigenschaft als oberstes Exekutivorgan zu; der König kann die Ausführung eines ihm nicht genehmen Gesetzes aufschieben. „Dann wäre dieser Akt des Königs nicht ein Akt des Gesetzgebers, der am Zustandekommen des Gesetzes mitwirkt und der es wollen oder nicht wollen kann, sondern ein Akt des obersten Magistrats, der seine Sanktion aufschiebt.“ Diese Formulierung kann jedoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß, rein politisch gesehen, der König durch die Zubilligung des Vetos Anteil an der legislativen Gewalt hat. Im Sinne Rabaut Saint-Etiennes appelliert der König mit diesem Akt an die Nation, im Glauben, daß ihre Vertreter sich im Irrtum über den wahren Gemeinwillen befinden, und fordert die Stellungnahme der Nation zu dem in Frage stehenden Gesetz. Der König hat die Provinzialversammlungen von seiner Sanktionsverweigerung in Kenntnis zu setzen, und diese sollen hierauf den Entwurf an die Wählerversammlungen weitergehen lassen, die mit Stimmenmehrheit darüber beschließen und deren Meinung den neu zu wählenden Abgeordneten als Instruktion dient. Diese Instruktion dürfe jedoch nicht den Charakter eines imperativen Mandats haben, vielmehr solle die neue Nationalversammlung berechtigt sein, mit Stimmenmehrheit zu entscheiden.²⁹ Diese Konstruktion steht jedoch im Widerspruch zu Rabauts andern Grundsätzen. Denn dadurch, daß die Abgeordneten an die Entscheidung der Wählerversammlung nicht unbedingt gebunden sein sollen, könnte das Veto des Volkes praktisch wirkungslos bleiben und der Gemeinwille, das oberste Prinzip Rabauts, mißachtet werden. Der Vorschlag be-

29. Ebd. S. 571.

deutet daher sachlich nur eine repräsentative Ausgestaltung des Volksentscheids.³⁰

Seine Darlegung beruhte auf der Voraussetzung, daß sich die Nationalversammlung für das Einkammersystem entscheiden werde. Dies war vorauszusehen und geschah auch tatsächlich am 10. September 1789.

In den erregten Debatten dieser Tage wurden machtpolitische Interessen und ständische Wünsche mit Deklamationen bemäntelt, in denen man sich auf den bei der Rechten noch immer in ziemlich hohem Ansehen stehenden Montesquieu und auf die scheinbar so glänzende englische Verfassung berief. Aber nicht die Theorie gab den Ausschlag, sondern die vorausgegangenen Ereignisse des Ständekampfes und das Mißtrauen gegen den König. Mit großem Scharfsinn versuchte man diese politischen Realitäten mit der Theorie in Einklang zu bringen.

Montesquieu, auf den die Befürworter des Zweikammersystems sich in dieser Frage stützten, hat die englische Verfassung in einem Sinne dargestellt, der mehr seiner Tendenz entsprach denn der Wirklichkeit. Auch wurde er der historischen Entwicklung nicht immer gerecht, er sah oft nur den augenblicklichen Zustand, fragte dabei aber nicht so sehr nach den Ereignissen, die den Zustand bedingten, sondern mehr nach dem staatsrechtlichen oder politischen Gedanken, der sich in die Institution hineindeuten ließ.³¹ Diesen Mangel der Lehre Montesquieus hat Rabaut Saint-Etienne besonders klar erkannt, und wenn Ausführungen in dieser heißen Redeschlacht von wahren Verständnis für die englische Verfassung zeugten, wenn damals an dieser und an Montesquieu gesunde Kritik geübt wurde, so geschah dies durch den Mund Rabaut Saint-Etienes. Im Zusammenhang mit seiner Stellungnahme zu einem Mehrkammersystem machte er Ausführungen, die sich eng an die seiner vorrevolutionären Schrift „Frage des öffentlichen Rechts“ anschließen. Er betonte, daß die Engländer Vorteile genossen, die sich aus der Teilung der Legislative in zwei Kammern ergeben, daß aber die Trennung aus anderen Gründen gemacht worden sei. „Ich leugne nicht“, sagte er, „daß die Eng-

30. vgl. Loewenstein, S. 268.

31. s. Redslob, S. 195 f.

länder aus ihrem Gleichgewicht große Vorteile für die Freiheit gezogen haben. Mir scheint jedoch, daß ein Oberhaus, daß eine getrennte Kammer bei ihrer Gründung nicht als Werkzeug gedacht ist, die gefährlichen Bestrebungen einer versammelten Nation aufzuhalten. Ich gestehe zu, daß sie diese Wirkung erzielt, und daß das Resultat, ein durch die Umstände bedingtes Gleichgewicht, eine weise Einrichtung ist, aber ich behaupte, daß es seine Entstehung nicht menschlicher Weisheit verdankt, genau so wenig wie es bei uns der Fall gewesen wäre, wenn man uns gezwungen hätte, eine obere Kammer einzusetzen. Der Gedanke, zwei Kammern einzuführen, hat seinen Ursprung nicht in einer Berechnung von politischen Kräften. Er ist nicht aufgekommen, um übereilte Beschlüsse der Repräsentanten des Volkes zu verhindern. Wenn aber wir ihn uns zu eigen machen, so geschieht dies nicht auf Grund prinzipieller Erwägung, sondern im Wege der Nachahmung. Er ist eine Entdeckung, nicht aber eine Erfindung. Der Gesetzgeber hat ihn nicht kalkuliert, der Zufall hat ihn hervorgebracht. Die Idee des Gleichgewichts der beiden Kammern hat seinen Ursprung in England, und die Engländer bildeten sie nicht, um gefährlichen Bestrebungen der Kommunen gegen den König zu wehren; daran dachten sie nicht. Es diente nur dem Ausgleich zwischen den Interessen der Großen und den Interessen der Kommunen. Die zwei Gewalten waren eine erzwungene Einrichtung, ein Pakt, ein ideeller Vertrag, nicht um die Gesetzgebung besser zu machen, sondern um Leute zufrieden zu stellen, die nicht übereinstimmten“.³²

Der von ihm schon früher vertretene Gedanke, daß zwei Kammern, die sich das Gleichgewicht hielten, dem Gemeinwohl schädlich seien und den Staat schwächten, kehrt wieder. „Ein Staat ist nicht gut verwaltet, wenn er vier Gewalten, vier Vetos hat“; denn „das Veto macht eine Kammer zur Gewalt, da ein negatives Recht eine Gewalt ist und einem affirmativen Recht gleichkommt; wer verweigert, gesteht, daß er nicht beistimmt“. Die Forderung des Einkammersystems resultiert für Rabaut ferner aus dem Prinzip der Unteilbarkeit der legislativen Gewalt.³³ Sie, die ihrer

32. Arch. parl. Bd. 8, S. 568.

33. Ebd. „J'avoue que ce n'a pas été sans beaucoup de surprise que

Natur nach unteilbar ist, zu teilen, wäre ein wirklicher Gewaltstreich. Sie muß eins sein, wie die Nation eins ist, aus der sie, wie alle Macht im Staate, fließt. Der Souverän, d. h. die Nation, ist ein einziges und einheitliches Ding, „es ist die Gemeinsamkeit aller, kein einziger ausgenommen“. Die Teilung der legislativen Gewalt „ist ein Ding, das außerhalb des Menschenmöglichen steht.“ Dieser Standpunkt bedingt ganz logisch die oben genannte Definition des Vetos als eines reinen Attributs der Exekutivgewalt und der Stellung des Königs in der Verfassung. Dieser kann nach Rabaut nicht Repräsentant der Nation, Chef, Gesetzgeber und exekutives Organ in einer Person sein, weil man durch die Anhäufung kontradiktorischer Funktionen in der Hand des Königs seiner legitimen Autorität schaden und alle diese Funktionen schwächen würde. „Es herrscht nicht nur Konfusion in diesen Benennungen, sondern sogar Widerspruch; denn, wenn er Repräsentant ist, ist er nicht Chef, wenn er Gesetzgeber ist, darf er nicht ausübende Gewalt sein, weil diese zwei Gewalten nach unseren Prinzipien nicht vereinigt werden dürfen. Ist er ausübende Gewalt, so ist er nicht Repräsentant; denn es verstößt gegen die Prinzipien, daß ein Mandatar kraft dieses Titels das Gesetz ausübe, das er gemacht hat“.³⁴

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß diese Argumentation sehr hinkt, aber sie entspricht einer damals weit verbreiteten dogmatischen Ideologie. Der Anteil des Königs an der legislativen Gewalt, selbst in der Form des Vetos, bedeutet nach Rabaut eine Schwächung seiner Autorität; denn „die Könige sind Menschen und wenn ihr sie zu Gesetzgebern macht, so gebt ihr sie den Irrtümern der Menschheit preis und folglich auch der Zensur der Völker, vielleicht ihrer Verachtung, vielleicht ihrem Haß, wenn ihr den Königen den treulosen Dienst erweist, ihnen Anteil an der Gesetzgebung zu geben, und nur einen einzigen Augenblick ihren Willen, der irren kann, der *Volonté générale*, die nicht irren kann, substituiert“.³⁵ Die Größe des Königs beruhe auf seiner

j'ai entendu avancer cette proposition que le pouvoir législatif doit être divisé“.

34. Ebd.

35. vgl. „Principes“ u. „Idées sur les bases de toute constitution.“

Unfehlbarkeit, und unfehlbar sei er nur, wenn er den unfehlbaren Willen aller ausführe, aber keine Gesetze machen könne, was ihn davor bewahre, ein Despot zu werden. Dies sei der größte Dienst, den man ihm erweisen könne. Die Unfehlbarkeit des Königs würde auch seine Unverletzlichkeit bedingen, er würde dadurch mehr werden, als er heute ist.

Das Veto soll also eine Art Appell sein an die Nation über ihre Repräsentanten hinweg, unter der Voraussetzung, daß die Nationalversammlungen eine jährliche Sitzungsperiode von 4 Monaten und eine Legislaturperiode von normalerweise zwei Jahren haben. Dieses Vetorecht ist also ein beschränktes Recht, ein suspensives Veto, im Gegensatz zum absoluten Veto. Damit näherte er sich der Ansicht von Barnave, A. Lameth, Pétion, Thouret u. a., die ausdrücklich für das suspensive Veto eintraten, und stellte sich in Gegensatz zu Mirabeau, Mounier, Malouet, Clermont-Tonnerre u. a., die für das absolute Veto sprachen und in Gegensatz zu Sieys, der auf Grund der Gewaltentrennung jede Art von Veto verwarf.

Die Frage, ob der König sein Veto allen Akten der Nationalversammlung entgegensetzen könne, den konstitutionellen wie den legislativen Akten, war für Rabaut im Prinzip beantwortet: das Veto kann sich auf konstitutionelle Akte nicht erstrecken. Die von der Konstituante geschaffene Verfassung bestimmte: das Vetorecht des Königs kann sich weder beziehen auf konstitutionelle noch auf fiskalische Gesetze noch auf Beratungen, die die Ministerverantwortlichkeit betreffen. Der Anteil des Königs an der legislativen Gewalt wurde damit praktisch fast gleich null, zumal die Versammlung sich noch vorbehielt, sich durch Proklamationen, die dem Vetorecht ebenfalls nicht unterlagen, an das Volk wenden zu können.

Viele Politiker von 1789 waren sich des inneren Widerspruchs zwischen der Theorie und der Wirklichkeit, zwischen ihrer politischen Doktrin und ihrer wahren Gesinnung nicht bewußt. Die meisten waren nur beherrscht von der Erinnerung an die Zeit des entarteten Despotismus, waren geblendet vom Siege der Volkssouveränität, deren üble Auswirkungen noch nicht hinreichend deutlich zutage traten, erfüllt mit Stolz auf den Besitz der längst begehrten politischen Macht. Als Kinder eines rationali-

stischen Zeitalters waren sie eifrig bemüht, ihr Handeln ideologisch zu unterbauen und eine Verfassung zu schaffen, die ein einheitliches Ideensystem bildete. Aber dennoch waren sie in ihrem Handeln weit weniger doktrinär, als man gemeinhin glaubt, sondern schufen vorerst aus der gegebenen Lage heraus und modelten die Doktrin der Zwangslage entsprechend, auch wenn dies nur mit gewaltsamen Konstruktionen und kühnen Gedankensprüngen möglich war. Das restlose Versagen des Königs als Führer und Ordner im politischen Chaos, seine offenkundige Abneigung gegen die Revolution und die unverhüllte gegenrevolutionäre Haltung des Hofes, der den König beherrschte, mußte sie notgedrungen weiterführen, zwang sie zu tun, was keiner zuvor zu tun gedachte. Viele wandelten ihre Theorien genau so wie Rabaut Saint-Etienne. Ihre Stellungnahme zu dem ganzen konstitutionellen Fragenkomplex war bedingt durch die Sorge um die Erhaltung der Freiheit und die Furcht vor dem Despotismus. „Ich verabscheue den Despotismus“, sagte Rabaut, „ich schaudere schon bei dem Gedanken an den ministeriellen Despotismus, aber der Despotismus der Aristokratie, welcher Art er auch sei, und woher er komme, scheint mir der unerträglichste von allen... Ich denke daher, daß wir den Despotismus der Nationalversammlung selbst voraussehen müssen, daß wir den einer oberen Kammer oder den von zwei Kammern voraussehen und die zukünftigen Generationen vor einem Unglück, das vielleicht nicht weniger groß wäre als das, dessen Opfer wir waren, bewahren müssen. Die Freiheit steht zwischen zwei Abgründen; zur Rechten und zur Linken ist der Despotismus; unsere Pflicht ist es, ihn zu vermeiden. Wenn das suspensive Veto das einzige Mittel ist, der Tyrannei der Nationalversammlungen vorzubeugen und ihre unbedachte Übereilung zu verhindern, bin ich bereit, es anzunehmen. Wenn die Organisation jener Versammlungen selbst diese Gefahren vermeiden kann, verlange ich, daß sie in diesem Geist der Vorsicht zusammengesetzt werden; wenn die zwei Kammern uns in der Mitte, die ich suche, halten können, so gehe man an das Studium der Organisation der zwei Kammern“.³⁶

Dies sind die Gesichtspunkte, die Rabaut Saint-Etienne bei der Organisation der demokratischen Monarchie geltend machte. Viele

36. Am Schluß der Rede.

glaubten wie er aufrichtig, das Königtum zu retten. An die Möglichkeit, daß die Demokratisierung des bisher absolutistisch regierten Staates zur republikanischen Staatsform führen könnte, dachte niemand. Es gab kaum einen Abgeordneten, der das demokratische Prinzip stärker vertrat als er; aber bei alledem protestierte er mit Heftigkeit dagegen, wenn man ihm republikanische Gesinnung unterschob. Diesen Vorwurf wies er in seiner Rede vom 4. September 1789 energisch zurück. Er beteuerte seine monarchische Gesinnung mit Worten, die den allgemeinen Beifall der Versammlung fanden, und die Aulard als Zeugnis dafür dienten, daß sich damals kein Mitglied der Versammlung als Republikaner ausgab oder als solcher betrachtet werden wollte. „Es ist undenkbar“, sagte Rabaut, „daß irgend jemand in der Versammlung den lächerlichen Plan gefaßt hätte, die Monarchie in eine Republik zu verwandeln. Jedermann weiß, daß die republikanische Staatsform sich kaum für einen Kleinstaat eignet, und die Erfahrung hat uns gezeigt, daß jede Republik schließlich der Aristokratie oder dem Despotismus unterliegt. Zudem sind die Franzosen jederzeit Anhänger der heiligen, althehrwürdigen Monarchie gewesen. Sie hängen an dem erlauchten Blut ihrer Könige, für das sie das ihre vergossen haben; sie verehren den wohlthätigen Herrscher, den sie zum Wiederhersteller der französischen Freiheiten erklärt haben. Trostsuchend richten sich die Blicke der betrübten Völker stets auf den Thron, und so schlimm auch die Leiden sind, unter denen sie ächzen, ein Wort, ein einziges Wort, dessen magischer Zauber sich nur durch ihre Liebe erklärt, der Vatername des Königs genügt, um sie wieder mit Hoffnung zu erfüllen. Die französische Regierung ist also monarchisch. Als dieser Grundsatz in der Versammlung ausgesprochen wurde, hörte ich keine andere Forderung stellen als die, das Wort Monarchie näher zu bestimmen“. Diese Worte sind keine theatralische Geste, sie sind aufrichtig und erhalten ihre Bestätigung durch die Stelle eines Briefes vom August 1791, der an einen vertrauten Kollegen gerichtet ist. Dort beklagt er sich einerseits über die verschiedenartigen Manöver der Unzufriedenen, über die Bemühungen der Privilegierten, ihre Sonderrechte wieder zu erlangen, ihre Versuche, das Einkammersystem durch zwei Kammern zu ersetzen, und anderseits über die

Machenschaften der extremen Patrioten, die Republik einzuführen, „d. h. keinen König zu haben. Was die Republik betrifft, so haben wir sie ja, und der König ist nur der oberste ausübende Magistrat in ihr. Sparta war eine Republik und hatte zwei Könige“.³⁷

An der Errichtung der „republikanischen Monarchie“ nahm Rabaut als ständiges Mitglied des Verfassungsausschusses in der Folgezeit weiter teil. Besonders zwei Fragen waren es, an deren Regelung er in ganz hervorragendem Maße mitwirkte: die Neueinteilung Frankreichs in Departements und die Organisation der öffentlichen Macht, vornehmlich der Nationalgarde, die er als den Garanten für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verfassung bezeichnete. Erstere ist für ihn die logische Konsequenz aus dem Gedanken der Souveränität des Volkes, die in der legislativen Gewalt zum Ausdruck kommt. Die *Force publique* dagegen ist der sichtbare Ausdruck der Nation. In diesem Zusammenhang wird so recht klar, was Rabaut unter Nation versteht. Sie stellt für ihn vorerst nicht das gewachsene Volk, nicht die Gesamtheit aller Franzosen, dar, sondern nur die der Aktivbürger als Interessenten am Bestand der staatlichen Ordnung, in der alle zu ihrem Recht kommen sollen. Pflicht der Aktivbürger ist es deshalb, Nationalgardisten zu sein. Damit befand er sich in Übereinstimmung mit der bürgerlichen Auffassung, die die Konstituante vertrat. Ausdrücklich sagt er: „Die Nationalgarde ist im allgemeinen Sinne nichts anderes als die Nation“.³⁸ Sie ist das Instrument des Gemeinwillens, weil „die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigerweise von denen ausgeht, die sie eingesetzt haben, und da alle sich durch einen Akt des Gemeinwillens zur Verteidigung eines jeden einzelnen verpflichtet haben, kann man die *force commune* definieren als den Widerstand aller gegen die Unternehmungen eines einzelnen.“ Mit diesen Worten umreißt Rabaut treffend die Bedeutung und Stellung der Nationalgarde im Staat. Der Wille, der das Gesetz macht, wacht durch eine eigene Exekutive über dessen strenge Einhaltung. Das Instrument jenes Willens ist zu-

37. Lettre au pasteur Bruguier, 27. August 1791, s. correspondance de Rabaut Saint-Etienne, Rév. franç. 1898. vgl. Bulletin 1885, S. 214 f.

38. Rapport sur l'organisation de la force publique par Rabaut Saint-Etienne, Arch. parl. Bd. 20. S. 592 ff.

gleich ein Garant gegen eine ungesetzliche Anwendung der Armee durch den König. Damit ist aber die eigentliche verfassungsmäßige Exekutive praktisch nahezu ausgeschaltet; der König als Exekutivorgan ist fast nur noch eine Form ohne Inhalt.

Der Vereinheitlichung des souveränen, von keiner Gewalt gehemmten Nationalwillens diente weiter die Neueinteilung Frankreichs. Zu dieser Frage hat Rabaut interessante und wichtige Beiträge geliefert. Er gab zwar keinen offiziellen Bericht darüber in der Nationalversammlung, billigte aber durchaus die im Namen des Ausschusses vertretenen Argumente. Auch in dieser Frage ging er, wie bei vielen anderen, von der Absicht aus, die Revolution in der einheitlich gegliederten Nation zu verankern, indem man die größtmögliche Machtfülle auf konstitutionellem Wege in ihre Hände legte. Historische Erwägungen, Achtung vor der Tradition und dem organisch Gewordenen wogen für ihn leicht gegenüber dem Moment der Einheit und der Stärke der Nation. Nirgends kommt dies mehr zum Ausdruck als in dem großen Organisationswerk der Konstituante. Die Neuorganisation Frankreichs erfolgte unter dem Gesichtspunkt der Staatseinheit und der Zentralisation. Sieys war zweifellos der mächtigste Förderer dieser Ideen. Rabaut Saint-Etienne gehörte jedoch zu den Mitgliedern des Verfassungsausschusses, die sie durch besondere Schriften am stärksten unterstützten und nach außenhin verteidigten.

Die Neueinteilung Frankreichs wird oft hingestellt als eklatantes Beispiel für den rationalistischen Sinn der Männer von 1789, für ihren Mangel an Achtung der Tradition, für ihren Schematismus und das Bestreben, mit allen Mitteln eine Kluft zwischen der Vergangenheit und Gegenwart zu schaffen. Dieser Hinweis ist nicht unberechtigt. Auch ist die spätere Kritik des Königs an diesem Werke in manchen Punkten ganz stichhaltig; denn die Maschine funktionierte tatsächlich schlecht, und ihr offenes Versagen trat lediglich deshalb nicht sofort in Erscheinung, weil die Konstituante diktatorisch durch ihre Ausschüsse über das Land regierte. An der Spitze fast aller Verwaltungszweige stand nämlich ein Sonderausschuß der Versammlung, der die letzten Entscheidungen traf, und damit wurde der Selbst-

verwaltungsgedanke nur in relativer Weise verwirklicht.³⁹ Indessen ist eine Kritik, die sich nur auf die Wirkung einer Sache stützt und ihre Entstehungsbedingungen nicht würdigt, nie gerecht.

Wenn jetzt die Neuorganisation Frankreichs zu einer grundsätzlichen Forderung des dritten Standes und die alte Organisation verworfen wurde, so war dafür nicht eine unverbesserliche Neigung zum rationalistischen Theoretisieren entscheidend geworden, sondern handfeste Tatsachen. Die im Jahre 1787 geschaffenen Munizipalitäten blieben unpopulär, und nicht selten findet man sie heftig angegriffen. Alle Reformen waren mehr oder weniger Palliative gewesen, und bei ihrer Durchführung traten die Schäden erst recht zutage; etwas Durchgreifendes war nicht geschehen. Vielleicht hätte die Reform von 1787 im Sinne der neuen Ideen ausgebaut und organisch fortgebildet werden können; aber in der kurzen Zeit bis zur Revolution konnte die neue Einrichtung in die Augen springende Erfolge nicht erzielen. Dazu hatte die Politik Neckers viel beigetragen. Die Cahiers hatten Schutz vor dem Despotismus, vor fiskalischer Ausbeutung verlangt und im Zusammenhang damit die alten Privilegien zurückgefordert. Die pays d'élections beanspruchten Privilegien, wie sie verschiedene pays d'Etats besaßen. Alle drei Stände waren sich damals fast allgemein einig in der Forderung von Provinzialständen, deren Verfassung sich in Übereinstimmung mit der Verfassung der Generalstände befinden sollte. Hätte die Revolution die Richtung genommen, die der dritte Stand anfangs angestrebt hatte, wäre sie in gesetzlichen und gemäßigten Bahnen verlaufen, und hätte man den Kontakt mit dem König gefunden, so hätte wahrscheinlich auch die Verwaltungsreform eine Richtung genommen, die den bisherigen Gedankengängen entsprach. Nun hatte aber das Königtum versagt, hatte den dritten Stand zurückgestoßen und dieser hatte die Macht an sich gerissen. Der Unterwerfung der ersten Stände war eine vorläufige Versöhnung in erhabenster Form in der Nacht vom 4. August 1789 gefolgt, bei der alles Tren-

39. A. Mathiez, *La théorie de la dictature et la Constituante*, *Revue hist.* 1929.

nende begraben wurde, alle Privilegien der einzelnen, der Städte, Provinzen und Korporationen auf dem Altar des Vaterlandes geopfert wurden. Damit war eine neue Lage geschaffen, das Problem von Grund aus geändert. Der Weg zum modernen Einheitsstaat wurde frei. Was die Kühnsten nicht zu träumen gewagt, ließ sich durchführen: Frankreich konnte einheitlich gegliedert werden. Dies war auch die Voraussetzung für eine wirksame Durchführung der Verwaltungsreform und der geplanten Gerichts- und Steuerreform. Die Idee der Einheit war jetzt das Maßgebende, und ihre Verwirklichung wurde mit Leidenschaft angestrebt. Der Einheit der Versammlung, die im Einkammer- und im Repräsentativsystem zum Ausdruck kam, sollte die Einheit der Nation in einer entsprechenden Organisation folgen. Viele von denjenigen, die bei Ausbruch der Revolution den Provinz- und Sonderprivilegien das Wort geredet hatten, wichen unter der ganz veränderten Sachlage von ihrem früheren Standpunkt ab. Bereits vor dem 4. August nahm z. B. Mounier, der 1788 für jene Privilegien eingetreten war und sie zurückgefordert hatte, Stellung gegen sie, da es gelte, nicht Männer der Provinzen, sondern Franzosen zu erziehen. Und am 9. Juli 1789 forderte er dazu auf, eine allgemeine Freiheit und ein gemeinsames Glück den tyrannischen Privilegien und Partikularrechten vorzuziehen, die die Provinzen dem Joch des Despotismus doch nicht hätten entziehen können.⁴⁰ Auch hier waren es die Ereignisse und die Wandlungen der Dynamik, die die Entwicklung der Ideen bestimmten.

Dem Projekt für die Departements- und Munizipalgesetzgebung, das Thouret am 29. September 1789 im Namen des Verfassungsausschusses vortrug, lag die fundamentale Tatsache zugrunde, daß es keine Repräsentanten der Provinzen, der Bailiages und der Sénéchaussées mehr gab, sondern nur noch Vertreter der französischen Nation.⁴¹ Leitgedanke war jetzt die politische Einigung aller Glieder des alten Staates und die Einordnung aller Teile unter das große nationale Ganze. Man mußte

40. s. H. Hintze, Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution. Berlin 1927. S. 175.

41. Discours de Mr. de Thouret, membre du comité de constitution, Arch. parl. Bd. 9. S. 654 ff.

die alte Einteilung in Provinzen ändern, weil es unvorsichtig gewesen wäre, eine Verwaltung bestehen zu lassen, die in sich die Mittel vereinigte, die aufgegebenen Ansprüche und die abgeschafften Privilegien im Laufe der Zeit wieder zu fordern und zu erlangen. Zudem war die alte Einteilung äußerst verworren und unzweckmäßig. Es bestand ein unglaubliches Durcheinander der verschiedenen Autoritäten und Körperschaften, die sich gegenseitig lähmten und die administrative Maschine äußerst schwerfällig machten. Die ganzen Mängel hatten sich während der Wahlen zu den Generalständen in besonders grellem Lichte gezeigt. Die alten Gewalten hatten widerstandslos das Feld geräumt. Der Moment für die Neuorganisation war daher der denkbar günstigste. Die Lage der Dinge verursachte jedoch die Verschiebung des Schwerpunkts auf Kosten des monarchischen Prinzips.

Bei diesem Werke galt es, den Gedanken zu verwirklichen, daß die Nation eine einzige, große Familie sei. Der Sondergeist der Provinzen, ihre Privilegien sollten vernichtet und ein nationaler Gemeingeist gepflanzt werden. Deshalb wurde der alte Organismus beseitigt und ein neuer geschaffen, in dem jedes Glied dieselben Einrichtungen und dieselben Rechte erhielt. Thouret rief der Versammlung am 3. November 1789 zu: „Verzweifeln wir nicht daran, daß der Tag kommen wird, an dem kraft des erstarkten Nationalgeistes alle Franzosen in einer einzigen Familie vereint, unter einem einzigen Gesetz, einer einzigen Regierungsform alle Vorurteile des korporativen und lokalen Sondergeistes abschwören werden. Die Verfassung hat diese Bewegung vorauszusehen, herbeizuführen und zu erleichtern“.⁴²

Der Plan des Verfassungsausschusses sah ursprünglich 80 Departements von je 324 Quadratmeilen vor; jedes Departement sollte in 9 Distrikte und jeder Distrikt in 9 Kantone zerlegt werden. Die Einteilung in 83 Departements geht auf Sieys zurück. Durch die rein rational ausgeklügelte Zerlegung in viele mäßig große Bezirke sollte nicht nur eine bessere Verwaltung gewährleistet, sondern es sollten auch von vorn-

42. Arch. parl. Bd. 9, S. 656.

herein die Gefahren ausgeschaltet werden, die bei großen Verwaltungskörpern zu befürchten waren: daß sie der Zentrale zu mächtig und selbständig werden möchten, daß der provinzielle Sondergeist sich in ihnen erhalten und eine neue Aristokratie durch sie entstehen könne. Nicht nur die Mitglieder des Verfassungsausschusses, sondern auch viele Mitglieder der Versammlung, unter ihnen kein Geringerer als Mirabeau, vertraten diese Gedanken.⁴³ Um die Einheitlichkeit und Stabilität des Reichs in der Verfassung möglichst stark zum Ausdruck zu bringen, schlug später, im August 1791, Rabaut Saint-Etienne die Formel vor: „Le royaume est un et indivisible ...“, die angenommen wurde, und Thouret gab dazu folgende Erklärung ab: „Auf der großen Teilung der Departements, d. h. auf ihrer großen Zahl, auf ihrer Vielfältigkeit beruht die zentrale Garantie für die Subordination eines jeden Gliedes. Darin liegt aber auch eine Garantie gegen die Gefahr föderativer Institutionen.“⁴⁴

Rabaut Saint-Etienne teilte in dieser Frage durchaus den Standpunkt des Verfassungsausschusses. Dies wird schon daraus ersichtlich, daß er in zwei Schriften, den „Reflexionen“⁴⁵ den Plan des Ausschusses verteidigte und manche der von Thouret im Namen des Ausschusses vertretenen Gedanken weiterspann. Charakteristisch ist auch hier wieder die rein ideelle und politische Betrachtung der Frage. Für ihn war die Verwaltungsreform nur Mittel zum Zweck. Dieser Zweck war die Verwirklichung der nationalen Einheit des Volkes. Er war überdies von vornherein davon überzeugt, daß die neue Organisation auf alle Fälle besser funktionieren werde als die alte. Daher wogen für ihn Einwendungen verwaltungstechnischer und praktischer Art wenig gegenüber der Forderung, alle Individuen und Einzelkräfte des Volkes zusammenzufassen. Dies sollte auf dem Weg der Gesetzgebung erreicht werden. „Auf-

43. Ebd. S. 659.

44. Arch. parl. Bd. 29, S. 381.

45. *Réflexions sur la nouvelle division du royaume et sur les privilèges et les assemblées des provinces d'Etats*, und *Nouvelles Réflexions sur la nouvelle division du royaume*, par Rabaut Saint-Etienne, membre du comité de constitution (Arch. parl. Bd. 9, S. 666 f. u. Bd. 10, S. 37 ff.

gabe des Gesetzgebers muß in erster Linie sein, die Erhaltung der Kräfte jedes Einzelwesens zu versuchen und sie der menschlichen Gesellschaft dienstbar zu machen“. Der Gesetzgeber müsse ferner darauf bedacht sein, die allgemeine Kraft aus einer ganz bestimmten Anzahl von Komponenten zusammenzusetzen, von denen jede ebenfalls aus einer bestimmten Anzahl von gleichen Kräften bestehe; diese wiederum sollten sich aus der ganzen Kraft jedes einzelnen Individuums zusammensetzen. „Auf diese Weise wird jeder Mensch vollständiger und aktiver Teil der Gesellschaft. Diese Gleichheit der Kräfte und folglich der Vorteile wird sicherlich geeignet erscheinen, den *esprit public* zu bilden und zu unterhalten, jenes heilige Feuer der Gesellschaft, das ständig zu unterhalten ein Grundsatz der politischen Religion ist.“

Aus den Darlegungen Rabaut Saint-Etiennes ersieht man zugleich die ganze Problematik, mit der sich der Ausschuß zu befassen hatte. Seine „Reflexionen“ waren ebensosehr an die Provinzen wie an die Versammlung gerichtet. Er suchte die Provinzen über den Verlust ihrer Privilegien hinwegzuträsten. Das hatte nebenbei noch einen besonderen Grund. Ein Jahr vorher war nämlich auch er einer von denen gewesen, die die Dezentralisation, d. h. Provinzialstände mit weitgehenden Befugnissen, gefordert hatten. Seine Darlegungen sollten jetzt zugleich eine Rechtfertigung der neuen Politik und ein Appell an die Provinzen sein. Die Rechtfertigung ist natürlich sehr subjektiv. Das Neue rechtfertigt er, indem er das Alte schlecht macht. Man solle sich, so meint er, nicht über die beklagen, die die Barriere eingerissen, vielmehr über die, die sie errichtet, und über den Widerstand, den sie der Revolution entgegengesetzt hätten. Dieser Widerstand habe verschuldet, daß man das Haus zerstörte, anstatt es auszubessern. Man müsse es übrigens von neuem bauen, und das Übel mit der Wurzel ausrotten, da alles im Argen läge. „Man muß das Volk erneuern, verjüngen, seine Formen ändern, um seine Ideale zu ändern, man muß die Gesetze ändern, um die Sitten, die Menschen, die Dinge und die Worte zu ändern, und alles zerstören, ja . . . alles zerstören, da alles neu geschaffen werden muß“.⁴⁶

46. Nouvelles réflexions, S. 6.

Manche Provinzen, insbesondere die pays d'Etats, wollten sich nicht ohne weiteres mit den andern gleichsetzen lassen; der Verzicht auf die Sonderprivilegien war mancherorts schmerzlich. Reklamationen folgten einander; Städte, die vorher Privilegien besessen hatten, wollten jetzt bei der Neueinteilung Frankreichs irgendwie berücksichtigt, bevorzugt werden. An sie richtete Rabaut in seinen „Reflexionen“, besonders in den „Neuen Reflexionen“ einen besonderen Appell, wandte sich an ihr patriotisches Gefühl und suchte, den scheinbaren Verlust als Gewinn hinzustellen. Ihre Privilegien, sagt er, die oft mehr dem Schein nach als in der Wirklichkeit bestanden, erstreckten sich doch hauptsächlich nur auf die Steuerverwaltung; sie wären zwar unter der Herrschaft des Despotismus nützlich gewesen, aber doch nur deshalb, weil die andern Provinzen sie nicht besaßen. Jetzt aber, wo die Nationalversammlung permanent geworden allein die Steuern festsetze, seien sie überflüssig. Ein Privileg höre auf, ein solches zu sein, sobald es Gemeingut werde, was jetzt der Fall sei. „Diese Privilegien gehören heute allen Franzosen. Was nützte es also jenen Provinzen, sich von der Gesamtheit zu trennen? Wäre es ein Ruhm, den hochtrabenden Titel einer privilegierten Provinz zu besitzen? Aber dieser Titel ist nur noch eine Illusion, weil das ganze Königreich privilegiert ist, d. h. weil es niemand mehr ist.“ Nach einem Hinweis auf die denkwürdige Nacht des 4. Augusts, auf die Nacht der Opfer, fährt er fort: „Nein, es gibt nicht mehr verschiedene Nationen im Königreich, es gibt keine Provinzen mehr. Das Recht, ihre Angelegenheiten selber zu regeln, ist jetzt verderblich; was ein Vorteil unter der Herrschaft des Despotismus war, ist ein Nachteil unter der Herrschaft der Freiheit, und allein bleiben heißt schwach bleiben“.⁴⁷ Mit diesen Argumenten wurde von Rabaut Saint-Etienne die Einsetzung der neuen Ordnung befürwortet und verteidigt. Man wird kaum einen Abgeordneten finden, der so wie er das ideelle Moment der Sache betonte. Keiner hat mehr als er diesem Teil des Verfassungswerkes das revolutionäre Ethos gegeben. Seine Worte betreffen weniger die Form als den

47. Ebd.

ideellen Gehalt, richten sich weniger an den Verstand als an das Gefühl; nicht allein durch sachliche Erwägungen will er überzeugen, sondern vor allem durch den Appell an die besseren Instinkte des Menschen, vornehmlich an seinen Gemeinsinn und an seine Vaterlandsliebe, die auszubilden und zu veredeln den Kern seiner Bestrebungen bildete, und die die staatlichen Einrichtungen verwirklichen sollten. Die Scheidung der Nation in Aktiv- und Passivbürger scheint ihm kein Hindernis für die Entwicklung des Gemeinsinns gewesen zu sein. In Übereinstimmung mit der Auffassung seiner Zeitgenossen betrachtete er die Nation nur als willensmäßige Einheit. In ihrer homogenen Gliederung, bei der jedes einzelne Glied erfaßt und in direkte Verbindung mit dem staatlichen Zweck gebracht werden sollte, sah er die Voraussetzung für die Verwirklichung des Gemeinsinns und die Entwicklung des Staatsgedankens. Der Begriff Nation hat bei ihm einen auf den Staat bezogenen ethischen und volkspädagogischen Inhalt.

In dieselbe Zeit fielen zwei andere grundlegende, von Rabaut sehr begrüßte Maßnahmen. Durch ein Dekret vom 2. November 1789 wurden die Kirchengüter zur Verfügung der Nation gestellt. Dieses Ereignis war in Rabauts Augen ein weiterer großer Fortschritt auf dem Weg zur nationalen Einheit und zur Stärkung des Staates. Er nannte es den größten Sieg, den das Staatsinteresse über das Sonderinteresse davongetragen habe. Doch konnte auch dieser edle Charakter in diesem Falle eine gewisse Schadenfreude über den Sturz des alten, mächtigen Feindes nicht ganz verbergen. Dafür bezeichnend sind die an einen Freund und Kollegen gerichteten Worte: „Er (der Klerus) ist also kein Stand, kein Korps mehr; er ist keine Republik mehr innerhalb des Reiches, er wird sich nicht mehr *en masse* dem öffentlichen Wohl entgegensetzen, er wird keine politischen Versammlungen mehr abhalten, wird nicht mehr über das Leben von Bürgern entscheiden, und die Priester werden, beinahe selbst Bürger geworden, endlich in Übereinstimmung mit dem Staat marschieren können. Man braucht sie nur noch zu verheiraten“.⁴⁸ — Durch ein drei Tage später er-

48. Lettre à Pomaret, pasteur, 4 novembre 1789. (Révol. franç. 1898, corresp.)

folgtes Dekret hob die Nationalversammlung die Scheidung der Nation in Stände offiziell auf. „Das war der letzte Schlag gegen die privilegierten Stände“, schrieb Rabaut später.⁴⁹ Diese Maßnahmen beseitigten in seinen Augen die letzten Hindernisse, die sich bisher der einheitlichen Gliederung der Nation entgegengestellt hatten; andererseits aber leisteten sie dem demokratischen Gedanken größeren Vorschub, als es der Konstituante vielleicht erwünscht war.

Die Entwicklung, die mit diesen revolutionären Maßnahmen einsetzte, zerstörte die Voraussetzungen für eine organische Weiterbildung der geschichtlich gegebenen politischen Zustände und Verhältnisse. Es vollzog sich ein radikaler Bruch, der eine Synthese der vorwärtsdrängenden und der beharrenden Kräfte von nun ab ausschloß. Das Gesetz der organischen Entwicklung zu mißachten, half zweifellos die rationalistische Denkweise der Zeit; aber auf der anderen Seite kann nicht genug betont werden, daß es vor allem das Verhalten der Regierung und des Königs war, das den dritten Stand auf die verhängnisvolle Bahn radikaler Entschlüsse drängte.

Man hat auch sonst den Anteil der ideologischen Einflüsse an der Entstehung und dem Gang der französischen Revolution vielfach überschätzt. Aus der Tatsache, daß die Lehren der Philosophen in der Revolutionszeit Verherrlichung fanden, wurde oft der Schluß gezogen, die ganze der Revolution vorausgehende Epoche sei vom *Esprit classique* beherrscht und vergiftet gewesen. Über dieser Annahme vernachlässigte man zu sehr das Studium der Institutionen und der tatsächlichen Verhältnisse des Ancien régime. Eine zu einseitige ideengeschichtliche Betrachtung führt aber zu einer Verkennung des Ursprungs und Wesens des Zeitgeistes. Man begreift ihn dann zu wenig als Produkt der allgemeinen Entwicklung Frankreichs, übersieht die vielen in den Verhältnissen wurzelnden Einflüsse, die auf ihn einwirkten. Auch die Staatstheorien der Philosophen lassen sich nicht allein aus organischer Fortbildung vorhandenen Ideengutes erklären, sondern waren die verschiedenartigen individuellen und letzten Endes irrationalen Rückwirkungen auf

49. Précis de l'histoire de la Révolution, Œuvres I, S. 360.

die politischen und gesellschaftlichen Zustände bzw. Mißstände der damaligen Zeit. Auch besaßen sie vor 1788 keine parteibildende Kraft.

Es soll freilich keineswegs übersehen werden, daß die Philosophen der revolutionären Bewegung das geistige Rüstzeug gaben. Die rationalistische Geisteshaltung ist eine Frucht ihres aufklärerischen Wirkens. Auch wurde von großer Bedeutung, daß in den verschiedenen Staatstheorien alle die Probleme gestellt und diskutiert wurden, die im weiteren Verlauf der revolutionären Entwicklung in den Vordergrund rückten. Aber die tatsächliche Einwirkung der revolutionären Ideen auf die politische Gestaltung setzte erst ein, als der dritte Stand in die Zwangslage geriet, einen neuen Staat schaffen zu müssen, was erst nach dem — allerdings überraschend schnellen — Versagen der Kreise, die den legalen Anspruch auf die Führung besaßen, eintrat. Die revolutionäre Entwicklung selbst führten die Philosophen nicht herbei. Dies beweist eindeutig die Tatsache, daß in den programmatischen Zielsetzungen des dritten Standes ein so gewaltiger und so gerichteter Umbruch der politischen Verhältnisse gar nicht vorgesehen war.

Die Bewegung des dritten Standes richtete sich ursprünglich gegen die adlige und feudale Revolte, gegen die höfische Aristokratie und das Willkürregiment und stellte dabei dem feudalen Recht das Naturrecht entgegen. Sie wollte ferner die Steigerung der staatlichen Macht, die Wahrung des Volksinteresses und wollte allerdings auch für den dritten Stand dabei gewinnen. Aber die Macht seines Standes war einem Kämpfer wie Rabaut Saint-Etienne nicht nur Ziel, sondern auch Voraussetzung für die Schaffung eines machtvollen Staates und eines glücklichen Volkes.

Dieses — allerdings tiefeinschneidende — Reformprogramm des dritten Standes war letzten Endes durch die Wandlungen und Entwicklungen bedingt, die Frankreich in den letzten 20 Jahren auf allen Gebieten seines politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und im besonderen auch geistesgeschichtlichen Lebens durchgemacht hatte. Weder in diesem Reformprogramm noch in den staatstheoretischen Lehren der Philosophen war die radikale Wendung, die die Bewegung des dritten Standes später

nahm, begründet, sondern sie hatte, wie alle großen Umwälzungen, ihre Wurzeln in der Realität der Dinge. Individuelle und allgemeine Momente entfesselten den Kampf um die Macht, der zu einem Kampf der Ideen wurde und die Kämpfenden mit dem Bewußtsein erfüllte, daß es sich um die letzten und größten Fragen der Menschheit handele. Diesen Zusammenhang erhellt auch das Studium der Entwicklung Rabaut Saint-Etiennes und der durch die Ereignisse bedingten Wandlung seines staats-theoretischen Denkens. Er darf als ein typischer Vertreter seiner Zeit und als einer der besten Interpreten der Gefühle und Ansichten seiner Zeitgenossen angesprochen werden.

Das Charakteristische der politischen Geisteshaltung der Männer von 1789 vermag man mit den Worten liberal und demokratisch nicht erschöpfend zu bezeichnen. Denn auch das Gefühl glühender Vaterlandsliebe beseelte die Führer des dritten Standes und trieb sie, für die Ehre ihrer Nation einzutreten, die unter einem unglücklichen Regime gelitten hatte. Und gerade auch bei Rabaut Saint-Etienne kreisten alle Gedanken um die nationale Idee. Er warb für sie mit hinreißender Beredsamkeit in der richtigen Erkenntnis, daß alles wirklich Große nur aus aufopferungsbereiter Hingabe an das nationale Gesamtinteresse geleistet wird. Er kämpfte von Anfang an nicht aus Neid und Egoismus, sondern weil er die neuen Ideen für fähig hielt, Menschen heranzubilden, die ihr Vaterland lieben und die bereit sein würden, sich für es aufzuopfern. Seinem Verhältnis zur Revolution lag also auch eine sittliche Idee zugrunde. Er liebte die Revolution und unterstützte sie von ganzem Herzen, weil er in ihr das Mittel zur Wiedergeburt der Nation sah. Ihr wollte er auch durch seinen Kampf für eine nationale Erziehung dienen.

Sechstes Kapitel.

Der nationale Erzieher.

Als die Revolution am Horizont erschien, erhoffte Rabaut Saint-Etienne von ihr die wahrhaft nationale Bewegung, die den Geist für das Gemeinwohl und den Dienst am Staate wecken sollte. Als Voraussetzung dafür bezeichnete er zu Beginn des Jahres 1789 die Durchführung der von ihm aufgestellten politischen Forderungen. *„Dann wird jene große Leidenschaft, die edelste, die tugendhafteste aller Leidenschaften, entstehen, die die Seele erhebt, die Menschen bildet, alle ihre Willensrichtungen, alle ihre Anstrengungen und alle ihre Opfer auf einen einzigen Zweck lenkt: die großherzige Leidenschaft für das öffentliche Wohl. Dann wird jener Egoismus, aus dem unsre Leiden resultieren und der eine ihrer Ursachen geworden ist, verschwinden. Schließlich wird die Leidenschaft für das öffentliche Wohl allein das Königreich beherrschen, sei es, weil es in der Natur der Leidenschaften liegt, sich durch die Vermittlung der Individuen zu verbreiten, oder weil alle mit ihren Kenntnissen und ihren Kräften an der gemeinsamen Sache mitarbeiten würden und dabei keiner gleichgültig bliebe“*.¹

Wege zu finden, die Menschen besser, wertvoller und tugendhaft zu machen, war sein Bestreben, als er noch geächteter Pfarrer in Nîmes war.² Den Generalständen legte er diese Aufgabe auch ans Herz. Im Cahier des dritten Standes der Sénéchaussée von Nîmes wird eine einheitliche, nationale Erziehung gefordert, deren Projekt den Generalständen vorgelegt werden solle.³ Mit der Ausarbeitung eines solchen Pro-

1. Question du droit public, Kap. III. S. 53.

2. Bibl. du prot. franç. Coll. Coquerel 329 (29).

3. Kap. VI. Art. 12, in Bligny-Bondurand, zit.

gramms war er schon vor der Revolution beschäftigt. Als das Edikt von 1787 den Protestanten verbot, Lehrer zu werden und ihre Kinder zu unterrichten, trug er sich mit der Absicht, einen Erziehungs- und Bildungsplan auszuarbeiten, der die Richtlinien für die Erziehung der Protestanten zu guten Staatsbürgern enthalten sollte, da man ihnen nicht gestatte, gelehrte Menschen zu erziehen. „Wir müssen aus uns ein vollständig neues Volk machen, das ausschließlich und einzige Mittel hierzu ist die Unterweisung“, schrieb er im Mai 1788 an seinen Berufskollegen Jeanbon Saint-André, den späteren Konventsabgeordneten.⁴ Hand in Hand mit der Jugenderziehung sollte eine gründliche Reform der protestantischen Kirche gehen. Rabaut wollte sie säubern von einer Menge „absurder Gebräuche“, die weder auf die Vernunft noch auf das Evangelium gegründet seien. Saint-André, den Rabaut um Rat und Mitarbeit an seinem Plan gebeten hatte, spendete ihm vollen Beifall, erklärte sich aber für nicht imstande, an diesem schwierigen Werke vorerst aktiv mitzuarbeiten.

Der Plan Rabauts sah einen einheitlichen Unterricht vor, der die Wiedergeburt der Nation ermöglichen sollte.⁵ Nach seinem eigenen Zeugnis deckte er sich zu einem großen Teil mit dem, was die Revolution brachte. In diesem Sinne schrieb Rabaut im November 1790 an einen Berufskollegen. Seinen Brief schloß er mit den bezeichnenden, etwas überraschenden Worten: „Ich glaube, daß unsere Mitbrüder nichts Besseres tun könnten, als von Zeit zu Zeit die Verfassung zu predigen, indem sie sie erklärten; denn die Verfassung ist die Moral des Staates, und es gibt nur eine Moral. Man würde sich dadurch sehr um das Vaterland verdient machen. Es wäre auch ein unfehlbares Mittel zur Hebung der Achtung und des Ansehens, wenn man dem Volk gerechte und gesunde Ideen von dem Naturrecht, dem politischen Recht Frankreichs und der Verfassung geben würde. Die Dekrete würden dafür das Textwort liefern, und das Evangelium würde solche ebenfalls in reichem Maße enthalten. Eure Zuhörer, durch dieses doppelte

4. Ms. 329, t. 29, fol. 49.

5. Lettre-rapport, zit.

Band mit Euch verbunden, empfänden die Nützlichkeit einer Menschenklasse, die sie in den politischen und den religiösen Tugenden erziehen würde, die beide ein und dasselbe sind“.⁶

Wie Rabaut Saint-Etienne bereits vor der Revolution dachte, zeigt eine von ihm vermutlich im Jahre 1788 abgefaßte Denkschrift, die von einer bis ins Utopische schweifenden Gedankenfreiheit Zeugnis ablegt. Er war sich der Kühnheit seiner Gedanken bewußt: „Mein Plan kann nur einem selbstlosen, vorurteilsfreien Staatsmann anvertraut werden, dessen Blick weit und dessen Hand stark ist.“⁷ Die Denkschrift befaßt sich mit dem Problem der Stellung der Religion und ihrer offiziellen Vertreter im Staat. Diese Stellung ist nach Rabaut zu stark, sie ist eine beherrschende, — zum Schaden des Staates. Die Religion dürfe nicht über dem Staat stehen, sondern müsse sich in das staatliche Gefüge einordnen, und ihre Träger müßten Diener des Staates sein. „Die Macht, die die Priester im Staate usurpiert haben, ist zu vergleichen mit der Herrschaft einer hochfahrenden Frau über ihren schwachen Gatten“. — Die große Macht der Priester bestehe darin, daß sie den Menschen gewisse Dinge befahlen, die richtig sind. Von ihrem Amt der Unterweisung, das die Regierung den Priestern nicht nur überlassen, sondern auch sanktioniert hat, machen sie einen verwerflichen Gebrauch, und sie lehren auch noch andere Dinge, die absurd sind und die Menschen täuschen. „Wenn die Gesetzgeber bedacht hätten, daß die Tugenden das Glück und die Kraft eines Reiches ausmachen, hätten sie niemandem außer sich selbst es überlassen, sie zu befahlen. Sie haben die moralischen Zügel ihren Händen entgleiten und sie in die Hand der Priester übergehen lassen, die somit mächtiger sind als die Gesetzgeber“. So gäbe es zwei Autoritäten im Staat, die nebeneinander und oft gegeneinander herrschten. Es sei ein Grundfehler gewesen, daß man den Priestern die Aufgabe überließ, die Tugend zu predigen. Damit habe man ihnen das Herz der Völker gegeben. „Was kommen mußte, das kam: die Priester

6. Lettre de Rabaut Saint-Etienne au pasteur Bruguier, 11 nov. 1790, corresp., Révol. franç. 1898, Bd. 35, S. 173; s. a. Quatre lettres inédites de Rabaut Saint-Etienne, pub. p. F. Rouvière, Bulletin 1885.

7. G. Fabre, Trois manuscrits de Rabaut St.-Etienne, zit. (3. Mémoire).

haben die Völker unterjocht und ihre Herrschaft auf Kosten der Regierung aufgerichtet.“ Unter diesen Umständen mußte sich die Regierung wohl oder übel auf die Kirche stützen. „Man hat die Priester gebeten, mitzuhelfen, die Menschen zu regieren. Das gab ihnen eine beherrschende Stellung, aus der man sie nicht mehr verdrängen konnte“. — Es gelte nun, folgendes Problem zu lösen: die Religion zu vereinfachen, eine religiöse Autorität zu konstituieren, die geeignet ist, die Menschen tugendhaft zu machen und sie unmerklich ganz unter die Autorität der Regierung zu bringen. „Das ist, politisch gesehen, der prachtvollste Weg, den der Gesetzgeber beschreiten kann.“ Die Religion selbst solle man nicht bekämpfen, denn die Erfahrung habe gezeigt, daß sie ein Bedürfnis der Menschheit ist. „Als die griechische Philosophie Jupiter entthront hatte, erhob sie Jesus Christus zum Gott. Glaubt die europäische Philosophie, daß man keine Religion mehr wolle, wenn es ihr gelungen sein werde, die christliche Religion zu zerstören?“ Die Lösung dieses Problems kann nur langsam und vorsichtig geschehen. Vorerst soll man nicht an das Dogma selbst rühren. „Überlassen wir diese Arbeit der Vernunft. Wenn die Regierung die Oberaufsicht über die Tugenden in der Hand haben wird, wird der Rest des *Empire religieux* schnell erledigt sein“. Zwei Dinge sind vor allem zur Ausführung des Planes notwendig: es gilt, sich die Beweggründe zu eigen zu machen, die die Priester der Tugendlehre zugrunde legen, und ihnen die Triebkräfte und Mittel beizugesellen, die nur eine Regierung wirksam anwenden kann. Die von den Priestern so viel gerühmten Tugenden schaden dem Staat, weil sie im Grunde genommen fast lauter Laster sind. Man soll diese „Tugenden“ aber nur heimlich bekämpfen, indem man die entgegengesetzten Tugenden belohnt. Das Zölibat, die Einhaltung der Feste, die Gelübde der Armut, des Müßiggangs, der Enthaltensamkeit „sind Laster und keine Tugenden“. Man muß vielmehr die Arbeit, den Fleiß und die Ehe ehren. „Vermindert daher unmerklich die Prozessionen, die Bruderschaften und alle Zeremonien auf den öffentlichen Plätzen und auf den Straßen. Schafft die Annaten ab, beschränkt die Versammlungen des Klerus und laßt sie von einem Vertreter der Regierung präsidieren“. „Verheiratet die Priester,

denn ein Zölibatär ist kein wirklicher Bürger, sondern ein geborener Staatsfeind, er schwächt die weltliche Autorität und täuscht seine Beichtkinder“. — „Macht, daß man ohne die Priester tugendhaft sein kann, dieses Wort enthält die ganze Politik des Projekts“. Noch ein ganz wichtiges Mittel empfiehlt Rabaut: die öffentliche Meinung zu dirigieren. „Wenn sie nicht von der Regierung inspiriert wird, dann schadet sie ihr, erniedrigt und stürzt sie. Leitet alles, die Theater, die Religion, die Philosophie, die Wissenschaft, seid überall an der Spitze. Das Mittel, die öffentliche Meinung für sich zu haben, ist, das Gute zu wollen und es auch immer zu tun; andere Mittel gibt es nicht“. Wenn durch diesen heimlichen Krieg die Grundlagen der Priesterreligion unterwühlt sind, wenn der Staat den Priestern die *Action morale*, die sie bis jetzt in der Hand gehabt haben, entrissen hat, dann wird das Gebäude ohne große Erschütterung einstürzen, weil das Volk der Priester müde geworden sein wird. Dann wird nichts mehr im Wege stehen, daß eine *Religion morale* durch den Staat zu seinem Nutzen und ganz unter seiner Leitung geschaffen, der *Ressort moral* an die Politik angegliedert und in die Hände des Verwalters, „der allein die sozialen Interessen wahr“, übergeleitet wird. — „Die Zeit wird kommen, wo man nach der Unterordnung des Klerus unter die weltliche Herrschaft die Religion bürgerlich machen, sie mit den Gesetzen in Einklang bringen und beide Gebiete in einer Hand vereinigen kann. Die staatliche Macht wird alsdann im Zustand ihrer größten Kraft sein“.

Die enge Verbundenheit der Staatsverfassung mit der Moral bei Rabaut kam bereits auch zum Ausdruck in seinem Plan, die Menschenrechte in der leicht faßlichen Form eines „Alphabets für Kinder“ darzustellen. Die Rechteerklärung enthielt nach ihm nicht nur die Prinzipien der Verfassung und die Regierungsmaximen, sondern auch die Grundsätze für die Erziehung und sittliche Hebung des Volkes.

Der Erfüllung der Aufgabe, die Staatsmoral zu lehren, die Verfassung dem Volke nahe zu bringen, diente auch die Gründung einer besonderen Zeitung. Mit Cerutti zusammen gab er die *Feuille villageoise* heraus, deren erste Nummer am 30. September 1790 erschien. Diese Zeitung, an der Rabaut aber

nur bis Ende des Jahres 1790 mitarbeitete, erfreute sich sehr bald einer hohen Zahl von Abonnenten. Sie wird vor Ablauf des Jahres auf 16 500 angegeben. Sie wurde hauptsächlich in die Dörfer des platten Landes geschickt, viele Curés und Maires lasen sie ihrer Gemeinde vor.⁸ Die Zeitung verfolgte den Zweck, die Ereignisse und Dekrete ihren Lesern in einer einfachen Form und in klarem Stil zur Kenntniss zu bringen. Im Anfang besonders hatte sie den Unterton des Morallehrers. Die Erziehung zum Staatsbürger war ein unverkennbares Ziel, das sie nebenher verfolgte. Der Leser wurde in besonderen Abhandlungen mit der Geschichte des Landes vertraut gemacht; das Heute wurde dem Gestern kraß gegenübergestellt, um so dem Volk die Errungenschaften der Revolution teuer zu machen. Mehr als einmal wurde aber auch an schönen Beispielen klar gemacht, daß die Freiheit nicht in Zügellosigkeit, sondern nur in der Unterordnung unter die Gesetze besteht. Die eigentliche Politik spielte im Anfang fast gar keine Rolle. Ihre Aufgabe faßte die Zeitung selbst in folgende Worte zusammen: „Welcher Franzose sollte eine so solide und glückliche Ordnung nicht lieben? Wer möchte nicht dazu beitragen, diese Ordnung noch solider und glücklicher zu machen?. Welcher Franzose, Städter oder Dorfbewohner, müßte nicht seiner Fähigkeit entsprechend alle Teile dieser Organisation, dieser unsterblichen Verfassung studieren oder seinen Kenntnissen entsprechend auslegen? Das sind die Motive, die uns bei der Gründung unsers Blattes geleitet haben, das belebt unsern Eifer und veranlaßt uns, über jeden Gegenstand einen instruktiven Abriß zu geben, anstatt die Dekrete in ihren Einzelheiten auszubreiten, die ohne Zusammenhang gelernt, nutzlos sind und vergessen werden, nachdem man sie kaum gelernt hat“.⁹

In ihrer 5. Nummer vom 28. Oktober 1790, bringt die Zeitung einen Katechismus der französischen Verfassung, an dessen Abfassung Rabaut Saint-Etienne einen Hauptanteil hat, wenn er nicht ganz von ihm stammt. Er besteht in 170 Fragen, auf die die Antworten gegeben sind. Sie umfassen alle Ge-

8. s. Tourneux, Bd. 2, Nr. 10571, vgl. Lettre à Chiron, 17 déc. 1790 (corresp. p. 7. S. 260).

9. Bd. I. S. 153.

bierte der Verfassung und des öffentlichen Lebens. „Der Katechismus ist die Erklärung einer großen Anzahl von Dekreten“, schreibt Rabaut, „man mußte vor allem eine Idee der Verfassung geben und 200 Dekrete auf wenigen Seiten zusammenfassen. Der Katechismus ist nichts anderes als der Geist und oft der Wortlaut vieler Dekrete, und ich versichere Ihnen, daß ein Mensch, der den Katechismus kennt, auch die Verfassung kennt. Man mußte vom Geist der Vergangenheit ausgehen und weiterschreiten, bis man die Gegenwart erreichte. Das ist es, was wir beabsichtigen“.¹⁰

Zur Veranschaulichung der Art und Weise des Aufbaus dieses Katechismus entnehmen wir ihm einige Proben.

„Worin besteht die Freiheit? . . . Im ausschließlichen Gehorsam gegen die Gesetze. Und die Sicherheit? Darin, daß man nur kraft der Gesetze bestraft werden kann. Welches ist die von unserer Verfassung festgelegte Regierungsform? Die Monarchie. Was ist die Monarchie? Die wahrhafte Monarchie besteht in einer souveränen Nation, einem legislativen Corps und einem Erbmonarchen. Was nennt man Despotismus? Die Regierung eines einzelnen Mannes oder eines einzelnen Corps oder gar aller . . . Die Franzosen selbst waren, ohne es zu wissen, ein Volk von Despoten, als sie, die Freiheit mit der Zügellosigkeit verwechselnd, Schlösser anzündeten, Bürger ermordeten oder einsperrten, ohne sie verurteilt zu haben. Wie wäre die Beschaffenheit einer Gesellschaft, in der alle Bürger die Gesetze beachten würden? Ein irdisches Paradies, ohne Schlange, ohne Versucher und ohne Übeltäter irgendwelcher Art: jeder wäre glücklich, weil er frei, gerecht und reich sein würde durch seinen Besitz oder seine Arbeit“. Und nun noch eine bezeichnende Frage: „Welches ist der größte Dienst, den die Dorfbewohner ihren Kindern erweisen können? Sie lesen lehren, und sie lehren, nichts zu glauben, ohne es vorher streng auf seine Glaubwürdigkeit geprüft zu haben; denn man hat sie lange Zeit getäuscht, was nicht zu ihrem Nutzen war“.

Im Menschen sollen sich die Prinzipien verwirklichen, auf die sich die Revolution gründet. Die Revolution darf sich nicht

10. Lettre à Bruguier, 17 nov. 1790 (corresp. zit u. Bulletin 1885).

mit der Eroberung der Macht begnügen, sie muß sich im Menschen verkörpern; das neue Regime soll einen neuen Menschen zeitigen, damit die Revolution ihre sittliche Rechtfertigung erhalte und hiermit zugleich ihre Errungenschaften sichere.

Die Anregungen, die die Philosophen des 18. Jahrhunderts, insbesondere Rousseau und Mably, gegeben hatten, führten in der Revolution zu konkreten Projekten einer einheitlichen Gestaltung des öffentlichen Unterrichts und der Erziehung. Mit diesem Problem beschäftigte sich schon die Konstituante.¹¹ Die Vollendung der nationalen Einheit hatte die Voraussetzungen für eine gleichförmige und durchgreifende Regelung dieser wichtigen Fragen geschaffen. Doch blieb es unter dieser Versammlung im wesentlichen bei theoretischen Vorschlägen. Von den Abgeordneten, die solche vorbrachten, verdienen nur Mirabeau und Talleyrand, der Bischof von Autun, hervorgehoben zu werden. Letzterer legte den umfassenderen Plan vor. In ihm nimmt neben der Gestaltung des eigentlichen Unterrichts die nationale Erziehung einen besonderen Platz ein. Die Jugend in der Tugend zu unterweisen, sie für die Verteidigung des Vaterlandes vorzubereiten, die Gesetze und die Verfassung des Landes zu lehren, ist eine Hauptaufgabe staatlicher Erziehung. Durch die Verbindung der intellektuellen mit der physischen Erziehung weist Talleyrand bereits auf die späteren Pläne des Konvents hin. Aber die Schulung des Intellekts ist bei ihm weitaus das Primäre. Seine Ausführungen sind getragen vom bürgerlichen Geist der Konstituante; sie entbehren ganz den demokratischen Charakter der späteren Projekte. Dies ist auch noch der Fall bei den Unterrichtsplänen, die während der Legislative ausgearbeitet wurden.¹² Der große Anreger war in dieser Zeit Condorcet. Obgleich er kein Mitglied der Versammlung war, diente sein Entwurf dem Ausschuß für

11. s. Wolff, *Les doctrines de l'éducation révolutionnaire*, in *L'œuvre sociale de la Révol. franç.*, pub. par E. Faguet 1901, für die Konstituante s. bes. Arch. parl. Bd. XXX. S. 447 ff., *Rapport sur les principes et l'organisation de l'instruction publique*, u. *Projet de décret sur l'instruction publique* (Arch. parl. Bd. XIX) p. Talleyrand-Périgord.

12. Guillaume J., *Procès-verbaux du Comité de l'instruction publique de l'Assemblée législative*. Paris 1889. Derselbe, *Procès-verbaux du Comité de l'instruction publique de la Convention nationale*. 5 vol. 1891—1907.

das Unterrichtswesen als Richtlinie. Dessen Arbeiten bildeten dann später die Grundlage für den vom Konvent mit derselben Aufgabe betrauten Ausschuß.

Rabaut Saint-Etienne, der inzwischen als Abgeordneter in den Nationalkonvent gewählt worden war, sah in den vom Ausschuß vorgeschlagenen Richtlinien die körperliche Ertüchtigung und vor allem die Erziehung zum guten Republikaner und feurigen Patrioten zu wenig gewährleistet. In den sich über ganz Frankreich erstreckenden revolutionären Organisationen erblickte er keinen hinreichenden Schutz für den neuen Geist. Er verlangte große gemeinsame, auf einem einheitlichen Prinzip aufgebaute Einrichtungen, die die ganze Gesellschaft durchdringen sollten. Der Zukunft sicher sei nur, wer die Jugend gewinne. Auf der Erkenntnis, daß die jugendlichen Herzen sich formen lassen und sich den Dingen mit reinen Gefühlen um ihrer selbst willen weihen, baut sich sein System auf, das er im Dezember 1792 im Nationalkonvent vertrat, als dieser eine Neuregelung des öffentlichen Unterrichts in Angriff genommen hatte.

Auf Grund seines wertvollen Beitrags wurde Rabaut dem Unterrichtsausschuß als Mitglied zugeteilt.¹³ Würde man nur seinen Standpunkt in dieser Frage berücksichtigen, so könnte man ihn der Bergpartei zuzählen, denn Mitglieder dieser Partei, wie Lepelletier und sogar Robespierre, vertraten ähnliche Ideen.¹⁴

Die Kritik Rabauts an der Vorlage des Ausschusses setzte an der zu geringen Betonung der nationalen Erziehung im Rahmen des öffentlichen Unterrichts an. Nationale Erziehung war für ihn ein notwendiges Korrelat des Wissens und der Bildung; denn „der öffentliche Unterricht erleuchtet und schärft den Geist, die nationale Erziehung dagegen muß das Herz formen.“¹⁵ Die nationale Ader, die alles durchziehen muß, verleiht erst den Begriffen ihre Lebendigkeit. „Der Unterricht muß instruieren, die Erziehung tugendhaft machen; jener macht den Glanz der Gesellschaft aus, diese seine Konsistenz und seine Kraft.“ Die nationale Erziehung verlange große Anlagen, Waffen, öffentliche

13. s. Arch. parl. Bd. 55 S. 345.

14. Wolff, zit.

15. Projet de décret sur l'éducation nat. 21 déc. 1792 (Arch. parl. Bd. 55, S. 345 ff.)

Spiele, Nationalfeste, brüderliche Wettspiele aller Altersstufen und beider Geschlechter und das imposante und liebliche Schauspiel der versammelten menschlichen Gesellschaft; denn die nationale Erziehung ist die allen notwendige Nahrung, „sie ist die gemeinsame Mutter aller Staatsbürger, die ihnen allen die gleiche Milch gibt, die sie als Brüder erzieht und behandelt, und die ihre Gemeinsamkeit und Gleichförmigkeit den Bürgern mitteilt, die Nation wie eine Familie erscheinen läßt und ein so erzogenes Volk von allen andern Völkern der Erde unterscheidet.“ Ausdrücklich sagt er, der öffentliche Unterricht und die nationale Erziehung seien Schwesterorganisationen, die nationale Erziehung aber sei die ältere der beiden. Der Staat müsse sich der Kinder bereits in der Wiege bemächtigen und selbst gar vor ihrer Geburt; denn „das Kind, das noch nicht geboren ist, gehört schon dem Vaterland. Dieses bemächtigt sich des ganzen Menschen, ohne ihn jemals wieder loszulassen, in der Weise, daß die nationale Erziehung nicht zu einer Institution für das Kind wird, sondern für das ganze Leben“. ¹⁶ — „Es ist unbedingt notwendig, die gegenwärtige Generation zu erneuern, damit formt man zugleich die folgende Generation“. Ein neues Volk müsse erstehen, dessen Sitten in Übereinstimmung mit dem Gesetz seien. Man solle dem Volk eine liebevolle, begeisternde Erziehung angedeihen lassen, ihm die Liebe für die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in die Seele pflanzen und in ihm einen „freundschaftlichen und liebe-

16. Ebd. S. 345. Ähnliche Gedanken finden sich bei Rousseau: „C'est l'éducation qui doit donner aux âmes la forme nationale, et diriger tellement leurs opinions et leurs goûts, qu'elles soient patriotes par inclination, par passion, par nécessité. Un enfant en ouvrant les yeux doit voir la patrie, et jusqu' à la mort ne doit plus voir qu'elle. Tout vrai républicain suçait avec le lait de sa mère l'amour de sa patrie, c'est-à-dire des lois et de la liberté. Cet amour fait tout son existence, il ne voit que la patrie, il ne vit que pour elle; sitôt qu'il est seul, il est nul; sitôt qu'il n'a plus de patrie il n'est plus: et s'il n'est pas mort, il est pis.“ (Considérations sur le gouvernement de Pologne, chap. IV.) — „L'éducation publique, sous des règles prescrites par le gouvernement, et sous des magistrats établis par le souverain, est donc une des maximes fondamentales du gouvernement populaire ou légitime . . .“ De l'écon. politique, œuvres Bd. I, S. 595) vgl. F. Haymann, Weltbürgertum u. Vaterlandsliebe in der Staatslehre Rousseaus u. Fichtes. Berlin 1924, S. 21 ff.

vollen Charakter“, das erste Gesetz und einzige Glück der menschlichen Gesellschaft, bilden, und so den „unheimlichen Schrecken und die dunklen Wolken verscheuchen, die uns einhüllen, und in denen der erschreckte Zuschauer das Anzeichen des Sturmes zu sehen glaubt“.

Man glaubt, schon den Kult der Vernunft vor sich zu haben, wenn auch einen ganz unschuldigen, lächelnden Vernunftkultus. Der Inhalt dieses Programms ist jedoch nur eine Erweiterung früherer, fragmentarisch niedergelegter Gedanken über eine militärische und nationale Erziehung.¹⁷ Er bemängelte dort, daß diese Angelegenheit immer nur der Privatinitiative überlassen worden sei und alle bisherigen Erziehungssysteme den Fehler hätten, daß sie nur für reiche Kinder in Betracht kämen; denn nur sie könnten — im allgemeinen wenigstens — davon Nutzen ziehen. Aus diesem Grunde stellte er an den Staat die Forderung, daß öffentliche Institute für diesen Zweck geschaffen und von ihm geleitet würden. „Es wäre endlich Zeit, daß die Regierung einen väterlichen Blick auf die Kinder des Volkes wüf, auf jenen kostbaren, zahlreichsten und nützlichsten Teil der werdenden Nation.“ Der Reiche könne sich die Erziehung leisten, die ihm angemessen scheine. Sein Vermögen schütze ihn vor der Nachlässigkeit der Regierung, aber die Erziehung der Armen könne nur kraft einer öffentlichen Institution geschehen. In diesem Plan fehlen noch Richtlinien für die Allgemeinheit, er beschäftigt sich nur mit dem Problem der Rettung der unehelichen Kinder und der armen Waisen. „Sie sind die Unglücklichsten, ich möchte sie entlasten und nutzbar gemacht wissen, indem man sie der Verteidigung des Vaterlandes weih.“ Ihre Erziehung soll nach dem 11. Lebensjahr in einer Militärschule stattfinden und in die Hände von Leuten gelegt werden, die aus einer von der Regierung getroffenen Wahl hervorgehen, von Männern, die im Kriegshandwerk grau geworden sind und deren Patriotismus anerkannt ist. Dort erhalten sie sowohl die militärische Instruktion als auch die Allgemeinbildung. Ihre Lehrbücher sind vornehmlich: eine Tafel der Rechte und der Pflichten des Menschen, eine Sammlung

17. Bibl. du prot. franç. ms. 367 Nr. 31, Essai sur une éducation nationale et militaire.

heldenhafter Taten, die Geschichte der Republik, mathematische Bücher usw. In jeder dieser Schulen soll eine Persönlichkeit wirken, deren einzige Pflicht es wäre, den Kindern „die großen Prinzipien, die ewigen Prinzipien der Moral beizubringen, sie darin zu üben und in ihre jungen Herzen die Grundlage einer nationalen Religion zu legen“. Der Erzieher soll durch maßvolle und gediegene Haltung wirken. Gefängnis und Züchtigungen sollen ausgeschaltet werden. „Die Ehre muß der einzige Antrieb sein, dessen man sich bedienen darf. Alles muß darauf abzielen, den Kindern die Vaterlandsliebe ins Herz zu pflanzen, sie muß bei allem sein und die Kinder ständig umgeben wie eine Mutter“. Das Zusammenleben würde in den Kindern früh den Geist der Kameradschaft, der Freundschaft wecken, sie würden tapfer, edel sein und selbst die berühmten *phalanges sacrées*, die den Ruhm der griechischen Republiken ausmachten, übertreffen. Diese, heute als Menschen zweiter Klasse betrachteten Kinder, würden durch ihre Seelengröße, durch die Reinheit ihrer Sitten über die andern Menschen erhoben, und „das Resultat wäre ein Riesenschritt, den unsere Zivilisation zu ihrer Vervollkommnung hin machen würde“.

Interessant ist, wie Rabaut Saint-Etienne sich die Unterhaltung dieser Einrichtungen dachte. Sie sollten nämlich nicht dem Staat zur Last fallen, sondern durch Besteuerung der Junggesellen im Verhältnis ihres Vermögens ermöglicht werden. Das trüge dazu bei, die Familienväter zu vermehren und die Korruption der Sitten zu vermindern.

In dem am 21. Dezember 1792 dem Konvent und dem Ausschuß für den öffentlichen Unterricht vorgelegten Plan wandte Rabaut Saint-Etienne die dargelegten Grundsätze auf die gesamte jugendliche Generation an, in der Absicht, das ganze Volk durch den revolutionär-nationalen Gedanken zusammenzuschmieden. Zur Durchführung dieses Gedankens schlägt er vor: in jedem Kanton soll ein Gebäude errichtet werden, das für die Bürgerversammlungen, für die Abhaltung von Nationalfesten und andern gemeinsamen Veranstaltungen, die von der Regierung einheitlich festgesetzt werden, bestimmt ist. Der Gesamtplatz, auf dem das Gebäude steht, soll so

groß sein, daß alle Einwohner des Kantons sich dort vereinigen können. Dem Gebäude selbst gibt er den Namen „Nationaltempel“.

Die Sonntage möchte Rabaut vornehmlich der Unterweisung in allen staatlichen Einrichtungen und der sportlichen Ertüchtigung gewidmet wissen, deren Richtlinien von der Regierung zu bestimmen seien. An jedem Sonntag wird aber auch den versammelten Bürger eine Moralstunde erteilt. Die Moral darf jedoch nur aus Büchern gelehrt werden, die von der legislativen Körperschaft gebilligt sind. Zu Morallehrern bestimmt Rabaut aber bezeichnenderweise nicht die Geistlichen, sondern die Gemeindebeamten, die vom Staat zu dieser Funktion verpflichtet werden sollen.

Jede Moralstunde möchte er beginnen mit der abwechselnden Lesung der Menschenrechte und der Pflichten des Menschen. Diese Stunde soll noch feierlicher werden durch Lieder, die das Vaterland, die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit verherrlichen, durch Lieder, die geeignet sind, den Bürgern alle Tugenden teuer zu machen. Auch diese Bücher und Lieder bedürfen der Billigung der legislativen Körperschaft. Im Alter von 10 Jahren wird von jedem Kind die Kenntnis der Erklärung der Rechte und der Pflichten und der wichtigsten vaterländischen Lieder verlangt. In diesem Alter muß es sich einer Prüfung in diesen Dingen im Nationaltempel, in Gegenwart aller Gemeindebeamten, unterziehen. Dieser Tag, der auf den ersten Sonntag im Juli gelegt wird, erhält den Namen „Fest der Kinder“. Nach bestandener Prüfung beginnt die militärische Erziehung. Sie dauert bis zum Alter von 15 Jahren und ist einem Senat unterstellt, der von den über 60 Jahre alten Leuten beiderlei Geschlechts der Städte und der Dörfer gewählt wird. Diesem Senat wird auch in der Erziehung der Kinder ein bedeutendes Recht eingeräumt. Er soll die Kinder wegen heftiger oder grausamer Handlungen, Ungehorsams gegen die Eltern und Vergehens gegen die Ordnung und das allgemeine Wohl bestrafen; die guten Kinder aber durch Auszeichnungen belohnen.

Rabaut schlägt weiter vor, die Prinzipien der Verfassung und des Regierungsmodus in Form eines Katechismus niederzu-

legen und dessen Kenntniss von jedem 15jährigen Kinde zu verlangen. Von den Knaben fordert er außerdem, daß sie die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Nationen kennen, die ebenfalls in Form eines kurzen und leicht faßlichen Katechismus niederzulegen sind. Einen Tag im Jahr, den „Tag der Jugend“ setzt er fest, an dem alle Knaben, die das Alter von 15 Jahren erreicht haben, sich gleichfalls einer Prüfung im Nationaltempel in Gegenwart der Gemeindebeamten des Kantons unterziehen. Die Kleider aller Kinder bis zum genannten Alter soll einheitlich und von der legislativen Körperschaft bestimmt sein, wie auch die Waffen, Übungen usw. aller Bürger und aller festlichen Einrichtungen des öffentlichen Lebens. Ein Bürger, der im Alter von 21 Jahren nicht nachweisen kann, daß er ein Handwerk oder einen Beruf auszuüben imstande ist, der ihm die Existenz sichert, darf die bürgerlichen Rechte nicht ausüben, kein Amt bekleiden und auch zum Militärdienst nicht zugelassen werden.¹⁸

Diese Ideen baute Rabaut Saint-Etienne ein halbes Jahr später in einem Aufsatz weiter aus zu einem „nationalen Erziehungssystem für alle Bürger jeden Alters, beiderlei Geschlechts und jeden Berufes“.¹⁹ Er schrieb ihm die Kraft zu, „allen die gleichen Sitten, die gleichen Gewohnheiten, die gleichen Gefühle zu geben und die heilige Liebe für das Vaterland, für die Gesetze, für die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und alle sozialen und republikanischen Tugenden einzuflößen“. Das System umfaßt 8 Abschnitte: die Erziehung der Kinder, die physische Erziehung, die Erziehung zum sozialen Menschen, die Erziehung des Bürgers, die Erziehung zum Republikaner, über die Greise in der Republik, über das Zentrum der nationalen Erziehung und über die Erziehung der Frauen. Die wesentlichen Punkte dieses Systems decken sich mit denen des bereits dargelegten Erziehungsplanes. Die Jugenderziehung und die Tugendlehre stehen auch hier im Mittelpunkt. Zu dem Buch der Rechte und der Pflichten, dem der vaterländischen Hymnen, dem der Nationen, die alle in

18. Arch. parl. Bd. 55, S. 345 ff.

19. Chronique de Paris, 6. Mai 1793.

Versen abgefaßt sein sollen, kommen noch hinzu das „Buch des Glücks“, das die Mittel behandeln soll, glücklich zu werden, und das „Buch der Beispiele“, das der Nachahmung werthe Taten, die der Geschichte entnommen sind, enthält. Den nationalen Festen und dem Unterricht in der Verfassung wird jetzt noch größerer Wert beigelegt. Die Sonntage bleiben dem Unterricht in der Moral und der Übung in den öffentlichen Veranstaltungen und Einrichtungen gewidmet. Über den Erziehungssenaten der Dörfer und Städte der Kantone soll ein dem Konvent beigeordneter Senat stehen als ein Organ, das nicht nur die Durchführung der nationalen Erziehung überwacht, sondern auch für die Pflege der Sitten, die Aufrechterhaltung der republikanischen Einrichtungen und alles, was damit zusammenhängt, Sorge zu tragen hat. Die zentrale Leitung der nationalen Erziehung bleibt aber der legislativen Körperschaft. — Auch die Frauen sollen die republikanischen Tugenden üben wie die Männer und nicht nur gute Haus- und Ehefrauen sein, sondern auch gute Bürgerinnen und Republikanerinnen. Von ihnen verlangt Rabaut die Kenntniss des politischen Katechismus, der Verfassung, der Rechte und Pflichten der Menschen und die der nationalen Hymnen.

Wer würde bei der Lektüre dieses Programmes denken, daß die darin aufgestellten Punkte der Feder eines ehemaligen Pfarrers entstammen? Religion, Kirche, Moral und Erziehung vereinigt er im Temple national. Der tugendhafte und nationale Mensch wird dem religiösen nicht nur gleich-, sondern übergeordnet; dieser geht in jenem auf. Die Tugend faßt er in Übereinstimmung mit der damaligen Ideologie nicht als ausgesprochen christliches Verhalten, sondern im politischen Sinne auf. Ein tugendhafter Mensch ist, wer sein Vaterland über alles liebt und den Gesetzen gehorsam ist.

Auch in diesem Zusammenhange läßt sich eine Beziehung zu der Tugendlehre Mablys erkennen. Als eine Hauptaufgabe der Gesellschaft bezeichnet dieser die Pflege der Tugenden und der geselligen Eigenschaften zur Festigung der Gesellschaft. Die Gesetze haben auch bei ihm die Aufgabe, die Tugenden zu fördern. Ruhmesliebe, Wetteifer, Mitleid und

Dankbarkeit nehmen einen großen Raum in seiner Gesellschaftslehre ein. Die sozialen Tugenden bilden die Grundlage für das Glück der Gesellschaft. Ohne gute Sitten gibt es keinen guten und glücklichen Staat.²⁰ Über die Volkserziehung hat Mably sich ebenfalls sehr eingehend ausgesprochen. Nach der ersten grundlegenden Erziehung durch die Eltern greift bei ihm der Staat ein und stellt die Richtlinien für die Erziehung des Jünglings auf. Dieser wird zu nützlichen Vergnügungen, zu gymnastischen Übungen angehalten und in strenger Manneszucht erzogen. Die Erziehung ist öffentlich und allgemein und besteht hauptsächlich in körperlicher Erthüchtigung durch Sport und Waffenübung, ihr wird neben der Bildung ein großer Platz eingeräumt. Die Grundlage der geistigen Erziehung ist die Moral, deren oberster und einziger Grundsatz ist: „Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu.“ Diesen Satz Mablys hat Rabaut bereits früher in seine Erklärung der Rechte aufgenommen. Notwendige Wissensgebiete für die Jugend sind bei Mably das Naturrecht oder das Recht der Gleichheit, das die Pflichten der einzelnen Menschen bestimmt; daran knüpft sich das Studium der Geschichte, die Beispiele für die Moral liefert, und das Studium der Verfassung, damit der Schüler sie lieben lerne.²¹

Rabaut verrät in seinem Erziehungssystem nicht, daß sein einstiger Optimismus und die Siegesgewißheit, mit der er die Revolution begrüßt hatte, schon stark im Schwinden begriffen waren. Oft plagten ihn Sorgen um das Schicksal der Revolution. Das Volk von Paris, das er gefeiert und dessen Taten er gepriesen hatte, begann er zu fürchten. Melancholie erfüllte seine Seele, als er das Volk seinen alten Führern über den Kopf wachsen, die Revolution eine Richtung annehmen sah, die der Idealist nicht mehr verstand, und über die der Mann mit dem Geist von 1789 verzweifeln mußte. Wie sehr sich seine Stimmung während weniger Monate wandelte, zeigt die überraschend schnelle Aufgabe seiner Hoffnungen hinsichtlich des

20. s. Mably, *Droits et devoirs des citoyens*, lettre II, III u. V, *De la législation* livre II—IV, außerdem G. Müller zit. S. 30.

21. Müller, S. 41.

Erziehungsplanes. Was er im Dezember 1792 als möglich vorgeschlagen hatte, wurde schon im Mai 1793 als Traum bezeichnet. Die bittere Ironie des Schicksals läßt die Einleitung zu seinem damaligen Aufsatz über die Erziehung erkennen; sie ist ein Bekenntnis seiner politischen Verzweiflung. In dieser Einleitung heißt es: „Zu einer Zeit, als ich mich der süßen Illusion hingab, mein Vaterland erneuert und unsere Sitten sich zu der erhabenen Höhe der Freiheit erheben zu sehen, habe ich über eine nationale Erziehung nachgedacht, die diese doppelte Aufgabe erfüllen konnte. Ich glaubte, daß die Franzosen nur durch große und dauerhafte Einrichtungen reformiert werden könnten, durch Einrichtungen, die sie ihrer Gesetze würdig machen würden, und daß die wirkliche Verfassung eines Volkes seine Sitten seien. Ich glaubte, diese große Nation von Brüdern durch dieselben Gesetze, dieselben Gewohnheiten und Feste und Vergnügungen vereinigen und mit demselben Geist ausrüsten zu können. Sollten meine Anstrengungen nutzlos und meine Hoffnungen vergeblich sein? Wenn das, was ich meinen Mitbürgern vorlege, nur noch ein Traum und ein Roman ist, möge er dann wenigstens eines Tages in die Hand jener unschuldigen und reinen Jugend gelangen, die, in der Revolution geboren, Zeuge unserer Tugenden und unserer Verfehlungen war! Sie hat den Kampf der Anarchie gegen die Gesetze, des Ehrgeizes gegen die Freiheit, unserer alten Fehler gegen unsere noch zu schwachen und jungen Tugenden gesehen . . . Wenn die Freiheit, die man in Eisen legen kann, die aber niemals stirbt, eines Tages zu jener Generation spricht, die stolz auf ihre Geburt und auf die Wiege, die sie zur Welt kommen sah, heranwächst, möge sie dann Einrichtungen empfangen, die ihrer würdig sind! Wenn ich eines Tages die Darlegung meiner Ideen fortsetze, so geschieht es deshalb, weil die Generation für die Freiheit nicht verloren ist“.²²

In dieses wie ein politisches Testament anmutende Bekenntnis legt Rabaut Saint-Etienne den ganzen Gefühlsgehalt und die großen Hoffnungen hinein, die ihn in der ersten Peri-

22. Chronique de Paris, 6. Mai 1793.

ode der Revolution erfüllten. Dem revolutionären Ethos von 1789 hat er aber noch ein weiteres Denkmal gesetzt: in einer „Geschichte der Revolution“ versuchte er, die Problematik einer Zeitwende wiederzugeben und den Kampf einer um eine neue Zukunft ringenden, politisch jungen Generation darzustellen.

Siebentes Kapitel.

Der Historiker der Revolution.

Als die Konstituante im Herbst 1791 auseinander ging und Rabaut Saint-Etienne von der aktiven Politik vorläufig frei wurde, ging er daran, eine Geschichte der Revolution zu schreiben, in ihr das Werk der Nationalversammlung, an dem er selbst so großen Anteil hatte, zu erklären und den Stand zu verteidigen, den auch er dazu aufgefordert hatte, sein politisches Erbe anzutreten. Er schrieb einen „Historischen Almanach der französischen Revolution“, der zu Beginn des Jahres 1792 erschien und in demselben Jahre noch 4 Auflagen erlebte.¹ Der Erfolg des Buches war für die damalige Zeit ganz außergewöhnlich. Aulard nennt den Verfasser einen der bedeutendsten und berühmtesten Menschen seiner Zeit. Wenn dieser nun die Feder ergriff, seine eigene Zeit, seine eigenen Taten und das Werk seiner Mitarbeiter zu beschreiben, konnte es natürlich nicht ohne subjektive Färbung geschehen. Tatsächlich ist das Werk auch eine Apologie der Revolution, aber eine edle Apologie, edel in bezug auf seinen Inhalt und seine Form. Es ist eine Zurückweisung der Gegner der Revolution, die Rabaut zwar nicht nennt, die zu erkennen aber nicht schwer ist. Daß Burke mehr als einmal gemeint ist, fühlt man an der flammenden

1. Almanach historique de la Révolution française pour l'année 1792 rédigé par M. J. P. Rabaut, ouvrage orné de gravures d'après les dessins de Moreau; Paris, Onfroy et Strasbourg S.A. Treuttel 1792, in 18^o de 284 pages. Der Erfolg war groß; 4 Auflagen erschienen im Jahre 1792; die 3. Auflage mit dem Anhang „Réflexions politiques sur les circonstances actuelles“. Die 4. Auflage erschien unter dem Titel „Précis historique de de la Révolution française“. Dieser wurde in den folgenden Auflagen geändert in Précis de l'histoire de la Révolution française par Rabaut Saint-Etienne. Das Werk erlebte mindestens 8 Auflagen; (s. Tournoux I Nr. 25 u. 26). Das Buch wäre einer neuen kritischen Ausgabe wert.

Entrüstung, mit der er sich gegen gewisse Anschuldigungen an die Welt wendet. Aber der Zeuge und Vorkämpfer der Revolution rechtfertigt sie nicht nur, er kritisiert auch. Er erzählt nicht allein, er räsontiert und argumentiert. Den Rationalisten, der die Vorsehung durch die Vernunft ersetzt, verleugnet er dabei nicht. Viele Dinge werden in das Reich der Idee erhoben. Das Schauspiel der zwanglosen Diskussion freier Männer und ihr Kampf um das Neue finden in dem Buch eine Verherrlichung. „Der große Kampf“, sagt er, „hatte begonnen zwischen dem alten Regime und dem neuen. Auf einer Seite waren der Hof und die Privilegierten, und auf der andern war die Nation.“ Er bemüht sich zu zeigen, daß die Revolution keine von einem impulsiven Volk unternommene Unbesonnenheit oder das Resultat zufälliger Verwicklungen, sondern eine in der Geschichte Frankreichs begründete Notwendigkeit sei, und daß das Volk, wenn es brutal war, so es deshalb war, weil das Ancien régime es gelehrt, sich mit Blut zu rächen, und ihm so ein entsetzliches Vorbild gegeben habe.

Rabaut ist der erste Historiker der Revolution und keiner der geringsten. Bis auf Tocqueville hat keiner nach ihm in so glänzender Art das Wesen der großen Bewegung zu definieren und ihr so auf den Grund zu sehen vermocht. In der Wiedergabe der Gefühle und Empfindungen der revolutionären Generation kann allein Michelet sich neben Rabaut stellen. Das Leben und die Seele der Revolution finden in seiner Darstellung ihren Ausdruck. Wie Rabaut in seinen Theorien so oft der Interpret der öffentlichen Meinung war, so auch als Historiker. In diesem Buch, sagt Aulard, erstehet der Geist der Konstituante und ihr Werk als Gesamtheit, oder mindestens so, wie die gebildeten Zeitgenossen es verstanden und empfanden, und nirgends komme der Geist der Zeit, der Glaube an die Kraft der Vernunft und an die Wirksamkeit der Diskussion in so begedter Weise zum Ausdruck, wie in diesem Werk mit seinem ernstesten und strengsten Ton. Er möchte in ihm fast das politische Testament der Männer von 1789 sehen.²

2. Aulard. Les premiers historiens de la Révolution franç., (La Rév. fr. 1909 t. 56 S. 497).

Mit diesem die Reihe der historischen Betrachtungen der Revolution eröffnenden Buche gab Rabaut Saint-Etienne zugleich auch ein Beispiel, über die Revolution zu philosophieren. In den „Betrachtungen“ der Madame de Staël, der „Revolutionsgeschichte“ von Mignet und der „Revolution“ Edgar Quinets fand er Nachahmung.³ Bei seiner Darlegung hält Rabaut sich sowohl an die Methode Montesquieus als auch an die Voltaires. Er erzählt, um zu erklären. Das Schiefe mancher seiner Urteile, das Bemühen, aus der Not eine Tugend zu machen, ist an vielen Stellen des Buches nur zu gut sichtbar. Zahlreiche Charakteristiken und Urteile sind jedoch so treffend, entsprechen so sehr der historischen Wahrheit, daß man sie trotz ihrer Tendenz fast als klassisch bezeichnen möchte. Wie sehr sich manche Historiker von Rabaut Saint-Etienne in ihren Urteilen haben beeinflussen lassen, werden die folgenden Seiten zeigen. Wir wollen den Versuch unternehmen, ein knappes Résumé des Werkes zu geben, lassen aber Rabaut möglichst selbst sprechen, um von der Originalität und Eigenart des Werkes einen Eindruck zu geben.

Von dem weiten Blick Rabaut Saint-Etiennes zeugt die Tatsache, daß er die Geschichte der Revolution nicht mit den letzten ihr vorausgegangenen Jahren beginnt, sondern seine Betrachtung mit einer Charakteristik der Regierung Ludwig XIV, eröffnet. Die allgemeinen Ursachen der Revolution liegen, wie er sehr richtig erkennt, sehr weit zurück, und die schließlich „unvermeidliche Berufung der Generalstände war in gewisser Beziehung nur die Proklamation der Revolution,“ die ihren Anfang zur Zeit der Regierung Ludwigs XIV. nahm.⁴ Die Ursachen der Revolution sieht Rabaut freilich fast nur durch die Brille des Liberalen. Das ganze Werk ist beherrscht von seiner Auffassung über den Despotismus und die Entartung der französischen Monarchie, die sich durch die Mißachtung der Volksrechte und der Rechte des einzelnen Bürgers bekundete. Die historische Mission des Absolutismus, seine außenpolitischen

3. vgl. Aulard, Ebd.

4. Précis de l'histoire de la Révol. franç. livre premier, Œuvre I. S. S. 242 ff. Wir zitieren im Folgenden nach Œuvres (Colin de Plancy).

Antriebe und seine schöpferische innerpolitische Zielsetzung erkennt er nicht.

Das Zeitalter Ludwigs XIV. war ihm die Zeit des willkürlichen Despotismus, dessen Endergebnis seine Rechtfertigung nicht erbringen konnte. Denn die Bilanz war „einerseits die Eroberung einiger Provinzen, die Förderung der schönen Künste, ein Theater, das das einstige Theater von Athen übertraf, ein Geschmack und eine feine Lebensart, die allen andern Höfen zum Vorbild diente, und besonders die Vereinigung aller vorher unzusammenhängenden Teile der Verwaltung und des Reiches. Dem stand der Verlust von 5 oder 600 000 Menschen gegenüber, die in den verschiedenen Kriegen getötet wurden, der Verlust von 5 oder 600 000 Flüchtlingen, die in ganz Europa den Haß gegen ihn und die Methoden, die er begünstigte, verbreiteten, ferner eine unübersehbare Schuld am Ende seiner Regierung und ein Elend, wie es kein anderes modernes Volk erlebte“.⁵ — Ludwig XIV. hat auch den Sturz des Adels vorbereitet, indem er ihn aus seinen Schlössern zog, um ihn in das seichte Leben des Hofes zu locken und mit Orden und Bändern zu erniedrigen. „Als dann einmal der Ruhmestitel käuflich war, und man durch Geld berühmt wurde, hat sich die Meinung geändert, und der Adel Frankreichs wurde in Europa so beurteilt, wie bei uns selbst.“⁶

Ludwig XV. fand die despotische Maschine fertig vor und ließ sie laufen. Unter ihm war der Hof alles, die Nation nichts. Die Käuflichkeit der Ämter und des Adels wurde bis zum Lächerlichen betrieben. Die Dekadenz machte rapide Fortschritte, der Nationalstolz der Franzosen erlosch und ihre Nationallehre sank in den Schmutz. Die Verweichlichung und Entartung, die von oben kamen, griffen auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens über und wurden ein Charakterzug der Franzosen, „d. h. sie hatten keinen Charakter mehr . . . Kriege wurden ohne Grund erklärt, ohne Führung unternommen, und ehrlos beendet“. Schmerzlich war es für jeden Franzosen, der die große Geschichte seines Landes kannte, sehen zu müssen, wie

5. Ebd. S. 245.

6. S. 246.

die Vorherrschaft Frankreichs verloren ging, wie der König, die Regierung und die Nation bedeutungslos wurden. Aber — „diese unmerkliche Entwicklung der Geister zum politischen Nichts aufzeichnen heißt die Geschichte der Revolution schreiben“.⁷

Dieser Abwärtsbewegung im eigenen Lande lief eine geistige Bewegung entgegen, die von außen her nach Frankreich getragen wurde. Sie kam von England, Holland, der Schweiz und Deutschland. Locke, Clarke, Newton, Leibniz u. a. erstanden; der gesunde Menschenverstand, die Vernunft begannen ihre Herrschaft zu errichten. Locke, der Lehrer des Denkens, wurde ins Französische übersetzt; „ohne Locke, der als erster zeigte, daß die Philosophie nichts anderes ist als die Vernunft, hätten wir vielleicht nie einen Condillac gehabt“.⁸ Montesquieu zeigte die Prinzipien der Freiheit auf, aber alle überragte Voltaire. Diesen ehrt er durch folgende Worte: „Aber ein Mann förderte mehr als jeder andere in Frankreich den Fortschritt der Vernunft. Schon in seiner Jugend verführte er alle Geister durch den Reiz seiner glänzenden Poesie; er vereinigte in sich alle Talente, vervollkommnete alle Arten, bekämpfte alle Mißbräuche, ergriff die Verteidigung aller Bedrückten und beherrschte 60 Jahre lang die öffentliche Meinung. Ich frage die ganze gegenwärtige Generation, wenigstens alle, die durch sich selbst denken und sich über Vorurteile zu erheben gelernt haben, ob sie das nicht Voltaire verdanken. Seine unermüdliche Ausdauer weckte selbst die Trägheit auf, und nie erlaubte er seinem Jahrhundert, über der Wahrheit einzuschlafen. Seine scharfsinnigen Lehren, seine feine Kritik und seine pikante Satire waren die fortgesetzte Geißel aller Vorurteile bis zu dem Augenblick, wo er tausend Dummheitsathleten zum Stillschweigen gebracht hatte und allein in der Arena herrschte. Der unermüdliche Beschützer der Unglücklichen liebte die Freiheit, weil er die Menschheit leidenschaftlich liebte. Alle Prinzipien der Freiheit, alle Keime der Revolution liegen in den Schriften Voltaires eingeschlossen. Er hat sie vorausgesagt und gemacht. Unaufhörlich unterwühlte er das Terrain, auf dem

7. S. 247.

8. S. 250.

der Despotismus immer noch baute“.⁹ Neben Voltaire wirkten andere, die Encyklopädisten und die Ökonomen, über die er sagt: „Man hat ihnen eine mystische Sprache vorgeworfen, die den klaren und einfachen Orakeln der Wahrheit wenig zuträglich sei. Man hat geglaubt, daß sie sich selbst nicht verstünden, da sie sich kein Gehör zu verschaffen vermochten. Aber wir verdanken ihrer tugendhaften Ausdauer, daß sie die Franzosen dahin gebracht haben, über die Wissenschaft des Regierens nachzudenken. Ihrer Beharrlichkeit, uns lange zu der Beschäftigung mit denselben Gegenständen veranlaßt zu haben, verdanken wir die Verbreitung jener Ideen, die so einfach sind, daß sie Gemeingut wurden: die Freiheit der Industrie schaffe allein den Reichtum, die Talente dürften von keiner einengenden Schranke begrenzt sein, die Freiheit des Getreidehandels sei die Quelle des Getreidereichtums, das Roheinkommen des Landmanns dürfe nicht besteuert werden, sondern nur die Reineinnahmen. Zweifellos hat man diese Dinge schon vor ihnen gesagt, aber sie haben sie immer wieder angeführt, und nur so bilden sich die Meinungen.“¹⁰ Rousseau endlich legte den Franzosen das heilige Gefühl für die Freiheit ins Herz. Der *Contrat social* wurde ihr Kodex. „Dieses unsterbliche Buch hielt alle Ideen in seinem Bann. Dort fanden sich alle Prinzipien vereinigt, um die sich die guten Geister geschart, dort schöpfen eines Tages alle die, welche den Nationen bei ihrem Befreiungsakt eine dauerhafte Freiheit bescheren und ihre Rechte auf ewig sanktionieren wollten“.¹¹

Den inneren Widerspruch, der unter dem alten Regime so vielen Dingen anhaftete, hat Rabaut treffend herausgearbeitet. Mehrmals weist er auf die Diskrepanz zwischen den bestehenden Einrichtungen und den Anschauungen und Sitten, zwischen den Tatbeständen und Gesetzen hin als auf ein Moment, ohne das die Revolution nicht möglich gewesen wäre. Revolution bedeutet stets entscheidende Meinungsänderung. Für den Sieg der neuen Meinung ist es aber notwendig, daß den Dingen, auf die die

9. S. 251.

10. S. 253.

11. S. 254.

alten Meinungen sich stützten, die Grundlage entzogen ist. Eine Revolution auf kulturellem und gesellschaftlichem Gebiet mußte sich vollziehen, bevor die wirkliche Revolution ausbrechen konnte. Die eine war die Voraussetzung der andern. Darauf weist Ra-
baut hin, indem er an das Problem der Feudalität rührt. Die frühere Überlegenheit des Adels existierte jetzt nur noch in der Meinung der Adligen, sie war imaginär; aber was noch schlimmer war, „der Adel hat versucht, den stolzen Geist der Feudalität wieder zu erwecken und das in Zeiten, in denen jene Feudalität nicht mehr bestand. Er hat versucht, die Ritteridee des 12. Jahrhunderts in das 18. Jahrhundert, das Jahrhundert der Aufklärung, zu verpflanzen. Die Corps wurden nicht gewahr, daß mit ihrem eigenen Altern auch ihre Maximen alterten, und verstanden nicht, daß sie sich entweder ändern oder umkommen mußten, nachdem alles andere sich geändert hatte“.¹² Das feudale Gebäude konnte nur Bestand haben, solange es die öffentliche Meinung respektierte. Das war nicht mehr der Fall. Die feudale Ordnung mußte endigen, wenn das Volk sich erhob, wenn die Feudalität, durch ihre Zersplitterung hohl und dünn gemacht, keine Konsistenz mehr hatte, wenn der Adel nicht mehr die öffentliche Achtung besaß, weil ja sein Titel um einen geringen Preis käuflich zu erwerben war. „Wenn der gewöhnliche Bürger für Geld adlig werden kann, hört man auf zu glauben, daß die Adligen eine besondere Rasse bilden. Und wenn der Reichtum und der industrielle Aufschwung der Roturiers diese auf gleichen Fuß mit den Adligen stellen, und die Literaten und Gelehrten, die mit den Adligen zusammenleben, sich bewußt werden, daß sie diesen überlegen sind, wenn die feudalen Länder sich mit Akademien bedecken, reich sind an Poeten, bedeutenden Künstlern, reichen Handelsleuten und gebildeten und unterrichteten Bürgern, die sich alle mit den Adligen mindestens gleichwertig glauben, dann hört die alte Meinung auf, Geltung zu haben, und eine beendigte Meinung fängt nicht wieder von vorne an.“¹³

Unter solchen Umständen stieg Ludwig XVI. auf den Thron. Und nun genügte der Wille eines unselbständigen Königs, der

12. S. 238.

13. *Réflex. polit.* VI u. VII. *Œuvres* II S. 330.

Freude an Reformen hatte und das Beste seines Volkes wollte, nicht mehr. Übrigens gab der König immer dem nach, was er als den Wunsch der Nation ansah, aber seine Ratgeber wechselten zu oft und gehörten meist der korrupten Hofgesellschaft an. Die Regierung wurde widerspruchsvoll, und die Reformversuche hatten zur Folge, daß die Diskussion der öffentlichen Angelegenheiten gewaltig angeregt wurde. Der *esprit public* bildete sich in immer breiteren Schichten heraus. Neckers *Compte rendu* und besonders seine *Administration des finances* — ein Buch, dessen Wert gewöhnlich zu gering eingeschätzt wird — verbreiteten Aufklärung und wurden die ersten Keime der Leidenschaft für das öffentliche Wohl. Indessen stieg die finanzielle Verlegenheit der Regierung immer mehr. Man brauchte neue Hilfsquellen, „und wer solche fand, ohne Aufsehen zu machen, war ein Genie“. Man schuf Chargen und Ämter und fügte den überzähligen jeden Tag neue hinzu. Die Ausübung bestimmter Berufe wurde zu einem exklusiven Recht, zu einem Privileg, das verkauft und meistens von Finanzleuten zum Zweck der Spekulation gekauft wurde. In Frankreich „konnte man alles kaufen, selbst die Ehre“; alles war verkauft und alles war zur Spekulation geworden. „In der Nation hatte sich eine besondere, privilegierte Nation gebildet; es war die Vereinigung aller, die ihre Existenz den Mißbräuchen verdankten und auf Kosten der andern lebten“. ¹⁴ Turgot und Necker versuchten ihre Kraft vergebens, sie mußten der Korruption weichen. „Die Aufgabe, die sie sich stellten, ging über die Kraft eines einzelnen Mannes. Man brauchte nicht weniger als eine ganze Nation, ihre Lösung zu wagen“. Aber erst nach vielen vergeblichen Versuchen war der Appell an die Nation unumgänglich geworden. Das Parlament zerhieb den gordischen Knoten und forderte die Berufung der Generalstände in der Hoffnung, „daß diejenigen, die sie verlangten, in ihnen die erste Rolle spielen und vom Vertrauen des Volkes begleitet, dort tagen würden“. Aber während die alten Körperschaften sich damit beschäftigten, ihre Herrschaft zu sichern, „wuchs der imposante Koloß der *majesté publique*, und an seinen Füßen sollten in der Folgezeit aller

14. Précis de l'histoire de la Rév. S. 260 f.

phantastischen Autoritäten zerbrechen, die sie so lange Zeit beherrscht hatten. Niemand tat damals, was er hätte tun sollen, weil niemand wirklich das öffentliche Wohl wollte. Man hätte den Staat retten sollen, und jedermann dachte nur an sich. Der Hof wollte sich der Parlamente entledigen, diese wollten dem Hof entgegenarbeiten, Lamoignon wollte sie demütigen, Brienne wollte erster Minister sein, und während sich auf der gewitterhaften Bühne so viele unverschämte Szenen abspielten, sah das Volk mit Entrüstung, daß es den Interessen und dem Streit der Großen immer noch geopfert wurde.“¹⁵

Als man dann den letzten Ausweg in der Berufung Neckers sah, wandten sich alle Blicke auf ihn, „wie man die Sonnenstrahlen nach einem langen und schweren Gewitter erwartet“. Mit ihm schien sich der Freiheit eine Gasse zu öffnen. Nun erschienen die Ansprüche der Nation, die wollte, daß die Generalstände nicht unfruchtbar blieben; die Wünsche der Großen wurden laut, die ihre Herrschaft erhalten wollten: der Streit um die Macht begann. „Der dritte Stand, dieser immense Teil einer erleuchteten und berühmten Nation, diese Masse von Menschen, die wirklich die Nation ausmachten, empörte sich darüber, den unter der Regierung Philipps des Schönen befreiten Kommunen gleichgestellt zu werden; er empörte sich darüber, daß man im Jahre 1788 Formen auf ihn anwenden wollte, wie auf die halb versklavten Bauern von 1302“. — „1614 war das Wort, an dem sich die Geister schieden, in ihm lagen alle Fragen eingeschlossen, die Frankreich bewegten. Der dritte Stand sah in ihm nur Demütigung und die Erhaltung der Privilegien“. Die Notabelnversammlung sollte die Streitfrage entscheiden. Von dieser Entscheidung hing also das Schicksal der Generalstände und der Verfassung ab. Aber von vornherein lagen die Dinge zugunsten des dritten Standes; die Dauphiné gab ihm einen mächtigen Impuls, ihr Beispiel erregte die Bewunderung und den Nacheifer. Die *pays d'Etats* ergriffen die Initiative und richteten Petitionen an die Regierung. Eine große Menge Schriftsteller erinnerte das Volk an seine Rechte. „Man verbreitete besonders die

15. S. 272.

Schriften des weisen Mably, der in den Zeiten, wo die Wahrheit sich in die Arbeitsstuben der Literaten flüchtete, die Generalstände vorausgesehen, vorausgesagt und sozusagen die Generalstände befohlen hatte. Sein Buch wurde der Katechismus der Franzosen.“¹⁶

Der Ausgang der zweiten Notabelnversammlung zeichnete die Gegensätze vollends scharf ab. Die Entscheidung blieb Necker überlassen. Sie wurde in dem bekannten Erlaß vom 27. Dezember 1788 niedergelegt. Die Frage der Abstimmung nach Köpfen wurde jedoch nicht entschieden. Man durfte das nicht; „denn die Spaltung zwischen den Ständen wäre da gewesen vor dem Zusammentritt der Generalstände, und diese wären dann vielleicht niemals zusammengetreten. Die Entscheidung jener Frage wurde den Generalständen überlassen, d. h. den beiden Parteien selbst, wenn sie einander gegenüber stünden. Das hieß nichts anderes als den Sieg dem Stärksten zuzusprechen, wie die Erfahrung gezeigt hat“.¹⁷

Die Wahlversammlungen, die 6 Millionen Menschen in Bewegung setzten, wurden zu einer neuen starken Quelle des Lichts für den dritten Stand. Der *esprit public* fand in den Cahiers des dritten Standes seinen Niederschlag, während die andern Stände nur auf die Erhaltung ihrer Privilegien bedacht waren. Alle wollten eine Verfassung, alle wolten, „daß die Nation wieder in ihre Rechte trete, daß der Staatsschatz nicht mehr der Verschwendung des Hofes ausgeliefert sei. Jede Körperschaft verstand aber unter ihren Forderungen, daß die Frucht der Freiheit für sie allein sei, und verlangte die Erhaltung ihrer Privilegien. Diese Meinungsverschiedenheiten zeigten deutlich, daß die Generalstände entweder nichts machen oder alles machen würden, ja nachdem der dritte Stand unterliegen oder sich durchsetzen und den Sieg davon tragen werde“.¹⁸

Im Bewußtsein ihrer Stärke kamen die Abgeordneten des dritten Standes nach Versailles, in eine Stadt, wo alles den Stempel des Despotismus trug. Aus der Provinz gekommen, wo

16. S. 281.

17. S. 285.

18. S. 287.

oft großes Elend herrschte, sahen sie hier die Zeugnisse der ungeheuren Ausgaben Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. Man sah das „vom Schweiß und mit dem Geld der Untertanen erbaute Schloß“.¹⁹ Hier schien man die Abgeordneten versammelt zu haben, um sie zu demütigen. Man schrieb ihnen gleichförmige, schwarze Gewänder vor und behandelte sie in einer Weise, die ihr Selbstbewußtsein kränkte; man errichtete Formen, machte Zeremonien, die die Unterschiede kraß zum Ausdruck bringen sollten. Aber „diese unkluge Unterscheidung rief eine den Absichten des Hofes entgegengesetzte Wirkung hervor. Der dritte Stand erkannte seine Väter und Verteidiger in den Männern mit großer Kravatte und schwarzem Mantel und seine Feinde in den andern mit den glänzenden Kostümen“.²⁰

Der Kampf begann am ersten Tage, der den Abgeordneten des dritten Standes in der Rede Neckers eine schmerzliche Enttäuschung brachte. „Auf ihren Bänken sitzend und in ein Schweigen gehüllt, das der Feierlichkeit ihres Kleides entsprach, erwarteten sie jeden Augenblick Worte, die den erhabenen Ideen, von denen sie erfüllt waren, entsprächen, und die sie seither ausgeführt haben. Gleichheit und Freiheit, um diese beiden Worte scharten sich bereits alle Franzosen. Das Volk und seine Repräsentanten waren durch die Ereignisse dahin geführt worden, eine allgemeine Reform zu wünschen, die der Conseil nicht in Aussicht stellte, die aber durch die Fehler des Hofes und der beiden ersten Stände beschleunigt wurde“.²¹ Dank den Fehlern der ersten Stände konnte sich der dritte Stand schneller zur Nation proklamieren, als er gehofft hatte, und damit hatte die Revolution einen großen Schritt gemacht. Die Freiheit hatte ihren ersten großen Triumph errungen, „und der Volkswille begann wahrhaft die Stelle einzunehmen, die bisher die königliche Majestät eingenommen hatte.“ Unmerklich zunächst noch; denn der glühende Wunsch der Abgeordneten des dritten Standes war, „eine von ihrem König präsiidierte Versammlung zu sein“. Als man von der in Aussicht stehenden Séance

19. S. 288.

20. S. 289.

21. S. 293.

royale erfuhr und nicht mehr im Beratungssaal tagen konnte, sprach man zuerst davon, nach Marly zu gehen, wo der König war, um ihm das Schauspiel der Abgeordneten des Volkes zu bieten und ihn einzuladen, sich mit ihnen in einer wahrhaft königlichen und väterlichen Sitzung zu versammeln, die seines Herzens würdiger sei als die in Aussicht stehende.²² Von Willkür bedroht, schlossen sich die Abgeordneten durch den Schwur im Ballhaus zusammen. Aber was dem dritten Stande heilig war, wurde vom Hof bospottet, der die Zeichen der Zeit nicht verstand. „Die Würde des Volkes und seiner Vertreter war noch nicht anerkannt“. Aber der Prunk der königlichen Sitzung vom 23. Juni und die Gardes machten keinen Eindruck mehr. Was der König freiwillig in Aussicht stellte, genügte nicht mehr, und auf das, was sich die Nationalversammlung bereits angemaßt hatte und in gutem Recht sich anzumaßen glaubte, sollte sie verzichten. Die Nationalversammlung hatte sich neben den König gesetzt, nun sollte sie wieder unter den Despotismus. „Der Fürst befahl und beriet nicht. Die Verblendung seiner Berater war so groß, daß sie ihm die Repräsentanten der Nation ausschelten und ihre Beschlüsse annullieren ließen, wie wenn das eine Versammlung von Notabeln gewesen wäre . . . Die Majestät der Nation war in unwürdiger Weise beleidigt“. Aber sie war bereits eine Flamme, die alles andere überstrahlte. Die Haltung der Abgeordneten gegenüber dem Verbot weiterzutagen, hatte Öl in diese Flamme gegossen. Mirabeau gab die Gefühle der Abgeordneten in seinem berühmten Wort wieder, und die Nationalversammlung betrachtete sich, gemäß einem Wort Sieys, auch jetzt noch als das, was sie gestern gewesen war. Alles drängte auf die Vereinigung der Stände, „sie war unumgänglich geworden, seit die Autorität des Despotismus vor der Standhaftigkeit einer Handvoll Menschen zurückgewichen war“.²³ Und als der König, von den Umständen gezwungen, die Vereinigung der Stände gebieten mußte, räumte er zugleich den Thron, um der aufsteigenden Majestät Platz zu machen, die von da ab befahl, ihn aber mit ungezählten Rufen „Es lebe der König“ dafür belohnte.

22. livre troisième S. 302.

23. S. 308.

Aber die ganze Schilderung Rabauts macht uns nicht den Eindruck, als habe das Ansehen des Königs dadurch sehr gelitten. Überall findet man seine Rechtfertigung. Die Freude über den Sieg gilt nicht dem Umstand, daß der König nachgeben mußte, sondern daß der Despotismus geschlagen wurde. Noch scheint die Nationalversammlung nichts anderes zu suchen als die Allianz mit dem König. Den König vom Hof zu trennen, von der Stätte, wo alle Ränke und alle Intrigen gegen den dritten Stand eingefädelt und von wo aus sie geleitet wurden, ihn auf die Seite des Volkes und der Revolution zu ziehen, scheint oberster Zweck. Alle Demütigungen, die sich der König gefallen ließ, wurden bejubelt und gefeiert, wohl weil man ihre Hinnahme als Annäherung und dämmernde Erkenntnis deutete. Zu diesem Eindruck könnte man jedenfalls bei der Schilderung der Reise des Königs nach Paris kommen.

Als der König am 17. Juli 1789 den Gang nach Paris antrat, die Schlüssel des Rathauses entgegennahm und sich mit der Kokarde schmückte, steigerte sich die Freude zum Delirium: man deutete den Akt als ein Bündnis mit dem Volke, das von seinem König nur einen Beweis seiner Liebe wollte. Man wollte sich den König erobern, weil man ihn für den Gefangenen des Hofes hielt. „Durch einen der unglücklichsten Umstände, die mit dem Thron verbunden sind, deckte sich der Hof immer durch den König. Er setzte diesen Schild allen Pfeilen entgegen, die sich gegen ihn richteten, und bediente sich darauf der königlichen Hand, seinerseits Pfeile abzuschießen. Er redete dem König ein, alles, was gegen ihn (den Hof) gesagt und getan werde, sei gegen den König gerichtet. So deckte dieser Fürst, dessen Sitten von Natur aus einfach und streng waren, der den Luxus nicht liebte, dessen Bedürfnisse beschränkt waren und der keinen andern Wunsch hatte als den, sein Volk glücklich zu sehen, mit seinem Namen eine Menge Ungerechtigkeiten. Überdies diktierte man ihm stets übertriebene Schritte, die er dann immer wieder zurücknehmen mußte; ständig führte man ihn mit der ganzen Gewalt des Despotismus zum Angriff gegen die öffentliche Meinung, und ständig mußte er zurückweichen vor jener unbesiegbaren Phalanx, die immer vorwärtsschritt. Alles gab dem König recht, aber man erregte sich gegen das König-

tum; der Hof verminderte die Achtung, die man dem Thron entgegenbrachte, und trieb alles, was durch ihn dem Despotismus verloren ging, der Freiheit in die Arme.“²⁴

Und an anderer Stelle schreibt Rabaut bei der Betrachtung der Oktoberereignisse von 1789: „Seit 6 Monaten veranlaßte man ihn (den König), immer vor der öffentlichen Meinung zurückzuweichen, der er vorausgeeilt wäre, wenn man ihn besser beraten hätte. Wir haben in unseren Tagen den König von Polen sich selbst an die Spitze der Revolution seines Landes stellen und ihn den Punkt da festsetzen sehen, wo es ihm angebracht schien. Bei uns dagegen haben die Extravaganzen des Hofes und der Stände den Fortschritt der Nation zur Freiheit beschleunigt; bei uns war der Hof allmächtig und regierte; der machtloseste Mann im Königreich aber war in den letzten 30 Jahren der König“.²⁵

Nicht uninteressant ist es, wie das konstitutionelle Werk der Nationalversammlung geschildert wird. Lob und Kritik stehen sich dabei gegenüber. So groß das Werk war, so kühn und brutal war es andererseits. Daß dies dem Historiker Rabaut eindringlich vor Augen stand, liest man aus der Rechtfertigung heraus. Er weist nämlich auf den Umstand hin, daß die Neugestaltung Frankreichs in der unvergleichlichen Lage erfolgte, daß ihr der König ablehnend gegenüberstand, und jede Partei zuerst nur daran dachte, wie sie das Eroberte entweder schützen oder das Verlorene wieder erlangen könnte. In jenem Kampf der Parteien haben nicht Sachlichkeit, sondern Standesegoismus und Machtinteresse ein gewaltiges Wort mitgeredet.

Die Umgestaltung Frankreichs in der Weise, wie die Revolution sie vollzog, lag ursprünglich nicht in der Absicht der Führer des dritten Standes. Man wollte organischen Weiterbau, durchgreifende Reformen und Abstellung der schreiendsten Mißbräuche. Die Revolution war gedacht unter der Führung des Königs, für ihn und mit ihm. Dadurch aber, daß die Revolution dieser Führung und einer

24. S. 324.

25. S. 352.

zielbewußten Führung überhaupt entbehrte, nahm sie die Richtung, die wir kennen. Da ihr der König ablehnend gegenüberstand und die Ereignisse eine wirkliche und dauerhafte Versöhnung höchst zweifelhaft machten, mußte man dem König die Macht nehmen. Das bedingte eine grundlegende Umwandlung des Staates. Diese begann in dem Augenblick, als die Gewalten des alten Regimes auf den ersten Anhieb zusammengebrochen waren und in dem Chaos die siegende revolutionäre Schicht notgedrungen die Initiative zu einer neuen Ordnung ergreifen mußte.

Darüber sagt Rabaut Saint-Etienne: „Die Elemente des Staates bestanden noch und warteten nur auf die Hand des Schöpfers . . . Der Kampf aber wurde ein harter, als man über die Frage diskutierte, welchen Anteil der König an der Gesetzgebung haben sollte, und als man das Gleichgewicht zwischen dem Monarchen und der gesetzgebenden Versammlung festlegen wollte. Auf der einen Seite waren die, welche die Gewohnheit soweit gebracht hatte, dem Namen der königlichen Person, gleichgültig wer sie auch sei, eine blinde Verehrung entgegenzubringen; die, welche sich nach der Gewohnheit regieren lassen und alles gutfinden, was war; ferner die, welche den König als den alleinigen Gesetzgeber ansehen, und endlich die, welche hofften, durch den König alles wieder zu gewinnen, was sie durch das Volk verloren hatten. Auf der andern Seite waren die, die schon vom Schatten des Despotismus erschreckt oder scheu gemacht, in der Permanenz einer gesetzgebenden Versammlung, die die Gesetze macht und sie dem Monarchen zur Sanktion vorlegt, den einzigen Schutz der öffentlichen Freiheit sahen“.²⁶ Die Frage der königlichen Sanktion, welche Gegenstand erbitterter Diskussionen gewesen war, entschied der Umstand, daß man die Zukunft nach der Gegenwart beurteilte. „Man dachte, der König könnte dem Volke nützlichste Verfügungen grundlos zurückweisen, nur um den Intriguen seines Hofes oder den Absichten seiner Minister nachzugeben. Und da jeder eine große Wiedergeburt erhoffte, die zu verhindern der Hof ein Interesse hatte, glaubte man, der mit dem (absoluten).

26. livre quatrième S. 336.

Veto. ausgerüstete König könnte alle Operationen der Nationalversammlung aufhalten und dadurch die Wiedergeburt der Nation unmöglich machen“.²⁷

Nicht weniger interessant behandelt Rabaut die Frage des Ein- oder Zweikammersystems. In die Debatte über diese Frage mischten sich ebenfalls unsachliche Erwägungen ein. Man lehnte das englische Zweikammersystem und die englische Gewaltenteilung nicht allein deshalb ab, weil die Mehrheit der Nationalversammlung in der Balancierung der Gewalten und Parteien nur einen Waffenstillstand zwischen den verschiedenen Mächten sah, bei dem jeder seinen Teil erhielt, sondern weil Standesrivalitäten eine große Rolle spielten. „Der hohe Klerus wollte zwei Kammern, weil er hoffte, in der oberen Kammer den ersten Rang einzunehmen. Ein guter Teil des Adels war für zwei Kammern, aber dabei ergab sich die Frage der Pairschaft, und von da ab war er geteilter Meinung. Der Provinzialadel wünschte, der ganze Stand sollte seine Vertreter frei ernennen, der Hofadel dachte insgeheim, die Würde der Pairschaft würde ihm allein zustehen; endlich fürchtete eine große Zahl von Edelleuten, daß durch ein unvorhergesehenes Verfahren in die obere Kammer in erster Linie die bekannten 47 der Minderheit kommen würden, die sich freiwillig mit der Nationalversammlung vereinigt hatten. Diejenigen Curés, die ihren Bischöfen nicht günstig gesinnt waren, neigten ebenfalls für die Einheit der Versammlung. Die Mehrheit der Abgeordneten der Kommunen sahen in der oberen Kammer nur die konstitutionelle Zuflucht der Aristokratie und die Erhaltung des feudalen Systems. Ihr Mißtrauen wurde unterhalten durch jenes Bündnis zwischen den Ständen und dem Hof, das seither fortbesteht, und durch die Intriguen, die man anstellte, um die Sanktion der Artikel des 4. Augusts zu verhindern“.²⁸ Die Diskussion dieser Fragen fiel tatsächlich in die Zeit, wo der König mit allen Mitteln versuchte, die Sanktion der Beschlüsse des 4. August zu umgehen.

Nicht weniger klar sah man in der Frage eines aus lebenslänglich zu wählenden Mitgliedern bestehenden Senats: er schien

27. S. 337.

28. S. 338 f.

der Gefahr der Korruption durch den Hof ausgesetzt. Ein auf bestimmte Zeit von der Versammlung gewählter Senat wurde ebenfalls verworfen, weil man ihn nur als eine Fraktion der Versammlung betrachtete. Das suspensive Veto, das man dem König gab, hielt man für ausreichend, um ein Gegengewicht gegen überstürzte Beschlüsse der Versammlung zu haben. „Die Nationalversammlung hatte den schrecklichen Nachteil, der sie lange Zeit behindert hat: sie sollte eine Monarchie konstituieren und hatte bereits einen Monarchen für sie. Die Folge dieses Nachteils war, daß die Feinde der Nationalversammlung aus deren Zugeständnis, kein Gesetz habe ohne die königliche Sanktion Gültigkeit, Nutzen zogen.“

Sie glaubten, die Machtbefugnisse, die die Versammlung dem König künftig zubilligen wollte, schon jetzt gegen die Versammlung selbst ausspielen zu können. „Sie behaupteten, der König könne die täglichen Dekrete der Versammlung verhindern und folglich diese abhalten, eine Verfassung zu machen. Sie wollten nicht einsehen, daß die Nationalversammlung die Vollmacht erhalten hatte, die Monarchie nach gewissen Regeln zu konstituieren und dem Monarchen diese oder jene Autorität zu geben. Dieser konnte seine frühere Macht dem nationalen Willen nicht entgegensetzen. Sie wollten nicht sehen, daß der König die Verfassung nicht sanktionieren dürfe, sondern annehmen müsse, und daß das Gesetz über die Sanktion sich nur auf den nach Fertigstellung der Verfassung herrschenden Stand der Dinge beziehen dürfe. Tatsache ist, daß die Macht des Königs während der Zeit, wo die Vertreter des Volkes eine neue Verfassung machten, suspendiert war. Aber die Versammlung wagte niemals, dieses Wort auszusprechen; sie warf, nach den Worten verschiedener Mitglieder, einen religiösen Schleier über jene große aber gefährliche Wahrheit“.²⁹

Die ruhmreichste Zeit der Nationalversammlung war nach Rabaut die, in der sie eine Menge konstitutioneller Wahrheiten aufstellte, die den *esprit public* in Frankreich in die Höhe und zur Ausbildung brachten, Wahrheiten, „die weder Zeiten noch Revolutionen werden zerstören können, solange es Bücher gibt“.

29. S. 341.

Als der Gedanke der Volkssouveränität sich in der Macht der Nationalversammlung nach außenhin verwirklichte und als anerkanntes Prinzip über allem thronte, begann das Werk, der Nation eine politische und bürgerliche Existenz zu sichern. Bei dieser Erzählung nun hebt sich der Ton. Die Begeisterung über das Geleistete, über die Gefühle der Nation fließt voll in die Feder des Historikers. Das Schauspiel freier diskutierender Männer, das Ideal Rabauts, wird verherrlicht. Der Aufrichtung der Freiheit und Gleichheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und ihrer Verherrlichung ist die Darstellung der Jahre 1790 und 1791 gewidmet. Scharf werden auch die Widerstände herausgestellt, die sich im Innern und von außen her erhoben und die die Neugestaltung Frankreichs wesentlich beeinflussten. Der Gipfel des Erreichten war die Herstellung der nationalen Einheit als notwendige Folge der revolutionären Entwicklung. Alle Körperschaften, die Provinzialstände, die Provinzen selbst und ihre Privilegien verschmolzen in der nationalen Einheit. „Es gab keine Provinzen mehr, ihre Namen sogar wurden geopfert wie ein Vorurteil. Der verworrenen Buntscheckigkeit von Bailliages, Sénéchaussées, Elektionen, Generalitäten, Diözesen, Ressortbezirken der Parlamente, militärischen Gouvernements und so vielen seltsamen Enklaven, welche nacheinander ein Chaos von Rechten, Privilegien, Sprachen, Gewohnheiten, Völkern und Eroberungen angehäuft hatte, jener Konfusion, deren Kenntnis schon allein ein weites Wissensgebiet ist, ist die einfache und einheitliche Teilung gefolgt“. Von der Absicht der Reform ging man zur Neuschöpfung über, und diese bedingte vorausgehende Zerstörung. Aber je mehr die Nationalversammlung zerstörte, desto mehr Feinde erhoben sich gegen sie, desto schärfer zeichneten sich die Gegensätze ab. Zu den inneren Feinden, dem Adel und der Geistlichkeit, kam die drohende Koalition der umliegenden Mächte, und zwischen beiden herrschte engstes Einverständnis. „Die Nationalversammlung parierte jedoch alle feindlichen Angriffe; sie marschierte mit großen Schritten, trat die Ruinen zu Boden, bekämpfte die Vorurteile, zerstreute die Irrtümer, zerstörte die usurpierten Rechte und stellte jene kostbare Gleichheit wieder her, die die

Nationen verjüngt, indem sie sie zu ihrer ursprünglichen Reinheit zurückführt. ... Der Adel dagegen schwang sich zum scheinheiligen Verteidiger und Freund des Königs auf, unterwühlte die Armee; die Geistlichen wandten sich an die Herzen, indem sie die heiligen Gefühle im Menschen für ihre Zwecke ausbeuteten. *Denn zu allen Zeiten und in allen Ländern haben sich die Priester mit der Religion identifiziert, ihre Sache war immer auch die Sache des Himmels: wer die Priester verletzt, verletzt Gott*“.³⁰

Man wollte zunächst nur die Beseitigung der Mißstände. „Da aber in diesem Reiche alles Mißbrauch war, ergab sich, daß alles geändert wurde. Indem man die Dinge umstellte, wandelte man auch die Menschen um. Die Verfassung ließ diejenigen verschwinden, die zuerst auf der Bühne waren, um neue Männer hinauf zu führen. Die Klagen und das Geschrei jener waren durch den Verlust ihrer einstigen Größe bedingt. Sie zogen nicht in Betracht, daß das Gesetz, das den Mißbrauch unterdrückte, die Person, den Träger, der mit dem Mißbrauch identifiziert wurde, nicht erhalten konnte, wenn man nicht auch den Mißbrauch erhalten wollte.“ Ihre Intrigen und Manöver halfen nichts, sondern machten das Übel allgemein und gaben der Revolution ihre Rechtfertigung ...³¹ „Ein großer Kampf hatte sich zwischen dem alten und neuen Regime entsponnen. Auf der einen Seite waren der Hof und die Privilegierten, auf der andern Seite war die Nation; jede Partei machte der andern Vorwürfe wegen der Anstrengungen, die jede machte, den Sieg zu erringen. Der Hof war ungeschickt in seinen Intrigen, der Adel gehässig in seinen Handlungen, der Klerus falsch in seinen Einschmeichlungen, die Privilegierten deklamierten gegen die neuen Gesetze, sie alle riefen den Himmel an, der in ihren Augen vergewaltigt, den Thron, der erniedrigt war, und das Alter der Mißbräuche, das sie die Majestät der Gesetze nannten. Das Volk, das durch seine Leidenschaften exaltiert war und jene Ränke durchschaute, war schnell und manchmal grausam in seiner Rache; es wandte die Mittel an, die in den Händen der Masse

30. S. 359, 364.

31. s. S. 390 ff.

sind. Jeder bediente sich der Mittel, die er bei der Hand hatte“.³²

Während Frankreich sich zu stabilisieren versuchte und seinen Aposteln der Freiheit ein Denkmal im Pantheon setzte, schloß sich der feindliche Kreis fester um Frankreich. Aber der Augenblick der höchsten Gefahr kam, als der König flüchtete. Der Gefahr sich bewußt schloß sich das revolutionäre Frankreich zusammen, und so wurde die Flucht zu einem weiteren Erfolg für die Revolution. Alles sammelte sich um die Nationalversammlung als den einzigen starken Hort eines großen Volkes. „Niemals war und niemals wird die Majestät eines Volkes größer sein, als sie in diesem Augenblick war. In Paris schien es, als seien die Bürger von einer Last entbunden: sie hatten keinen König mehr“.³³ Frankreich war einig, stark und ruhig. Die beiden Parteien hatten sich sogar genähert, und das Ereignis hatte die nationalen Kräfte mobil gemacht. „Als man sich den flüchtigen König vorstellte, der einem so oft gegebenen feierlichen Wort untreu geworden war, als man glaubte, er werde an der Spitze einer auswärtigen Armee wiederkommen, die benachbarten Könige hätten nur diesen Moment abgewartet, um gleichzeitig eine Invasion an verschiedenen Stellen zu machen, und dem Könige werde die Menge der Adligen und Seigneurs folgen, die nach unserem Blute dürsteten, erreichten die Empörung und die Wut ihren Höhepunkt“.³⁴

Als der König — ein Gefangener der Nation — nach Paris zurückgebracht wurde, „hörte man weder Vorwürfe noch Murren; aber ein mißbilligendes Schweigen herrschte überall. Alle Köpfe blieben bedeckt, alle Waffen gesenkt, und der König mußte an jenem Tag erfahren, daß das Volk der Souverän ist“.³⁵

Den Stimmen, die sich für die Absetzung des Königs, die Abschaffung der Erbmonarchie und die Einsetzung eines der Nation verantwortlichen Regentschaftsrats erhoben, begegnet Rabaut mit den Argumenten der konstitutionellen Partei. „Die

32. S. 395.

33. S. 423.

34. S. 424.

35. S. 426.

Nationalversammlung glaubte nicht, daß das Königreich eine zweite Revolution aushalten könnte. Die Finanzen waren in Unordnung, das Münzgeld war verschwunden, die Neuorganisation schlecht gefestigt, die Steuern gingen nicht ein und das Volk brauchte dringend Ruhe. Die Nationalversammlung hatte übrigens erklärt, Frankreich sei eine Monarchie, und man durfte nicht denken, ein Land von so großer Ausdehnung könne einer rein republikanischen Regierungsform unterworfen werden. Ein Land mit so großen Entfernungen, mit so verschiedenen Völkern, verschieden sogar hinsichtlich ihrer Sprache, Gewohnheiten und Sitten, mit Ideen, die für die Mehrzahl der Bürger neu waren, denen der Name des Königs während ihres ganzen Lebens in den Ohren getönt hatte und ihnen die aus der Gewohnheit herührende Anhänglichkeit gab, das alles ließ die Nationalversammlung denken, Frankreich müsse eine Monarchie bleiben, und bei der neuen Verfassung, in der die Minister allein verantwortlich seien, sei Ludwig XVI. der für die Franzosen geeignete König. . . Wer konnte übrigens den Ausgang einer solchen Revolution voraussagen? Der König, der Adel und der Klerus zusammen hatten noch genügend Mittel, das Land zu beunruhigen. Die Gefangenschaft des Monarchen hätte alle Welt für ihn interessiert. Man hätte Gerüchte über ihn verbreitet, die seiner Sache viele Anhänger zugezogen und den Bürgerkrieg angefacht hätten. Die ausländischen Fürsten konnten uns in diesem Zustand der Schwäche und der Uneinigkeit überraschen. Obgleich keiner von ihnen allein imstande gewesen wäre, uns unter gewöhnlichen Umständen anzugreifen, so konnte eine mit leichter Mühe vollzogene Vereinigung Frankreich zerstücken, wenn es diese Gefahr nicht vereitelte. Der Plan eines Regentschaftsrates hätte die Versammlung uneinig gemacht, Frankreich zerrissen und durch das Wecken des Ehrgeizes bei allen denen, die auf jene Ehre Anspruch gemacht hätten, die bereits reichen Quellen der Spaltung und der Parteien vermehrt“.³⁶

Die Nationalversammlung wollte Ludwig XVI. zur Dankbarkeit gegen sich und das Volk verpflichten, indem sie ihn

36. S. 428 f

wieder auf den Thron setzte und durch die Annahme reinwusch, seine Flucht sei ihm suggeriert worden und der Nation sei es daher würdig, die Verfehlung des Königs zu vergessen. Mit der Annahme der Verfassung durch den König sollte die Revolution ihre Sanktion erfahren und beendet sein. Rabaut war nicht der einzige, der dies glaubte. Für die Männer von 1789 schien die Revolution beendet. „Die Nationalversammlung befahl also, daß die Revolution beendet sei“. Die Annahme der Verfassung durch den König, „dieser eklatante Schritt, entschied die Revolution“. „Der Augenblick ist gekommen, wo man ihre Geschichte schreiben kann“, ruft Rabaut triumphierend.³⁷

Welch tragischer Irrtum! Wie schnell sollte er von ihm bekehrt werden! Noch in demselben Jahre, 1792, schrieb er in seinen Reflexionen: „Frankreich hat seine Revolution nicht vollendet, sondern erst begonnen“³⁸ ... „Sie kann mit keiner andern an Größe verglichen werden, sie war eine Revolution der Meinungen und der Dinge, nicht für einen Menschen gemacht, sondern für ein Volk; ... sie wird vielleicht durch einen Mann beendet werden, aber sie mußte begonnen werden von allen“³⁹ Ein wahrhaft prophetisches Wort.

Die Revolution war nach Rabaut ein Produkt des Denkens, der Aufklärung, die bei den Franzosen mehr als bei den anderen Völkern sich in allen bürgerlichen Schichten breit gemacht hatte. „Sie hat in dem Augenblick begonnen, als die Menschen nachgedacht haben; die Fehler von drei Regierungen haben sie zur Reife gebracht, der Widerstand der Privilegierten hat sie beschleunigt, und die französische Heftigkeit hat sie vollbracht.“⁴⁰ Rabaut glaubt an den Endsieg der revolutionären Ideen. Die Fortschritte der Vernunft werden nicht aufgehalten werden können. Wenn alles vergeht, die Erklärung der Menschenrechte wird in der französischen Verfassung immer bestehen bleiben; man mag sie versenken, „irgendwo wird sie immer wieder zum Vorschein kommen“ ... „Sie hat sich in

37. S. 430 f. s. a. S. 239. (livre premier).

38. *Réflex. polit.* XXI. *Œuvres* II, S. 331.

39. *Réflex. polit.* XXXIV.

40. *Précis de l'hist. de la Rév.* S. 432.

Amerika leicht durchgesetzt, weil es dort keine Priester, keine Gelehrten, keine Adligen und keine Könige gab, die sie angriffen“.⁴¹ Außerdem standen ihr dort nicht wie in Frankreich Kathedralen, ungeheure Abteien, Türme, Schlösser und Klöster aller Arten entgegen.

Rabaut Saint-Etienne war überzeugt, daß die revolutionären Errungenschaften sich nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa durchsetzen und zu einer Gemeinschaft der Völker auf der Grundlage der Menschenrechte führen würden. Was für die einzelnen Menschen verbindlich ist, kann nach ihm auch für die Nationen verbindlich werden. Wie einander die Menschen ihre Rechte anerkennen, so würden auch einst die Nationen einander ihre Rechte anerkennen. Die folgenden Worte beleuchten, wo das Versagen und wo der Sieg der Ideen zu suchen ist, auf die ihre ersten Vorkämpfer ihre höchsten Hoffnungen setzten. „Es wird eine Zeit kommen“, sagte er bereits im Juni 1791, „wo alle Völker sich durch ihre politischen Überzeugungen nähern, um sich über ihr Verhalten zu einigen, und wo die Allianzen und Friedensverträge keine Kriegsverträge mehr sein werden. Die großen Familien, die man Nationen nennt, werden sich schließlich überzeugen, daß ein gegenseitiges Vertrauen sie beseelen muß. Von dieser glücklichen Erkenntnis aus werden sie zu einer gemeinsamen Allianz gelangen. Für die, die in der Zukunft zu lesen verstehen, wird die große europäische Vereinigung kein Hirn-ge-spinst mehr sein. Es ist nicht absurd, die Folgen vorauszusehen, die sich aus den von der französischen Nation angenommenen Prinzipien ergeben müssen. Die bürgerliche Gleichheit der Menschen führt zur politischen Gleichheit der Nationen und nähert die Völker der Erde einander, wie sie die Menschen in der Republik vereinigt. Die politischen Kombinationen zwischen den Nationen sind noch nicht alle erschöpft, sie sind es nicht mehr als es die verschiedenen Arten der Regierungsformen sind. Aristoteles und Montesquieu haben nicht alles gesagt, und als sie das dargestellt haben, was war, sahen sie

41. Réflex. polit. XI u. XIV.

nicht voraus, was werden könnte“.⁴² — Wie sehr sich auch die Könige Europas gegen die neuen Ideen wehren werden, es wird ihnen nichts nützen, sagt Rabaut. „Man tötet Menschen, aber keine Meinungen⁴³. . . Die Wahrheit wird sich ihren Weg bahnen, die alten Mächte werden zerbrechen und das gedruckte Wort wird für die Menschen reden, wenn diese nicht mehr sprechen dürfen. Als die Päpste die Buchdruckerkunst annahmen, ahnten sie nicht, daß diese ihre Macht zerstören werde.⁴⁴ Selbst wenn man Hunderttausende von Menschen wegen ihrer Meinung töten würde, wahr bliebe es trotzdem, „daß die Menschen frei geboren werden und es bleiben und gleich an Rechten sind, und daß die Nation der Souverän ist“.⁴⁵ Der große Streit des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts wird der Frage gelten, „ob die Völker den Königen gehören oder ob die Könige den Völkern gehören, ob die Autorität zum Vergnügen der Regierenden eingesetzt ist oder zum Glück der Regierten“.⁴⁶

Diese Ansicht wird wenig später ergänzt in einer Betrachtung über das Verhältnis Europas zur Revolution. Auf die Könige anspielend, sagt Rabaut: „Diejenigen, die glauben, daß eine Campagne alles beenden werde, täuschen sich: Es ist ein Krieg auf Leben und Tod, eine große Revolution, in der wir uns nicht so kurze Zeit befinden werden; denn es ist das Menschengeschlecht, das sich neu zu beleben versucht; es ist die alte Welt, die abgenützte Welt Europas, die physisch und moralisch gealtert und der Erneuerung bedürftig ist, was sich nur durch große Konvulsionen vollziehen kann. Weder die Franzosen noch die Könige, ihre Feinde, haben bedacht, wie weit sie gehen würden. Aber wenn man in Betracht zieht, daß diese Revolution seit der Entdeckung der Buchdruckerkunst datiert, daß sie durch Luther, Zwingli und einige andere begonnen wurde, daß sie nach einiger Zeit des Schlafes, der durch die Lässigkeit der Könige und der Priester verursacht war, von den

42. Adresse aux Anglais par un représentant de la nation française (F. P. Rabaut) 18 juni 1791, S. 12.

43. Réflex. polit. XXV.

44. Réflex. pol. XLIV.

45. Réflex. pol. XXIII.

46. Réflex. pol. XVIII.

Philosophen fortgeführt wurde, daß ihr Ausbruch am Ende einer ziemlich langen Aufklärungszeit stattfand, und daß sie eine gezeugte und großgewordene Meinung ist, die unsere Zeit zur Reife gebracht hat; wenn man dies alles in Betracht zieht, so erkennt man, daß diese Frucht fast in dem Augenblick fiel, in dem sie reif werden mußte“.⁴⁷

47. *Réflexions sur l'Europe à propos de la Prusse*, *Chronique de Paris*, 7 février 1793.

Achtes Kapitel.

Der Scheiternde.

Ces moments ne sont plus. La sombre inquiétude
Vient sillonner mon front, elle trouble mon sens,
Et peut-il être, hélas! une peine plus rude
Que celle que je sens?

(Rabaut Saint-Etienne, La mélancholie).

Mit dem Umsturz von 10. August 1792 hob eine neue Phase der großen Revolution an, eine Phase, die auf einem Prinzip fußte, das grundverschieden war von dem des Jahres 1789. Sie war eine Reaktion auf die vorhergehende Entwicklung. An die Stelle des liberalen Prinzips trat das demokratische, an die Stelle der Monarchie bald die Republik, an die Stelle der Vormacht der Bourgeoisie der wachsende Einfluß des vierten Standes, an die Stelle der Menschenrechte trat bald die Herrschaft des Schreckens. Konnte da der Vorkämpfer der Menschenrechte und des bürgerlichen Liberalismus in dieser neuen politischen Sachlage einen fruchtbaren Ansatzpunkt finden für eine aktive Beteiligung an der Politik? Diese Frage, mit der Rabaut Saint-Etienne rang, verneinte er anfangs. Die Revolution hatte nach seiner eigenen Ansicht zwar erst begonnen, steckte erst in ihrem Anfangsstadium, aber er betrachtete sich doch nicht mehr als ihren geeigneten Vertreter und Fortentwickler.

Als die Bürger des Departements Gard bei der Vorbereitung der Wahlen zum Konvent versuchten, Rabaut Saint-Etienne wieder als ihren Kandidaten aufzustellen, um ihn in die neue Nationalversammlung zu senden, lehnte er ab. In derselben Zeit wurde jedoch im Departement Aube von der gemäßigten Partei für Rabaut Stimmung gemacht. Zwischen ihm und diesem Departement bestanden enge freundschaftliche Verbindungen. Eine Wahl-

versammlung fand am 2. September 1792 in Nogent, einem Städtchen des Departements Aube, statt. In ihr wurde Rabaut Saint-Etienne als siebenter und letzter Abgeordneter mit 264 von 392 Stimmen gewählt. Für ihn und die gemäßigte Partei war das ein Sieg. Er war aufgestellt worden, ohne kandidiert zu haben, und ohne daß man seine vorherige Zustimmung erhalten hatte. Die Annahme der Wahl wurde daher für ihn zu einer Ehrensache, und er zögerte denn auch nicht lange, einzuwilligen. Das Schreiben, mit dem die Wahlversammlung Rabaut von seiner Wahl Mitteilung machte, war in einem Tone gehalten, der an sich schon die moralische Verpflichtung für Rabaut enthielt, sein Mandat anzunehmen. Es schloß mit den Worten: „Wie könnten wir nicht den mutigen Philosophen mit Segnungen überhäufen, der in den Zeiten, wo der Despotismus fast überall seine Altäre hatte, die Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit so energisch vertrat, und der sie jeden Tag durch unsterbliche Schriften verbreitete, aus denen die gesündeste Politik und die erhabenste Tugend sprechen. Wahrer Freund der Menschheit, vorbildlicher Gesetzgeber, vollenden Sie das große Werk, das Sie bereits so glücklich begonnen haben. Ein so schönes Unternehmen ist wohl der Anstrengung und des erhabenen Nachdenkens des Weisen würdig. Wir erwarten die Vollendung einer wohlthuenden Revolution, deren Grundlage von Ihrem Genie gelegt wurde. Ja, die unschätzbaren Dienste, die Sie Frankreich erwiesen haben, sind in unsern Augen das Pfand für die, die es noch von Ihnen erwarten darf. Welches auch der heilige Kodex sei, den Sie veröffentlichen werden, wir beteuern im voraus, ihm auf immer treu zu sein, weil wir sicher sind, daß er die Herstellung der staatlichen und der individuellen Glückseligkeit zum Gegenstand haben wird.“¹

Rabaut war von diesem ihm entgegengebrachten Vertrauen gerührt. Am 8. September schrieb er an seine Wähler einen Brief, in dem er ihnen von der Annahme des Mandats Mitteilung machte und ihnen versprach, die in ihn gesetzten Hoffnungen nach Möglichkeit zu erfüllen, die Freiheit aufrecht zu erhalten oder für

1. s. correspondance zit. S. 274; v. Arch. dép. (Aube) L 3127 s. a. Babeau, Hist. de Troyes. (Paris 1873—74).

sie zu sterben; am Schluß schwur er den Königen und dem Königtum unversöhnlichen und ewigen Haß.²

Als überzeugter Republikaner trat er in den Konvent ein. Erst verhältnismäßig spät hatte er seinen politischen Standpunkt gewechselt. Während Paine und Condorcet, seine Freunde, sich gleich nach der Flucht des Königs als offene Republikaner bekannten,³ glaubte er zunächst noch an das Königtum, sah seine Erhaltung als eine durch die gegebene Lage erzwungene politische Notwendigkeit an, und trat, wie bereits gezeigt, auch offen für den König ein.⁴ Erst nach der Revolution vom 10. August wechselte er offen ins republikanische Lage hinüber. Mit der gleichen Überzeugung und Begeisterung, mit der er sich einst zur Monarchie bekannt und seine königstreue Gesinnung beteuert hatte, bekannte er sich jetzt zur Republik. Seinen Schritt begründete er mit einer Erklärung, die Garat am 26. August 1792 im *Patriote français* veröffentlichte. „Die Revolution vom 10. August ist nichts anderes als die Wiederaufnahme und Fortsetzung der Revolution von 1789. Die Revolution ist wieder in ihr natürliches Stadium eingetreten. Die Franzosen haben wieder den Standpunkt eingenommen wie zur Zeit der Flucht des Königs mit dem weiteren Vorteil, daß seine Verrätereien die Blindesten erleuchtet und ihm die abspenstig gemacht haben, die ihm am meisten vertrauten. Dieser König hat uns von allen Königen befreit. Ein Jahr seiner Treulosigkeiten hat mehr als ein Jahrhundert der Gedankenarbeit zur Zerstörung des Königtums geleistet, das durch sechstausend Jahre des Götzendienstes eingewurzelt war.“⁵

Die Stellungnahme für die Republik erfolgte aus innerster Überzeugung. Königtum und Revolution waren von nun an zwei unvereinbare Begriffe für Rabaut. Denn bei der inneren und äußeren Lage der Dinge, wie sie sich im August 1792 darstellte, blieb für

2. Election de Rabaut St.-Etienne à la Convention nationale (Bulletin 1878 S. 57 ff.) vgl. Chronique de Paris 12. sept. (t. 7.)

3. s. Le républicain ou défenseur du gouvernement représent. par une soc. de républ., juillet 1791 (Bibl. nat.)

4. s. Lettre à la soc. des amis de la constit. à Nîmes, 17 juillet 1791, corresp. zit. S. 267.

5. s. a. Chronique de Paris v. 27. August 1792.

den nationalen Revolutionär nur noch die Ablehnung des Königtums und die entschlossene Hinwendung zu einer neuen Form übrig. Das war die Republik. Auf die bekannten Ereignisse konnte sein Fühlen und Denken nicht anders reagieren. Nationalismus und Idealismus trieben ihn nach dem Versagen des Königs zur Republik. Wie nach Rabauts Ansicht die Schädigung der Nationalehre eine der Ursachen der Revolution gewesen war, so war sie auch jetzt eine Ursache des Übergangs zur Republik, nicht nur für ihn allein, sondern für viele und gerade für die Bedeutenderen.

Die Haupttätigkeit Rabaut Saint-Etiennes in der neuen Nationalversammlung erschöpfte sich in der Kleinarbeit. Gleich nach dem Zusammentritt des Konvents wurde er zusammen mit Condorcet, Brissot, Lasource, Vergniaud und Camus zum Sekretär der Versammlung gewählt, und zwar an dritter Stelle

Wie in den letzten zwei Jahren der Konstituante, so blieb Rabaut Saint-Etienne auch im Konvent der vom Strom Getragene. Selten trat er auf die Rednertribüne; wenn er aber erschien, verfehlten die Worte dieses Mannes mit seinem freien, aber ernsten Gesicht, aus dem der alte Optimismus von früher fast ganz verschwunden war, nie ihren Eindruck. Er nahm eine resignierende nüchterne Haltung an. Eine Art von tugendhafter Bitterkeit charakterisierte seine Worte, die kräftiger und gedrängter waren als unter der Konstituante. Die politische Entwicklung lehrte den Apostel der Vernunft und der Logik von neuem, daß sich Revolutionen nicht allein im Reiche der Ideale vollziehen, und daß das Zusammenspiel der irrationalen Kräfte und der den Dingen inwohnenden Dynamik stärker ist als alle rationalen Kalkulationen.

Die Wehmut im Ausdruck zeigte sich besonders, wenn er sich an die Pariser richtete. Im Dezember schienen ihm diese im allgemeinen noch nicht gefährlich. Er vertraute ihnen noch, glaubte an die Güte des Volkes und wollte es beruhigen. „Ich weise die Bürger von Paris darauf hin“, ermahnte er sie, „daß wir über ihr Wohl wachen, und Paris glücklich sein wird, solange der Konvent in Paris ist. Wenn man es aber dahin bringen könnte, die Versammlung der Repräsentanten des Volkes aus dem Zentrum der Republik zu entfernen, würdet ihr bald der Anarchie anheimfallen und von der Anarchie unter das Joch des Despotismus

kommen. Denn, wenn ihr der Unruhen überdrüssig werden würdet, würde der von einer prätorianischen Garde umgebene Tyrann erscheinen; dann gibt es keine Freiheit mehr, ihr werdet weder sprechen noch schreiben noch frei miteinander reden dürfen“.⁶ Man könnte glauben, Rabaut habe bereits Napoleon kommen sehen. Zunächst hielt er noch an seinen früheren Prinzipien von der Freiheit fest. Trotz der aufreizenden Schriften eines Marat und Hébert trat er für die Aufrechterhaltung der Pressefreiheit ein mit der Einschränkung, daß jedermann für seine Schriften einstehen müsse und kraft des Gesetzes zur Verantwortung gezogen werden könne. „Die Pressefreiheit darf keine Mißbräuche decken; die Presse ist nichts anderes als das auf dem Papier geschriebene Wort, und es ist genau so wenig erlaubt, durch Schriften zu beleidigen wie durch Worte.“⁷ Selten hat er überhaupt gesprochen, ohne sich auf die großen Prinzipien von 1789 zu berufen. Als Freund der Freiheit war er dem Despotismus der Masse und dem der Nationalversammlung nicht weniger feind als dem der Fürsten. Gegen jenen Despotismus wandte er sich, als der Konvent sich anschickte, über Ludwig XVI. zu urteilen. Rabaut hatte den Königen Haß geschworen, aber er wollte ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Seine größte Rede in dieser Versammlung, ja, fast seine einzige große Rede in dieser Periode galt diesem Bemühen. Am 28. Dezember 1792 trat er auf die Tribüne und verlangte im Namen der Gerechtigkeit und der Freiheit den Apell an das Volk in der Sache des ehemaligen Königs. Er unterstützte im wesentlichen die Meinung des girondistischen Abgeordneten Salle; aber die Gründe, die Rabaut geltend machte, waren nicht in erster Linie von der Rücksichtnahme auf die auswärtige Politik diktiert, sondern aus der Verfassung geschöpft.

Rabaut Saint-Etienne bestritt dem Konvent das Recht, ein Urteil über Ludwig zu fällen, ohne vorher das Volk zu Rate gezogen zu haben. Er bediente sich des Arguments Condorcets, der sagte, der Konvent dürfe Ludwig nicht selbst richten, weil er damit Gesetzgeber, Ankläger und Richter in einer Person wäre, und

⁶ Arch. parl. Bd. 54 S. 27.

⁷ Arch. parl. Bd. 55, S. 708 ff.

daß durch diese Zusammenlegung der Gewalten und Funktionen die ersten Prinzipien der Gerechtigkeit verletzt würden. „Ihr seid die Volksbeauftragten“, sagte Rabaut, „und nachdem man beschlossen hat, daß die Verfassung nur Gültigkeit besitzt, wenn das Volk für seine Ratifizierung gestimmt hat, müßt ihr das Prinzip anerkennen, daß das Gesetz sich mit dem Willen der Mehrheit des gesetzmäßig befragten Volkes deckt. Wenn man dieses Prinzip auf die Verfassung anwendet, muß es auch für die großen und ausschlaggebenden Gesetze Geltung haben, von denen das Wohl und die Ruhe der Nation abhängt. — Sonst wird der Senat der Franzosen zu gleicher Zeit Anklageinstanz, Geschworener, Gesetzgeber, Denunziant, Ankläger, Richter und Partei, d. h. das despotischste und abschreckendste Tribunal, das je auf der Erde bestanden hat . . . Es steht fest, daß die Legislative sich nicht kompetent glaubte, über Ludwig und seine Absetzung zu beschließen. Sie appellierte an die Nation, das ist wahr. Die Nation hat euch hergeschickt, das ist ebenfalls wahr. Aber hat sie euch hergeschickt, um über Ludwig das Urteil zu fällen? Das ist die Frage, und die Frage, die ich verneine. Wenn ihr Richter seid, so legt den Magistratenmantel an, errichtet ein Tribunal, ruft die Angeklagten, hört die Zeugen, richtet, aber macht keine Gesetze. Wenn ihr Gesetzgeber seid, so macht Gesetze, aber richtet nicht.“ — „Wenn die Richter zugleich Gesetzgeber sind, wenn sie über die Anwendung des Gesetzes, über seine Formen und über den Zeitpunkt der Anwendung beschließen, wenn sie anklagen und verurteilen und die ganze legislative, exekutive und richterliche Gewalt in den Händen haben, so will ich meine Freiheit lieber in Konstantinopel oder in Lissabon oder gar in Goa als in Frankreich suchen.“ Wenn der Konvent über Ludwig beschließen würde, so wäre das gegen das Prinzip der Gewaltenteilung. Die Nation habe sicherlich nicht die Absicht, die Macht, die sie einem einzelnen entrissen habe, in die Hände von 750 Menschen legen zu wollen. „Es ist unmöglich, daß die Nation nur ihren Herrn wechseln wollte; wenn mir jemand sagt, daß man schon verschiedene Male gerichtet habe, so halte ich dem entgegen, daß ich mich gerade darüber beklage. Was mich betrifft, so bin ich, offen gestanden, meines Anteils am Despotismus satt. Ich bin müde, gequält und gepeinigt von der Tyrannei, die ich für meinen

Teil ausübe, und ich sehne mich nach dem Augenblick, wo ihr ein nationales Tribunal errichten werdet, das mir die Gestalt und den Charakter eines Tyrannen abnimmt.“⁸ Rabaut warnte vor dem Urteil der Geschichte, erinnerte an Cromwell und wollte, daß nach Feststellung der Schuldfrage durch den Konvent dieser an den Souverän, d. h. an die Nation appelliere, um die Art der Strafe feststellen zu lassen. Diesem Standpunkt blieb er auch in der Folgezeit treu und stimmte am 21. Januar 1793 für den Appell an das Volk und für die Gefangensetzung Ludwigs mit der Begründung, daß nichts mehr die Abschaffung des Königtums sichere, als wenn man „Tarquinius“, den ehemaligen König, lebendig in seiner Bedeutungslosigkeit erhalte.

Dieser Standpunkt drang bekanntlich nicht durch. Die Rechte nahm in dieser Frage keine einheitliche Haltung ein, manche ihrer Mitglieder stimmten sogar für die Todesstrafe.⁹ Aber wenn auch die radikalen Elemente hierbei den Sieg davontrogen, so konnte die Rechte doch bald darauf einen anderen Sieg buchen. Am 25. Januar setzte sie die Wahl Rabaut Saint-Etiennes zum Präsidenten des Konvents gegen Danton, den Kandidaten der Linken, durch. Mit 179 von 355 Stimmen, also mit knapper Mehrheit, wurde Rabaut gewählt.¹⁰

Wenngleich man ihn als ein Mitglied der Rechten betrachten muß, so darf man ihn doch nicht von vornherein in die Reihe der Girondisten stellen. Diesen gesellt ihn eigentlich nur die Tatsache zu, daß er im Endkampf, in den historischen Tagen der zweiten Maihälfte, in vorderster Reihe gegen die Kommune von Paris und die Jakobiner kämpfte, Schulter an Schulter mit den eigentlichen Girondisten, und deshalb das gleiche Schicksal erlitt wie die Häupter der „Partei“. Er befand sich unter den 29 Abgeordneten, gegen die der Konvent am 2. Juni 1793 das Haftdekret erließ, und unter denen, die durch das Dekret vom 28. Juli zu Vaterlandsverrätern erklärt wurden. Die in den Dekreten genannten Männer rechnete man allerdings damals zur „Partei“ der Girondisten. Man muß jedoch beachten, daß diese als solche sich erst in dem

8. Arch. parl. Bd. 55 ibd.

9. s. Aulard, Politische Geschichte der franz. Revolution S. 314.

10. Arch. parl. Bd. 57. S. 639.

Augenblick konstituierte, als sie zum entscheidenden Endkampf gegen die Jakobiner und die Kommune antrat. Die gemeinsame Not und Gefahr schmiedete die Männer zusammen, die in den verschiedenen Fragen der Politik bisher zwar oft auseinander gegangen waren, die sich aber alle durch ein gleiches nationales Ethos und eine gleiche Grundgesinnung verbunden fühlten. Aulard hat Rabaut Saint-Etienne mit einigem Recht als unabhängigen Girondisten bezeichnet. Treffender noch hat Engelbert Oelsner, ein guter Beobachter, ihn eingeordnet, indem er sagte, er gehöre zur Partei des allgemeinen Besten.¹¹ Vor dem Mai 1793 findet sich kaum etwas, das ihn als ausgesprochenen Girondisten charakterisiert. Seine Haltung im Prozeß des Königs kann nicht dahin gedeutet werden, da manche der Girondisten für die Todesstrafe stimmten, und ihre Gesamthaltung in dieser Frage keine einheitliche war.

Er blieb der idealistische Revolutionär, der große Nationalist und kühne Theoretiker, der aber immer mehr erkannte, daß seine Prinzipien den Einklang mit der Wirklichkeit verloren. In den wirren Verhältnissen fand er sich nur schlecht zurecht und stand den persönlichen Animositäten der Rolandisten ablehnend gegenüber.¹² Sein Blick blieb auf das Ganze gerichtet, und er billigte lange nicht die feindliche Haltung der Girondisten oder Rolandisten gegen Paris. So empfahl er am 27. September 1792 in einem beredten, eindringlichen Aufsatz, der in der *Chronique de Paris* erschien, die Aussöhnung zwischen Paris und den Departements, da beide nicht ohne einander existieren könnten. Seine Ausführungen sind geradezu ein Appell an die Einigkeit. „Departements“, schreibt er, „haltet stets enge Verbindung mit der Hauptstadt. Dort treffen eure Abgeordneten, eure Finanzen, eure Abrechnungen, eure Gedanken, Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen zusammen, alles, was euch bewegt, erfreut oder erhebt. Von dort gehen alle politischen Fäden aus, und dorthin führen sie zurück, und ihre geringste Bewegung wird an den Enden fühlbar. Paris ist die Stadt der Departements, und ich möchte den Gedanken ausgeführt sehen, daß sie in 83 Bezirke eingeteilt wird, die die Namen der großen geographischen Ein-

11. s. Minerva, hrsg. v. Archenholtz, 10. Dezember 1792.

12. Aulard zit. S. 330.

teilung der Republik tragen. Paris ist eure Heimat, alle seine Kinder sind eure Kinder, eure Verwandten und Freunde; denn die meisten sind außerhalb von Paris geboren, sind aus eurem Schoße hervorgegangen. Es gibt nur ein Frankreich. Es kann nicht mehr als eine französische Republik geben. Wir haben uns nicht vereinigt, um uns zu trennen. Die Föderation vom 14. Juli hat euch alle zu einem Volk von Brüdern gemacht! Das Marsfeld ist das Feld der Franzosen. Es ist unser gemeinsamer Glaube; 83 Fahnen umflattern es, eines Tages werden 83 Altäre den majestätischen Altar der Freiheit umgeben; 83 Abgeordnete werden dort Weihrauch streuen, ebenso viele Mädchen werden dort Kränze niederlegen, rein wie die Gottheit, die unsere Huldigungen empfangen wird. Ich grüße dich, Gottheit der großen Seelen; ich grüße dich, der ich 150 Meilen von der Hauptstadt geboren bin. Ich freue mich, von meiner Heimat zu ihr und von ihr zu meiner Heimat den Austausch meiner Gedanken, Gefühle und Wünsche zu tragen. Heilige Einheit, feierliche Föderation der Herzen, laßt uns das Unglück vergessen, das uns niedergedrückt hat, ohne uns niederzuwerfen, und vermählen wir mit dem Mute, der uns allesamt aufstehen ließ, um die Tyrannen zu zerschmettern, das Zartgefühl, das unsere Brüder umarmen und ihre Wangen mit unseren Tränen netzen läßt“.¹³ Und bald darauf mahnt er in einem weiteren Artikel im Hinblick auf den Waffenerfolg der Armeen und mit Berufung auf die „erhabenen Prinzipien“ der Revolution: „Wie könnt ihr solch prächtige Erfolge mit kleinlichen Streitigkeiten beschmutzen. Nein, im Gegenteil, jetzt ist der Augenblick gekommen, das persönliche Interesse für immer zu begraben“. Rabaut war indes nicht der einzige, der dieser Versöhnungspolitik das Wort redete. Unter den Girondisten war es besonders Condorcet, der ebenfalls in Artikeln zur Versöhnung aufrief, zu einer Politik, die doch die Dantonsche Politik war und die bei den Jakobinern fast durchweg Anerkennung fand.¹⁴

Selbst dann noch, als sich die Parteigegensätze scharf herausgebildet hatten, forderte Rabaut zur Einigkeit auf. So nach dem Prozeß des Königs. Als dessen Schicksal entschieden war, fand

13. s. a. *Chronique de Paris*, 22. u. 26. Sept. 1792.

14. Aulard zit. S. 345.

er sich mit der Tatsache ab und wies auf das verbindende Ganze hin, das die Gegensätze überbrücken müsse. Der Konvent habe die Schiffe hinter sich verbrannt, stehe auf dem Boden der Freiheit, und hier gäbe es kein Zurückweichen, eher müsse man sterben. Alle Mittel müßten angewandt und außergewöhnliche Maßnahmen getroffen werden, um die Verteidigung des Landes sicherzustellen. Er verlangte gute Gesetze, die von der Moral und der Wiedergeburt der Nation Zeugnis ablegen und das erlassene Urteil heiligen sollten. Der Konvent müsse den Gemeingeist „rektifizieren“ und einen Ausschuß einsetzen zur Bildung des richtigen Gemeingeistes. „Bürger“, rief er am 20. Januar im Konvent, „das Urteil, das wir gefällt haben, muß alle Könige Europas in Schrecken versetzen. Sammeln wir uns also, werfen wir alle Arten von Leidenschaft beiseite und bilden wir nur einen Geist, retten wir den Staat.“¹⁵

Erst ziemlich spät nahm Rabaut Saint-Etienne offen Stellung gegen Paris; denn er liebte das Volk, vertraute ihm und glaubte lange aufrichtig, daß man es zu den wahren Idealen der Revolution erziehen könne. Noch am 2. Dezember 1792 sagte er beruhigend im Konvent: „Ich kenne Paris zur Genüge, um glauben zu können, daß wir nichts zu fürchten haben.“¹⁶ Doch richtete er dabei eine eindringliche Mahnung an die Stadt. Als aber die Pariser Kommune durch eine „Ausscheidungswahl“ mehrere ihrer Mitglieder entfernt hatte, protestierte er am 5. Dezember gegen diesen Akt als einen ungerechten Eingriff in die Freiheit des souveränen Volkes, die in der freien Abstimmung am besten zum Ausdruck komme.

Die schnell fortschreitende Radikalisierung von Paris, die Rabaut mit Bitterkeit erfüllte, und in der er eine Gefahr für die Revolution sah, ließ ihn sich dem Sozialismus nähern. Die Demokratie auf der ideellen Grundlage schien ihm das erstrebenswerte Endziel, auf das hin sich die Revolution logisch weiter entwickeln könne. Da sich Rabaut uns bisher nur als Repräsentant des Bürgertums gezeigt hat, erfordert diese wichtige Schwenkung eine eingehende Würdigung.

15. Arch. parl. Bd. 57, S. 508 u. *Mercure français*, 21 janvier 1793. I. S. 168.

16. Arch. parl. Bd. 54, S. 27.

Aulard hat auf Rabaut als einen Vorläufer des Sozialismus verwiesen.¹⁷ Wer seine Entwicklung nicht kennt und sich nur auf seine bekannten im Januar 1793 erschienenen Aufsätze, in denen er sozialistische Tendenzen vertrat, beruft, kann freilich versucht sein, Rabaut einen Sozialisten zu nennen. Es fragt sich, ob bei ihm bereits in früherer Zeit sozialistische Tendenzen vorhanden waren, die zu vertreten er bisher nicht für opportun gehalten hatte, oder ob die Theorien, die er jetzt vertrat, lediglich durch die Gestaltung der innerpolitischen Lage bestimmt waren. Daß letzteres tatsächlich der Fall war, wird ein Blick auf seine bisherigen Ideen in dieser Richtung zeigen. Ansätze zu einem sozialistischen System finden sich vorher bei ihm überhaupt nicht. Dagegen läßt sich schon in seinen vorrevolutionären Schriften und in verschiedenen Predigten eine stark soziale, humane Gesinnung nachweisen. An die Herstellung der Gleichheit dachte er aber nie, und er glaubte auch nicht an ihre Möglichkeit. Für seine frühere Gesinnung finden sich bezeichnende Sätze in zwei großen öffentlichen Reden und in einer Predigt. In der Rede, die er im Jahre 1770 anläßlich der Vermählung des Dauphin mit Marie-Antoinette hielt, findet sich der Satz: „Wenn sich auf der Erde eine Hand fände, die kühn und mächtig genug wäre, die Throne umzustürzen, die Zepter zu brechen, die Gesetze zu zerstören, die nützlichen Ketten der Unterordnung zu sprengen und die Menschen zu jener Gleichheit zurückzuführen, die niemals existierte, welch traurigen Anblick würde unsere Erde darbieten!“ In seiner 10 Jahre später gehaltenen Gedächtnisrede für den verstorbenen Bischof von Nîmes rühmt er die Wohltätigkeit des Bischofs den Armen gegenüber. Und von diesen sagt er, sie seien zur Welt gekommen, als die Reichtümer und die Güter bereits verteilt waren. Er hebt dann den Wert dieser Menschenklasse hervor, „die durch ihre Arbeit einen kleinen Teil vom Reichtum der andern kaufen muß und die beim Abnehmen der Kräfte darauf angewiesen ist, vom Mitleid der andern das zu erwarten, was man ihr billigerweise geben sollte.“¹⁸ Rabaut weiß aber an anderer Stelle die Armen mit dem

17. s. Aulard, Politische Geschichte der franz. Revol. S. 363 ff.

18. Œuvres II, S. 122 f.

Gleichnis Jesu zu trösten, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, denn ein Reicher in das Himmelreich komme. Das was man Armut nenne, bestehe gewöhnlich nur in der Einbildung. „Wenn man das tägliche Brot und Kleider hat, so genügt es.“ Nicht die Gesellschaft sei schuldig an der Armut der einzelnen, sondern der Grund der Armut liege meist im Individuum, in dessen Faulheit, Unordnung, Mangel an Umsicht usw. Die Hilfsmittel seien Arbeit, Sparsamkeit und Zufriedenheit. Er läßt auch Fälle zu, wo der einzelne nicht für seine Armut verantwortlich gemacht werden kann, meint aber, das Los der Armen sei eher beneidenswert als das der Reichen, sofern sie ihren Lebensunterhalt hätten.¹⁹

In der Revolution wandelten sich zunächst seine Ansichten nicht. Er dachte lange Zeit rein bürgerlich, billigte selbst die Scheidung der Bürger in Aktiv- und Passivbürger, allerdings stets von der Warte eines reinen Idealismus aus. Auch zu Beginn des Konvents hatte sich seine Meinung noch nicht geändert. Dies läßt sich aus Aufzeichnungen schließen, die er als Abgeordneter in den ersten Sitzungstagen vom 21. bis 24. September 1792 gemacht hatte, in der Absicht, einen historischen Abriß des Konvents zu schreiben.²⁰ Vom 21. September hält er in erster Linie fest, daß der Konvent auf Vorschlag Dantons die Sicherheit der Person und des Besitzes unter den Schutz der Nation stellte, um die Furcht zu verscheuchen, der Konvent könnte die Doktrin, die man seit einiger Zeit in Paris predigte, annehmen, nämlich die Güter und die Vermögen zu teilen, die Reichen zu berauben und ihnen den Krieg durch die Armen zu machen. Tatsächlich hatten damals auch weite Kreise die Befürchtung, es bestehe die Absicht, ein Ackergesetz zu erlassen, und besonders aus den Departements kamen entsprechende Petitionen und Abordnungen, die gegen ein derartiges Gesetz Protest erhoben. Danton hatte vielleicht deshalb den Antrag gestellt, weil kurz vorher sein Sekretär Fabre d'Eglantine in einem Flugblatt mit dem Titel „Rechenschaftsbericht für das souveräne Volk“ sich über die Gemäßigten, die Freunde des Eigentums, lustig gemacht hatte. Auch am 22. September erschien in den

19. Sermon 26.

20. Manus. 329 t. 29. (Bibl. du prot. franç.)

Révolutions de Paris ein Artikel, der zwar nicht die *Loi agraire* forderte, wohl aber von einer Angleichung der Vermögen sprach, um die Vorherrschaft der Reichen über die Armen zu brechen. Es ist dort sogar die Rede von einem Maximum an Besitztum.²¹ So hätte also Rabaut Saint-Etienne hier schon einen Ansatzpunkt für seinen Sozialismus finden können. Marat vertrat auch sozialistische Tendenzen, aber auf seine Art. Von diesem sagt Rabaut: „Er ist der hauptsächlichste Vertreter dieser Doktrin, entsprechend seiner Devise: *ut redeat miseris, abeat fortuna superbis*. Der Konvent hat diese Doktrin mit Abscheu abgelehnt. — Wird es aber lange halten?“ Rabaut gehörte zu denen, die die Furcht der öffentlichen Meinung vor dem Ackergesetz teilten. Die Empörung über Marat und der Ekel vor seiner Person fließt ihm in die Feder. Dessen System der Anschwärzung, der Verleumdung, der Aufreizung zum gewaltsamen Aufstand, sein „Sozialismus“, den er durch die Worte „égorgé et pillé“ charakterisierte, war ihm in der Seele zuwider. Er notiert sogar, die Person Marats werde so verabscheut, daß sich niemand neben ihn habe setzen mögen. Noch am 2. Dezember 1792 pflichtet er dem Abgeordneten Manuel bei, der sich im Konvent über die Zeitungen Héberts und Marats beklagt, die an den Türen des Konvents ausgeschrien würden, und sagte dabei: „Mit einem schmerzlichen Gefühl spreche ich aus, daß es in Paris Orte gibt, wo man sagen hört, das vergossene Blut genüge noch nicht, und die Sichel der Gleichheit müsse über alle Köpfe gehen ...“²² Wie mußte es deshalb überraschen, daß Rabaut der Gleichheit, die er noch im Dezember verwarf, im nächsten Monat schon das Wort redete. Und das in einer Aufsehen erregenden, kühnen Form, in zwei Artikeln der *Chronique de Paris*, deren Redakteur er in jener Zeit war. Dieser rasche Gesinnungswechsel scheint unlogisch und auf den ersten Blick nicht erklärlich. Zu seinem Verständnis muß man die Entwicklung der politischen Lage berücksichtigen, die Verschärfung der Parteigegensätze, die fortschreitende Radikalisierung von

21. vgl. Aulard, *Les origines du socialisme franç. Etudes et leçons*, 4^{me} série, 1904, S. 29.

22. Arch. parl. Bd. 55.

Paris, die ungünstige wirtschaftliche Lage, die sich besonders in Paris drückend auswirkte und die radikale Strömung vergrößerte. Nicht zuletzt scheint dieser Gesinnungswechsel auch bedingt durch die anhebende politische Verzweiflung Rabauts. Er empfand es schmerzlich, daß die Triebkräfte der Revolution und die Mentalität des Volkes sich so grundsätzlich wandelten. Seine in den Artikeln vom 19., 21. und 27. Januar 1793 gegebenen Anregungen müssen wohl als ein Versuch gewertet werden, den Verhältnissen gerecht zu werden, den Tatbeständen Rechnung zu tragen und der Revolution ein neues Prinzip zu geben, das der sich anbahnenden Geisteshaltung angepaßt wäre. Dieser Verlegenheitssozialismus scheint weiter bedingt durch seine Gedanken über die nationale Erziehung. Man könnte ihn sogar deuten als eine Erweiterung des von ihm aufgestellten Erziehungsprogramms, wenn man von dem ersten und kühnsten Artikel, der am 21. Januar erschien, absieht. Er trägt die Überschrift „Egalité“ und hat eine stark sozialistische Tendenz. Aber diese Tendenz sucht er in den folgenden Artikeln und in einer Erklärung zu einem Teil wieder zu verwischen und ideel umzu-
deuten. Von der Gleichheit sagt Rabaut, sie sei die Seele der Republik, einer ihrer lebensnotwendigen Züge; nichts charakterisiere besser die Demokratie als die Tendenz zur Gleichheit und das leidenschaftliche Ringen, diese zu verwirklichen. Wenn auch die politische Gleichheit hergestellt sei, so fühlten die Armen doch, daß sie durch die Ungleichheit des Vermögens abgeschwächt werde, „denn Gleichheit wird von ihnen mit Unabhängigkeit gleichgesetzt, und daher empören sie sich gegen die, von denen sie abhängen“. Da sich aber die Reichen nicht freiwillig zu der Teilung entschließen würden, und die gewaltsame Teilung zu verwerfen sei, weil sie wieder die Ungleichheit im Gefolge hätte, müsse die Gleichheit auf dem gesetzlichen Wege hergestellt werden. Die Gesetzgeber hätten zwei Dinge zu regeln: die Vermögen möglichst gleichmäßig zu verteilen, und Maßnahmen zu treffen und Gesetze zu erlassen, die die Gleichheit aufrecht erhalten. „Man darf die Gleichheit nicht für eine halbe Stunde, sondern man muß sie für eine ganze Periode oder für eine ganze Generation herstellen“. Folglich müsse man auf die Teilung im gewöhnlichen Sinne verzichten,

der sich übrigens durch die verschiedenen Eigentumsarten unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen würden. Rabaut weist daher folgende Wege: man könne moralische Einrichtungen und Sitten schaffen, die den Sinn für Nüchternheit, Mäßigkeit und Bescheidenheit erwecken, oder genaue Gesetze über das Maß des Vermögens, das die Bürger besitzen dürfen, erlassen, oder Gesetze aufstellen, die die Verwendung des Vermögens festsetzen und regeln. Dies könne auf die Weise geschehen, daß man entweder den Überfluß des Reichen für ihn nutzlos mache, oder ihn denjenigen zuweise, die zu wenig haben, oder aber, daß man jenen Überfluß zum Nutzen der gesamten menschlichen Gesellschaft verwende, etwa durch Gründung von Arbeitsstätten. Der Weg, ein Maximum für das Vermögen festzusetzen und der Gesellschaft den Überschuß mit den sich daran heftenden Rechten zuzuweisen, scheint ihm selbst ein delikater Punkt, da dies einer Verletzung des Eigentumsrechtes gleichkäme. Er weiß diese Maßnahmen nur mit dem Gedanken zu rechtfertigen: „Was unter einer despotischen Regierung ein Verbrechen wäre, könnte vielleicht unter einer republikanischen Regierung eine Tugend sein, weil in der Republik alles allen gehört“. Der Gesetzgeber könnte auch festsetzen, welchen Gebrauch der einzelne von seinem Reichtum machen müsse, um auf diesem Wege den Überschuß unnütz zu machen. Durch Gründung einheitlicher Lebensformen, durch das Tragen gleicher Kleider, überhaupt durch die Überwindung der äußeren Unterschiede glaubt er die Ungleichheit wesentlich herabmindern zu können. Rabaut vertritt seinen Standpunkt mit einer ziemlichen Naivität und spricht von diesen Dingen in einer Weise, die für seinen Idealismus, fast möchte man sagen, für seine Unkenntnis der menschlichen Seele, für die Geringschätzung der mächtigsten menschlichen Triebfeder, des Egoismus, bezeichnend ist. Er glaubt nämlich, diese Dinge würden sich von selbst in den Republiken durchsetzen, in denen die Tugenden geehrt, d. h. durch das Gesetz belohnt werden. „Wenn der erste öffentliche Platz für den besten Menschen bestimmt ist, so wird er nicht mehr des schönen Kleides wegen so heftig umworben. Das beste Mittel, die Tugenden in einer Republik zu begründen, ist

daher, alle Bürger möglichst oft unter die Augen der Öffentlichkeit zu bringen. Ich wage diesen Gedanken unsern Gesetzgebern zu empfehlen, ich wage selbst zu sagen, daß ich nicht mehr verlange“.²³

In einem anderen, zwei Tage später erscheinenden Artikel ist Rabaut schon weit vorsichtiger und sucht den Eindruck, als glaube er an die Möglichkeit einer gleichen Teilung der Vermögen, zu verwischen. Ausdrücklich sagt er da, die Gleichheit der Vermögen herzustellen, sei unmöglich. Das Wort „Gleichheit“ möchte er eher im Sinne von Angleichung oder Ausgleichung verstanden wissen; er beschränkt sich jetzt hauptsächlich auf Betrachtungen über politische und moralische Gleichheit. Die politische Gleichheit scheint ihm nicht mehr gesichert, und nicht ohne Verwunderung liest man die Worte: „In diesen Zeiten der Revolution und folglich der Anarchie ist es gerade die Ungleichheit, die dominiert; denn niemals hat ein Bürger seine Rechte weniger ausgeübt, und nie war es weniger wahr, daß wir frei und gleich sind. Eine der vornehmlichsten Sorgen des Konvents muß es daher sein, die Gleichheit herzustellen, indem er den Gehorsam gegen die Gesetze wieder herstellt“.

Die moralische d. h. gesinnungsmäßige Gleichheit scheint also Rabaut Saint-Etienne am ehesten durchführbar, am wahrsten und dauerhaftesten zu sein. Unter ihr versteht er den Zustand der Gesellschaft, in dem alle Menschen wie Brüder zusammenleben, die Ungleichheit der Vermögen und der Lebensbedingungen durch die Gefühle der Brüderlichkeit und der Eintracht, die alles beherrschen und überdecken müssen, ihr Korrektiv finden. Diese Gefühle gehören nach ihm zur Natur des Menschen; „denn der Mensch ist von Natur aus gutmütig“, und sie gehören zum sozialen Geist; „denn die Brüderlichkeit und das wechselseitige Bedürfnis haben den Menschen in der Gesellschaft vereinigt“. Jene Gefühle gehören ferner zu der „Art des mehr oder weniger in allen Nationen bestehenden Gemeingeistes, der immer wieder die Menschen zum Mitleid, zur Humanität und zum edelmütigen Beistand unter einander führt.“ „Der Gesetzgeber hat

23. Chronique de Paris, 19. Januar 1793.

also wenig zu tun, um jenen *esprit public* herzustellen, den ich verlange, und um den Bürgern das Gefühl der Brüderlichkeit einzuflößen, welches nach meiner Ansicht die wirkliche Gleichheit ist; denn nie werdet ihr es dahin bringen, daß es keine Reichumsunterschiede mehr gibt. Man kann jedoch bewirken, daß die Gleichheit der Gefühle hergestellt wird. Die Quäker leben wie Brüder, obgleich die Vermögen bei ihnen ungleich sind, aber der Stolz des Reichen, die beleidigende Eitelkeit, ist ihnen vollkommen fremd, und das nur, weil sie gleiche Kleider haben, den Menschen nicht nach seinem Reichtum taxieren, und weil sie den wirklichen Gemeingeist erfaßt haben, der nichts anderes ist als die Brüderlichkeit.“ Man sieht aus diesen Sätzen Rabauts, daß er seine zuerst vertretenen Ansichten wesentlich einschränkt und sich bemüht, sie vor einer Auslegung zu schützen, die man ihnen mit Recht geben könnte. Ja, es wäre nicht schwer, einen direkten Widerspruch zwischen dem Artikel vom 19. Januar und dem vom 21. Januar festzustellen. Dieser läßt sich dadurch erklären, daß er von seinen politischen Freunden — er stand verschiedenen Girondisten sehr nahe — auf die Gefährlichkeit seiner Ideen aufmerksam gemacht wurde und von ihrer Unruhe angesteckt seiner Gleichheitstheorie einen ideellen Sinn gab. Es ist nicht anzunehmen, daß der Artikel Roederers im *Journal de Paris* vom 23. Januar der einzige Einspruch gegen seine Gedankengänge war. Roederer machte den treffenden Einwand, durch die Verwirklichung seiner Theorie werde die Arbeit vermindert werden, die Konkurrenz erlöschen und damit das Volksvermögen und die Produktion schrumpfen. Die Durchführung des Maximumgesetzes wäre schwierig, wenn nicht unmöglich und gäbe wieder zu Betrügereien Anlaß. „Mein lieber Kollege“, sagte er, „in diesen wenigen Worten sehe ich die Freiheit und das Eigentum verletzt, — ich sehe freilich etwas für die Gleichheit gewonnen. Aber ist es für die Gleichheit im Überfluß, im Reichtum, in der allgemeinen Wohlfahrt? Nein, sondern für die Gleichheit in der Armut und im Hunger, für die Gleichheit im allgemeinen Ruin“. ²⁴

24. vgl. Aulard, *Les origines du socialisme franç.*, und *Polit. Geschichte der franz. Revolution*, S. 363 ff.

Seine Auffassung präzisiert Rabaut Saint-Etienne in seiner Erwiderung an Roederer in der *Chronik* vom 27. Januar. Die Fundierung seiner Verteidigung ist nicht uninteressant. Zuerst stellt er seinen Begriff von der Republik klar. Unter dieser versteht er eine rein demokratische Regierungsform. Alle andern Republiken, denen diese Form nicht zugrunde liege, seien aristokratisch oder gemischt. Eine demokratische Regierung könne aber nach seiner Meinung nicht lange bestehen, wenn sie die ungeheuren Vermögensunterschiede dulde, weil die Ungleichheiten sich ständig vermehren und schließlich die Nation in zwei Klassen teilen würden. Damit verliere das Volk seinen Wert, es werde zum Pöbel, und der Endeffekt sei die Aristokratie. Daher sei es die Pflicht der Demokratie, allzu großen Ungleichheiten vorzubeugen. Die Forderung der Gleichheit selbst aber sucht er durch folgende Argumentation zu rechtfertigen: Der Mensch bringt in die Gesellschaft seine Güter und seine Person, um sie dem gemeinsamen Schutz zu unterstellen. „Das Volksvermögen setzt sich zusammen aus den Einzelvermögen, wie sich die Macht des Staates aus den Kräften der einzelnen zusammensetzt. Aus dem Zusammenwirken und den vereinten Mitteln, Kräften und Gütern setzt sich der gemeinsame Schutz zusammen. Aber die Gesellschaft kann den Schutz nicht gewähren, wenn sie nicht über die Kräfte und die Güter jedes einzelnen verfügen kann; diese stehen also der Gesellschaft zur Verfügung“.²⁵ Was im Recht besteht, besteht nach Rabaut auch in der Wirklichkeit. Wie der Staat über den einzelnen verfügen kann, wenn es seine Verteidigung gilt, so muß er auch über die einzelnen Vermögen verfügen können, wenn es die Erhaltung des Staates notwendig macht. Den Vorschlag eines Maximumgesetzes über die Vermögen will er nun in dem einschränkenden Sinne verstanden wissen, daß die Gesellschaft den Überschuß der einzelnen nicht einfach wegnehmen kann, um einen Schatz oder sonst etwas anzulegen, sondern von diesem Überschuß nur einen seiner Höhe entsprechenden Betrag verlangen darf, wenn sie dessen bedürftig sei. In diesem Zusammenhang bekennt er sich zu dem Gedanken einer Progressivsteuer. Diesem Gedanken blieb er auch

25. *Chronique de Paris*, 27 Januar 1793.

treu, als diese Frage auf die Tagesordnung des Konvents kam. Am 20. Mai 1793 sagte er in der Diskussion über die Frage der Zwangsanleihe: „Ich sehe, daß sich über eine Frage, die die einmütige Zustimmung finden sollte, allzu leicht Wolken verbreiten. Wir sind uns doch alle darin einig, daß man sich an die Reichen halten muß: niemand widersetzt sich dem, es ist der allgemeine Wille.^{25a} Aber man muß feststellen, was man unter den Reichen versteht; ein genaues Gesetz muß festlegen, daß alle die, deren Vermögen die Grenze des Notwendigen übersteigt, in diese Klasse gerechnet werden.“²⁶

Auch hier wird wieder ersichtlich, was wir bereits zu wiederholten Malen feststellen konnten: als realpolitische Momente die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen hatten, ließ sich Rabaut Saint-Etienne von Mably befruchten, dem Manne, den er selbst als einen der bedeutendsten Schrittmacher der Revolution bezeichnet hat. Mit der Durchführung seiner Ideen wären nämlich die wesentlichsten Punkte der Gesellschaftslehre Mablys in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Die Ähnlichkeit der Gleichheitstheorie Rabauts mit dem Gleichheitsbegriff bei Mably ist überraschend groß. Dieser sieht in der Gleichheit das natürliche Recht *par excellence* und behauptet, daß sie als einigendes Moment für das Wohl der Gesellschaft und die Erhaltung der sozialen Tugenden unbedingt notwendig sei. Er versteht unter ihr nicht nur die politische, sondern auch die soziale Gleichheit, weil die Natur allen gleiche Rechte gegeben habe. Und weiter sagt er: „Die Gleichheit muß alle Wohltaten hervorbringen, weil sie die Menschen einigt, ihre Seele erhebt und sie für die gegenseitigen Gefühle des Wohlwollens und der Freundschaft geeignet macht; ich ziehe daraus den Schluß, daß die Ungleichheit alle Übel erzeugt, weil sie die Menschen degradiert, sie demütigt und die Uneinigkeit und den Haß unter sie sät.“²⁷ Mably sieht außerdem darin, daß Gesetze und Sitten die Gleichheit des Vermögens und der Lebensbedingungen festsetzen, eine

25a. Seine Freunde Barbaroux und Buzot hatten aber energisch widersprochen.

26. *Moniteur* Bd. 16, S. 438.

27. *De la législation*, liv. I. chap. 2; vgl. H. Sée, *Les idées politiques en France au 18^{me} siècle*, 1920, S. 180 ff.

wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen eines Staates. Die Ungleichheit der Bedingungen ruft nach ihm persönlichen Ehrgeiz hervor, die Ungleichheit der Vermögen erzeugt leicht eine Aristokratie, die schnell in Oligarchie ausartet, die die Tyrannei im Gefolge hat. Er unterscheidet zwischen persönlichem und beweglichem Eigentum als natürlichem Recht, und dem Grundeigentum, der Wurzel aller Übel, unter denen die Menschheit leide.²⁸ Er verlangt ausdrücklich das Ackergesetz. „Niemals wird man ohne Ackergesetze zu einer gewissen Gleichheit gelangen, die zur Einigung der Bürger, zur Herstellung des Gleichgewichts in allen Gebieten und zur Verhinderung von parteiischen Gesetzen notwendig ist.“²⁹ Rabaut Saint-Etienne stellte die Forderung des Ackergesetzes nicht ausdrücklich. Dies war sicherlich, wie wir gleich sehen werden, durch realpolitische Umstände, insbesondere die ausdrückliche Mißbilligung der Ackergesetze durch den Konvent bedingt. Aber die Begründung seiner sozialen Forderungen stimmt dem Sinn nach mit der Mablys überein.

Es wäre jedoch falsch, nur in Mably den Anreger Rabauts zu sehen. Auch Rousseau verurteilte bekanntlich die Ungleichheit, und Montesquieu hatte in seinem *Esprit des lois* bei der Betrachtung der demokratischen Regierungsform die Liebe zur Demokratie mit der Liebe zur Gleichheit und Genügsamkeit gleichgesetzt. Diese Gleichheit umfaßt bei ihm die politische und wirtschaftliche Gleichheit. Die wirtschaftliche Gleichheit bezeichnet er sogar als notwendig für die Demokratie, wenn die politische Gleichheit nicht gestört werden soll. Der Ungleichheit müsse man in der Demokratie durch gesetzliche Mittel vorbeugen und die Anhäufung großer Vermögen in einzelnen Händen verhindern.³⁰

Rabaut Saint-Etienne war nicht der einzige Politiker, der soziale Gleichheitsbestrebungen öffentlich vertrat. Hébert, Marat, Varlet und andere radikale Elemente taten dies vor Rabaut und mit viel mehr Vehemenz. Aber das, was sie ver-

28. Doutes sur l'ordre nat. des soc. pol. I, S. 7.

29. vgl. G. Müller, zit. S. 37.

30. *Esprit des lois*, liv. IV und V, s. a. W. Struck, Montesquieu als Politiker, S. 45 ff. und S. 62 ff.

traten, war keine Doktrin, es war Massenaufhetzung und Appell an die niederen Instinkte des Volkes. Wie sehr unterschied sich doch Rabaut Saint-Etienne von Hébert! Dieser forderte bereits im Dezember 1792 zwar nicht das Ackergesetz, weil damit doch keine Gleichheit geschaffen wäre, da die Ungleichheit in der darauffolgenden Stunde wieder begänne, erklärte aber: „Was ich will, zum Henker, ist, daß man all die Reichen, die sich vom Blut der Armen gemästet haben, ihren Reichtum wieder ausspeien, daß man die Finanzleute alles wieder herausgeben läßt, was sie der Nation gestohlen haben, daß man all den Blutekeln des Volkes die Nägel beschneide ...“³¹

Der Konvent selbst war weit davon entfernt, Ideen zu billigen, wie sie Rabaut vertrat. Am 18. März 1793 wandte sich Barrère gegen die Deklamationen, die man sich gegen das Eigentum erlaubt habe, gegen die zugunsten des Ackergesetzes betriebene Propaganda, die von den Priestern und Verwandten der Emigranten betrieben werde. Der Konvent folgte ihm und dekretierte die Todesstrafe gegen jeden, „der ein Ackergesetz oder irgendein anderes, das Grund-, Handels- oder gewerbliche Eigentum umstürzendes Gesetz vorschlägt.“ — Am ehesten hätte sich Rabaut Saint-Etienne mit Robespierre zusammenfinden können, der am 19. April im Jakobinerklub eine Erklärung der Rechte annehmen ließ, die eine Beschränkung des Eigentums enthielt. Das Recht des einen auf Eigentum, besagt diese Erklärung, finde seine Grenze am entsprechenden Recht der andern und könne weder der Sicherheit noch der Existenz noch dem Eigentum des Nächsten Eintrag tun. Jeder Besitz, der gegen diese Prinzipien verstoße, sei gesetzlich unerlaubt und unmoralisch.³²

Ein derartiges Ideal und die damit verbundene Grundanschauung trennten Rabaut tief von den Girondisten und reihten ihn der Sache nach unter die kühnsten Jakobiner und die wahrhaften Sans-Culotten. Seine gesamte Geisteshaltung, sein hohes ethisches Empfinden, sein Abscheu vor demagogischen, den niederen Instinkten des Volkes entsprungenen Handlungen,

31. s. Aulard, *Les origines du soc. franç., und Pol. Geschichte der franz. Revol.* S. 365.

32. ders., *Les origines . . .* S. 29 ff.

trennten ihn jedoch wieder grundsätzlich von der Masse und den Sans-Culotten. So trieb er wie ein schwaches Schifflein auf dem Meer der politischen Leidenschaften dahin, um schließlich nach kühnem Kampf in der Brandung zu zerschellen.

Je mehr sich die Gegensätze der beiden großen Parteien des Konvents, der Gironde und der Bergpartei, herausbildeten und der Konflikt sich zuspitzte, wurde Rabaut in das Lager der Girondisten hinübergetrieben. Als dann die Entscheidungsschlacht begann, wurde er einer von denen, die unter girondistischer Fahne in der vordersten Linie kämpften und deren Schicksal in diesem Kampf entschieden wurde.

Der Kampf begann in sein entscheidendes Stadium zu treten, als in Paris der Verrat Dumouriez' bekannt wurde.³³ Diese neue Phase der Entwicklung wurde durch Robespierre eröffnet, der Brissot der Mitschuld anklagte. Die Sektionen von Paris mischten sich bald ein. Am 8. April 1793 schickte die Sektion *Bon Conseil* eine Deputation mit einer Adresse an den Konvent, in der strengste und genaueste Prüfung der Verschwörung von Dumouriez und seiner Mitschuldigen, „selbst Konventsmitgliedern“, gefordert wurde. In dieser Adresse waren bereits Namen genannt wie Brissot, Gensonné, Vergniaud, Barbaroux, Buzot, Louvet und Guadet. Eine weitere bedrohliche Maßnahme wurde am 15. April getroffen. Sie ging auf die Initiative von 33 Sektionen zurück. Die Kommune verlangte die Ausschließung von 22 girondistischen Abgeordneten aus dem Konvent. Unter den Unterschriften dieser Petitionen befand sich auch die Héberts. In der Folgezeit nahmen die Handlungen der Kommune einen immer willkürlicheren Charakter an. Im Verein mit den Sektionen beherrschte sie immer mehr den Konvent, bis endlich am 18. Mai die Häupter der Girondisten, Isnard und Guadet, ihr offen den Krieg erklärten. Der Präsident des Konvents, Isnard, sprach nach einem Zwischenfall auf den Tribünen, der den Unwillen der Rechten erregte, von einer Verschwörung gegen den Konvent, deren Herd in den *sociétés populaires* sei. Es entspann sich eine heftige Debatte,

33. s. A. Mathiez, *La Révolution franç.* II. S. 202 ff.

in der Guadet die Worte Isnards bestätigte und sagte: „Bis heute blieben die Schuldigen des 10. März (unbestraft; man muß den Mut haben, die Tiefe der Wunde zu sondieren. Das Übel liegt in der Anarchie, im Aufstand der Behörden gegen den Konvent. In den anarchischen Behörden von Paris muß man ... — seine Worte wurden vom Geschrei übertönt und er wiederholte — ja, ich sage es, das Übel beruht in der Existenz der Behörden von Paris, Behörden, die ebenso geldgierig wie herrschsüchtig sind“.³⁴ Guadet schlug vor, die Behörden von Paris abzusetzen, und die Ersatzmänner der Konventsmitglieder nach Bourges einzuberufen, um an die Stelle des Konvents zu treten, sobald dieser aufgelöst sei. Dieser Antrag wurde von Barrère, einem Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, in geschickter Weise bekämpft. Er gab scheinbar Guadet recht und bestätigte ein bestehendes Komplott. Doch lehnte er dessen Antrag als zu weitgehend ab und schlug die Ernennung einer Kommission von 12 Mitgliedern vor, die die Vorgänge untersuchen sollte; sie sollte alle seit einem Monat von der Kommune erlassenen Beschlüsse nachprüfen, alle Mittel anwenden, die Verschwörung gegen den Konvent aufzudecken, dabei mit dem Innen- und Außenministerium, mit dem Wohlfahrts- und Sicherheitsausschuß in Verbindung treten, und alles im Interesse der Wiederherstellung der Ordnung Erforderliche veranlassen.³⁵

Dieser Zwölferausschuß, in den Rabaut Saint-Etienne an zweiter Stelle gewählt wurde, konstituierte sich sofort und trat nach 2 Tagen in Funktion. Er zog sich jedoch schnell den Haß der Sans-Culotten zu, denn er setzte sich nur aus Männern der Rechten zusammen, Girondisten, oder solchen, die ihnen nahe standen. Ihm gehörten folgende Abgeordnete an: Boyer-Fonfrède, Rabaut Saint-Etienne, Kervelegan, Saint-Martin, Viger, Gormaire, Bergoeing, Boileau, Mollevault, Larivière, Gardien und Bertrand. Der Ausschuß machte sich mit Eifer an die Arbeit. Endlich schien eine günstige Gelegenheit da zu sein, der immer bedrohlicher sich gebärdenden Kommune zu Leibe zu

34. s. Arch. parl. Bd. 65 S. 43 ff.

35. Ebd. S. 47.

rücken. Der Augenblick war besonders deshalb günstig, weil die Departements schon seit längerer Zeit gegen die Vorgänge in Paris protestierten. Aus dem Süden, vornehmlich aus Nîmes, der Vaterstadt Rabauts, kamen Proteste und Aufrufe, die geeignet waren, der Rechten und besonders den Mitgliedern des Zwölferausschusses den moralischen Rückhalt zu geben. So gelangte am 23. Mai 1793 eine Adresse der „Gesellschaft der französischen Republikaner von Nîmes“, mit der Rabaut immer in Verbindung gestanden hatte, an den Konvent. In ihr hieß es u. a.: „Rettet uns, rettet uns vor einer Reaktion, deren Wirkung unberechenbar ist. Es ist vielleicht noch Zeit, das dem Zerschellen nahestehende Staatsschiff in den Hafen zu bringen. Es ist weniger durch die Siege der Feinde, den Erfolg der Rebellen, den Verrat der Generale und durch die vereinigten Kräfte der Despoten und Gegenrevolutionäre in Gefahr als durch die Gewitter des Konvents. Dort bilden sich die Stürme, die das Schiff umbrausen, dort blasen die ungestümen Winde, die es gegen die Klippen werfen. Schlagt jene kühne Kommune, die das Land angreift und mit euch in gleichem Schritt marschieren will. Bekämpft, bekämpft sie! Frankreich ist ihres Jochs müde. Aufgabe der Repräsentanten des Volkes ist es, es zu brechen, und es muß brechen unter dem Druck einer freien und soliden Verfassung. Die lügnerischen Orakel, die den öffentlichen Geist verderben, müssen schweigen vor dem erhabenen Orakel der Weisheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Gleichheit und des nationalen Willens“.³⁶

Den Anlaß zum energischen Eingreifen fand der Ausschuß in einer Anzeige, derzufolge in der Versammlung einer Sektion der Vorschlag gemacht wurde, die „zweiundzwanzig“ aufzuheben, sie zu ermorden und als emigriert auszugeben. Dieser Vorschlag, den ein Mann namens Marino eingebracht hatte, war jedoch von der betreffenden Versammlung mit Entrüstung abgelehnt worden. Auf Grund dieser Anzeige ließ sich der Ausschuß am 24. Mai die Beratungsregister der Sektionen vorlegen.³⁷ Gestützt auf das Untersuchungsergebnis schlug er

36. Ebd. S. 218.

37. s. Arch. nat. C. 355 no. 1866.

hierauf dem Konvent ein aus 10 Artikeln bestehendes Dekret vor, das auf eine Beschränkung des Versammlungsrechtes hinauslief. Es wurde darin beantragt, die Bürger zu verpflichten, sich in Bereitschaft zu halten und sich auf das erste Signal dahin zu begeben, wohin sie vom Kommandanten ihrer Sektion geschickt würden, den Schluß der Sektionsversammlungen auf 10 Uhr abends anzusetzen, die Ausländer von ihnen auszuschließen und den Zwölferausschuß zu beauftragen, die am wirksamsten erscheinenden Mittel vorzuschlagen, um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sichern.³⁸ Der Ausschuß faßte noch einen andern weittragenden Entschluß: er erließ in seiner Sitzung vom 24. Mai einen Haftbefehl gegen Marino, Bricbet, Varlet und Hébert. Ein anderes vom Ausschuß vorgeschlagenes, am 26. Mai angenommenes Dekret, hob den revolutionären Ausschuß der Sektion „Einheit“ auf, es untersagte den Überwachungsausschüssen, in Zukunft den Beinamen *révolutionnaire* zu führen, beschränkte ihre Funktion auf die Überwachung der Ausländer und beauftragte endlich den Innenminister, eine Untersuchung über ihre Tätigkeit einzuleiten. Diese Maßnahmen entfesselten die Krise, die seit dem Verrat von Dumouriez unter der Asche glomm. Die Kommune und die jakobinischen Sektionen erklärten sich solidarisch mit den Verhafteten und verlangten ihre Befreiung. Doch Isnard gab in seiner Eigenschaft als Präsident des Konvents den Bittstellern die bekannte drohende Antwort: „Sollte es durch diese immer wiederkehrenden Aufstände geschehen, daß man sich an der Volksvertretung vergreift, so erkläre ich euch im Namen von ganz Frankreich, daß man bald an den Seineufern nachsuchen wird, ob es ein Paris gegeben hat.“³⁹ Das war die offizielle Kriegserklärung der Gironde an Paris.

Proteste gegen die Verhaftungen folgten schnell einander. Marat nahm sofort offen Stellung gegen den Zwölferausschuß. Das Volk forderte seine Patrioten zurück und verlangte die Unterdrückung des Ausschusses. Dieser ließ sich jedoch in seinem Werk nicht stören. Er ordnete in der Nacht vom

38. Arch. nat. C, 235 no. 258. vgl. Arch. parl. Bd. 65, S. 280,

39. s. Aulard zit. S. 352 u. A. Mathiez zit. II. S. 212 ff.

26. Mai auch die Verhaftung von Dobsen, dem Präsident der Sektion *Cité*, und seinem Sekretär Protaix an, weil sie die Abgabe der Beratungsregister verweigert hatten. Daraufhin erschienen Abgeordnete dieser Sektion im Konvent und forderten, daß die verhafteten Vorstandsmitglieder freigelassen und dagegen die Mitglieder des Zwölferausschusses vor das Revolutionstribunal gebracht würden. Der Präsident Isnard ließ sich wieder zu einer unvorsichtigen Äußerung hinreißen, indem er antwortete: „Bürger, der Konvent verzeiht der Unerfahrenheit eurer Jugend.“ Diese Antwort hatte Wutausbrüche und Geschrei auf den Tribünen zur Folge. Nun jagten sich die Protestabordnungen. Eine solche kam im Namen von 16, eine andere im Namen von 28 Sektionen am 27. Mai in den Konvent und verlangte die Freigabe ihrer „Tribunen“, „der echten Republikaner“, „ihrer Brüder und Freunde“, besonders die ihres „liebsten Magistraten, der immer die Wahrheit gesagt und dem man immer geglaubt hat“ — damit war Hébert gemeint — und die Unterdrückung des „verhaßten tyrannischen Ausschusses“.⁴⁰ Zu seinem Schutze forderte der Ausschuß die bewaffnete Macht der umliegenden Sektionen an, die ein Kontingent von 800 Mann stellen mußten.⁴¹ Aber unter dem Druck der Sektionen gab der Konvent die von dem Ausschuß Verhafteten frei und beschloß die Unterdrückung des Zwölferausschusses. Hérauld de Séchelles hatte die Präsidentschaft übernommen. Das Dekret der Aufhebung des Ausschusses wurde erst spät am Abend des 27. Mai auf Antrag Delacroix' erlassen, und nur von ungefähr 100 Abgeordneten, unter die sich Tribünenbesucher gemischt hatten. Der Tumult in der vorausgegangenen Sitzung war so groß gewesen, daß Rabaut Saint-Etienne, der im Namen des Ausschusses den Bericht geben wollte, sich kein Gehör hatte verschaffen können. Sein Antrag, nicht über den Ausschuß zu statuieren, bevor er nicht angehört sei, hatte sich nicht durchgesetzt. Daraufhin bot er seine Demission und die seiner Kollegen an, von der der Konvent jedoch keine Notiz nahm.

40. Arch. parl. Bd. 65, S. 388.

41. vgl. A. Tutey, *Répert. gén. des sources manus. de l'hist. de Paris pend. la Révol.* Bd. 9, S. LIII.

Am folgenden Tag, dem 28. Mai, wurde auf Antrag Lanjuinais', der das Aufhebungsdekret als illegal bezeichnete, der Ausschuß mit 279 gegen 238 Stimmen wiederhergestellt. Das war der letzte Sieg der Gironde. Die am vorhergehenden Tage Freigelassenen blieben jedoch in Freiheit.⁴² Sie waren jetzt nicht nur die vom Pariser Volk gefeierten Helden des Tages geworden, sie wurden auch die eifrigsten Organisatoren der Revolution vom 31. Mai und 2. Juni 1793. Der Aufstand vom 31. Mai richtete sich weniger gegen den Konvent als gegen den Zwölferausschuß, das Instrument der Girondisten. Die Sektion *Cité* ergriff unter Führung Dobsens die Initiative. Sie lud am 28. Mai die anderen Sektionen auf den folgenden Tag in den Bischofspalast ein, wo ein Ausschuß zur Organisierung des Aufstandes gebildet wurde.

Gleich nach der Wiedereinsetzung des Zwölferausschusses begannen die Protestationen gegen ihn von neuem und nahmen einen immer bedrohlicher werdenden Charakter an. Die Parteien fühlten, daß es jetzt um das Ganze ging. Eine Protestschrift, die im Namen von 22 Sektionen am 30. Mai einging, war besonders gehässig. Sie verlangte die Annullierung der auf den Ausschuß zurückgehenden Dekrete und forderte, daß dieser von einem Gerichtshof der 86 Departements gerichtet werden solle. In dieser Protestation kam namentlich Rabaut (Saint-Etienne schlecht weg. „Der Verräter La Fayette ist nicht in den Gefängnissen Berlins. Der Priester Rabaut, sein Apologist, Redakteur von 4 Zeitungen, Giftmischer und besoldeter Gesetzgeber regiert in unsern Mauern“.⁴³ Der Zwölferausschuß setzte trotz der gegen ihn gerichteten Angriffe seine Arbeit fort und tat alle Schritte, den drohenden Ausbruch des Aufstandes zu verhindern. Aber je größer seine Anstrengungen waren, desto mehr reizte er die Elemente, gegen die sich seine Tätigkeit richtete.

Am 31. Mai wollte ursprünglich der Ausschuß durch den Mund Rabauts, seines Sekretärs, dem Konvent Bericht von der

42. Arch. parl. Bd. 65. S. 391.

43. Ebd. S. 630.

Lage erstatten. Aber bereits am Abend des 30. Mai fühlten alle das Hereinbrechen der Katastrophe. Manche der girondistischen Abgeordneten getrauten sich nicht mehr, ihre gewöhnliche Wohnung aufzusuchen. Louvet schreibt darüber in seinen Erinnerungen: „In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai kündigte sich das Gewitter so heftig an, daß man die Notwendigkeit, auswärts zu schlafen — es war bereits zum 50. Male — fühlte. Ein entlegenes Zimmer, in dem sich drei schlechte Betten befanden, das aber gute Verteidigungsmöglichkeiten zeigte, nahm uns auf, Buzot, Barbaroux, Guadet, Bergoeing, Rabaut Saint-Etienne und mich. Um 3 Uhr morgens weckte uns der Lärm der Sturmglocke. Um 6 Uhr gingen wir weg, gut bewaffnet. Obwohl wir weit vom Sitzungsort entfernt waren, entschlossen wir uns doch, uns dorthin zu begeben. Bei den Tuileries kreuzten wir mehrere Gruppen von Schurken, die Miene machten, uns anzugreifen, nachdem sie uns erkannt hatten. Sie hätten es auch tatsächlich getan, wenn sie unsere Waffen nicht gesehen hätten. Rabaut Saint-Etienne war so unruhig, daß er nicht viel Widerstand geleistet hätte. Während des ganzen Weges rief er: *Illa suprema dies ...! Hélas, je ne devais pas le revoir*“.⁴⁴

Die historische Sitzung des Konvents begann in aller Frühe des 31. Mai mit scharfen Angriffen der Linken auf den Zwölferausschuß. Danton, Thuriot und Robespierre taten alles, die Wünsche der Sektionen zu erfüllen. „Euer Ausschuß hat die Empörung des Volkes verdient“, rief Danton und verlangte seine Unterdrückung und die Auslieferung seiner Mitglieder an ein Tribunal. Robespierre verlangte ebenfalls schärfste Maßnahmen gegen die Mitglieder des Ausschusses. Rabaut Saint-Etienne folgte Danton auf der Tribüne und versuchte eine Rechtfertigung. Aber seine Rede wurde andauernd unterbrochen und seine Stimme vom Lärm der Linken und der Tribüne über-tönt. Zorn erfüllt rief Rabaut seinen Gegnern zu: „Diese Unterbrechungen lassen mich glauben, daß ihr Angst habt, mich zu hören. Ja, ich will vermeiden, was der Wunsch, die Arbeit und die Absicht aller Anstrengungen Pitts und der

44. Mémoires de Louvet de Couvray Paris 1823, S. 89.

Österreicher ist: die Uneinigkeit, den Haß in die Versammlung zu tragen. Was könnte man von einer Sitzung denken, in der ein Ausschuß, der beauftragt wurde, die gegen die Republik und die ganze Volksvertretung gebildeten Komplotte aufzudecken, nicht gehört werden konnte, selbst nachdem er verlangte, aufgehoben zu werden“? ⁴⁵ Aber schon erschollen die Rufe: „Entzieht ihm das Wort“! Obgleich Rabaut seine ganze Person einsetzte, konnte er seinen Bericht nicht geben. Die Linke wollte nichts von einer Konspiration in Paris wissen. Für sie war der verhaßte Ausschuß der Herd der Konspiration, eine Autorität, die alles tat, die Aktion der Sans-Culotten zu lähmen, ein Instrument der Girondisten, die Jakobiner zu vernichten. So oft Rabaut zur Rede ansetzte, wurde er überschrien. Nach mehrstündigem, vergeblichen Kampfe um das Wort verzichtete er, fühlend, daß die Entscheidung gefallen sei, verzweifelt darüber, daß sein politischer Traum, die von ihm ersehnte Freiheit unwiederbringlich in den Abgrund gestürzt sei. Empört hat er ausgerufen: „Bemerkt im Protokoll, daß ich unterbrochen wurde, als ich die Wahrheit sagen wollte.“ Von der Revolution des Volkes besiegt trat der Revolutionär der Bourgeoisie von der politischen Bühne ab.

Der Abgang von der politischen Bühne genügte jedoch nicht. Wohl war die Aufhebung des Zwölferausschusses von den Pariser Abordnungen durchgesetzt worden; aber das war im Grunde ein mageres Resultat des bewegten Tages. Der Antrag auf Verhaftung von 22 girondistischen Abgeordneten und der Mitglieder des Zwölferausschusses, der von einer Abordnung aller 48 Sektionen und der Behörden der Stadt eingebracht wurde, scheiterte hauptsächlich am Widerstand des Wohlfartsausschusses. Das Ergebnis der Revolution des 31. Mai befriedigte die Sans-Culotten nicht, sie wollten ihre Fortsetzung. Marat wollte ganze Arbeit geleistet wissen. Der Aufstand vom 2. Juni vervollständigte das Werk des 31. Mai, und zwar in einer Weise, daß Danton äußern konnte: „Das französische Volk ist in der Person seiner Vertreter beleidigt worden“. Es war in der Tat ein beispiellos schmachvoller Vorgang in der

45. S. Arch. parl. Bd. 65, S. 643 ff.

Geschichte des französischen Parlaments. Der Konvent kapitulierte, demütigte sich vor Paris, und das Ergebnis des 2. Juni war die Inhaftsetzung von 22 Girondisten und der Mitglieder des Zwölferausschusses, mit Ausnahme von 2 Mitgliedern, Fonfrède und Saint-Martin, die gegen die vom Ausschuß erlassenen Haftbefehle gestimmt hatten. Im ganzen waren es 29 Abgeordnete, die in Haft genommen wurden; diese war zuerst leicht, denn man erlaubte ihnen, „unter dem Schutz des französischen Volkes und des Konvents, sowie der Bürger von Paris“ in Hausarrest zu bleiben.⁴⁶

War der Abgang Rabauts und seiner Freunde von der politischen Bühne dramatisch, so sollte die Folgezeit für viele von ihnen tragisch werden. Rabaut entzog sich, wie mehrere der Girondisten dem Anklagedekret und entwich aus der Haft, von Zorn und Erbitterung getrieben. „Ich habe das Joch der Tyrannen, die den Konvent erniedrigten, abgeschüttelt und habe mich der Unterdrückung entzogen, weil ich ihr nicht widerstehen konnte“, schrieb er am 20. Juni 1793 an die Bürger seiner Heimatstadt.⁴⁷ Dieser Schritt war übereilt. Sein Leben wäre damals in Paris noch keiner großen Gefahr ausgesetzt gewesen. Am 9. Juli, also längst nach seiner Entweichung, urteilte Saint-Just in seinem Bericht, den er im Namen des Wohlfartsausschusses im Konvent gab, noch günstig über ihn. Der ganze Bericht war überhaupt sehr gemäßigt und versöhnlich gehalten. Wohl wurde dort verlangt, daß Barbaroux, Bergoeing, Bironnet, Buzot, Corsas, Lanjuinais, Louvet, Pétion und Salle als Urheber und Mitschuldige der Aufstände in den Departements zu Vaterlandsverrätern erklärt würden; gegen die andern in Paris gebliebenen Girondisten, Gensonné, Guadet, Vergniaud, Mollevault und Gardien beantragte er Anklage wegen Mitschuld. Bei den übrigen 14 Verhafteten dagegen, unter ihnen auch Rabaut Saint-Etienne, wurde von Saint-Just angenommen, daß sie „eher getäuscht als schuldig“ seien.⁴⁸ Das Urteil jedoch, das Saint-Just über den Zwölferausschuß fällt, ist eine

46. s. Aulard, *Polit. Geschichte der franz. Revol.* S. 352 ff.

47. *Lettre de Rabaut St.-Etienne aux citoyens du départ. du Gard, 20 juin 1793, de sa retraite* (s. *Arch. parl.* Bd. 75 S. 697.)

48. s. Aulard, *zit.* S. 358. u. *Arch. parl.* Bd. 68. S. 426,

interessante Ergänzung zu den Berichten Rabauts. Von dem Ausschuß sagt er: „Mehr als je wurde man beunruhigt. Die Verschwörer zeigten Verschwörungen an, genau so wie es der Hof gemacht hatte. Der Ausschuß läßt während der Nacht Bürger und Magistrate verhaften. Ursprünglich ernannt, um die Ursache der Unruhen zu suchen und sie zu beschwichtigen, erregt er solche selbst ... Er schlägt Vorsichtsmaßregeln vor, beantragt die Schließung der Sektionen, nennt sich das letzte Asyl der Freiheit, läßt einen durch schreckliche Berichte erstarren und berät bewaffnet in seinem Lokal.“⁴⁹ Diesen Worten steht der Bericht Rabaut Saint-Etiennes gegenüber, den er am 27. Mai im Namen des Ausschusses im Konvent hatte geben wollen. In ihm fällt eine gewisse Verschwommenheit auf. Die Ausdrucksweise ist oft ungenau, manche Argumente scheinen mit Gewalt herbeigezogen. Man liest dort von täglichen Schriften, die das Volk verwirren und zu Maßnahmen auffordern, die nur den Absichten der auswärtigen Feinde dienlich sein könnten. „Die auswärtigen Könige haben ein Interesse an der Erniedrigung des Konvents, und hier sieht man täglich Schriften, die ihn zu entzweien suchen. Sie haben ein Interesse daran, daß ein Teil der Abgeordneten dem Volke verhaßt werde, und hier sieht man Schriften, die seit 8 Monaten sich bemühen, bald einen Teil des Konvents, bald die Mehrheit dem Volke verhaßt zu machen. Die Könige haben ein Interesse an der Auflösung des Konvents, des Zentrums der französischen Republik, und hier sieht man Schriften, die die Auflösung provozieren“.⁵⁰

Näher bezeichnet ist von den Schriften nur der *Père Duchêne* von Hébert, dessen radikale Feder seit langem gegen die Girondisten wütete. Dort war in der Tat der Vorschlag einer Reinigung des Konvents gemacht worden, und Hébert sagte: „Nur 300 Menschen weniger und Frankreich ist gerettet“. An

49. s. Arch. parl. Bd. 68 S. 426 ff., (Rapport de Saint-Just au nom du comité de Salut public.

50. Rapport sur les complots tamés contre la liberté dans l'intérieur de la République et sur les faits relatifs aux conspirations qui ont menacé la représentation nat. p. Rabaut St.-Etienne, membre de la commission des Douze; s. Arch. nat. Cj 355 und 1837 no. 1, a. Arch. parl. Bd. 65, S. 540.

anderer Stelle war die Drohung gegen die Gironde noch deutlicher, indem die Auslieferung von 22 Abgeordneten verlangt wurde. Tatsächlich hatte er auch schon seit längerer Zeit das Volk zur Bewaffnung aufgefordert und es gegen die Girondisten zu hetzen versucht.

Die grundsätzliche Opposition Rabaut Saint-Etiennes gegen die Kommune und die ganze Stadtverwaltung kommt in jenem Bericht schon deutlich zum Ausdruck. Noch viel mehr aber in einem Abriß der Geschichte des Zwölferausschusses, den er schrieb, als er bereits geächtet war.⁵¹ Hier läßt er seiner Entrüstung ungehemmten Lauf. In den Ereignissen des 31. Mai und des 2. Juni sieht er die unbedingte Rechtfertigung für die Arbeit des Ausschusses und das Bestehen einer Verschwörung gegen den Konvent. Aus diesem Abriß könnte man schließen, die Verschwörung gegen den Konvent habe bereits vor der Einsetzung des Zwölferausschusses in allen Einzelheiten festgestanden. Allerdings war die Ausschließung von 22 girondistischen Abgeordneten schon vorher gefordert worden, und die Pariser Sektionen suchten den Konvent zu beherrschen, aber gerade der Ausschuß war es, der durch seine Tätigkeit die Ereignisse des 31. Mai mit herbeiführte. Und nicht ganz zutreffend ist es, wenn er behauptet, all die vom Ausschuß beigebrachten Tatsachen hätten eindeutig bewiesen, daß die Verschwörung den Zweck verfolgte, den Konvent aufzulösen, um an seine Stelle eine Körperschaft zu setzen, deren Mitglieder allein aus Paris entnommen worden wären. Er führt dann weiter aus, der Ausschuß hätte die an der Majestät des französischen Volkes verübten Beleidigungen angezeigt, Beleidigungen, die ihr von all den kleinen Behörden angetan seien, die sich jeden Tag in Paris bildeten: „Überwachungsausschüsse, die sich revolutionär nannten und von denen tatsächlich jeder seine eigene Revolution machte, die Bürger willkürlich besteuerten, sie ihren Familien entriß, Macht über die bürgerlichen Ausschüsse usurpierte; weiter ein selbständig von ihnen geschaffenes Zentralkomitee, ein Wahlklub, der ebenfalls seine Gesetze diktierte, und Volks-

51. Précis tracé à la hâte par le citoyen Rabaut St.-Etienne, chargé du rapport au nom de la commission des Douze . . . Arch. parl. Bd. 75, S. 698.

vereinigungen, die öffentlich diese ungerechten Manöver vorbereiteten. Der Ausschuß brauchte keine Beweise, er fand sie in dem öffentlichen Bekanntsein der Umsturzpläne und in der Bestürzung der guten Bürger. Jetzt ist die Verschwörung bewiesen, denn sie ist ausgeführt.“ Der Ausschuß wollte nach Rabaut der Verschwörung zuvorkommen; denn er wollte sich nicht mit dem Trost Catilinas zufrieden geben: „Über was beklagt ihr euch? Ihr lebt ja noch“. Deshalb glaubte der Ausschuß, die Bürger aus ihrer Bestürzung aufrütteln, sie um den Konvent scharen und die Macht der Sektionen brechen zu müssen.

Dieser Abriß Rabaut Saint-Etienne gibt in vorzüglicher Weise die ganze politische Problematik der Tage wieder, in denen sich die beiden großen Parteien des Konvents im Kampf um die Herrschaft gegenüberstanden. Die Auseinandersetzung war nach der Art, wie sich die Dinge in den letzten Monaten entwickelt hatten, unvermeidlich geworden. Die Einsetzung des Zwölferausschusses und seine Tätigkeit beschleunigten nur den offenen Ausbruch des Konflikts.

Rabaut Saint-Etienne begnügte sich nicht mit dem Protest. Da er die bisherige Revolution gefährdet sah, zog er mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, gegen die neue zu Felde. Wie viele andere Girondisten rief auch er aus seinem Versteck sein Departement zum Kampf gegen Paris auf, er goß Öl ins Feuer der Aufstände, das im Süden in hellen Flammen brannte. „Wenn die Departements sich nicht mit Energie aussprechen, so ist es um die Freiheit geschehen. Die guten Bürger von Paris erwarten sie und werden ihre Befreier segnen. Frankreich muß Frankreich retten! Marseille und Lyon haben Kraft genug gehabt, um die Anarchie zu zertreten, Paris ist dazu allein nicht imstande. Seine aufrührerische Bevölkerung, die sich selber nicht kennt, wird leicht getäuscht, auf Irrwege gelockt, aufgewiegelt und zu allen Handlungen geneigt gemacht, zu denen man sie aufreizt, ohne selbst zu wissen, wohin man sie führt. Vertraut nur allein auf die gemeinsame Befreiung. Es lebe die einzige und unteilbare Republik! Aber sie kann nur durch den allgemeinen Aufstand aller republikanischen Departements am Leben bleiben“.⁵²

52. Lettre de Rabaut St.-Etienne aux cit. du Départ. du Gard (zit.)

Am 28. Juli wurde Rabaut Saint-Etienne mit 19 anderen Girondisten für einen Vaterlandsverräter erklärt und in die Acht getan. Das war die Antwort auf seine kurzsichtige Politik, zu der ihn die Erbitterung über die Niederlage verleitet hatte. Sie stand in direktem Widerspruch zu seinem bisherigen Denken und Handeln. Nur aus seiner Verzweiflung ist diese Politik erklärbar. Man hat ihn gern als eines der vielen unnützen Opfer, die der Terror forderte, hingestellt. Doch läßt sich nicht einfach sagen, Rabaut habe sein Leben eingebüßt, weil er ein ehrenhafter Mann war, die Jakobiner dagegen rachsüchtig und skrupellos waren. Nein, der Exrapporteur des Zwölferausschusses hatte zum Bürgerkrieg aufgerufen. Mochte auch sein Handeln die Erhaltung des ehemaligen verfassungsmäßigen Zustandes bezwecken, so war doch sein Beginnen Hochverrat in einem Augenblick, als der äußere Feind im Land stand und als es galt, alle Kräfte der Nation zu einigen, um nach außen stark zu sein und die Unabhängigkeit des Landes gegen Europa zu verteidigen. Das gegen ihn erlassene Ächtungsdekret war daher begründet, es war nicht nur ein Akt blinder Rache von seiten der Jakobiner. Rabaut hatte verkannt, daß innere Zwistigkeiten im Augenblick der Gefahr gegen die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes nach außen zurücktreten müssen, denn diese ist stets die oberste Pflicht des Staatsbürgers. Dieser Pflicht hätte er als Abgeordneter doppelt genügen müssen, selbst wenn die politische Unabhängigkeit und die individuelle Freiheit des einzelnen Bürgers für eine Zeitlang verloren gingen. Der Verlust der Unabhängigkeit des Landes hätte ohnehin auch den des einzelnen zur Folge gehabt. Dies wäre wohl eingetreten, wenn das Departement Gard seinen Plan hätte vollführen können, und wenn die tapfere Haltung des Departements Drôme die Vereinigung der „Föderalisten“ von Marseille, Nîmes und Lyon und damit einen geschlossenen Aufstand nicht verhindert hätte. Der „Föderalismus“ hätte für die Unabhängigkeit des Landes gefährlicher werden können als der auswärtige Feind.

Der Fehler Rabaut Saint-Etienes war sein Festhalten am formalen Recht. Er verkannte, daß der Krieg mit Notwendigkeit zur Diktatur führen und die Verfassung suspendiert werden mußte, daß Frankreich nur durch die Diktatur gerettet werden

könnte und die organisierten Kräfte der Kommune dafür ein notwendiges Instrument waren. Der Idealist und Vorkämpfer der Gerechtigkeit verkannte die Lagerung der Kräfte.

Durch seine Flucht aus Paris hatte Rabaut zudem das Feld geräumt und seinen Gegnern freie Hand gelassen. Bereits am 10. Juni 1793 erhob sich Robespierre gegen die „verräterischen Journalisten“, die gefährlichsten Feinde der Freiheit. Unter ihnen war auch Rabaut als einstiger Redakteur des *Moniteur* gemeint. Grandville verteidigte damals beim Chef der Jakobiner die Sache des *Moniteur* und sagte: „Niemand wird bestreiten, daß der *Moniteur* der Revolution vom 10. August die größten Dienste erwiesen hat. Seit mehreren Monaten habe ich die größten Anstrengungen gemacht, die Eindrücke zu zerstören, die einige von Rabaut Saint-Etienne retouschierten Sitzungen während des Winters und während meiner Abwesenheit hervorgerufen haben.“⁵³ Wahr ist, sagt Aulard, daß Rabaut im Bulletin der Nationalversammlung einen girondistischen Geist vorherrschen ließ, und daß nicht alles falsch war, was Amar in seiner Anklageschrift gegen die Gironde sagte. „Rabaut, genannt Saint-Etienne,“ heißt es dort, „zeichnete sich aus durch eine Art von bemerkenswertem Talent. Er hatte sich zum Leiter einer sehr verbreiteten Zeitung, des *Moniteur*, machen lassen, von der man meinte, daß sie die Äußerungen der Redner des Konvents mit einer buchstäblichen Genauigkeit wiedergebe. In jener Eigenschaft gab er den Reden der Patrioten ihren Charakter und modifizierte sie, der Art der Verleumdung entsprechend, die die Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Oft ließ er durch die Hinzufügung oder die Unterdrückung oder Versetzung eines Wortes alle Verteidiger der französischen Republik in den Augen Europas als Exaltierte erscheinen.“⁵⁴

Rabaut war aber nicht nur Redakteur des *Moniteur*, sondern auch der *Chronique de Paris* in der Zeit vom 3. Januar bis

53. Vom 1. August 1792 bis Ende November 1792 war Rabaut Chefredakteur des *Moniteur*, s. *Moniteur* Bd. 13 S. 259 u. Bd. 15 S. 656 u. 661, vgl. Aulard, *Les orateurs de la Révol. (La Legislative et la Convention)* 1906, Bd. I, S. 8.

54. *Acte d'accusation contre plusieurs membres de la Convention* p. Amar, ... au nom du comité de Sûreté générale, Arch. parl. Bd. 75 S. 527.

30. Mai 1793; ferner war er von Mitte Dezember 1792 bis April 1793 ein Hauptmitarbeiter am *Mercure français*, für den er während dieser Zeit die regelmäßigen Sitzungsberichte des Konvents verfaßte.⁵⁵ Der politische Einfluß, den Rabaut durch seine journalistische Tätigkeit ausübte, bildete später einen besonderen Anklagepunkt gegen ihn. Camille Desmoulins greift ihn in seiner gehässigen „Geschichte der Brissotins“, deren Absicht man nur allzu leicht erkennt, scharf an. Er behauptet sogar, daß Rabaut Saint-Etienne seine Wahl zum Konvent Roland zu verdanken habe. „Man muß jedoch zugeben, daß er Roland gegenüber sich nicht undankbar erwiesen und keineswegs seine Medaille gestohlen hat. Beauftragt, die öffentliche Meinung zu vergiften, hat er sich diesem Handwerk mit einem unermüdlichen Eifer hingeeben und mit umso mehr Erfolg, als er immer einen gewissen Anstrich der Mäßigkeit zur Schau trug, mit der er seinen Grünspan überdeckte. Er hatte die Hauptbude der Verleumdung inne. Gleichzeitig war er Redakteur vom *Moniteur*, vom *Merkur* und der *Chronique*, und jene drei Zeitungen waren die Mäuler, mit denen dieser Brissotin alle Tage den Berg anbellte.“⁵⁶ Desmoulins warf Rabaut weiter vor, Robespierre während seiner Reden ständig nachgeäfft, sie mit Grimassen und Pantominen begleitet und ihn lächerlich gemacht zu haben. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die bekannte Federkarikatur Robespierres, die am 9. November 1792 in der *Chronique de Paris* erschien, von Rabaut stammt, dem sie verschiedentlich zugeschrieben wird, eine Karikatur, die Robespierre als Haupt einer Sekte darstellt.⁵⁷

Von seinem Versteck in der Nähe von Versailles erließ Rabaut seine bekannte Protestation, die die föderalistische Bewegung ermutigte und an das Departement Gard gerichtet war. Sie wurde abgefangen und am 27. Juli 1793 öffentlich in Paris angeschlagen. Am folgenden Tage wurde das Ächtungsdekret gegen ihn erlassen als Antwort auf jene Protestation. Ursprüng-

55. s. *Mercure français politique historique et littéraire*. Nummer 51 (15. Dez. 1792) u. Nummer 4 (4. Januar 1793).

56. *Histoire des Brissotins ou fragment de l'hist. secrète de la Révolution* p. Cam. Desmoulins, Arch. parl. Bd. 75. S. 621 ff. annexe no. 16.

57. s. Aulard, zit. S. 341.

lich hatte er die Absicht, nach dem südlichen Frankreich, womöglich in sein Departement zu gehen, sobald es die Umstände erlauben würden. Im Oktober jedoch kehrte er aus seinem Versteck nach Paris zurück, zusammen mit seinem Bruder Rabaut-Pommier, ebenfalls Konventsabgeordneter, der zwar nicht geächtet war, aber unter Anklage stand, weil er gegen die Dekrete vom 31. Mai und 2. Juni protestiert hatte. Bei einer befreundeten katholischen Familie namens Paysac, die aus Nîmes stammte und auf dem Faubourg Poissonnière ihre Wohnung hatte, fanden sie ein Asyl. Ein geschickt angelegtes Versteck wurde ihnen eingerichtet; ein Teil eines Zimmers wurde durch eine Wand abgegrenzt, die sie selbst bauten und die durch eine Bibliothek verdeckt wurde, so daß der Zugang ganz verborgen lag und das Asyl hinreichend Sicherheit zu bieten schien. Aber die Stimmung, in der er hier die Tage dahinbrütete, war erfüllt von unheilvoller Vorahnung. In seiner Ode „Die Melancholie“, die in dieser Zeit entstand, wird sie getreu wiedergespiegelt, insbesondere in der Strophe:

D'un soleil pâissant quelques rayons funèbres
Eclairent faiblement mon réduit écarté
Et ne laissent passer au travers des ténèbres
Qu'une affreuse clarté.

Die Vorahnung täuschte ihn nicht. In der Nacht vom 14. auf den 15. Frimaire (5. Dezember) 1793 sollte die beiden Brüder das Schicksal ereilen. Wahrscheinlich war es ein Zufall, der sie in die Hände der Überwachungsbehörde lieferte. Die Annahme des Verrats läßt sich nicht einwandfrei begründen. Louvet sagt wohl, Rabaut sei durch eine Dienstperson verraten worden, und nach der knappen Darstellung des *Moniteur*,⁵⁸ der den Bericht Amars über die Verhaftung Rabauts wiedergibt, könnte diese Annahme an Wahrscheinlichkeit gewinnen; denn dort ist von einer Denunziation die Rede. Diesem Bericht steht aber der weit ausführlichere, anderweitig bestätigte Bericht von Fabre d'Eglantine gegenüber, der die Untersuchungskommission begleitete. Man hat gelegentlich Fabre als den Angeber Rabauts

58. s. 7. Dez. 1793 réprod. Arch. parl. Bd. 80. S. 710.

bezüglich, aber auch diese Annahme scheint widerlegt.⁵⁹ Sie stützte sich hauptsächlich auf die Tatsache, daß Fabre, der bei der Verhaftung anwesend war, nicht Mitglied des Sicherheitsausschusses war, in dessen Auftrag die Untersuchung durchgeführt wurde.⁶⁰ Die Anwesenheit Fabres erklärt sich jedoch aus der Wichtigkeit der Mission. Die Durchsuchung im Hause Paysac wurde angeordnet, weil man dort Papiere vermutete, die sich auf den Föderalismus im Departement Gard und auf eine Konspiration gegen die Sicherheit des Staates beziehen sollten. Die Existenz dieser Konspiration war anscheinend vermutet worden auf Grund von Briefen des Barons von Marguerittes, des ehemaligen Maire von Nîmes und Abgeordneten des Adels in der Konstituante.⁶¹ Nach Mitternacht, gegen 1 Uhr des 15. Frimaire begaben sich die Mitglieder des Sicherheitsausschusses Amar und Jagot, denen sich Fabre d'Eglantine angeschlossen hatte, von drei Sekretären und zwei Gendarmen begleitet, nach dem Faubourg Poissonnière und begehrten bei Paysac Einlaß. Seine Wohnung wurde einer peinlich genauen Untersuchung unterzogen, in deren Verlauf man schließlich in einer Ecke eine quadratische, 16 bis 20 Zoll große Türfüllung entdeckte, die mit eine Tapete überzogen war und noch durch ein Bücherbrett, das die ganze Zimmerhöhe einnahm, verdeckt wurde. Durch diese Öffnung gelangte man in einen kleinen Raum, in dem zur großen Überraschung der Kommissare der geächtete Rabaut Saint-Etienne und sein Bruder Rabaut-Pommier verborgen waren.

Rabaut-Pommier wurde in die Conciergerie gebracht, wo er mehrere Monate in einem unterirdischen Raum schmachtete und der Verurteilung durch den Umsturz vom 9. Thermidor entging. Das Ehepaar Paysac büßte nach kurzer Zeit der Gefangenschaft seine Freundschaft mit den Brüdern Rabaut auf dem Schafott.

Rabaut Saint-Etienne dagegen wurde zum Zwecke der Identitätsfeststellung sofort dem Revolutionstribunal überwiesen. Da er ein Geächteter war, wurde er keinem Verhör unterzogen.

59. L'arrestation de Rabaut St.-Etienne, (La Révolution franç. 1903, t. 45 S. 384 ff.) vgl. Bulletin 1895, S. 543 ff.

60. La Révol. franç. 1903 (45) S. 354 f.

61. s. Arch. nat. AF II 290 (47, 50) u. 300, 396.

Fouquier-Thinville fragte ihn lediglich nach seinem Namen, seinem Alter und seinem Stand, und ohne weitere Formalitäten ordnete das Tribunal an, daß er innerhalb von 24 Stunden auf dem „Platz der Revolution“ hingerichtet werde und sein Vermögen der Nation anheim falle. Die Hinrichtung fand am 15. Frimaire des Jahres II (5. Dezember 1793) statt.

Die letzte Handlung in seinem Leben war ein Akt der Edelmütigkeit. Lods erzählt in seiner kleinen Skizze, daß Rabaut Saint-Etienne in seiner letzten Stunde einem jungen Mann, der irrtümlicherweise dem zur Hinrichtung bestimmten Trupp zugeteilt worden war, ohne verurteilt zu sein, das Leben rettete, indem er sich für ihn einsetzte und die Richtigstellung des Irrtums veranlaßte.⁶²

Mit großer Ruhe und innerer Fassung folgte Rabaut Saint-Etienne seinen am 31. Oktober hingerichteten politischen Freunden und Kampfgenossen und seiner Frau nach, die sich in einem Anfall der Verzweiflung über das Schicksal ihres Gatten im Oktober dieses Jahres das Leben genommen hatte. So büßte er einen übereilten, in der politischen Verzweiflung ausgeführten Schritt, einen Schritt, der die Gesamtwürdigung seiner Persönlichkeit nicht beeinflussen darf. Er bestieg das Schafott in der Überzeugung, unschuldig zu sein und starb, wie er gelebt hatte: stolz und mutig.

62. s. Lods, *essai* zit.

9. Ausklang.

Rabaut Saint-Etienne war eine der bedeutendsten und reinsten Gestalten der Bewegung von 1788 bis 1793. Seine Zeitgenossen räumten ihm bereits diesen Platz ein: „Rabaut Saint-Etienne“, schreibt 1790 der Almanach der Abgeordneten der Nationalversammlung, „ist einer der Männer, die der Nationalversammlung zur Ehre gereichen, und von denen die Nation ihre Glückseligkeit erwartet. Teure und heilige Namen! Rabaut Saint-Etienne, Mirabeau, Le Chapelier, Barnave, seid in alle Herzen eingegraben, wie ihr es auf den Denkmälern seid, die dazu bestimmt sind, künftigen Geschlechtern euren Ruhm zu bezeugen.“ Die Mitabgeordneten Rabauts der S^{én}échaussée von Nîmes werden anschließend summarisch aufgezählt und dann folgt die bezeichnende Bemerkung: „Wie viele unbedeutende Abgeordnete, deren Namen man kaum kennt, gehen auf einen Rabaut Saint-Etienne.“

Keineswegs war geistige Originalität seine Stärke. Daß er kein eigentlich unabhängiger Denker war, zeigte sich im Laufe der Betrachtung. Die Zeitgenossen haben bereits diesen Mangel an ihm erkannt. In der „Galerie der Generalstände von 1789“, die eine Charakteristik der bedeutenden Abgeordneten enthält, finden sich über Rabaut Saint-Etienne Worte, die trotz ihrer sichtbaren Tendenz — es ist viel Karikatur dabei — viel Wahres enthalten. Es heißt u. a. über ihn: „Stephano schreibt interessant und spricht mit Leichtigkeit, aber er ist kein Denker, noch weniger ein Staatsmann und vollends kein Philosoph. Er denkt über nichts Tiefes nach, aber er zieht aus den Umständen Nutzen. Spricht man von Stephano, so ist man zur Bewunderung geneigt, spricht man mit Stephano, so wirft man sich eine lächerliche Oberflächlichkeit vor. — Stephano unterscheidet sich von den Leuten seines Berufes darin, daß er von Kopf bis zu

Fuß tolerant ist. Er hat nicht — und das ist seine Hauptstärke — wie seine stolzen Rivalen, die Füße im Gold und den Kopf in den Wolken“. — Zwei Dinge werden noch an ihm hervorgehoben: seine Fähigkeit, die Dinge zu kommentieren, und seine Rechtschaffenheit. „Wenn wir nicht gesagt hätten, daß wir nie von der Rechtschaffenheit sprechen werden, weil wir sie bei jedem Abgeordneten voraussetzen, so wären wir bei Stephano in der Lage, dieser Tugend eine Huldigung darzubringen.“

Die Fähigkeit, die Dinge zu erklären und darzustellen, war eine besondere Begabung Rabaut Saint-Etiennes. Es gibt wenige Gestalten unter seinen Zeitgenossen, die sich als so instruktive Typen einer geistig führenden Schicht herausstellen lassen wie er. In ihm erlebt man den Geist des gebildeten, revolutionären Bürgertums. Er vertritt und interpretiert ihn. Ein Philosoph im eigentlichen Sinne war er nicht, sondern ein von den Philosophen gebildeter Mensch. Nicht als fertiger Politiker und Staatstheoretiker ging er der Revolution entgegen, sondern er entwickelte sich in engstem Zusammenhang mit den Dingen, mit seiner Zeit und in der Denkweise seiner Zeit. Dies zeigte sich besonders deutlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1788. Den politischen Anschauungen Montesquieus ursprünglich am nächsten stehend, wandte er sich in kurzer Zeit unter der Einwirkung politischer Ereignisse von diesem ab, um sich den neuen geistigen Autoritäten jener Zeit, Rousseau und Mably, zu nähern. Der öfters beobachtete auffällige Wandel grundsätzlicher Anschauungen, seine übergroße Anpassungsfähigkeit entsprangen auch bis zu einem gewissen Grade dem Mangel an schöpferischem Eigendenken. Weil er kein origineller Kopf im eigentlichen Sinne war, der ganz aus sich schuf, vereinigte er die vorhandenen Elemente und die Bausteine, die überall zerstreut waren, zu einem einheitlichen zeitgemäßen Gebäude. Er war das Kind seiner Zeit und repräsentierte seine Zeit. Das ist das Anziehende an ihm und macht sein Leben und Wirken denkwürdig in der Geschichte.

Rabaut Saint-Etienne bejahte die Revolution mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit als Mittel, eine neue Generation, eine freie, bessere und nationalere erstehen zu lassen. Die Revolution betrachtete er fast ausschließlich unter dem nationalen Ge-

sichtswinkel. Die Ursache für den politischen Niedergang seines Landes sah er in der Entartung des Absolutismus und den dadurch bedingten Erscheinungen, Verfall der Sitten, Dekadenz des Staates und Verlust der Nationalehre. Er war von der Erkenntnis durchdrungen, daß ein Volk, das nicht national denkt und fühlt, und dessen Geschicke in der Hand von Regierungen liegen, die die Ehre des Volkes beschmutzen, seinem unaufhaltsamen Niedergang entgegengeht. Einer solch unheilvollen Entwicklung, die sich nach seiner Ansicht in Frankreich angebahnt hatte, sollte die Revolution Einhalt gebieten. Sie sollte für den König und die Stärkung des Staates gemacht werden. Nicht „Los vom Staat“, sondern „Hinein in den Staat“, „Kampf allen intermediären und partikularen Gewalten“ waren die Parolen, die er Ende des Jahres 1788 ausgab. Damit befand er sich in Übereinstimmung mit noch vielen andern Wortführern des dritten Standes.

Die Revolution der privilegierten Stände, die der Revolution des dritten Standes vorausging, war nur zerstörend, reaktionär und ohne schöpferischen Gehalt. Sie entsprang vor allem dem Standesegoismus und mußte auf die Schwächung der staatlichen Macht hinauslaufen. Das ganze Streben Rabaut Saint-Etiennes galt dagegen von Anfang an der Überwindung des Standesegoismus, der Unterordnung des Sonderinteresses unter das Allgemeininteresse und der Verschmelzung der partikularen Teile zu einem einheitlichen Ganzen, der nationalen Einheit. Diese Strebungen bezeichnete er beim Beginn der großen Bewegung als die Voraussetzungen für die Alleinherrschaft der edelsten und tugendhaftesten aller Leidenschaften: der „großherzigen Leidenschaft für das öffentliche Wohl“. So war nach ihm die Revolution eine staatliche Notwendigkeit, denn er setzte sie gleich mit sittlicher Erneuerung des Volkes und nationaler Wiedergeburt. Der Verwirklichung dieser großen Ziele sollte in erster Linie eine systematisch vom Staat ausgebaute, das ganze Volk, insbesondere die Jugend umfassende nationale Erziehung dienen. Die politischen Anschauungen Rabaut Saint-Etiennes gipfeln geradezu in seiner Lehre von der nationalen Erziehung, die er als die gemeinsame, alle Staatsbürger mit derselben Nahrung speisenden Mutter bezeichnete, und deren

höchster Begriff die Idee des Vaterlandes ist. Er wollte sie nicht nur mit dem öffentlichen Unterricht verbunden, sondern sogar über ihn gestellt wissen, weil er davon durchdrungen war, daß zur Verstandesbildung die Erziehung des Herzens kommen muß, wenn der Mensch Kraft und Inhalt bekommen soll, kurz, wenn ein ganzer Mensch entstehen soll. Aus dieser Erkenntnis heraus bekämpfte er einen öffentlichen Unterricht, der nur auf Kenntnisse Wert legt, nicht aber auf die Stählung des nationalen Willens, die Festigung des Charakters und die körperliche Ertüchtigung.

Bei dem Studium der Persönlichkeit Rabaut Saint-Etiennes wird klar, daß am Anfang der Revolution höchst mannigfaltige und schöpferische Kräfte am Werk waren, die sich nicht auf so einfache Formeln bringen lassen wie „Freiheit des Individuums vom Staat,“ Formeln, die ja auch die großen Erscheinungen und Willensenergien der mit der großen Revolution beginnenden Epoche niemals erklären könnten. Jene Kräfte entfalteten sich in der Opposition gegen ein absterbendes und entartetes Regime. Es waren organische Kräfte, und die Ideen, die sie zum Siege führten, entsprachen der betreffenden Generation und der Eigenart des französischen Volkes in jener Zeit. Den aus der Unfreiheit und dem Ständekampf geborenen Worten von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit lag für Rabaut nicht der Sinn zugrunde, den ihnen spätere Generationen beileigten, indem sie sie zu hohlen und tönenden Worten machten und damit ihren Sinn verfälschten. Deshalb war auch eine willkürliche spätere Annahme der revolutionären Ideen, die sich im Laufe der Zeit selber wandelten, durch anders geartete, ihnen im Grunde wesensfremde Völker ein unorganischer Vorgang, der nicht segensreich sein konnte. Freilich enthüllte auch schon der Lauf der großen Revolution die ihren Ideen anhaftenden inneren Schwächen. Die Generation, die sie zum Siege führte, maßte sich zwar an, durch ihre Verwirklichung die letzten Antworten auf alle Rätsel des Staates überhaupt, ja auf die Rätsel der großen Menschheitsprobleme zu geben und die Menschen zur Glückseligkeit zu führen. Es gelang ihr jedoch nicht einmal, die Probleme zu lösen, die das eigene Land und die politische Dynamik einer Zeitwende stellten. Hierfür ist Rabaut Saint-Etienne typisch.

Seinem staatspolitischen System lag die eudämonistische Staatsauffassung Rousseaus und Mablys zugrunde. Bei dieser blieb er in den wesentlichen Punkten stehen. Auch für ihn ist der Staat vorwiegend Mittel zu einem diesseitigen Zweck, der in der Sicherung der menschlichen Glückseligkeit besteht. Die homogene Kräftegliederung der staatlichen Gesellschaft, in der ein Glied durch das andere vorwärts getrieben wird, die Pflege der Tugend, Herstellung der Gleichheit und Verherrlichung der Vaterlandsliebe dienen, wie bei Rousseau, letzten Endes der Erhaltung und Steigerung der Glückseligkeit aller im Staate vereinigten Individuen, die er überdies nur als willensmäßige, nicht als völkische Einheit zu kennen scheint. Über das rein Nationale, das Gemeininteresse ist er nicht hinaus gedrungen.

Diese durch das anmutige Gewand etwas verhüllte Enge der Fundierung der staats-theoretischen Gedanken Rabaut Saint-Etiennes zeigt sich in voller Deutlichkeit bei einem Vergleich mit den Ideen zeitgenössischer deutscher Denker wie I. G. Fichte und E. M. Arndt. Fichte faßt das die Erziehung bestimmende Prinzip auf als ein über den Staat hinausweisendes, von keiner materiellen Nützlichkeit bedingtes absolutes Sollen. An die Stelle der „Selbstliebe“ soll treten „eine andere Liebe, die unmittelbar auf das Gute, schlechtweg als solches, und um seiner selbst willen gehe“, eine Liebe, die „das Selbst erhöht, die gerichtet ist nicht auf sinnlichen Genuß, sondern auf geistige Tätigkeit um der Tätigkeit willen und auf das Gesetz um des Gesetzes willen.“ Die von ihm geforderte Sittlichkeit „steht da als ein Erstes, Unabhängiges und Selbständiges“. Der auf dieser Grundlage erzeugte Geist „führt die höhere Vaterlandsliebe, das Erfassen seines irdischen Lebens als eines ewigen und des Vaterlands als des Trägers dieser Ewigkeit in sich selber“. Der Mensch, der aus einer solchen Erziehung hervorgeht, „ist nicht bloß Mitglied der menschlichen Gesellschaft hier auf dieser Erde, sondern er ist auch und wird ohne Zweifel anerkannt für ein Glied in der ewigen Kette eines geistigen Lebens überhaupt unter einer höheren gesellschaftlichen Ordnung“. Für Fichte ist deshalb das Volk nur da, wo in ihm „erscheinen soll die sittliche Aufgabe, das Bild Gottes, wozu das Leben und

der Staat bloß Mittel ist“. In der Verkörperung der „irdischen Ewigkeit“ sieht er die hohe Bestimmung des Staates. Wie sehr hebt sich diese Auffassung ab von der eines Rabaut Saint-Etienne!¹ Erst recht das Denken Arndts. Er sieht im Volk den Träger göttlicher Kräfte, dessen Wesen bestimmt ist von der Rasse, der Geschichte, der Kunst, dem wahrhaft Völkischen, kurz von all dem, was durch Generationen erworben und von ihrem Blute geheiligt ist.² „Höchste Religion“ ist für ihn, daß das Erbe der Väter vom Volke bewahrt, das „Eigentümliche und Volkstümliche“ gepflegt werde. „Das ist die große Forderung, die das Zeitalter an uns alle stellt.“ Vor Arndt breitet sich aus „die Geschichte mit dem goldenen Strom der Jahrtausende, und was würdig, was groß, was hehr und was herrlich war in meinem Volke und es künftig sein wird, erscheint mir in seinen hohen Gestalten und erklärt mir die Gegenwart durch die Vergangenheit und durch die Zukunft.“³ Nicht so bei Rabaut Saint-Etienne und den andern Führern der Revolution. Sie gingen den entgegengesetzten Weg. Sie änderten die Gesetze, die Sitten und Gebräuche, um die Menschen ändern zu können. Die geistigen Grundlagen des neuen Staates, die Prinzipien, die die Revolution zur Anerkennung gebracht hatte, bedeuteten den radikalen Bruch mit der Vergangenheit und der gesamten Tradition. Das Volk ist für sie nur die Summe der Staatsbürger ohne Rücksicht auf blutmäßige und sprachliche Einheit. Wo für E. M. Arndt das verpflichtende Gefühl der Rasse und des Völkischen ob-

1. s. Fichte, Reden an die Deutsche Nation, bes. zweite, dritte und neunte Rede; vgl. F. Haymann, Weltbürgertum und Vaterlandsliebe in der Staatslehre Rousseaus und Fichtes, S. 90—106.

2. Eine vollständige Sammlung der Schriften Arndts fehlt. Für den Vergleich mit Rabaut ist folgende Auswahl seiner Schriften instruktiv: E. M. Arndt, Volk-Staat. Seine Schriften in Auswahl herausgegeben v. Paul Requadt. Kröners Taschenausgabe Bd. 117. Leipzig. — E. M. Arndt, Staat—Vaterland. Hrsg. v. E. Müsebeck. (Deutscher Staatsgedanke I. Reihe Bd. X.) München 1921. — E. M. Arndt, Deutsche Volkswerdung. Sein politisches Vermächtnis an die deutsche Gegenwart. Kernstellen aus seinen Schriften und Briefen. Hrsg. von Carl Petersen und Paul Hermann Ruth. (Hirt's deutsche Sammlung Gruppe 9 Bd. 12.) Breslau 1934.

3. s. Auswahl von Petersen und Ruth; bes. S. 49, 63 ff. und 77.

waltet, operiert Rabaut Saint-Etienne mit den rationalen Begriffen des gemeinsamen Interesses der Staatsbürger und der Volkssouveränität. Diese Begriffe aber gebrauchte jede soziale Schicht bewußt oder unbewußt im Sinne ihrer eigenen egoistischen Interessen, und die Geschichte der Revolution in Frankreich ward zum Kampf der Klassen um die Macht im Staate. Mit der flächenhaften Einheit war noch nicht die Einheit von oben nach unten, war noch nicht die gesinnungsmäßige Einheit der verschiedenen sozialen Schichten im Sinne einer Volksgemeinschaft errungen. Dazu hätte es anderer Ideen und Impulse bedurft. Aber selbst ein so entschiedener Gegner der Revolution wie E. M. Arndt charakterisierte ihre Bedeutung für den deutschen Kampf um den völkischen Staat mit den folgenden Worten: „Ich würde sehr undankbar und zugleich ein Heuchler sein, wenn ich nicht offen gestände, daß wir dieser wilden und tollen Revolution unendlich viel verdanken, daß sie ein reiches Feuermeer des Geistes ausgegossen hat, woraus jeder nicht lightscheue Mann sein Teil wird schöpfen können, daß sie Ideen in die Köpfe und Herzen gebracht hat, die zur Begründung der Zukunft die notwendigsten sind und die zu fassen vor zwanzig und dreißig Jahren die meisten Menschen noch zitterten: sie hat jenen geistigen Gärungsprozeß beschleunigt, durch welchen wir als durch unser Fegefeuer gehen mußten, wenn wir zu den Himmelsporten des neuen Zustandes gelangen wollten; sie hat gewiesen, wie weit der menschliche Geist sich in irdischen Dingen vermessen darf, alles zu wollen und zu wagen, was er in ihm selbst als ewige Aufgabe der Vernunft gegründet findet.“⁴

Die Revolution war für Rabaut Saint-Etienne nicht nur ein internationales Ereignis, sondern in erster Linie ein nationales und spezifisch französisches. Aber er sah sie vorwiegend vom Reich der Ideale her, sah nicht die ganze Kompliziertheit ihrer realen Bedingungen. Er sah sie nie anders, als wie er sie bei ihrem Ausbruch gesehen hatte. Daß Frankreich den Kampf gegen Europa nur im Zeichen der radikalsten Diktatur, nur unter der Führung einer entschlossenen, vor keinem Terror zurückschreckenden Regierung, nicht aber

4. Ebd. S. 131/132.

im Zeichen der Menschenrechte führen könne, erkannte er nicht. Er personifizierte, wie Aulard richtig sagt, mitten in der Schreckenszeit den Geist von 1789.

Das menschlich Sympathische seiner Persönlichkeit liegt in dem Abstand, der ihn von den Konjunkturpolitikern und Fanatikern trennte, deren Handlungsweise egoistische Motive oft nur allzu offenkundig bestimmten, liegt in seinem Abscheu vor wilder Demagogie. Ein Landsmann von ihm, Katholik, Offizier und späterer Emigrant, sagte treffend über ihn, daß er durch die Revolution, in die er sich mit Leidenschaft stürzte, und durch ihre vielen Ereignisse so rein hindurchgegangen sei wie eine klare Quelle, die unreine Sümpfe durchquert, ohne etwas von ihrer Klarheit einzubüßen. Diese Reinheit der Person, der sittliche Wert und das Ethos, das er verkörperte, waren die Grundlage für die große Achtung, die er genoß. Sie waren es in erster Linie, die ihm beim Ausbruch der Revolution seine Führerrolle verschafften. Zeit seines Lebens an offenen Kampf und an die Gefahren des Kampfes gewöhnt, setzte er als ein Mensch, der nicht viel verlieren, aber alles gewinnen konnte, den Bajonetten eine unerschütterliche Ruhe entgegen und flöbte in den kritischen Tagen der Generalstände durch seine Standhaftigkeit den zögernden Abgeordneten des dritten Standes Mut ein. Er schien dazu geboren, den Schwur im Ballhaus zu leisten; denn er verkörperte, sagt Aulard, in den Augen seiner Kollegen des dritten Standes die so lange verfolgte, aber endlich siegreiche Freiheit des Denkens.

An Rabaut Saint-Etienne läßt sich der Übergang von einer Epoche zu einer andern darstellen und erleben. Sein Verhältnis zur neuen Epoche, die er mit heraufführen half, ist bezeichnend für deren rasche Entwicklung. Dieser konnte er nur mühsam und schließlich nicht mehr folgen. Die Geister, die er gerufen hatte, kehrten sich gegen ihn, denn er vermochte nicht Schritt mit ihnen zu halten, so sehr auch seine theoretischen Überzeugungen sich mit den Ereignissen wandelten. Geblendet vom Glanz des Jahres 1789 sah er die veränderten Probleme des Jahres 1793 in falschem Licht und mußte deshalb an ihnen scheitern. Den demokratischen Despotismus in der Gestalt des anhebenden

Schreckensregiments, die historische und staaterhaltende Notwendigkeit der Diktatur und der durch den Krieg notwendig gewordenen rücksichtslosen Zusammenfassung der Kräfte verkannte er, weil er, so wandlungsfähig auch seine Theorien waren, den Idealisten in sich nicht verleugnen konnte. Zu wenig Politiker vermochte der Verteidiger der Freiheit und der Menschenrechte sich der politischen Zwangslage nicht zu beugen, der Verteidiger der Würde der Nation nicht der Vergewaltigung der Vertreter der Nation.

So war sein Leben ein steter Kampf, der in der Jugend begann und auf dem Schafott endete. Geboren unter der Herrschaft des Despotismus, von diesem verfolgt und geächtet, kämpfte er gegen ihn, bis er endlich über ihn triumphieren konnte. Aber er siegte nur, um einem andern „Despotismus“ zu unterliegen. Sein Freund, Landsmann und Mitabgeordneter in den beiden Nationalversammlungen, Boissy d'Anglas, sagte von ihm: „Er schien nur von einem einzigen Gefühl beherrscht zu sein: dem Haß gegen die, die die Exzesse beschützten und begünstigten. Er liebte die Freiheit zu sehr, um die Verbrechen, die man in ihrem Namen zu begehen wagte, nicht zu verabscheuen. ‚Sie haben niemals die Freiheit kennen gelernt‘ sagte er eines Tages, und sie richteten durch ihre harten Gesetze und blutigen Maßnahmen mehr Unheil an, als die Emigranten und die Feinde durch ihre unvorsichtigsten Angriffe“. Die Geisteshaltung, die seinem Wirken zugrunde lag, umschrieb Rabaut Saint-Etienne selbst wahrheitsgetreu in einem Brief an seine Wähler des Departements Aube, in dem er sagt, daß er seit dem Beginn der Revolution immer nur für den Sieg der Freiheit und die Sache der Nation geschrieben und gekämpft habe. „Seither haben mich nur diese Gedanken beschäftigt, und Ihr, meine Mitbürger, dürft nicht daran zweifeln, daß der Rest meines Lebens ebenso großen Fragen gewidmet sein wird. Sie sind die Elemente meines Daseins geworden und machen seinen ganzen Inhalt aus.“ Diese Worte weisen außerdem hin auf die tiefe Tragik im politischen Leben des großen Idealisten und glühenden Nationalisten, dem ein unerbittliches Schicksal vorbehalten hatte, als „Verräter“ zu sterben.

